

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Der
planmäßige Untergang
der US-Kolonie
BRD**

Sonderheft Nr. 55



Der planmäßige Untergang der US-Kolonie BRD

Sonderheft Nr. 55

Klimawandel vom 19.01.2024-04.05.2024

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über den Klimawandel vom 19.01.2024-04.05.2024	2-98
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über den Klimawandel vom 19.01.2024-04.05.2024

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtete am 19. Januar 2024 (x1.355/...): >>Der Kampf gegen unabhängige Bauern - zur globalen Steuerung der Nahrungskette

Von Herbert Ludwig

Der offizielle Anlaß der gegenwärtigen bundesweiten Protestaktionen der Bauern ist die von der Ampelkoalition geplante Streichung der Steuervergünstigungen beim Agrardiesel und bei der Kraftfahrzeugsteuer. Doch das ist nur die Spitze des Eisberges, der seit Jahren einen wachsenden existentiellen Druck auf die Landwirte ausübt, dem bereits eine steigend hohe Zahl kleinerer und mittlerer Landwirtschaftsbetriebe zum Opfer gefallen ist. Sie weichen einer fortschreitenden Konzentration auf große industrielle Agrarbetriebe von Kapitalgesellschaften, hinter denen globale Player stehen, die die Nahrungskette für ihre Ziele immer mehr in die Hand bekommen.

Wie Ernst Wolff berichtet, habe es 1995 in Deutschland noch ca. 390.000 Landwirtschaftsbetriebe gegeben. 2020 seien es nur noch etwa 240.000 gewesen, also in 25 Jahren ein Rückgang bis dahin um 150.000 (38,5 %). Das sehe in der gesamten Europäischen Union noch dramatischer aus. Von 2005 bis 2020 sei die Zahl von 14,4 Mio. Betrieben um 5,3 Millionen auf 9,1 Millionen gesunken - also bereits in 15 Jahren ein Rückgang um 5,3 Millionen oder rund 37 %.

Wie in der Industrie habe es also auch in der Landwirtschaft auf Kosten kleiner und mittlerer Betriebe einen schnell fortschreitenden Konzentrationsprozeß und damit eine kräftige Umverteilung von unten nach oben gegeben.

Doch in den vergangenen 3 Jahren habe sich die Lage der Bauern noch weiter verschlechtert: Zum bereits geschilderten Strukturwandel seien auch noch die Lieferkettenzusammenbrüche infolge der Lockdowns gekommen, außerdem die erschwerte Wartung und Reparatur von Landmaschinen durch den Chipmangel, die Erhöhung von Maut und CO2-Steuern, die Verteuerung von Düngern insbesondere durch den Ukrainekrieg und die erschwerte Kreditaufnahme auf Grund der Erhöhung der Zinsen durch die EZB.

Dieses Trommelfeuer an Problemen ist auch noch durch immer neue bürokratische Vorschrif-

ten, Einschränkungen und Regulierungen verschärft worden - fast alle im Namen des Klimas. - Damit ist eine angeblich existenzgefährdende Klimaerwärmung gemeint, die durch den von Menschen und Tieren hervorgerufenen CO₂-Ausstoß verursacht werden soll, was auf eine scheinwissenschaftliche Erfindung des UN-Weltklimarates zurückgeht.

Der Great Reset

Ernst Wolff: "Daß auf diese Weise immer mehr Bauern den Kampf ums Überleben verlieren und zu Opfern internationaler Agrarkonzerne werden, ist allerdings kein Zufall. Wir erleben ja zurzeit weltweit eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Zeitenwende, den 'Aufbruch in das digitale Zeitalter. In das führt uns allerdings eine verschwindend geringe Minderheit - und zwar, ohne daß die Mehrheit in irgendeiner Weise ein Mitspracherecht hätte.

Diese Minderheit, ein Kartell aus mächtigen Finanz- und IT-Konzernen, verfolgt dabei mehrere Ziele, die inzwischen auch als Great Reset bekannt sind: Sie will uns alle biometrisch erfassen, sie will uns allen digitales Zentralbankgeld aufzwingen und sie will die Landwirtschaft von Grund auf umgestalten - und zwar durch sogenanntes Smart Farming. Dazu zählen die Automatisierung der Arbeit von Traktoren und Geräten, die Verwendung von Drohnen oder Arbeitsrobotern und der Einsatz der Künstlichen Intelligenz, zum Beispiel durch die Anwendung von Algorithmen im Pflanzenbau."

Der "Great Reset" (englisch für "Der große Neustart") geht auf das Weltwirtschaftsforum (WEF) unter Klaus Schwab zurück, das die Weltwirtschaft und die "Weltgesellschaft" im Anschluß an die COVID-19-Pandemie im Interesse der großen Konzerne neu gestalten will.

"Aber das ist nicht alles. Der Great Reset im Bereich der Landwirtschaft setzt vor allem auf die Erkenntnisse der synthetischen Biologie, also auf genetisch verändertes Saatgut und neuerdings auch - auf Laborfleisch. All das verkaufen uns die Protagonisten des Great Reset als Maßnahmen, die in unserem Interesse gegen den Klimawandel getroffen werden: Saatgut muß angeblich manipuliert werden, um die Pflanzen gegen den Klimawandel resistent zu machen und Laborfleisch muß normales Fleisch ersetzen, da Rinder, Schweine und Schafe ja zu viel Methan ausstoßen.

Das alles ist keine Satire, sondern bittere Realität. Dahinter verbirgt sich ein Milliardenengeschäft, in das bereits zahlreiche Großinvestoren eingestiegen sind. Es bedeutet aber auch die vollständige Unterwerfung der Landwirtschaft unter diese Investoren, denn die Lizenzen und Patente sowohl auf klimaresistentes Saatgut als auch auf klimaneutrales Laborfleisch gehen natürlich nicht an die Landwirte, sondern - an die Vertreter des Kartells. ... Smart Farming ist nichts anderes als ein Riesengeschäft zugunsten einer winzigen Minderheit und außerdem das Ende der Landwirtschaft, wie wir sie kennen."

Die Politikfiguren und der Bauernverband

Die herrschenden Politiker haben sich der Agenda des Great Reset nahezu vollständig untergeordnet und setzen sie beharrlich im Lande um. Unter ihnen haben sich als größte Gegner der Landwirte ausgerechnet die Grünen erwiesen, die das Landwirtschafts- und Wirtschaftsministerium in der Hand haben. "Sie scheinen keine Grenzen zu kennen, wenn es darum geht, die Landwirte immer weiter in die Enge zu treiben und den Großinvestoren einen roten Teppich auszurollen." (Ernst Wolff)

Eine zwielichtige Rolle spielt dabei der Dachverband aller deutscher Bauern, der Deutsche Bauernverband. Angetreten, die Interessen der Landwirte zu vertreten, offenbart er auf seiner Webseite, daß er sämtliche Klimaziele der Vereinten Nationen und die Vorgaben der Klimagipfel unterstützt, sich also kritiklos hinter deren erlogene CO₂-Agenda stellt. Auf dem Parteitag der Grünen im November in Karlsruhe sei er sogar unter den "Ausstellern und Sponsoren" aufgetreten, wie Ernst Wolff anmerkt.

Jetzt, im Januar 2024, zu einer Aktionswoche mit Großdemonstrationen aufzurufen, sei vermutlich unter dem Druck der Basis, der wachsenden Unzufriedenheit vor allem kleinerer und

mittlerer Landwirtschaftsbetriebe geschehen, die sich schon in den vergangenen Wochen und Monaten in zahlreichen lokalen und regionalen Protestaktionen Luft gemacht hatten.

Keine homogene Bauernschaft

Hinzu kommt, daß die deutsche Bauernschaft eben keine einheitliche, sondern eine höchst vielgestaltige Berufsgruppe ist, wie Hermann Ploppa in einem Artikel vom 6.1.2024 darlegt:

- Es gebe ganz große Agrar-Unternehmen mit riesigem Landbesitz, bei denen unter der Maxime der Gewinnmaximierung knallhart kalkuliert werde. "Und das erreicht man am besten mit einem degradierten Boden, der im Prinzip nur noch aus Kieselgranulat bestehen sollte, in den man in Hydrokultur chemisch erzeugten Dünger einbringt. Unerwünschte Kräuter auf dem Feld werden mit Chemie ausgeschaltet."

- Dann gebe es große und mittelgroße Bauernhöfe, die noch von Familien aber nach genau denselben Prinzipien bewirtschaftet werden wie die Agrarfabriken: also der großräumige Einsatz von Glyphosat und synthetischem Dünger.

- Und drittens bestehe die Gruppe der ökologischen Landwirte, die das Opfer auf sich nehmen, "erheblich arbeitsintensiver und riskanter zu wirtschaften als ihre so genannten 'konventionellen' Kollegen. Sie verzichten auf die chemische Keule und befahren ihre Äcker öfter, um den gewünschten Ertrag zu erzielen. Deswegen sind die Ökobauern auch von der Streichung der Dieselsubventionen erheblich schlimmer betroffen als die konventionellen Bauern."

Die Landwirtschaft der beiden ersten Gruppen nenne man im Zuge einer sprachlichen Manipulation 'konventionelle Landwirtschaft' - so als hätte es diese Art der Bodenbearbeitung schon seit der Steinzeit gegeben. Entsprechend müsse sich dann die verbliebene naturgerechte Landwirtschaft einem Rechtfertigungsdruck erwehren, als sei die natürliche Bewirtschaftungsweise etwas Exotisches und nicht vielmehr genau die Form von Landwirtschaft, die sich seit Jahrtausenden bewährt habe.

"Die ökologisch arbeitenden Bauern sind schon die ganze Zeit benachteiligt. Offenkundig hat die Politik in Brüssel und Berlin immer nur ein Ohr für die Lobbyisten der industriellen Landwirtschaft. So spielen die politischen Entscheider blinde Kuh und lassen ihre Agrarsubventionen nach dem Gießkannenprinzip über unterschiedslos alle landwirtschaftlichen Betriebe regnen - was eindeutig die großen Betriebe bevorzugt. Die großen Betriebe sind auf Expansion geeicht und verdrängen die bäuerliche Landwirtschaft, wo immer es geht."

Der Bauernverband wolle nun alle drei Kategorien der deutschen Landwirtschaft: Agroindustrie, "konventionelle" familiengeführte Betriebe und ökologisch-bäuerliche Höfe als Gesamtheit vertreten, also "Fuchs und Hühner in einem einzigen Stall friedlich vereinen". Da könne er nur den kleinsten gemeinsamen Nenner liefern. Seine politischen Äußerungen und Forderungen seien sozusagen "Mainstream". Große Konfrontationen könne er sich nicht leisten ohne in der eigenen Klientel anzuecken.

Es gebe aber mittlerweile kleinere Interessenverbände wie die "freien Bauern", welche die familiengeführten "konventionellen" Agrarbetriebe vertreten und keine Rücksicht nehmen müßten auf den großen Konsens.

"Die Freien Bauern sind der Ansicht, daß ihre Höfe am besten gedeihen, wenn sich am besten niemand in ihre Arbeit einmischt - weder Staat noch Konzerne. Sie lehnen die Zwangsdigitalisierung genauso ab wie den Zwang zur Gentechnik. Die Freien Bauern wenden sich dagegen, daß unter dem Vorwand vorgeblich ökologischer Politik tatsächlich die Kapitalkonzentration im Agrarsektor weiter vorangetrieben wird. Der deutsche Lebensmittelmarkt soll nicht mit Produkten aus Ländern überschwemmt werden, die den deutschen ökologischen und gesundheitlichen Standards nicht entsprechen."

Bei den momentanen Protesten federführend sei zudem der Verein "Landwirtschaft verbindet Deutschland" 7. Auch dieser Verein setze sich dafür ein, die einheimische Landwirtschaft an-

gemessen zu fördern und gegen die agrarindustrielle Billig-Konkurrenz aus dem Ausland zu schützen.

Die weltweite Situation

Das sei auch dringend notwendig. Denn die Misere der deutschen Landwirtschaft müsse unbedingt im Zusammenhang mit der weltweiten Situation gesehen werden.

"Weltweit erleben wir eine dramatische Enteignung der bäuerlichen Landwirtschaft und eine rapide Umwandlung fruchtbarer Böden in Kieselgranulatflächen. Hier gibt es immer weniger familiengeführte Betriebe. Stattdessen kontrollieren globale Konzerne wie Nestlé, Monsanto, oder Cargill die Szene. Die Ölkonzerne liefern die Abfallprodukte für die Düngung und Vergiftung ehemals natürlicher Biotope.

Hinter den globalen Agrar-Giganten stehen wiederum Banken und Vermögensverwaltungsfirmen wie Goldman Sachs, Blackrock oder Vanguard. Die politischen Hilfstruppen stehen mit Weltbank, Internationalem Währungsfond oder auch der Europäischen Union den Kapitalverwertern zur Seite, um in die Verschuldung getriebene Nationen zu zwingen, den Anweisungen der Globalkonzerne bedingungslos zu folgen."

Nichtregierungsorganisationen wie der 'World Wildlife Fund' würden die nötigen Zertifikate liefern, die besagten, daß die agrarindustriellen Produkte auf umweltverträgliche Weise hergestellt seien. Das Label MSC besage, daß wir nur glückliche Lachse aus absolut naturbelassener Herstellung verzehrten. Dies sei ein moderner Ablaßhandel.

Aber man könne mit diesen agrarindustriellen Lebensmitteln auch noch an den Börsen dieser Welt handeln und Wetten abschließen auf Preissteigerungen in Hungersnöten. Diese Wetten auf Lebensmittel hätten derart zugenommen, daß durch diese makabren Spielchen an der Börse die Lebensmittelpreise drastisch in die Höhe schnellten."

Ukraine

Ein besonders abstoßendes Beispiel für die Pervertierung der Landwirtschaft stelle die Ukraine dar. Diese verfüge mit 33 Millionen Hektar Schwarzboden über die besten Ackerböden Europas. Das mache ungefähr ein Drittel der Ackerflächen der Europäischen Union aus. Nach der Wende habe der Staat die vorher staatlichen Flächen in kleineren Parzellen an Bauern verteilt. Um sie zu schützen, sei 2001 von der ukrainischen Regierung angeordnet worden, daß diese Flächen nicht an ausländische Investoren verkauft werden dürften.

"Jedoch jene oben bereits erwähnte unheilvolle Koalition aus Weltbank, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Entwicklungsbank übte erpresserischen Druck auf die ukrainische Regierung aus, dieses Verkaufsverbot im Zuge der berüchtigten 'Strukturanpassungen' sofort aufzuheben.

Im Windschatten des Krieges begann dann die große Landnahme der Ukraine. Westliche Agrarkonzerne und Banken können Land in der Ukraine per Leasingkauf erwerben. Verbliebene Staatsbetriebe werden im Schnellgang privatisiert. Heute gehört das ukrainische Ackerland bereits den üblichen Verdächtigen: Monsanto, Cargill, Dupont, Vanguard, Kopernik Global Investors, die zu Goldman Sachs gehörende NN Investment Partners Holdings und Norges Bank Investment Management."

Da sei es aus der Sicht der westlichen Investoren ein Glücksfall, daß sich die Ukraine durch den Krieg gegen Rußland mit 120 Milliarden Dollar verschuldet habe und die Ukraine nun ihr Tafelsilber komplett westlichen Banken übereignen müsse. Bereits Ende des Jahres 2022 habe der ukrainische Präsident Selenski mit dem Chef von Blackrock, Larry Fink, ein so genanntes Wiederaufbauprogramm verabredet, und Fink habe auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos erklärt, er und seine Freunde würden die Ukraine mit westlichem Kapital "fluten" und die Ukraine "zum Leuchtturm der Hoffnung für die Kraft des Kapitalismus" machen.

Fink wolle eine Billion Dollar in die Hand nehmen, um die Ukraine auf Linie zu bringen. Die verbliebenen selbständigen Bauern seien mittlerweile zum Militärdienst eingezogen worden.

Falls sie lebend wieder zurückkehrten, könnte es sein, daß ihr Gehöft nicht mehr ihnen gehört. "Zugleich begann auch der Frontalangriff auf die Landwirte in der Europäischen Union.

Weil durch die Kriegshandlungen die Ukraine ihr Getreide nicht mehr auf dem Seeweg exportieren konnte, leitete die Europäische Union das ukrainische Getreide mal eben zollfrei in die Märkte der EU um. Besonders die osteuropäischen Bauern sahen sich plötzlich einer Dumping-Konkurrenz aus der Ukraine ausgesetzt, die sie schwerlich überleben konnten. Die Regierungen von Polen, Ungarn und der Slowakei machten daraufhin die Grenzen dicht für ukrainisches Getreide."

Dies habe mit einem Schlag die Agenda der Europäischen Union entlarvt. Die Ukraine mit ihrer radikalen Agroindustrie könne ruhig die europäischen Bauern ruinieren. Die Ukraine sei sozusagen das Musterland für eine zukünftige europäische Landwirtschaft. Das Beispiel Ukraine zeige in brutaler Nacktheit, was auch der deutschen Landwirtschaft blühe.

"Die Grundzüge der Politik werden von den strategischen Abteilungen der Investmentbanken und Vermögensverwaltungsfirmen festgelegt. Die Politiker sind lediglich die Übermittler der schlechten Nachrichten und obendrein die Schießbudenfiguren, die den Volkszorn auf sich lenken, dessen Ursache die diskreten Herrschaften im Hintergrund sind. Die Politiker sind nur die Kellner, gekocht wird woanders. Wie wäre es mit einem bauerlichen Besuch bei einem der oben genannten Finanzkonzerne?"

Doch das finde ich zu einseitig formuliert. Hermann Ploppa übersieht, daß die Politiker nicht nur die Übermittler und Kellner sind. Die "diskreten Herrschaften im Hintergrund" könnten ihre Ziele niemals ohne die Parteipolitiker in Parlament und Verwaltung, also ohne die staatlichen Gesetzgebungs- und Verordnungsinstanzen durchsetzen. Dafür sind die Politiker verantwortlich, dafür können und müssen sie und ihre Parteien zur Verantwortung gezogen werden. -

Gewöhnlich wird aber noch ein weiteres wichtiges Instrument vollkommen übersehen, ohne das eine solche verheerende Entwicklung zur Bodenkonzentration nicht stattfinden könnte:

Das Eigentum an Grund und Boden

Dadurch daß sich der Boden grundsätzlich im privatrechtlichen Eigentum befindet und Grundstücke wie Waren frei verkauft und gekauft werden können, ist es großen Finanzplayern leicht möglich, in Not getriebene Bauernhöfe mit allen Feldern zu erwerben und so regelrecht ein riesiges Imperium an industriellen Agrarbetrieben aufzubauen. Hier werden die negativen Auswüchse eines sozialen Grund Übels der Rechtsordnung sichtbar, das über Jahrtausende von der kleinen Schicht der jeweils Herrschenden im eigenen Interesse tradiert worden ist.

Doch wie die Luft notwendiges Lebenselement aller Menschen ist, stellt der Boden die notwendige Lebens- und Arbeitsgrundlage aller Menschen dar. Der Boden gehört einer ganz anderen Kategorie an als Sachen, die durch menschliche Tätigkeit immer wieder produziert werden können, und an denen privates Eigentum natürlich voll berechtigt ist.

Der Boden ist jedoch nicht von Menschen hervorgebracht und kann auch nicht beliebig vermehrt werden. Mit einem Grundstück wird daher keine Sache oder Ware verkauft, sondern das privilegierte Recht, über dieses Grundstück unter Ausschluß aller anderen Menschen zu verfügen. Das führt notwendig dazu, daß nur diejenigen Eigentümer eines Grundstückes werden können, welche die hohen Grundstückspreise zahlen können. So sind gegenwärtig nur 42 % der Bevölkerung in Deutschland Eigentümer an Grund und Boden. Das bedeutet, daß 58 % von diesen existentiell abhängig sind.

Die Lösung könnte darin bestehen, daß der gesamte Boden einer Kommune in deren Besitz und Verwaltung bleibt bzw. übergeht - natürlich nur der Boden selbst, nicht die darauf errichteten Gebäude, denn diese sind ja von Menschen durch ihre Leistungen hervorgebracht worden und müssen in ihr Eigentum übergehen, können also auch verkauft und gekauft werden. Der Boden selbst aber muß dem Verkauf und Kauf völlig entzogen werden. Die Organe der

Kommune teilen den Boden den verschiedenen Nutzungen zu, für die Bedarf und Möglichkeit besteht: Wohnflächen, Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie etc.

Dann hat es die Gemeinschaft der Kommune in der Hand, ob sie einem fremden Konzern den eigenen Boden - unter Ausschaltung der eigenen Bauern - zur landwirtschaftlichen Nutzung überläßt.<<

Das Mitglieder magazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 19. Januar 2024 (x1.351/...): >>Die Ampel bekommt den Hals nicht voll! Nur mit uns bleiben die Steuern im eigenen Land

Eigentlich könnte Finanzminister Christian Lindner von der FDP aus dem Vollen schöpfen: Auch im kommenden Jahr winken Rekordsteuereinnahmen, für die man viel Gutes tun könnte. Doch statt die Bürger zu entlasten, die Wirtschaft zu fördern, in die Infrastruktur oder gar in die Bildung zu investieren, füllt die Ampel lieber fremde Kriegskassen, finanziert illegale Migranten oder baut Radwege in Peru. Aber weil selbst das höchste Steueraufkommen in der Geschichte der Bundesrepublik für all die unsinnigen Ideologiekonstrukte nicht reicht, werden neue Schulden gemacht. Und weil trotz allem immer noch 17 Milliarden Euro fehlen, wird auch bei den Steuern nochmal extra zugelangt - was am Ende vor allem jene trifft, die schon jetzt nicht mehr über den Monat kommen.

So soll mit der spontanen Erhöhung der CO₂-Abgabe von 30 auf 45 Euro - statt wie ursprünglich geplant auf 40 Euro - pro Tonne insgesamt 1,2 Milliarden Euro zusätzlich in die Steuerkassen gespült werden. Zahlen müssen die zwar vor allem Industrie und Transportgewerbe (so wie jeder Autofahrer), die aber legen die Kosten am Ende über die Preise um. Zahlen muß es der Verbraucher über den immer teurer werdenden Wocheneinkauf. Weitere 176 Millionen Euro sollen bei den Landwirten eingespart werden - zunächst, denn bis 2026 werden es 440 Millionen.

Die Ampel zieht die Daumenschrauben bei den Steuerzahlern immer weiter an - trotz der Massenproteste, die sich längst Bahn gebrochen haben. Die Bundesregierung kennt nur eine Richtung, die das Geld in Deutschland nimmt: Weg von den Bürgern. Nur die AfD kann diesen Kostenwahnsinn beenden - denn nur mit uns wird das Steuergeld dort eingesetzt, wo es hingehört: Bei den Bürgern in diesem Land. Und das mit Augenmaß und nicht mit der Schaufel.<<

Das Mitglieder magazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 22. Januar 2024 (x1.351/...): >>Klima-Hysterie immer irrer: Medien warnen vor "Winterhitze bis zu 15 Grad!"

Man kommt bei unseren Massenmedien aus dem Staunen nicht mehr heraus. Nachdem uns der Schneefall kürzlich als Beweis für die Klima-Apokalypse präsentiert wurde, setzt der "Focus" nun noch einen drauf: "Winterliche Hitzewelle kommt auf Deutschland zu", heißt es dort mit großem Alarmgetrommel in einer Überschrift.

Und weiter: Es komme in dieser Woche zu Temperaturen "bis zu 15 Grad". Hilfe, wir verbrennen! Soll dieser Quatsch also der Beweis sein, daß wir unseren Strom künftig nur noch mit Windrädern erzeugen dürfen und uns nur noch von Salat ernähren und mit Lastenrädern fortbewegen sollen, damit die globale Erwärmung gestoppt wird?

Überschriften wie diese zeigen, daß große Teile der Massenmedien sich von ihrem Auftrag entfernt haben und nur noch als Lautsprecher der Regierungs-Ideologie fungieren. Zum Glück gibt es in Deutschland noch eine Partei, die sich von den Medien nicht den Verstand vernebeln läßt, sondern sich ein eigenständiges Urteil über die wirklichen Probleme unserer Zeit bildet. Viel bedrohlicher als die "Winterhitze" sind hitzköpfige Migranten, die unsere Rettungskräfte mit Steinen und Böllern bewerfen - um diese Probleme wollen wir uns kümmern, nicht um irrationale Klima-Hysterie!<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27965" berichtete am 22. Januar 2024

(x1.350/...): >>>Papst für Klimainquisition

In seinem Schreiben "Laudate Deum" spricht Papst Franziskus von einer Klimakrise durch CO2 und gibt den Menschen und ihrer technischen Zivilisation die Schuld. Alle Einwände der Wissenschaft und alle Erkenntnisse über natürliche Klimafaktoren wischt er beiseite. Technische Wettersteuerung als Ursache für Wetterextreme blendet er völlig aus.

Als Lösung fordert Papst Franziskus "wirksamere Weltorganisationen" die "mit echter Autorität ausgestattet sein müssen", um die Einhaltung der Klimaziele zu "gewährleisten". Gleichzeitig fordert er die Menschen dazu auf, Druck "von unten" auf die Politik auszuüben, also härtere Klimagesetze zu fordern. Druck von oben durch Klimadiktatur, Druck von unten durch Klimafanatiker - ginge es nach Papst Franziskus, befände sich die Menschheit im Zangengriff einer Klimainquisition.<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtete am 23. Januar 2024 (x1.355/...): >>>Landwirt: Ziel der Agrarpolitik war immer, Landwirte zu Leibeigenen zu machen

Von *Herbert Ludwig*

Ergänzend ... folgt die Stimme eines erfahrenen Landwirts zu den Ursachen der desolaten Situation in der deutschen Landwirtschaft. Ziel der Agrarpolitik sei schon immer gewesen, dezentrale Strukturen zu zerstören und Landwirte zu Leibeigenen zu machen. Schon in den sechziger Jahren sei von der EU das Dekret ausgegangen, daß nur Betriebe größer als 100 Hektar gefördert werden dürfen und überleben sollten.

Die kleineren Bauern seien immer mehr durch gedrückte Erzeugerpreise in die Enge getrieben worden, die nur die großen Betriebe durch größeren Flächenanbau hätten kompensieren können. Wir danken Egon W. Kreutzer für die freundliche Erlaubnis, den nachfolgenden Artikel von seiner Webseite zu übernehmen. (hl)

Leibeigene als Befehlsempfänger

Landwirtschaft in der BRD - ein Landwirt erinnert sich

Egon W. Kreutzer

Gestern Abend habe ich eine Mail erhalten, die ich meinen Lesern nicht vorenthalten will.

Ein Landwirt,

der heute Morgen um halb sieben, als ich ihn fragen wollte, ob er der Veröffentlichung zustimmt, nicht ans Telefon kommen konnte, weil er - wie jeden Tag um diese Zeit - schon im Stall zugange war, hatte mir geschrieben. Beim Lesen habe ich mich erinnert. Ja. Das war so. Nur hatte ich das längst in den Tiefen meines Gedächtnisses vergraben. Gut, daß es auf diese Weise wieder zum Vorschein gekommen ist.

Kurz vor zwölf hatte ich ihn dann endlich selbst am Telefon. Daß ich seine Gedanken veröffentlichen will, freut ihn, daß er dabei lieber selbst anonym bleiben will, kann ich gut verstehen.

Aber, lesen Sie selbst. Eine Schilderung aus dem Wissen und aus der ganz und gar bewußten Sicht eines Landwirts:

"Leider muß ich immer wieder feststellen, daß bei Berichten über die Landwirtschaft in allen Medien nur oberflächlich oder falsch berichtet wird.

Dies ist ein komplexes Thema, das über einen längeren Zeitraum betrachtet werden muß. Was jetzt seine Vollendung durchläuft, hat in den sechziger Jahren begonnen.

Man muß sich bewußt sein, daß das Ziel der Agrarpolitik immer war, dezentrale Strukturen zu zerstören und Landwirte zu Leibeigenen zu machen.

Dies ohne Widerstand seitens der sogenannten Verbraucher und Landwirte.

Den sichtbaren Startschuß gab Mansholt, der in den Sechzigern das Mansholt-Dekret in der EU herausgab. Dies besagte kurzgesagt, daß nur Betriebe größer als 100 Hektar gefördert werden dürfen und überleben sollten.

Es gab damals keine Hungersnot!

Die Landwirtschaft war autark und versorgte die Menschen mit gesunden Lebensmitteln.

Um dies zu beschleunigen, wurde Ende der Siebziger ein genialer Schachzug eingeführt. Die Erzeugerpreise wurden drastisch gesenkt, so daß die Herstellung nicht mehr kostendeckend war. Im Gegenzug führte man Flächenprämien ein.

Das war der Anfang vom Ende der bäuerlichen Landwirtschaft.

Hier hätte der Aufschrei hingehört. Aber die Funktionäre des DBV waren alles große Flächenbesitzer und hatten und haben ihre Posten in den Konzernen und Banken. Die einen wollten ihren Mist verkaufen, und die Banken wollten über Kredite an das Land. Der DBV hat damals wie heute seine Mitglieder auf die Schlachtbank geführt.

Nun zu den Folgen.

Um die steigenden Kosten zu kompensieren, hatte der Landwirt nur die Möglichkeit auf mehr Fläche mehr zu produzieren. Da Fläche aber endlich ist und keine brach lag, mußte einer aufgeben. Das Hauen und Stechen begann. Ehemals solidarisches Handeln wurde in gnadenlose Konkurrenz umgepolt.

Um das Mehr an Fläche zu bewirtschaften, war ein endloses Investieren nötig, das nur über Kredite zu bewerkstelligen war. Hier begann die Verschuldung, die jetzt in der Überschuldung ihren Endpunkt erreicht hat. Dies war faktisch eine schleichende Enteignung.

Durch die Verschleuderung der Lebensmittel hatten sie für den Konsument keinen Wert mehr. Das bedeutet: Er konnte sein Geld in andere Konsumgüter verballern. (Auto, Urlaub etc.). Somit wurde auch die Leistung der Landwirte als gering eingeschätzt.

Durch die Zahlung von öffentlichen Geldern (Subventionen), die der Landwirt nun zum Überleben brauchte, konnte man diese an Bedingungen knüpfen, die oft widersinnig sind, aber eines gemeinsam haben: Sie zu erfüllen kostet richtig Kapital. Hier waren der Fantasie der Beamten keine Grenzen gesetzt. Man hetzte die Menschen über die Medien und Naturschutzverbände gegen die Landwirte auf. Sie seien Tierquäler, Klimasünder und chronische Umweltverschmutzer. Bashing pur. Als das Image damit völlig ramponiert war, konnte man der Verordnungswut freien Lauf lassen.

Durch Flächenprämien sind Rinderhalter benachteiligt. Denn diese müssen bei größeren Flächen mit den Ställen nachziehen, was wiederum sehr viel Kapital benötigt. Aber warum? Die Antwort findet man in dem Buch "Die Kuh". Wiederkäuer waren und sind ein wichtiges Glied für den natürlichen Kreislauf in der Landwirtschaft weltweit. Die Kuh kann aus Pflanzen die für uns unverdaulich sind, Milch, hochwertigen Dünger und Fleisch produzieren und ist zudem auch als Arbeitstier einsetzbar.

Mit Rindern kann man im entlegensten Flecken überleben. Das war der wahre Grund. Nimmt man das Rind aus dem Kreislauf funktioniert er nicht mehr. Der Landwirt ist nun auf synthetischen Dünger angewiesen, der aber nicht die Qualität des Kuhdunges hat. Deshalb versauern und verarmen unsere Böden immer mehr.

Wenn man das eigentliche Ziel - wie oben erwähnt - immer vor Augen hat, ergibt sich aus dem ganzen Irrsinn ein Sinn. Das fruchtbare Ackerland wird inzwischen von Konzernen aufgekauft. Das Ziel ist ein Ernährungsmonopol. Eigentlich ist das Ziel bereits erreicht. Mehr als 95 Prozent der Betriebe sind überschuldet. Diese gehören schon den Konzernen. Siehe Bacon. Er sieht Hunger als die ultimative Unterdrückungswaffe.

Nun noch einiges Wissenswertes:

Nur 1,8 % arbeiten in der Lebensmittelerzeugung! Kann nicht funktionieren!

Der Dieselverbrauch pro Hektar ist in den letzten 20 Jahren von ca. 80 auf ca. 240 Liter gestiegen, bei sinkenden Erträgen!

Die Saatgutlizenzen werden von der Saatguttreuhandgesellschaft eingezogen. Eine Tochtergesellschaft des DBV. Das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen: Der DBV ist aktiv an

der Wegnahmen des Saatguts von den Landwirten beteiligt.
Täglich geben ca. 10 Betriebe auf. Hier geht Wissen und Erfahrung unwiederbringlich verloren!

Landwirte haben die höchste Selbstmordrate!

Über 80 % der Erwerbsunfähigkeit in der Landwirtschaft sind auf psychische Gründe zurückzuführen.

Landwirte sind überproportional bei Einweisungen in die Psychiatrie vertreten.

Hunger entsteht, wenn Bauern von ihrem Land vertrieben werden, nicht durch mangelnde Bürokratie.

Immer wenn Menschen aus der Lebensmittelerzeugung genommen wurden (z.B. wegen Einberufung im Krieg) gab es Hungersnöte. Genau an diesem Punkt sind wir wieder!

Den momentanen Protest kann ich noch nicht einordnen.

Warum der DBV die Landwirte auf die Straße getrieben hat, wird sich später herausstellen. Um die Situation der Landwirte geht es bestimmt nicht. Die meisten stehen mit dem Rücken an der Wand. Dies ist eher eine Verzweiflungstat.

Ein System ändert man nicht.

Es fällt in sich zusammen.

Die Würfel sind gefallen. Stirbt der Bauer, stirbt das Land. Ich bin selber Landwirt und beobachte die Entwicklung schon einige Zeit und erlebe den Irrsinn täglich selbst: Die Gängelungen durch Ämter und Kontrolleure, die niedrigen Erzeugerpreise.

Trotzdem gibt es keinen erfüllenderen Beruf, als mit dem Lauf der Natur zu arbeiten. Menschen die diese Kraft und den Lebenswillen der Natur nie spüren werden, sind zu bemitleiden. Diese werden nie erfahren, was wichtig im Leben ist."

Quelle: <https://egon-w-kreutzer.de/landwirtschaft-in-der-brd-ein-landwirt-erinnert-sich>

Nachbemerkung (hl):

"Die Menschen dieses Landes sind keine Untertanen."

(Hans-Jürgen Papier, früherer Präsident des BVerfG)

Was der Landwirt mit aller Deutlichkeit beschreibt, ist die Anmaßung eines Obrigkeitsstaates und des EU-Überstaates, die gesamte Landwirtschaft von oben planwirtschaftlich in Richtung agrarindustrieller Großbetriebe zu regulieren. Das geschieht zumeist durch infame indirekte Methoden, kleine und mittlere Höfe in wirtschaftliche Not zu treiben und zur Aufgabe zu zwingen.

Der nach dem Grundgesetz freie, seinen Beruf aus eigener Fachkenntnis selbstbestimmt ausübende Bauer wird einem nötigenden, seine wirtschaftliche Existenz vernichtenden fremden Willen unterworfen.

Der Staatsrechtler und frühere Richter am Bundesverfassungsgericht Prof. Udo Di Fabio stellt in einer Einführung in das Grundgesetz klar (Beck dtv-Texte 2007), welches Menschenbild diesem zugrunde liegt: "Der Mensch ist eine mit der Fähigkeit zu eigenverantwortlicher Lebensgestaltung begabte Persönlichkeit." Das bedeutet, "daß kein Mensch zum bloßen Objekt auch der demokratischen Staatsgewalt degradiert, verächtlich gemacht werden darf."

Das ist es, was der Landwirt oben in das Bild des "Leibeigenen" bringt, der durch Niedrigpreise, Steuern und Subventionsentzug ausgebeutet wird und letztlich nur noch für andere arbeitet, für ihn selbst aber nichts mehr übrig bleibt. Er wird in seiner menschlichen Persönlichkeit entwürdigt.

Die tiefe Empörung dagegen liegt letztlich den in diesem Ausmaß noch nicht dagewesenen Bauernprotesten der Gegenwart zugrunde.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 25. Januar 2024 (x1.352/...):

>>Hedgefonds setzt eine Milliarde auf wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands

Mit beträchtlichen Summen wettet der Hedgefonds Qube Research & Technologies auf den

Niedergang der deutschen Wirtschaft. Es dürfte ein gutes Geschäft werden.

Max Roland

Hedgefonds wie Qube Research & Technologies Ltd. wetten an der Börse - auf steigende und fallende Kurse. Letzteres, das sogenannte Shortselling, dient auch dazu, in einer Art "reinigenden Funktion" die Kurse schlecht laufender Unternehmen zu korrigieren. Es ist kein gutes Zeichen, wenn eine ganze Volkswirtschaft ins Visier solcher Seller gerät.

Aber der Hedgefonds hat angesichts des weltweiten Nachfragerückgangs, der die größte europäische Volkswirtschaft verlangsamt, eine Short-Wette von mehr als 1 Milliarde Dollar gegen deutsche Unternehmen angehäuft. Der Hedgefonds, der im vergangenen Jahr rund 11 Milliarden Dollar verwaltete, hat in den letzten zwei Wochen auch seine Börsenwetten gegen Unternehmen wie den Automobilhersteller Volkswagen aufgestockt und unter anderem eine Leerverkaufsposition in Höhe von 131,8 Millionen Dollar gegen die Deutsche Bank AG bekannt gegeben, wie aus regulatorischen Daten hervorgeht, die dem Börsennetzwerk Bloomberg vorliegen.

Hedgefonds wie Qube Research & Technologies haben ein Geschäft daraus gemacht, mit Leerverkäufen auf Kursverluste von maroden Unternehmen zu wetten - jetzt wettet der Fonds mit viel Geld gegen Deutschland. Nicht zu Unrecht: Die deutsche Wirtschaft ist marode, strukturelle und wirtschaftspolitische Nachteile machen die Bundesrepublik zu einer der am schlechtesten performenden Volkswirtschaften der Welt. "Viele deutsche Unternehmen leiden unter einer Kombination aus Energiekrise, schrumpfender Binnenwirtschaft, schwächeren Exporten außerhalb der Europäischen Union und steigenden Zinsen", schreibt Bloomberg.<<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27948" berichtete am 27. Januar 2024 (x1.350/...): >>"Nahrung als Waffe" - Das verbindet die Bauernproteste, die Agenda 2030 und den Angriff auf die Nahrung

Derzeit sind die Proteste der deutschen, aber auch europäischen Bauern, in aller Munde. Die kürzlich ausgestrahlte Kla.TV-Sendung "Existenzkampf der Bauern" (www.kla.tv/27879) bringt trefflich auf den Punkt, daß die Kürzungsmaßnahmen der Regierung nur den einen Tropfen darstellen, der das Faß der Bauernunterdrückung zum Überlaufen gebracht hat.

Inwiefern die Landwirte durch die Proteste instrumentalisiert wurden oder nicht und warum sie durch die Mainstream-Medien in ein schlechtes Licht gerückt werden, wird in weiteren Sendungen aufgegriffen. Schauen Sie also regelmäßig bei Kla.TV rein!

Fakt ist: UNO, WHO und WEF haben den Bauern sowie den traditionellen Nahrungsmitteln den Krieg angesagt!

Durch ihre Agenda 2030, wie Kla.TV schon in einigen Sendungen berichtete, werden auch die Landwirte im Besonderen angegangen.

Dazu eine kurze Repetition aus der Sendung "Etikettenschwindel Agenda 2030" (www.kla.tv/18739):

Ziel 2 der Agenda 2030 sieht angeblich vor, den Hunger zu beenden, Ernährungssicherheit und eine verbesserte Ernährung zu erreichen sowie eine nachhaltige Landwirtschaft zu fördern. Zu beobachten ist jedoch, daß die natürliche, kleinbäuerliche Landwirtschaft zerstört wird, während gleichzeitig multinationale Konzerne durch eine industrielle Landwirtschaft sowie durch Gentechnik und Agrochemie immer mehr die weltweite Nahrungsmittelproduktion kontrollieren.

Der Stand der Bauern, der Existenzträger unserer Gesellschaft, ist beklagenswert, jedoch aber nicht zufällig, wie Sie im Folgenden mit einem "Blick über den Zaun" sehen werden. Genauer gesagt, steht das Schicksal der Bauern in sehr enger Verflechtung mit unser aller Schicksal.

Ein Abriß des Essays "Nahrung als Waffe" des unabhängigen deutschen Autoren und Journalisten Tom-Oliver Regenauer zeigt auf, wie die Existenzgrundlage "Nahrung" schon in der Geschichte, und genauso auch heute als Waffe gegen die Menschheit eingesetzt wird.

Im Dezember 1974 verfaßte Henry Kissinger ein geheimes Strategiepapier für den "Nationalen Sicherheitsrat" der Vereinigten Staaten. Es trug den bürokratisch schwerfälligen Titel "Implikationen weltweiten Bevölkerungswachstums für die Sicherheit der USA und Übersee-Interessen".

Die von Kissinger skizzierte Strategie wurde im Jahr 1975 offizielle politische Leitlinie von Präsident Gerald Ford. "... das Bevölkerungswachstum wird ernsthafte Auswirkungen auf den Bedarf an Nahrungsmitteln haben", liest man da. Daher müsse die Nahrungsmittelhilfe für die Entwicklungsländer möglicherweise an obligatorische Sterilisationsprogramme oder Bevölkerungsreduktionsquoten geknüpft werden, folgert Kissinger. Dieser Gedankengang führt den in Diensten des einflußreichen Rockefeller-Clans stehenden Geostrategen wiederum zu der amorali-schen Erkenntnis, daß Lebensmittel in solch einem Szenario zu einem wirksamen "Instrument nationaler Macht" avancieren. Er erklärt Nahrungsmittel zur Waffe.

Dies ist allerdings kein neuer Gedanke. Ob Belagerung im Mittelalter oder Inflation der Gegenwart, Lebensmittel sind seit Menschengedenken eine Waffe. Ein Hebel der Herrschenden zur Bevölkerungskontrolle.

Doch mit mRNA-Impfungen für Nutztiere, genetisch veränderten Sporen zur Optimierung globaler Lieferketten und CBDC-Zahlungen für Wasser erreicht der Kampf ums Überleben ein neues Level.

Beispiele der vergangenen Geschichte:

- Schon vor 3.000 Jahren belagerten die Griechen Troja, um es auszuhungern.
- In Irland starben etwa eine Million Menschen, also zwölf Prozent der irischen Bevölkerung, infolge der großen Hungersnot 1845-1849. Primärer Auslöser waren nicht Mißernten oder eine neuartige Kartoffelfäule, sondern die von Hochfinanz und einzelnen Interessengruppen korrumpierte Politik der damaligen britischen Regierung.
- Auf die Kappe der britischen Kolonialmacht ging auch der Tod von bis zu vier Millionen Indern während der Hungersnot in Bengalen im Jahre 1943. Das belegt eine Studie indischer Wissenschaftler, die Dürreperioden der vergangenen 150 Jahre analysierten.
- Im Zweiten Weltkrieg starb während der 500 Tage andauernden Belagerung Leningrads über eine Million Menschen - mehr als durch die Bomben auf Hamburg, Dresden, Tokio, Hiroshima und Nagasaki zusammen.
- Auch Josef Stalin nutzte seine Macht, um mittels Nahrungsmittelverknappung die "Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik" in die Knie zu zwingen. "Holodomor", so die Bezeichnung für die von manchen als Genozid gewertete Hungersnot in den 1930er-Jahren, kostete drei bis vier Millionen Menschen das Leben. Kannibalismus war keine Seltenheit.
- Unter Mao Zedong verhungerten zwischen 1958 und 1962 mindestens 24 Millionen Menschen. Seine Devise lautete: "Es ist besser, die Hälfte der Menschen sterben zu lassen, damit die andere Hälfte sich satt essen kann."

Aktuelle Entwicklungen: In Anbetracht dieser Historie wäre es geradezu naiv, anzunehmen, daß Nahrungsmittel im 21. Jahrhundert nicht als Waffe eingesetzt werden! Allerdings nicht mit Belagerung oder Vernichtung der gegnerischen Flotte, sondern mit Disruption (Zerschlagung), künstlicher Verknappung, Verunreinigung mit Giftstoffen, biotechnischen Zusätzen, genmanipulierten Rohstoffen etc.

Die Anzahl jener, die akut von Hunger bedroht sind, hat sich seit Ausrufung des pandemischen Zustandes weltweit verdoppelt. Durch die Corona-Lockdowns und Ernteaussfälle im Ukrainekrieg entstanden massive Lieferengpässe und Versorgungslücken, vieles wurde sehr teuer, Familienbetriebe und Kleinunternehmen gingen bankrott. Landwirte geraten aufgrund der "Green Economy", der Null-CO2-Agenda, so unter Druck, daß sie den Auflagen und steigenden Kosten nicht nachkommen können und in ihrer Verzweiflung auf die Straße gehen. Mark Rutte (niederländischer Ministerpräsident) fuhr gegen die Bauernaufstände sogar militä-

risches Gerät auf!

Die ganze Nahrungsmittelindustrie soll transformiert werden, natürliche Zusatzstoffe zunehmend durch künstliche ersetzt werden.

Prominentestes Beispiel dabei: Fleisch aus dem Labor. Seit vielen Jahren legen vor allem Bill Gates, mittlerweile größter Grundbesitzer der USA, und Google Ventures (eine Risikokapitalgesellschaft) viel Elan auf diesem Gebiet an den Tag.

Gleichzeitig investiert Gates viel Geld in die Erforschung und Veränderung des Mikrobioms, einem komplexen Ökosystem aus Bakterien, Pilzen, Archaea (Urbakterien) und Viren, das unter dem Sammelbegriff "Darmflora" maßgeblich die Verdauungsprozesse steuert und vor allem im ersten Lebensjahr eines Kindes großen Einfluß auf dessen geistige und körperliche Entwicklung nimmt. (Interview mit Heiko Schöning "Corona 2.0 - Neuer Terrorangriff mit Bakterien? www.kla.tv/27731) Damit will Gates - der konstant seine Bedenken hinsichtlich "Überbevölkerung" artikuliert - man höre! - Kindern in Entwicklungsländern helfen!

Noch mulmiger darf einem in Anbetracht der Tatsache zumute sein, daß Nahrungsmittel in naher Zukunft mit mRNA- oder RNA-Zusatz ausgeliefert werden. Big-Pharma-Profiteure wie Bill Gates kündigen seit langem an, die experimentellen wie schädlichen Substanzen über Nahrungsmittel verteilen zu wollen, um diese so auch jenen Personen zuzuführen, die sich der Covid-Injektion verweigerten. (Impfbanane, mRNA-Salat & mehr: Unbewußte Zwangsimpfung durch Nahrungsmittel?! www.kla.tv/26130)

Unternehmen wie Bayer und BioNTech arbeiten seit über sechs Jahren an mRNA-Impfungen für Nutzvieh. Der Wissenschaftler und Miterfinder der künstlich erzeugten mRNA-Technologie, Robert W. Malone, wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß in der Veterinärmedizin noch weniger Transparenz hinsichtlich der Test- und Zulassungsverfahren herrsche als in der Humanmedizin. Sprich: das Risiko für den Endverbraucher ist möglicherweise noch größer als bei den COVID-Injektionen.

Die kanadische Regierung bietet auf ihrer Internetseite gar eine detaillierte Übersicht zu den im Land im Einsatz befindlichen RNA- und DNA-Produkten an. Mindestens eine Handvoll werden bereits flächendeckend angewandt. Die auf Gentechnik basierenden Impfungen sind also, entgegen aller anderslautenden Fakten-Checks, bereits im Einsatz. Sie laufen lediglich unter anderen Labels.

Auch sogenannte "Self-disseminating Vaccines", sich selbst verbreitende Impfstoffe, dürften bald zum Einsatz kommen. Dabei werden die Impfstoffe nur einigen wenigen Trägern verabreicht, die als Multiplikatoren dienen und die genetische Information mittels verschiedener Übertragungswege an den Rest der jeweiligen Population weitergeben.

Zu alledem sollen in Zukunft genetisch veränderte Sporen (Bioengineered Spores) für die Kontrolle globaler Lieferketten sorgen. Mikroben werden als Überwachungsgeräte (Tracking Devices) benutzt. Jedes Nahrungsmittel soll zukünftig vom Acker bis auf die Gabel im Mund nachverfolgt werden können. Datensätze werden in DNA umgewandelt, die anschließend in Mikroorganismen eingebracht wird.

Diese Mikroorganismen können auf jedes agrarwirtschaftliche Erzeugnis übertragen werden. Egal, ob Rind oder Schwein, Gemüse, Früchte oder Getreide. Dieser "DNA-Barcode", wie das Unternehmen die vermeintliche Innovation nennt, ist weder durch Hitze oder Kälte noch durch Waschen und Häckseln der Ware zu vernichten.

Zudem enthält das Produkt Giftstoffe, die jedoch in geringer Dosierung als - man höre! - "generell unbedenklich" eingestuft werden.

All diese Entwicklungen auf dem Gebiet der Nahrung machen aus dem menschlichen Organismus ein Schlachtfeld! Denn Nahrung kann und wird als Waffe benutzt werden. Ein Herrschaftsinstrument einzelner weniger im Hintergrund! Offensichtlich ist auch die EU ein Handlanger jener Herrschenden, denn sie engagiert sich für die "Regulierung" privater Nutztierhal-

tung und möchte den Eigenanbau von Nahrungsmitteln zusehends erschweren. In Nigeria ist man dahingehend sogar noch einen Schritt weiter. Das afrikanische Land ist nach den Bahamas das zweite, das elektronisches Geld von der Zentralbank namens CBDC eingeführt hat. Wasser bekommt in Nigeria jetzt nur noch, wer seinen CBDC-QR- oder RFID-Code scannt. Gut möglich also, daß bald durstig bleibt oder stirbt, wer auf seinen mit dem Zentralbankkonto gekoppelten Social-Media-Profilen gegen die Regierung wettet.

An dieser Stelle noch eine Einflechtung von Kla.TV: Das Ziel 6 der Agenda 2030 sieht angeblich vor, die Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle zu gewährleisten. Festzustellen ist allerdings, daß 90 % des Wassers weltweit von einer Reihe multinationaler Konzerne beherrscht wird, die Wasser immer mehr zum Luxusgut machen und jegliche Autarkie und Unabhängigkeit der Bevölkerung verhindern.

Interessanterweise wird für die Agenda 2030 das gleiche Symbol verwendet wie für den vom WEF propagierten "Great Reset". Von einer selbsternannten Elite aber, wie dem World Economic Forum, ist keine Verbesserung dieser Weltlage zu erwarten. Ganz im Gegenteil. Deren Neue Weltordnung ist im Klartext nichts anderes als Selbstbereicherung und Kontrollwahn weniger Finanzoligarchen auf Kosten der Allgemeinheit.

Angesichts der genannten Entwicklungen muß diese von langer Hand geplante Reduktion der Menschheit ans Licht der Öffentlichkeit gerissen werden. Die sehr gut ausgearbeitete, originale und ungekürzte Fassung des Essays von Tom-Oliver Regenauer finden sie unter: <https://www.regenauer.press/blog-search?searchTerm=nahrung%20als%20waffe>

Streuen Sie, liebe Zuschauer, auch diese Sendung so breit wie möglich! Und schauen Sie regelmäßig bei Kla.TV rein, um die Fortsetzung nicht zu verpassen. Kla.TV wird hier am Ball bleiben, um mehr Licht in die scheinbar komplizierten Zusammenhänge zu bringen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 31. Januar 2024:

>>**Klima-Terroristen: Reifenschlitzen statt Kleben**

Von Karel Meissner

Die Klimakleber resignieren wegen ausbleibender Resonanz. Dafür kommen jetzt die "Reifenlöscher": Die zerstören Reifen privater SUVs ... COMPACT-Spezial "Klima-Terroristen" klärt auf, wie die Öko-Extremisten denken und wer sie bezahlt.

Irgendwie mißlingt den Klima-Aktivisten der große Durchbruch. Während die Bauern international zeigen, wie man revoltiert und politisch-mediale Aufmerksamkeit erzielt, gelangt die Letzte Generation nicht über das Image lästig-nörgelnder Hipster-Kids hinaus. Keiner will sie, keiner braucht sie. Lars Werner, Stratege der Letzten Generation, gesteht dem Spiegel:

"Wären weiter genügend neue Menschen dazugekommen, damit andere sich eine Atempause nehmen können, hätten wir gesagt: Wir gehen diesen Weg genauso weiter."

Tja, aber leider "kommen nicht genügend. Das können wir nicht ignorieren." Die zunehmenden Anfeindungen und Gerichtsverfahren hätten potentielle Anhänger abgeschreckt. Der grüne Upper-Class-Nachwuchs ist halt sensibel. Das Problem ist nur: Sobald gemäßigte Ideologen resignieren, kommen Radikale und machen auf RAF.

Im Falle der Klimaaktivisten sind das - Achtung, jetzt kommt's: Die "Reifenlöscher". Vertreten in mehreren Ländern Europas. Schon 2021 haben sie sich auf X vorgestellt:

"We are The Tyre Extinguishers. We will make it impossible to own an SUV in the world's urban areas. For climate, health, public safety" (Wir sind Die Reifenlöscher. Wir werden es unmöglich machen, in den Städten der Welt einen SUV zu besitzen. Für Klima, Gesundheit, öffentliche Sicherheit).

Also durch das Aufstechen von Reifen das Fahren von SUVs verhindern. Diese leicht infantile Bewegung hat auch in Deutschland ihren Ableger. Dessen Name: "Achtung - Reifen platt For Future". SUV-Fahrer bekommen kleine Zettel mit folgender Drohung auf ihr Fahrzeug geklatscht:

"Nicht losfahren! Mindestens einer Ihrer Reifen ist platt wie eine Flunder. Wohlhabenden Autobesitzenden (!) werden von der Politik keine Grenzen gesetzt, während unser Klima allmählich ins Chaos stürzt."

Neben Bundeskanzler Olaf Scholz trügen auch SUV-Besitzer Schuld an der Misere:

"Während Sie offensichtlich so viel CO₂ in die Luft blasen dürfen, wie Sie Lust haben, drohen zunehmende Wetterextreme durch den Klimawandel Millionen Menschen zu enteignen, zu vertreiben oder zu töten"

Folglich: "Ihnen ist unsere Umwelt egal. Ihr Auto ist uns egal."

Tatsächlich haben die "Reifenlöscher" im vergangenen September einige Reifen-Attacken in Berlin verübt. In der Nacht zum Montag gab es ein größeres Reifen-Massaker in Berlin-Zehlendorf. Insgesamt sollen 50 Fahrzeuge betroffen sein.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 31. Januar 2024 (x1.352/...):

>>Medien ignorieren Bauernproteste - obwohl die sogar Hamburger Hafen und Stuttgarter Autobahn lahmlegen

Obwohl tausende Traktoren seit Montag an Demonstrationen in Hamburg und Stuttgart beteiligt sind, schweigen die allermeisten Medien. In der Hansestadt wurde der Hafen stundenlang blockiert, in Schwaben verstopften 3.000 Traktoren die Autobahn.

Wim Lukowsky

Nachdem die Landwirte in Frankreich wortwörtlich auf die Barrikaden gegangen sind und ganze Misthaufen auf den Straßen entzündet haben, wird auch der Protest in Deutschland ausgefallener und mutiger - doch die Medien schweigen. Dabei wären die 3.000 Traktoren, die es am Dienstag nach Stuttgart zog, oder hunderte Maschinen, die den Hamburger Hafen versperren, durchaus erwähnenswert gewesen.

Zudem kommt es immer wieder zu "kleineren" Protestaktionen im ganzen Bundesgebiet. Der Bauernprotest, er ist noch längst nicht vorbei.

Die für Dienstag angekündigte Großdemonstration in Stuttgart begann schon am Montagabend, als sich bereits mehrere Traktoren auf den Weg nach Baden-Württemberg machten. Auf unterschiedlichen Routen aus dem gesamten Landkreis formierten sich dann am Dienstagmorgen verschiedene Sternfahrten mit über 5.000 Teilnehmern und etwa 3.000 Fahrzeugen. Dabei trauten sich die Bauern mit ihren landwirtschaftlichen Maschinen sogar auf die Autobahn A81 und sorgten zeitweilig für Behinderungen, als sie zweispurig Richtung Stuttgart fuhren.

Weil aber nicht alle landwirtschaftlichen Nutzfahrzeuge auf Schnellstraßen verkehren dürfen, außerdem Transparente und Plakate die Sicht auf die Nummernschilder versperren und die Demonstration auf der Autobahn nicht zugelassen war, räumte die Polizei die Autobahn am Dienstagmorgen. Später verstopften Traktoren wichtige Verbindungswege in der Stadt und fuhren teilweise kreuz und quer über die Straßen.

Ein Video zeigt gar, wie die Landwirte tonnenweise Mist vor dem Eingang des baden-württembergischen Landwirtschaftsministeriums abladen. Der Protest wird ungestümer, die Polizei ermittelt. Das große Verkehrschaos blieb zwar aus, die Landwirte unterstrichen aber wieder einmal ihre Forderungen eindrucksvoll.

Auch in Hamburg wurde der Protest dringlicher: Am Montag rollten tausende Maschinen durch die Hansestadt und blockierten somit Straßen und sogar den Hamburger Hafen. Demonstrationsteilnehmer behaupteten auf X, Spediteure hätten stundenlang nicht passieren können, die Verladung von Containern sei zum Erliegen gekommen. "Wir lassen uns eher verhaften, als hier wegzugehen", stellten die Veranstalter fest. Bis Dienstagvormittag blockierten etwa 100 Maschinen das Gebiet, die Polizei ermittelt jetzt wegen Verdachtes des Verstoßes gegen das Versammlungsrecht und des Verdachtes der Nötigung.

Auch in Hamburg nimmt der Protest damit französische Züge an: Brennende Barrikaden und

abgeladene Misthaufen mitten in der Stadt zeichnen eine neue, wütende Seite der Proteste. Diese könnten die Hansestadt einige Tage lahmlegen, denn die Landwirte haben sich Toilettenhäuschen und Schlafkabinen mitgebracht, um den Protest auszusitzen. Traktoren werden blockierend geparkt und abgestellt - die Landwirte machen es sich anschließend in der Umgebung gemütlich.

Die Proteste der Bauern mitten im deutschen Straßenbild werden in den Leitmedien kaum diskutiert, nicht einmal gezeigt. Der NDR meldete zwar die Blockaden, eine tiefgründigere Auseinandersetzung mit den Aktionen der Landwirte fand aber nicht statt. In Stuttgart berichtete der SWR nur im Liveticker, die Tagesschau hatte lediglich im Vorfeld über die Demonstrationen berichtet. Die Misthaufen vor Ministerien oder die Blockaden mit abgestellten Traktoren vor dem Hamburger Hafen finden bis dato keine nennenswerte Erwähnung - obwohl täglich nach wie vor tausende Landwirte und Unternehmer für bessere Bedingungen demonstrieren.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28049" berichtete am 31. Januar 2024 (x1.350/...): >>"Frankensteins Buffet à la Agenda 2030" - Was Du dringend über Fleischersatz wissen solltest!

"Sterben für künstliches Fleisch wirklich keine Tiere?" Und "Ist es eine gesunde Alternative für den eigenen Leib und die Umwelt, Tumore zu essen?" ... Oder sollen giftige Bioabfälle, die bei künstlicher Herstellung entstehen, wirklich nicht schaden? Wie genau entstehen die Lebensmittel, die laut Agenda 2030 Hunger auf der Welt beenden und Ernährungssicherheit gewähren sollen? Die Antwort auf diese Fragen sollte JEDER kennen!

Ist Ihnen, sehr verehrte Zuschauerinnen und Zuschauer, bei Ihren letzten Einkäufen auch aufgefallen, daß beinahe jeder Supermarkt, ob er sich nun Rewe, Aldi, Lidl oder wie auch immer nennt, inzwischen ganze Veggie-Abteilungen führt? Auch McDonalds, Burger King und Co. bieten plant based, also "pflanzenbasierte", Burger oder Nuggets an.

Vegetarier und Veganer dürften sich über diese Entwicklung freuen: mehr Auswahl, bewußtere Ernährung, kann ja nur gut für Mensch, Tier und Umwelt sein - könnte man meinen. Daß dahinter aber alles andere als Fürsorge und Umsicht steckt, beweist die mit Nachdruck verfolgte Agenda 2030 von UNO, WHO und WEF und die systematische Hinführung zur Durchsetzung ihrer Pläne.

Wie Kla.TV bereits in der Sendung "Nahrung als Waffe" (www.kla.tv/27948) klarstellte, handelt es sich bei der Agenda 2030 um einen gewaltigen Etikettenschwindel.

Zur Wiederholung:

Ziel 2 der Agenda 2030 sieht angeblich vor (siehe "Etikettenschwindel Agenda 2030" www.kla.tv/18739), Hunger zu beenden, Ernährungssicherheit und eine verbesserte Ernährung zu erreichen sowie eine nachhaltige Landwirtschaft zu fördern.

Angefangen bei den bereits unmutig gewordenen Bauern ist aber zu beobachten, daß die natürliche, kleinbäuerliche Landwirtschaft zerstört wird, während gleichzeitig multinationale Konzerne durch eine industrielle Landwirtschaft sowie durch Gentechnik und Agrochemie immer mehr die weltweite Nahrungsmittelproduktion kontrollieren.

Eine der vielen Ansagen hierzu, wie Bill Gates und Konsorten den Hunger in der Welt stillen und eine Ernährungssicherheit gewährleisten wollen, liegt in synthetischen Lebensmitteln und dem Vertikal Farming (Sonderform urbaner Landwirtschaft | Sendung: "Wer die Nahrungsmittel kontrolliert ..." www.kla.tv/23292), was angeblich nur Vorteile bieten soll.

Im Oktober 2023 aber erschien bei Uncut-News ein Artikel mit folgendem Titel: "Warum synthetische Lebensmittel sehr gefährlich sind". Aus diesem fassen wir die wesentlichsten Aussagen für Sie zusammen und greifen dabei folgende Fragen auf:

Wie sieht es bei der Produktion von künstlichem Fleisch mit dem Tierschutz aus?

Ist synthetischer Fleischersatz für den Verbraucher sicher?

Was sagen Experten über mögliche Verunreinigungen in künstlichem Fleisch?

Entstehen bei der Herstellung von künstlichem Fleisch giftige Bioabfälle?

Was haben antibiotikaresistente Organismen in künstlichem Fleisch zu suchen?

Wird bei der Herstellung von synthetischem Fleisch tatsächlich CO₂ eingespart?

Wie sieht es bei der Produktion von künstlichem Fleisch mit dem Tierschutz aus?

Ein Beispiel für synthetisch hergestellte Lebensmittel ist kultiviertes (künstlich hergestelltes) Fleisch. Befürworter dieses Fleischersatzes bestehen darauf, daß es sich bei diesem Produkt nicht um "künstliches Fleisch", sondern um "echtes Fleisch" handelt, mit dem einzigen Unterschied, daß zu seiner Herstellung kein Tier geschlachtet werden müsse.

Viele Menschen wechseln ja gerade wegen des Tierwohls und bewußtem Umgang mit Ernährung zu kultiviertem Fleisch. Unglücklicherweise gehen sie dabei aber einem gewaltigen PR-Betrug auf den Leim. Die Behauptung nämlich, daß bei diesem Prozeß keine Tiere getötet werden, ist schlichtweg falsch. Gegenwärtig werden die meisten kultivierten oder zellbasierten Fleischsorten mittels fötalem Rinderserum (FBS) hergestellt, welches aus dem Blut ungeborener Kälber gewonnen wird. Kurz gesagt: Trächtige Kühe werden geschlachtet, um dem ungeborenen Fötus das Blut abzunehmen, so die Aussagen des Uncut-News-Artikels.

Ist synthetischer Fleischersatz für den Verbraucher sicher?

Um die Zellkulturen zum Wachsen zu bringen, verwenden beispielsweise einige Unternehmen unsterbliche Zellen, die technisch gesehen präkanzerös (Vorstufe einer Krebserkrankung) also im Grunde genommen vollständig krebsartig sind. Andere Unternehmen verwenden embryonale Stammzellen oder Zellen von lebenden Tieren.

Die auf krebsartigen Zellen gezüchteten Fleischersatzprodukte könnten daher als Tumore betrachtet werden, da das Fleisch vollständig aus krebsartigen Zellen besteht. Der Grund für die Verwendung unsterblicher Zellen liegt darin, daß Zellen, die sich normal verhalten, sich nicht ewig teilen können. Somit funktioniert es nicht, wenn man aus einer kleinen Anzahl von Zellen Tausende von Pfund Gewebe mit normalen Muskelfleischzellen züchten wollte.

Was sagen Experten über Verunreinigungen in künstlich hergestelltem Fleisch?

Bezüglich der Sicherheit könnte auch argumentiert werden, daß natürliches Rindfleisch bei der Verarbeitung, der Verpackung, dem Transport, der Lagerung oder während des Kochvorgangs kontaminiert (verunreinigt) werden könnte. Aber bei kultiviertem Fleisch birgt jede Zutat und jeder Verarbeitungsschritt das Potential einer Kontamination, und jede der Hunderte von Zutaten könnte allein oder in Synergie toxische Wirkungen haben.

Eine im Mai 2023 veröffentlichte gründliche Analyse der verfügbaren Daten durch die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und ein Expertengremium der WHO kam zu dem Schluß, daß mindestens 53 potentielle Gesundheitsrisiken mit im Labor gezüchtetem Fleisch verbunden sind. Dazu gehören die Möglichkeit der Kontamination mit Schwermetallen, Mikroplastik, Nanoplastik und Chemikalien, allergenen Zusatzstoffen, toxischen Bestandteilen und Antibiotika. Dies gilt auch für die bereits im Handel erhältlichen, pflanzenbasierten Ersatzprodukte. Diesbezüglich muß darauf hingewiesen werden, daß auch das als "pflanzlich" deklarierte Produkt alles andere als gesund ist. Auch diese sind aufwendig chemisch hergestellt und beinhalten u.a. bedenkliche Mengen an Mineralöl.

Entstehen bei der Herstellung von künstlichem Fleisch giftige Bioabfälle?

Bei der Herstellung von kultiviertem Fleisch entstehen, wie zuvor kurz erwähnt, auch giftige Bioabfälle. Der Bioabfall aus diesen synthetischen, biologischen Fermentationen muß zunächst deaktiviert und dann sicher entsorgt werden. Er darf nicht auf einer Deponie landen.

Verehrte Zuschauer, das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen: Bei der Herstellung von Produkten, die wir essen sollen, entsteht gefährlicher Abfall, der nicht herkömmlich entsorgt werden darf, aber für uns völlig ungefährlich sein?

Was haben antibiotikaresistente Organismen in künstlichem Fleisch zu suchen?

Die in der Nährlösung (Flüssigkeit, die Nährstoffe enthält und zur Anzucht von Mikroorganismen, Zellen oder Geweben verwendet wird.) gezogene fleischähnliche Masse muß antibiotikaresistent sein, da sie die Antibiotika überleben muß, die zur Abtötung anderer unerwünschter Organismen im Bottich, in dem die Masse gezüchtet wird, eingesetzt werden.

Infolgedessen werden auch antibiotikaresistente Organismen in das Endprodukt integriert, und man kann nur vermuten, welche Arten von lebensmittelbedingten Krankheiten durch gentechnisch veränderte, antibiotikaresistente E. coli (Bakterium, das auch natürlicherweise im menschlichen Darm vorkommt) verursacht werden könnten. Hierzu ein Zitat aus der Sendung "Nahrung als Waffe" (www.kla.tv/27948):

"... Gleichzeitig investiert Gates viel Geld in die Erforschung und Veränderung des Mikrobioms, einem komplexen Ökosystem aus Bakterien, Pilzen, Archaeen und Viren, das unter dem Sammelbegriff "Darmflora" maßgeblich die Verdauungsprozesse steuert und vor allem im ersten Lebensjahr eines Kindes großen Einfluß auf dessen geistige und körperliche Entwicklung nimmt."

Wird bei der Herstellung von künstlichem Fleisch CO₂ eingespart?

Propagiert wird auch, kultiviertes Fleisch und andere synthetische Lebensmittel seien umweltfreundlicher. Auch das ist inkorrekt: Nicht nur, daß bei der Produktion Sondermüll entsteht, hinzu kommt unter anderem die CO₂-Belastung der Laborfleischindustrie, welche 4- bis 25-mal mehr CO₂ erzeugt als die traditionelle Tierhaltung. Diese Information für diejenigen, die noch an den CO₂-Schwindel glauben.

Denn diese ganze Agenda betreffs Ernährungssicherheit usw. beruht auf einer CO₂-Lüge, welche den angeblich benötigten Abbau der natürlichen Landwirtschaft begründet. In einigen anderen Sendungen ist Kla.TV auf die sog. Klimakiller-Kühe ("Kühe als Klimakiller?" www.kla.tv/25420) sowie den Green Deal ("Gezielte Zerstörung der Landwirtschaft" www.kla.tv/22252) eingegangen.

Wie oben beschrieben wird es den Landwirten durch die Agenda 2030 schwer gemacht, uns, die von ihnen abhängige Bevölkerung, gut zu versorgen, geschweige denn ihre Existenz aufrechtzuerhalten.

Wie Sie nun gesehen haben werden synthetische und verarbeitete Lebensmittel nicht aus echter Sorge um die Nachhaltigkeit vorangetrieben. Nein, die synthetische Biologie wird angestrebt, um einen gewaltigen Kontrollmechanismus aufzubauen. Diejenigen, die die gesamte synthetische Nahrungsmittelproduktion besitzen, werden die Welt im wahrsten Sinne des Wortes beherrschen.

Hierzu ein Zitat von Henry Kissinger: "Wer die Nahrungsmittelversorgung kontrolliert, kontrolliert die Menschen; wer die Energie kontrolliert, kann ganze Kontinente kontrollieren; wer das Geld kontrolliert, kann die Welt kontrollieren."

Kissinger war auch derjenige, der 1974 ein geheimes Strategiepapier für den "Nationalen Sicherheitsrat" verfaßte und darin mit anderen Worten Nahrungsmittel zum "Instrument nationaler Macht" erklärte.

Kurz gesagt: Die Globalisten besitzen und kontrollieren bereits den größten Teil der natürlichen Agrarprodukte, die heute in der Welt angebaut werden. Indem echte tierische Lebensmittel durch patentierte, im Labor hergestellte Proteinalternativen ersetzt werden, steuert das auf eine noch nie dagewesene Macht über die Weltbevölkerung zu.

Bekannt ist auch, daß der Verzehr von ultraverarbeiteten Lebensmitteln zu Krankheiten beiträgt, und der Nutznießer ist natürlich Big Pharma. Die Lebensmittelindustrie hat viele Jahrzehnte lang chronische Krankheiten gefördert, die dann mit Medikamenten statt mit einer besseren Ernährung behandelt werden. (siehe: Heiko Schöning: "Corona 2.0 Neuer Terrorangriff mit Bakterien?!" www.kla.tv/27731)

Unsere ursprüngliche Nahrung ist jedoch eine vollkommene Schöpfung und in ihrer natürli-

chen Form zu 100 % auf die Bedürfnisse aller Lebewesen abgestimmt. Und wenn Bill und Co. daran rumpfuschen, kreieren sie uns "Frankensteins diabolisches Buffet mit Ekelfaktor". Allerdings wären wir von Kla.TV gerne bereit, die Globalisten, Big Pharma und die Profiteure der Agenda 2030 über einen längeren Zeitraum dokumentarisch zu begleiten, damit sie uns an ihrem eigenen Leib beweisen können, welche Vorteile ihre Produkte bieten.

Bitte verbreiten Sie diese Sendung und bleiben Sie mit uns am Ball, damit die Pläne der Agenda 2030 für die Völker dieser Welt aufgedeckt und dadurch vereitelt werden können.

Gemeinsam durchbrechen wir die Mauer der Komplexität und des Unwissens.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 2. Februar 2024 (x1.361/...):

>>Bloomberg-Recherche: Windkraft-Betreiber manipulierten Rechnungen und griffen Millionenbeträge ab

In Großbritannien haben Betreiber erneuerbarer Energien bei der Abrechnung von sogenanntem "Phantom-Strom" erheblich falsche Werte angegeben und über den Staat Millionen auf Verbraucher abgewälzt. Das System ähnelt dem in Deutschland.

Jerome Wnuk

Eine Recherche des amerikanischen Magazins Bloomberg offenbart eine Masche der Windkraftindustrie in Großbritannien. Dutzende britische Windparks, die von einigen der größten Energieunternehmen Europas betrieben werden, haben routinemäßig ihre Stromproduktion mehr oder weniger bewußt überschätzt, um Ausgleichszahlungen für nicht-eingespeisten Strom in die Höhe zu treiben.

Laut Marktaufzeichnungen, die Bloomberg ausgewertet hat, hat das die Stromrechnungen der Verbraucher um 50 Millionen Pfund pro Jahr erhöht. Die zuständige Behörde in Großbritannien hat bezüglich der Enthüllungen nun eine Untersuchung gestartet.

Aber von vorne. Im Allgemeinen hat Großbritannien ein ähnliches Problem wie Deutschland, was die sogenannten "Redispatch-Kosten" betrifft. "Redispatch-Kosten" sind die Gelder, die der Stromnetzbetreiber für sogenannten "Phantom-Strom" zahlen müssen, also Strom, den die Windanlagen zwar produzieren, aber welcher nie in das Stromnetz eingespeist wird.

Das kommt vor, wenn in einem Moment so viel Wind weht, daß die Windkraftanlagen so viel Strom erzeugen, daß wenn alles eingespeist werden würde, das Stromnetz überbelastet wäre und kollabieren würde. Die Windkraftanlagen, die der Stromnetzbetreiber dann vom Netz nimmt, kriegen als Ausgleich dann trotzdem dieselbe Vergütung, wie wenn der Strom in das Netz geflossen wäre. Dieses Phänomen nennt man "Redispatch-Kosten".

Ein Problem, das mit steigendem Anteil von Strom aus erneuerbaren Energien immer regelmäßiger wird - denn bekanntermaßen ist Strom aus Wind und Sonne nicht planbar, wie etwa Atom- oder Kohlestrom. Die Rechnung zahlt der Verbraucher, denn die Stromnetzbetreiber geben die Kosten an den Kunden direkt weiter. Die "Redispatch-Kosten" in Großbritannien kosten den Verbraucher so jedes Jahr Hunderte Millionen Pfund. In Deutschland waren es 2022 2,6 Milliarden Euro für Redispatch-Kosten. Tendenz: stark steigend.

Die Windkraftanlagenbetreiber übertreiben in ihren Prognosen und machen damit Geld.

Als wenn das nicht schon teuer wäre, kommt jetzt die enthüllende Bloomberg-Recherche hinzu. Denn die Windanlagenbetreiber tricksen die zu zahlenden Kosten noch weiter nach oben. Bloomberg berichtet, daß einige Windparkbetreiber in den Angaben, wie viel Energie sie angeblich produzieren wollen, bewußt übertreiben, was die Zahlungen, die sie für die Abschaltung erhalten, in die Höhe treibt. Bloomberg beruft sich dabei auf neun Personen - Händler, Akademiker und Marktexperten -, von denen sich die meisten bereit erklärten, über dieses kontroverse Thema nur unter der Bedingung der Anonymität zu sprechen.

Mit diesen Experten zusammen habe man 30 Millionen Datensätze von 2018 bis Juni 2023 analysiert, um die täglichen Prognosen der Windkraftbetreiber über die geplante Energieerzeugung mit ihrer tatsächlichen Produktion ohne Drosselung zu vergleichen. Von 121 Wind-

parks in der Analyse überschätzten 40, also ein Drittel, ihre Leistung im Durchschnitt um 10 Prozent oder mehr, 27 von ihnen überschätzten ihre Leistung sogar um mindestens 20 Prozent.

Beispiele findet Bloomberg genug: Der Windpark Fallago Rig von Electricite de France SA nahe der schottischen Grenze gab etwa an, 27,1 Prozent mehr Strom zu erzeugen als er es wirklich tat - in einem Zeitraum von fünf Jahren. Beim Windpark Crystal Rig II von Olsen Renewables ging es sogar um 35,5 Prozent mehr Strom. Ventient Energy, unterstützt von der Vermögensverwaltungssparte von JP Morgan Chase & Co., hat die Leistung seines Windparks Farr um 28,7 Prozent überbewertet.

"Die Fehler bei der Prognose sollte eigentlich bei null liegen."

Sprecher von EDF und Fred Olsen reagierten in Pressemitteilungen auf die Vorwürfe defensiv. Man nehme die Einhaltung der Marktvorschriften sehr ernst nehmen und würde mit Drittfirmen zusammenarbeiten, um seine Prognosen zu erstellen. Natural Power, ein Beratungsunternehmen, das Prognosedienstleistungen für beide Unternehmen anbietet, sagte, es habe sich stets an der "Best-Practice-Methodik der Branche" orientiert. Ventient und JP Morgan lehnten dagegen eine Stellungnahme ab.

Eine Ausrede, die Experten nicht überzeugt: "Der durchschnittliche Fehler sollte nahe null liegen. Sie sollten genauso oft zu wenig vorhersagen wie zu viel vorhersagen.", so Jethro Browell, Dozent an der Universität Glasgow und Experte für Energieprognosen.

Doch die Datenanalyse zeigt, daß das nicht der Fall ist. Tatsächlich lieferten mehr als die Hälfte der Windparks, so Bloomberg, ihre Werte mit einem Abweichungswert innerhalb von 5 Prozent. Darüber hinaus hat etwa ein Viertel von ihnen ihre Leistung sogar zu niedrig angegeben. Umso klarer fällt demnach auf, daß die Windanlagen, die so eklatant überschätzt haben, wohl nicht nur fahrlässig waren, sondern vermutlich bewußt ihre Zahlen aus ökonomischem Interesse zu hoch gerechnet haben.

Kosten in Millionenhöhe

Schwierig ist es, die Kosten, die dadurch für den Verbraucher entstanden sind zu schätzen. Bloomberg geht für Großbritannien jedoch von 51 Millionen Pfund Mehrkosten seit 2018 aus. Nachdem diese Geschichte am Donnerstag veröffentlicht wurde, teilte ein Ofgem-Sprecher Bloomberg mit, man habe mit der "Untersuchung des mutmaßlichen Verhaltens" begonnen. Die Regulierungsbehörde habe auch den Netzbetreiber von National Grid PLC gebeten, die Angelegenheit zu untersuchen, sagte der Sprecher. "Wir werden weiterhin daran arbeiten, die Marktintegrität und die Verbraucher zu schützen." Jedes Unternehmen, bei dem festgestellt wird, daß es absichtlich ungenaue Prognosen abgibt, muß mit einer erheblichen Geldstrafe rechnen, sagte Ofgem in einer früheren Erklärung.

Deutschland zahlt bei weitem mehr Redispatch-Kosten als Großbritannien. Während sich die Kosten bei unserer stark auf erneuerbare Energien fokussierter Stromerzeugung auf 2,69 Milliarden Euro belaufen, zahlt Großbritannien laut Bloomberg 800 Millionen Pfund, also knapp eine Milliarde Euro.

In Deutschland erfolgt der finanzielle Ausgleich über die Bundesnetzagentur. Und auch diese vertraut bei der Vergütung des nicht-ingespeisten Stroms auf die Angaben der Betreiber der Windkraftanlagen. In einem Beschluß aus 2021 bezüglich der Redispatch-Kosten verpflichteten sich die Anlagenbetreiber Stammdaten, Planungsdaten und Echtzeitdaten an die jeweiligen Anschlußnetzbetreiber zu übermitteln.

Auf Anfrage von Apollo News, ob es in Deutschland auch zu solchen Manipulationen käme, sagte ein Sprecher der Bundesnetzagentur, "daß eine Studie zur Angemessenheit von Redispatchzahlungen bei Windenergieanlagen in Deutschland ist der Bundesnetzagentur nicht bekannt" sei. "Die Mechanismen des Redispatch und der darauf aufbauenden Entschädigungs-

zahlungen sind in Deutschland darauf ausgerichtet, den von Abregelungen betroffenen Anlagenbetreiber nicht schlechter und nicht besser zu stellen, als ohne Abregelung."

Zahlungen würden "so gut es geht objektive Werte zugrunde gelegt" werden. "Insbesondere spielt die Erzeugung zum Abregelungszeitpunkt, die sich objektiv bestimmen läßt, eine wichtige Rolle. Zuständig für eine Plausibilisierung der in Rechnung gestellten Beträge sind die Netzbetreiber, bei denen die Bundesnetzagentur wiederholt die Vorgehensweise - gerade auch im Blick auf eine einzelfallbezogene Betrachtung - kritisch hinterfragt hat."<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28032" berichtete am 3. Februar 2024 (x1.359/...): >>>**Lug und Betrug des Weltklimarates: IPCC-Wissenschaftler packen aus**

Die Massen-Medien und der Weltklimarat IPCC vermitteln uns immer wieder, daß über 97 % aller Wissenschaftler vom Mensch gemachten Klimawandel überzeugt sind. Entspricht dies aber auch der Wahrheit? In dieser Sendung kommen ehemalige Wissenschaftler des Weltklimarates zu Wort und reden Klartext.

Im Juni 2023 berichtete der Bayrische Rundfunk: "Forscher sind sich einig: Der gegenwärtige Klimawandel wird durch Menschen verursacht". Die Massen-Medien vermitteln uns immer wieder, daß über 97 % aller Wissenschaftler vom Mensch gemachten Klimawandel überzeugt sind. Entspricht dies aber auch der Wahrheit? Dieser sogenannte "97 %- Konsens" wurde bereits in unserer KLa.tv-Sendung (www.kla.tv/27453) als Fake entlarvt. Wie wir in dieser Sendung auch aufdecken, zeigen kritische und unabhängige Untersuchungen sogar, daß nur gerade mal 0,54 % aller Wissenschaftler an einen Mensch gemachten Klimawandel glauben.

Dennoch behauptet auch der Weltklimarat IPCC in seinem 2021 erschienenen Bericht, es sei "unbestritten, daß der Mensch die Atmosphäre, die Ozeane und das Land erwärmt hat" und daß dadurch bereits "weitreichende und schnelle Veränderungen in der Atmosphäre, den Ozeanen, der Kryosphäre und der Biosphäre" eingetreten seien.

Diese Behauptungen sind in den Augen unzähliger Wissenschaftler eine glatte Lüge. Demnach wurde eine Liste von 46 Wissenschaftlern veröffentlicht, die als ehemalige Mitwirkende des Weltklimarates gegenüber dem IPCC scharfe Kritik üben. Tatsächlich haben sich bereits eine Reihe von Klimawissenschaftlern vom Weltklimarat abgewandt und dessen manipulative Arbeitsweise öffentlich gemacht.

Die Forscher kritisieren einheitlich die massive Manipulation der vorliegenden Daten. Was nicht ins gewünschte Bild paßt, wird ignoriert - und um das Narrativ zu stützen, werden notfalls auch wissentlich Falschbehauptungen publiziert. Einige Wissenschaftler machen dieses Spiel demnach mit, um Ruhm und Forschungsgelder zu erlangen. Es handele sich bei den IPCC-Berichten um reine "Lobby-Dokumente", die einzig dem politischen Ziel dienen: Die Unwissenheit und Leichtgläubigkeit der Öffentlichkeit zur komplexen Klima-Thematik schamlos auszunutzen.

Wenn man sich die Entstehungsgeschichte des Weltklimarates IPCC genauer anschaut, kann man erahnen, daß die Veröffentlichungen des IPCC viel Irreführung und teilweise sogar Lug und Trug beinhalten. Der IPCC ist aus dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) entstanden. Maurice Strong war Gründervater und erster Direktor des UN-Umweltprogramms (UNEP), aus dem später der Weltklimarat IPCC hervorging. Das erklärte Ziel von Herrn Maurice Strong war (Zitat): "Es liegt in unserer Verantwortung, die industrialisierte Zivilisation zum Scheitern zu bringen."

Man könnte im ersten Moment meinen, Maurice Strong lag die Umwelt sehr am Herzen und wollte darum die industrialisierte Zivilisation zum Scheitern bringen. Daß dem aber nicht so ist, zeigt allein schon die Tatsache, daß er bereits 1976, kurz nach seiner Amtszeit, vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen groß ins kanadische Erdölgeschäft einstieg und hier Karriere machte. Aber auch seine Verbindungen zu David Rockefeller, Klaus Schwab und dem WEF lassen aufhorchen.

Klaus Schwab wörtlich: "Bei allem, was er (Maurice Strong) tat, hat er die Mission des Weltwirtschaftsforums ... tiefgreifend berücksichtigt. Er war ein großer Visionär, in seinem Denken unserer Zeit immer voraus. Er war mein Mentor (Lehrmeister) seit der Gründung des Forums: ... ein unverzichtbarer Berater; und seit vielen Jahren Mitglied unseres Stiftungsrates. Ohne ihn hätte das Forum seine heutige Bedeutung nicht erreicht."

Verehrte Zuschauer, es ist äußerst bedenklich, daß der IPCC aus den Visionen von Männern wie Maurice Strong entstanden ist, der dem WEF mehr als nahestand. Ist der IPCC somit nicht zwangsläufig ein zwielichtiges Instrument, um die Ziele des WEF durchzusetzen? Klaus Schwab und seine WEF-Riege sehen als Lösung von Umwelt- und Weltproblemen die Zerschlagung der industriellen Zivilisation und alle Macht in der Hand einer Koalition von Großkonzernen, natürlich ohne demokratisches Mitspracherecht des Volkes. Ihre Vision ist ein "Great Reset", mit dem Ziel, daß wir nach Ansicht des WEF 2030 nichts mehr besitzen und trotzdem glücklich sein werden.

Nachfolgend einige Zitate von ehemaligen mitwirkenden Wissenschaftlern des IPCC:

Dr. Robert Balling: "Das IPCC stellt fest, daß "keine signifikante Beschleunigung des Anstiegs des Meeresspiegels im 20. Jahrhundert festgestellt wurde". Dies erschien nicht in der IPCC-Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger."

Dr. John Christy: "Der Öffentlichkeit ist kaum bekannt, daß die meisten am IPCC beteiligten Wissenschaftler nicht der Meinung sind, daß es zu einer globalen Erwärmung kommt. Seine Erkenntnisse wurden mit jedem weiteren Bericht immer wieder falsch dargestellt und/oder politisiert."

Dr. Judith Curry: "Ich werde nicht einfach drauflosplappern und den IPCC unterstützen, weil ich kein Vertrauen in den Prozeß habe."

Dr. Robert Davis: "Die globalen Temperaturen haben sich nicht so verändert, wie moderne Klimamodelle es vorhergesagt haben. In der IPCC-Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger erscheint keine einzige Erwähnung von Satellitentemperaturbeobachtungen."

Dr. Willem de Lang: "1996 wurde ich vom IPCC als einer von etwa 3.000 "Wissenschaftlern" aufgeführt, die zustimmten, daß es einen erkennbaren menschlichen Einfluß auf das Klima gebe. Ich habe das nicht getan. Es gibt keine Beweise, die die Hypothese stützen, daß ein rasanter, katastrophaler Klimawandel auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen ist."

Dr. Eigil Friis-Christensen: "Das IPCC weigerte sich, die Auswirkungen der Sonne auf das Erdklima als ein Thema zu betrachten, das einer Untersuchung wert wäre. Das IPCC verstand seine Aufgabe lediglich darin, mögliche menschliche Ursachen des Klimawandels zu untersuchen."

Dr. Vincent Gray: "Die (IPCC)-Erklärung zum Klimawandel ist eine inszenierte Litanei von Lügen."

Dr. Mike Hulme: "Behauptungen wie "2.500 der weltweit führenden Wissenschaftler sind sich einig, daß menschliche Aktivitäten einen erheblichen Einfluß auf das Klima haben" sind unaufrichtig ... Die tatsächliche Zahl der Wissenschaftler, die diese Behauptung unterstützten, betrug nur ein paar Dutzend."

Dr. Georg Kaser: "Diese Zahl (der vom IPCC gemeldeten zurückgehenden Gletscher) ist nicht nur ein bißchen falsch, sie liegt um jede Größenordnung weit daneben ... Sie ist so falsch, daß es sich nicht einmal lohnt, darüber zu diskutieren."

Dr. Madhav Khadekar: "Ich habe die vom IPCC prognostizierten negativen Auswirkungen des Klimawandels sorgfältig analysiert und diese Behauptungen als übertrieben und ohne unterstützende Beweise zurückgewiesen."

Dr. Richard Lindzen: "Der IPCC-Prozeß wird eher von der Politik als von der Wissenschaft vorangetrieben. Es verwendet Zusammenfassungen, um die Aussagen von Wissenschaftlern falsch darzustellen, und nutzt die Unwissenheit der Öffentlichkeit aus."

Dr. Martin Manning: "Einige Regierungsvertreter, die Einfluß auf die IPCC-Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger nehmen, stellen die Hauptautoren falsch dar oder widersprechen ihnen."

Dr. Johannes Oerlemans: "Der IPCC ist zu politisch geworden. Viele Wissenschaftler konnten dem Sirenenruf nach Ruhm, Forschungsgeldern und Treffen an exotischen Orten nicht widerstehen, der sie erwartet, wenn sie bereit sind, wissenschaftliche Prinzipien und Integrität zu gefährden, um die Doktrin der vom Menschen verursachten globalen Erwärmung zu unterstützen."

Dr. Roger Pielke: "Alle meine Kommentare wurden ohne Widerlegung ignoriert. Zu diesem Zeitpunkt kam ich zu dem Schluß, daß die IPCC-Berichte eigentlich als Lobbydokumente gedacht waren, die darauf abzielten, bestimmte politische Maßnahmen hervorzurufen, aber nicht als eine echte und ehrliche Bewertung des Verständnisses des Klimasystems."

Dr. Tom Segalstad: "Das globale Erwärmungsmodell des IPCC wird durch die wissenschaftlichen Daten nicht gestützt."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 5. Februar 2024 (x1.361/...):
>>TÜV-Irrsinn: Neue Zulassungsordnung mit Megakosten für Autofahrer

Mit einer Verkehrsrecht-Novelle kommt es jetzt knüppeldick: Die sogenannte "Mängelschleife" bei der KFZ-Hauptuntersuchung fällt weg. Das bedeutet irre Bürokratie und Mehrkosten für Millionen Autofahrer.

Von *Redaktion*

Ein Schreiben, das dem Verband des Kfz-Gewerbes Nordrhein-Westfalen vorliegt, zeigt, daß im Zuge einer Änderung der Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) die sogenannte "Mängelschleife" bei der Hauptuntersuchung (HU) zukünftig entfallen könnte. Der Vorschlag unterliegt derzeit einer rechtlichen Prüfung durch das Bundesjustizministerium (BMJ). Eine solche Änderung könnte jedoch zusätzliche Kosten für Fahrzeughalter bedeuten.

Konkret bedeutet dies, daß ein Prüfer bei einer Hauptuntersuchung in einer Werkstatt Mängel am Fahrzeug feststellen kann. Aktuell können diese Mängel direkt vor Ort von der Werkstatt behoben werden, und die HU gilt als bestanden, wodurch die Plakette vergeben wird. Mit der möglichen Änderung müßte der Prüfer das Fahrzeug wegen eines Mangels als nicht bestanden erklären. In der Folge müßte der Fahrzeughalter die Mängel am Fahrzeug beseitigen (lassen) und dann zu einer kostenpflichtigen Nachprüfung antreten.

Das Hauptproblem bei dieser geänderten Regelung liegt nach Einschätzung des Zentralverbandes Deutsches Kfz-Gewerbe (ZDK) in dem erheblich größeren Aufwand, den dies für die Fahrzeughalter mit sich bringen würde.

Wenn ein Fahrzeug während der HU beispielsweise nicht in einem Meisterbetrieb ist, dürfte das Fahrzeug bei einem Mangel nicht mehr bewegt werden. Das könnte für den Fahrzeughalter erhebliche Kosten verursachen, da der Abschleppdienst das Fahrzeug zu einer entsprechenden Werkstatt bringen müßte. Eine Reparatur direkt vor Ort - außerhalb eines Meisterbetriebs - wäre nicht nur kostspielig, sondern auch aus Sicherheitsgründen bedenklich. Der Verband appelliert daher an alle Landesverbände, die potentiell negativen Auswirkungen dieser Entscheidung zu berücksichtigen, da der Bundesrat noch Änderungen am Text vornehmen könnte.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 5. Februar 2024 (x1.361/...):
>>18 Euro pro Stunde Parkgebühren - Grüne sehen Pariser Anti-Auto-Schlag als Vorbild

In Paris müssen Autos ab 1,6 Tonnen künftig Parkgebühren von 18 Euro pro Stunde zahlen. Das entschieden die Einwohner am Sonntag bei einer Abstimmung mit historisch schlechter Beteiligung.

Von *Redaktion*

Seit Jahren versucht die Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo ihre Agenda gegen Autofahrer durchzusetzen. Am Sonntag hat dann ein kleiner Bruchteil der Pariser Bevölkerung für die Verdreifachung der Parkgebühren für Automobile ab 1,6 Tonnen gestimmt. Obwohl die Beteiligung bei nur 5,9 Prozent der Wahlberechtigten lag und davon nur 54,55 Prozent für die Teuerung stimmten, wird damit die Erhöhung der Gebühren im Zentrum auf 18 Euro pro Stunde erhöht, für einen Tagesbesuch von sechs Stunden sollen sogar 225 Euro fällig sein - SUVs und Transporter, Lieferanten müssen also mit erheblichen Mehrkosten rechnen.

Ausgenommen von dieser Regelung sind Handwerker, Pflegedienste, Behinderte - und Personen mit Anwohnerparkschein. Das heißt: Die Abstimmungsberechtigten sind selbst von den höheren Gebühren ausgeschlossen, weil sie als Einwohner der Millionen-Metropole gesonderte Parkrechte erhalten. Zudem lagen die meisten Wahllokale in Stadtteilen, wo Automobile grundsätzlich unterrepräsentiert sind. Generell besitzt nur jeder dritte Haushalt ein Auto.

Es könnten täglich 800.000 Pendler, Lieferanten und andere auswärtig lebende Personen von den neuen Gebühren betroffen sein. Doch die sozialistische Bürgermeisterin Anne Hidalgo, die zuletzt auch für motorisierte Zweiräder Parkgebühren eingeführt hatte, sieht das Ergebnis als "eine klare Entscheidung" der Pariser Bevölkerung - obwohl die ja von den neuen Regelungen nicht betroffen ist.

Anne Hidalgo treibt damit ihren grünen Populismus voran. "Je größer, um so schmutziger", meint die Politikerin der Sozialistischen Partei, rechtfertigt damit ihr rabiates Vorgehen gegen Verbrenner-Fahrer und erklärt der Automobilindustrie den Krieg. Die seit 2014 amtierende Bürgermeisterin zeigt sich erfreut - dabei hatten gerade einmal 80.000 von 1,3 Millionen Berechtigten an der Abstimmung teilgenommen und nur etwas mehr als 40.000 Personen für die Erhöhung gestimmt.

Sie erklärt dennoch stolz: "Die Demokratie hat gewonnen". Die Erhöhung der Parkgebühren soll ab dem 1. September in Kraft treten und auch schwerere E-Autos betreffen - aber nur, wenn sie mehr als zwei Tonnen wiegen.

Auch in Deutschland treffen die französischen Pläne auf Wohlwollen: So hat etwa Hannovers Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne) für eine Erhöhung der Parkgebühren für SUVs plädiert. Er hege "große Sympathien" für eine Preisstaffelung der Parkgebühren. Der öffentliche Raum soll damit entlastet werden. Zuletzt war Onay mit seinen Plänen für eine autofreie Stadt gescheitert.<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 7. Februar 2024 (x1.360/...): >>**Hessen: Jeden Tag stirbt ein landwirtschaftlicher Familienbetrieb**

Zum Setzpunkt der CDU "Solidarität, Respekt und Anerkennung für hessische Landwirte" sagt Johannes Marxen, landwirtschaftspolitischer Sprecher der hessischen AfD-Fraktion im Landtag:

"In Hessen stirbt jeden Tag ein landwirtschaftlicher Familienbetrieb. Wann fällt der Groschen, daß die Bauern nicht geopfert werden dürfen? Wir Bauern werden nicht nur wegen der Dieselerückvergütung benachteiligt, sondern auch durch Maut und CO2-Steuererhöhung belastet. Der Antrag der CDU enthält keine greifbaren Ziele, sondern nur Phrasen und ist das Papier nicht wert, auf dem er steht. Ein "Weiter so" ist keine sinnvolle Landwirtschaftspolitik."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 10. Februar 2024: >>**Bauernverband distanziert sich von Traktor-Protesten**

Von Karel Meissner

Der Geschäftsführer des Deutschen Bauernverbandes wünscht sich Proteste ohne Blockaden von Medienhäusern, Druckereien, Lebensmittellagern. Kurzum, die Light-Version eines Aufstandes. Können die Bauern den Krieg, den die Herren gegen sie führen, gewinnen? ...

Was wäre, wenn eine Gewerkschaft sich plötzlich gegen die streikenden Mitglieder wenden

und die Bosse verteidigen würde? - Es wäre der Gipfel der Peinlichkeit. So eine Gewerkschaft verdient keine Mitgliedsbeiträge. Aber so hat jetzt der Deutsche Bauernverband reagiert.

Mit eingezogenem Schwanz distanzierte er sich von den aufständischen Landwirten. Obwohl die Protestierenden nicht halb soviel Chaos wie die französischen Kollegen entfachen, dem Verbandsgeschäftsführer Bernhard Krüsen ist es bereits zu viel:

"Blockaden und Protestaktionen vor Medienhäusern, Druckereien, Lebensmittellagern sind aus unserer Sicht die falschen Instrumente, Unsere Botschaften sichtbar zu platzieren ist wichtig und richtig, aber das geht auch ohne Blockaden."

Klar, wie wär's stattdessen mit einem Protestbrief an die Ampel? Hat bestimmt große Wirkung! Mit dieser Distanzierung stellt Krüsen sich hinter den Grünen-Politiker Konstantin von Notz - manchem noch bekannt durch seine Kritik an den "gemeingefährlichen" Anti-Corona-Maßnahmen-Demos. Auch diesmal gehen dem Vorsitzenden des für Nachrichtendienste zuständigen Parlamentarischen Kontrollgremiums des Bundestags die Demos zu weit: Etwa beim Sperren von Autobahnen.

Gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland verbreitet von Notz altbekannte Verschwörungstheorien: Die Aktionen seien "immer deutlicher, wie systematisch von gewissen Protagonisten aus dem rechtsextremen Spektrum versucht wird, die Proteste zu unterwandern". Ein Zug, auf den der Bundesvorsitzende der Polizeigewerkschaft, Jochen Kopelke, gerne aufspringt:

"Nach der großen Welle von Demonstrationen kommen oft die kleinen. Wenn ein Thema zieht, wollen andere den Hype nutzen und ziehen nach. Die haben dann zum Teil ganz andere Ziele."

Böse Extremisten unterschiedlichster Couleur "wollen auf der Welle mitsurfen." Es gibt demnach einen neuen Frontverlauf: Der Deutsche Bauernverband mit den Grünen und der Polizeigewerkschaft auf einer Seite, die Bauern auf der anderen.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28095" berichtete am 10. Februar 2024 (x1.359/...): >>>Updates für Greta! - Die wahren Klimakiller

von Ivo Sasek

Klein Greta bekommt von Kla.TV-Gründer Ivo Sasek etwas Nachhilfeunterricht ... Denn die gleichen Drahtzieher, die uns wegen "Gesundheit & Klima-Rettung" immer teurere Feinstaubfilter aufnötigen und den Bauern die Kühe wegnehmen, weil diese zu viel furzen, befördern jährlich zig MILLIONEN TONNEN Aluminiumfeinstaub in unsere Luft und allerlei sonstige hochgiftige Nano-Cocktails. Gleichzeitig mißbrauchten dieselben Drahtzieher mit militärischen HAARP-Anlagen unsere Ionosphäre, um diverse Erdbeben, Dürren, Stürme, Überschwemmungen usw. auszulösen. Während Wikipedia & Co. solches hartnäckig leugnen, geben Geoengineering-Patente offen zu, daß HAARP-Anlagen im Verbund mit Millionen Tonnen Nano-Cocktails sogar ganze Tsunamis auslösen und jedes Klima schädigen können.

Ich habe heute eine gewichtige Warnung an alle freien Aufklärer, was den menschengemachten Klima-Wandel betrifft.

Bis vor kurzem konnte ich noch nicht verstehen, wie eine halbe Welt auf die Klima-Parolen einer Greta Thunberg abfahren konnte, während es doch diesem damals erst 15-jährigen Kind direkt ins Gesicht geschrieben stand, daß diese neue Klima-Zwangsreligion unmöglich ihrem eigenen Kopf oder Verstand entsprungen sein kann. Jedermann unter diesem Himmel müßte doch sofort einsehen, daß hier bis dato lediglich ein armes krankes Menschlein von einer mächtigen Elite instrumentalisiert und für deren Zwecke mißbraucht wird.

Was ich bislang aber fast noch weniger begreifen konnte, war, daß so unsagbar viele, doch ganz offensichtlich kerngesunde Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene, sich samt diesem mißbrauchten Gretchen haben instrumentalisieren lassen. Zumindest diese normalen und denkfähigen Menschen sollten doch durchschauen können, so dachte ich, daß sie hier von den

ganz großen Abzockern bloß instrumentalisiert werden.

Überdies dürfte es doch keinem vernünftigen Menschen entgangen sein, daß es immer ein und dieselben Machtmißbraucher sind, die unsere schöne Welt auch ständig mit ihren strategisch geschürten Finanzkrisen, Kriegen und allerlei Plandemien und selbst gemachten Krisen überziehen, uns alle tyrannisieren, ausplündern und schrittweise in die Versklavung zwingen.

Doch erst, nachdem wir mit Kla.TV schon viele Dokus gegen diese sektiererische neue Klima-Religion gedreht hatten, ging mir ein Licht auf. Hochbrisante, uns zugespielte Dokumente haben mich nämlich davon überführt, daß wir von Kla.TV uns nicht minder haben instrumentalisieren lassen - und zwar von ein und denselben Krisen-Machern, von denen wir hier gerade reden. Schlagartig ging mir auf, daß es weder Dummheit noch Ignoranz ist, die die Menschenmassen auf diesen Klimawahn abfahren lassen.

Es liegt vielmehr an der diabolischen Schläue dieser Klima-Flüsterer, die ganz genau wissen, wie man uns allesamt entweder im Unwissen behält oder dann geschickt auf Nebenschauplätze manövriert, wo wir uns gegenseitig mit wahrsten Argumenten und Gegenargumenten die Köpfe einschlagen können.

Ich erkläre euch jetzt, in welcher Weise auch wir als Kla.TV uns von diesen Klima-Kriminellen haben instrumentalisieren lassen - und was wir nun daraus gelernt haben. Es ist nämlich so, daß auch wir auf deren Taschenspielertricks hereingefallen sind. Und wie das? Ganz einfach: indem wir der ständigen Behauptung, der Klimawandel sei durch uns Menschen herbeigeführt worden, mit ranghöchsten Klimatologen und Wissenschaftlern widersprochen haben.

Diese haben mit den allerbesten und überzeugendsten Beispielen dargelegt, daß es schon seit Jahrtausenden einen ganz natürlichen Klimawandel, ein ständiges auf und ab und hin und her, von Temperaturen, Winden und Wetterlagen etc. gibt. Und das ist und bleibt korrekt so.

Doch, je überzeugender wir beweisen konnten, daß der Klimawandel unmöglich menschengemacht sein kann, desto mehr haben wir diesen Klimakrisen-Machern direkt in die Hände gespielt! Nun wirst du natürlich fragen, warum denn das? Was könnte denn nützlicher sein, als die Einsicht, daß wir Menschen bestenfalls einen Einfluß von 0,000-irgendwas auf das Klima haben können? Damit wäre doch eindeutig belegt, daß "Gretchen" nur Schwachsinn verbreitet ...

Und seht ihr, genau dieses ständige Hin und Her, dieses Kräfteringen auf dieser viel zu niedrigen Ebene, ob der Klimawandel nun menschengemacht oder nicht menschengemacht ist, ist der absolut gewollte Nebenschauplatz, auf den uns diese schlaunen Klima-Füchse hin manövriert haben. Was mir aber erst diese Tage, durch die Einsicht in hochrangige Wettermanipulations-Patente klar geworden ist, ist die Tatsache, daß viele gegenwärtige Veränderungen unseres Wetters und "Klimas" eben doch menschengemacht sind!

Aber eben nicht von ahnungslosen Menschen wie dir und mir, sprich dem Volk auf unterster Ebene, sondern durch skrupellose Menschenfeinde auf oberster Ebene! Weder durch unsere Heizsysteme noch durch unsere Autoabgase oder Industrien! Und natürlich schon gar nicht durch irgendwelche Kuhfürze, denen man obendrein noch die Ozonlöcher anlastet.

Nein, in zahllosen Patenten, die es schon seit vielen Jahrzehnten gibt, kann man mit eigenen Augen nachlesen, daß durch Geoengineering, sprich verschiedenste Wettermanipulations-Techniken, unter anderem Ozonlöcher verursacht werden. Aus den Patenten dieser Wetterwaffen wird aber darüber hinaus ersichtlich, daß sie tatsächlich auch noch Erdbeben, Flutkatastrophen, Dürren, Schneestürme, Blitze mit und ohne Donner, oder Hitzewellen, Kälte, Sturmwinde bis hin zu Tornados verursachen. Ja sogar Tsunamis werden dort aufgeführt, die zu jenem Zeitpunkt noch kein Mensch kannte, und was wir in den vergangenen Jahrzehnten sonst noch so alles Grauenhaftes erleben mußten!

Im hinten eingeblendeten offiziellen US-Patent 4.686.605 wird genau beschrieben, wie man

mit höchst gefährlichen, elektromagnetischen HAARP-Waffen auch Hitze oder Waldbrände erzeugen kann! Ihr findet unten im Text-Anhang zahlreiche weitere nummerierte US-Patente - ich kann sie hier der Fülle wegen noch nicht einmal herunter lesen, geschweige denn auch nur ansatzweise abhandeln.

Und beim Durchsehen verschiedenster solcher Patente wurde ich auch darüber aufgeklärt, daß solche Patente sehr, sehr viel Geld kosten und nur dann erteilt werden, wenn die angemeldeten Techniken auch wirklich funktionieren. Weiter mußte ich feststellen, daß die allermeisten Wettermanipulations-Patente militärischen Ursprungs sind. Das war auch der Grund, warum man schon in den sechziger Jahren viele Gesetzesvorlagen erarbeitet hatte, daß diese Wetterwaffen nicht für kriegerische Zwecke eingesetzt werden dürfen. Allein zwischen 1947-1978 wurden schon 110 Wettermanipulations-Programme vom US-Kongreß genehmigt. 1962 meinte Lyndon B. Johnson.

"Das wird den Menschen erlauben, die Wolkenschicht der Erde zu bestimmen und letztlich das Wetter zu kontrollieren. Und derjenige, der das Wetter kontrolliert, wird die Welt kontrollieren."

Doch dann sah ich all diese Zahlen, wie viele Millionen Tonnen Nanofeinstaub, bis hin zu Rußpartikeln regelmäßig in unseren Lufthimmel gepumpt werden. In den siebziger Jahren hat die US-Air-Force hierfür den Begriff Chemtrails kreiert. Als erste freie Aufklärer Wind von diesem heimlichen Verbrechen gegen die Menschheit bekamen, hat die CIA sofort damit begonnen, diese Menschen als Verschwörungstheoretiker zu diskreditieren. So kam es, daß alle, die diese hochgiftigen, alle Natur zerstörenden Streifen und Vernebelung des Himmels angezeigt hatten, über Jahrzehnte hinweg von allen Seiten als Spinner, mit Vorliebe als Nazis und Verschwörungstheoretiker erniedrigt wurden.

Noch 2008, als Werner Altnickel bei der 1. AZK hunderte Beweise von solchen Chemtrail-Einsätzen, im Zusammenhang mit HAARP und der Mikrowellentechnologie vorgelegt hatte, hielt der Ansturm gegen ihn und alle diesbezüglichen Zeitzeugen nicht nur an, sondern nahm erst recht noch an Fahrt auf. Erst nachdem tausende unwiderlegbare Beweise die Öffentlichkeit erreicht hatten, haben nicht nur Wikipedia, sondern auch allerlei staatliche und wissenschaftliche Webseiten ganz offiziell zugegeben, daß die Chemtrail-Technologie schon seit vielen Jahrzehnten existiert, nur, daß man sie ab gleich konsequent nur noch Geoengineering nannte.

Dieses plötzlich allgemeine Einlenken unter Verwendung des neuen Fachbegriffs hat darum die Aufdecker der Chemtrails keineswegs etwa entlastet, gerechtfertigt oder gar deren geschändeten Ruf rehabilitiert. Ganz im Gegenteil: Man hat sie nur um so mehr in die Ecke der Verschwörungstheoretiker gedrückt und einfach stur behauptet, bei Geoengineering würden eben nicht schädliche Substanzen versprüht, sondern nur nützliche Wettermodifikationen zum Wohl der Menschheit ausgeführt ... Und so wurde das Narrativ geprägt, daß man damit nur das Beste der Menschen im Auge hat. Was aber aus vielen dieser aufgefliegenen Patenten glasklar hervorgeht, ist das bare Gegenteil: Unten, im Anhang des Sendungstextes, findet ihr viele Quellen auch zu absolut verheerenden Gesundheitsschädigungen, die durch Geoengineering verursacht werden.

Das Schlimmste aber ist, daß genau diese gewaltigen und alles vergiftenden Eingriffe eben tatsächlich doch Wetter und Klima verändern. Und obgleich es so etwas wie ein Weltklima ja gar nicht gibt, verändern diese Giftcocktail-Sprüheinsätze, im Verbund mit den Hochfrequenzen von HAARP, 5G, 4G, Smart-Technologien usw., völlig unwiderlegbar die verschiedensten regionalen Klimata der Erde. Was also bislang als bitterböse Verschwörungstheorie verunglimpft wurde, hat sich nun als ein Wald von etwa 1.000 patentierten Wettermanipulations-Techniken entpuppt, die schon seit Jahrzehnten, ohne jedes Wissen, geschweige Mitspracherecht der Völker, gnadenlos eingesetzt werden.

Einige Patente zur Wetterbeeinflussung wurden schon vor über 100 Jahren eingereicht, bewilligt und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg eingesetzt. Ihr findet im Anhang des Sendungstextes auch eine ganze Liste solcher Patente mit Quellen-Angaben und weiteren Links zu vertiefenden Dokus.

Laut dem Geoengineering-Experten Dane Wigington werden selbst Zyklone und Hurrikans manipuliert. Wirbelsturm-Manipulationen werden ABSOLUT SICHER durchgeführt. Das US-Militär ist seit mindestens 1947 mit Orkan-Manipulationsprogrammen beschäftigt - und zwar bis zum heutigen Tag. Laut Dane Wigington ist Klima-Engineering dabei der nachweislich größte kausale Einzelfaktor im Bezug auch auf die immer zahlreicher auftretenden Waldbrände.

Und während man uns in aller Welt immer mehr und immer teurere Feinstaubfilter aufzwingt, um quasi klimaschädliche Rußpartikel von Dieselfahrzeugen usw. einzudämmen, pochen Geoingenieure, wie Dr. David Keith und Dr. Ken Caldeira darauf, daß jährlich bis zu 20 MILLIONEN Tonnen Aluminium-Nanopartikel in den globalen Himmel zu blasen seien. Habt ihr das gut verstanden?

Seit längster Zeit werden jährlich viele Millionen Tonnen solches Zeug bis hin zu Rußpartikeln und zahlreich tödliche Chemikalien in Form von Nano-Partikeln in den Äther geflogen. Auch all diese verursachen mit Verschwefelungen und dergleichen zusammen den sogenannten sauren Regen, der seit Jahrzehnten gnadenlos unsere gesamte Vegetation zerstört.

Jede Aufklärung solcher Art wirkt aber leider völlig unglaubwürdig. Dies nur schon deshalb, weil über die Mittäter-Medien mantramäßig behauptet wird, daß all solche Wetter- und Klimawaffen niemals eingesetzt würden. Stattdessen begleiten sie des nachts lieber verummte Terroristen, die im Namen des Klimaschutzes tausenden Fahrzeugen die Luft ablassen. Sie unterhalten sich vor laufenden Kameras freundlich mit ihnen und verschleiern sogar deren Stimmen, wenn sie antworten und ihre Wut gegen die Auto-Klimasünder rauslassen. Obgleich die Polizei nach diesen Terroristen fahndet, werden sie von den Mainstream-Medien mutwillig gedeckt statt aufgedeckt.

Machen wir uns nicht mitschuldig, wenn wir solchen Mainstream-Verbrechern weiterhin unsere Zwangsabgabe-Gebühren abliefern? Mit unseren Geldern decken sie doch ganz offensichtlich die wahren Klima-Zerstörer und Völker-Mörder. Dies tun sie mutwillig auch durch die mantramäßige Behauptung, daß doch keine Regierung der Welt ihre Bürger absichtlich und obendrein noch unbemerkt schädigen würde. So das eingehämmerte Narrativ. Doch zahlreiche Dokumente und Fakten belegen leider das bare Gegenteil.

Zum einen gibt es eine ganze Reihe aufgeflogene Erdbeben- und Umweltkatastrophen, die durch aktivierte Wetterwaffen zustande gekommen sind. Bereits in den fünfziger und sechziger Jahren mußten die ersten solchen Terroranschläge auch offen zugegeben werden. Allerdings ohne jedes erleichternde Nachspiel für die mißbrauchte Weltbevölkerung. Hier nur gerade der Anbruch bzw. ein kleines Spitzchen dieses abscheulichen Eisberges:

Seit 1945 haben weit über 2.100 aufgedeckte Atombombentests mit Sicherheit für einen mensch-gemachten nuklearen Klimawandel gesorgt!

Zusammengenommen hatten schon allein 520 dieser in Wikipedia verzeichneten nuklearen Explosionen einen Detonationswert, der 45.000 Mal stärker war als die Wucht der ersten Atombombe auf Hiroshima. Anders gesagt: Hiroshima wurde durch irrsinnige Wissenschaftler und Kriegstreiber seit 1945 weitere 45.000 Mal allein in der Atmosphäre und unter Wasser wiederholt! - Nur fehlen in dieser Rechnung leider noch mindestens 1.680 weitere entdeckte nukleare Explosionen, ohne jede Dunkelziffer, so daß Hiroshima sogar über 100.000 Mal wiederholt worden sein dürfte. Versteht ihr, wovon wir hier gerade reden? Doch unseren Bauern nimmt man gerade die Kühe weg, weil sie angeblich zu viel furzen und dadurch Land, Wiesen und das Klima schädigen ...

1952 führte das Projekt Cumulus in Großbritannien zu einer Mega-Flutkatastrophe mit Dutzenden Toten.

1962-71 wurden mit dem Projekt "Stormfury" Hurrikans verursacht und gezielt gelenkt.

1967-72 provozierte das Projekt Popeye gigantische Niederschläge in Vietnam, die gezielt die Versorgungswege der Vietcongs (Worterklärung Vietcong: Nationale Front für die Befreiung Südvietnams; Guerillaorganisation im Vietnamkrieg) verschlammte und abgeschnitten haben.

Seht ihr, und all dies liegt schon weit über 50 Jahre zurück. Unsere Generation wurde bereits mit zahllos weiteren Überschwemmungen, Tsunamis, Erdbeben Geschichten und dergleichen heimgesucht. Und zur verlogenen Mainstream-Behauptung, niemals würden irgendwelche Regierungen ihre Völker bewußt und gar noch unerkannt schädigen, verweise ich nochmals auf unseren Doku-Film USA - Giftversuche an der eigenen Bevölkerung, vom 24.01.2024 www.kla.tv/27988.

Denn auch 1994 sind weitere großangelegte Völker-Experimente in den USA aufgefliegen. Die unfreiwilligen Testobjekte waren hier US-Bürger - ganze Großstädte. Militärflugzeuge haben sie gezielt über lange Zeiträume mit Gift übersprüht, weil das Militär angeblich sehen wollte, was passiert - da Kampfstoffe erprobt werden müssen, bevor sie beim "Feind" zum Einsatz kommen. Selbst eine Grundschule mit Kindern wurde drei Monate lang gezielt täglich mit Zink-Cadmium-Sulfid übersprüht.

Die Folgen waren grausam. Die Hälfte einer ganzen Schulklasse war tot, die andere Hälfte erlitt schwerste Krankheiten, Sterilisation oder Behinderung. Opfer gebaren später selber schwerbehinderte Kinder usw. Die Regierung gab an, daß die Flugzeuge nur unschädliche Chemikalien versprüht hätten. Doch die Messungen ergaben, daß unter anderem Zink-Cadmium-Sulfid versprüht wurde. Also genau solche Giftstoffe, die seit Jahrzehnten, wie bereits erwähnt, unter vielen anderen auch weltweit insgeheim über nahezu allen Ländern der Welt Millionen tonnenweise versprüht werden - und zwar jährlich!

Und seht ihr, diese Klima-Zerstörer und gigantischen Schandtäter haben schon von allem Anfang an uns ahnungslosen Völkern die Schuld für ihre weltweiten Boden- und Gewässerverschmutzungen in die Schuhe geschoben.

Wie aber das? Indem sie uns verklagen, schädliche Shampoos und Pflegemittel und dergleichen zu verwenden. Gleichzeitig versprühen sie aber fortlaufend weitere zig Millionen Tonnen unsagbarer Giftcocktails über die ganze Welt, so daß mittlerweile keine Region der Erde mehr von diesen Verseuchungen verschont geblieben ist. Und durch diese Sprüh-Flüge im stärksten Verbund mit 4G, 5G Mobilfunkbestrahlungen sterben allorts die Bäume, die Bienen, Insekten und folglich auch Vögel ab. Aber auch all unsere Gewässer und Böden werden durch Geoengineering ständig hochgradig mitvergiftet.

Im US-Patent 9924640 werden Boeing-Flugzeuge umfunktioniert, um Ladungen von jeweils 25 Tonnen sandartige Nanopartikel in 18.000 m Höhe zu bringen. Diese Partikel bleiben bis zu zwei Jahre in der oberen Atmosphäre - dann aber rieseln sie alle lautlos auf unsere Äcker, Gärten, Wälder, Seen, Flüsse und Wiesen nieder!

Überdies verkauft die von Hochgrad-Freimaurern gegründete NATO ihren Treibstoff JP8 längst zu etwa 90 % an die Zivilluftfahrt, sprich an fast alle großen Flughäfen der Welt. Auf diesem Weg geschieht wieder ein und dasselbe. Wir dürfen nie vergessen, daß die verborgenen Drahtzieher dieser weltweiten Sprüh-Aktionen die Weltbevölkerung ernsthaft auf 500 Millionen herunter reduzieren wollen. Das haben sie auf ihren 120 Tonnen Monumenten, den berühmten Guide Stones, in acht Sprachen eingravieren lassen.

Oder ist es bloßer Zufall, daß die an uns verkauften NATO-Treibstoffe wieder etliche genau gleiche oder ähnliche hochgefährliche Stoffe als Additive enthalten? In diesem wohl bemerkt militärischen Treibstoff wurden nämlich hohe Mengen Aluminium, Barium, Beryll, Blei, Cadmium, Chrom, Kobalt, Eisen, Kupfer, Molybdän, Natrium, Nickel, Strontium, Titanium,

Vanadium, Zink und Zinn nachgewiesen, sowie die Oxide dieser Metalle und weitere giftige Stoffe. Seht ihr, da haben wir's wieder.

Tragt darum Transparente durch die Straßen und Klima-Demos, auf denen steht: NATO-Treibstoffe in unseren Flugzeugen sind Klimakiller! - Blei, Strontium & Eisenoxid töten uns! Das Versprühen von jährlich zig Millionen Tonnen Aluminium-Nanopartikeln bis hin zu Kohlenfeinstaub in die Atmosphäre ist nicht nur massiver Völkerbetrug, sondern auch hinterhältiger Völkermord!

Alles bisher Genannte war also menschengemacht! Nie wieder werden wir darum mit Kla.TV behaupten, daß der gegenwärtige angeprangerte Klimawandel nicht von Menschen verursacht ist! Wir werden nun aber fortan allen Greta Thunbergs dieser Welt etwas Nachhilfeunterricht erteilen, indem wir inmitten der Klimawahn-Veranstaltungen unsere eigenen Banner hochhalten! Und auf denen wird stehen, welche Menschen genau auch all diese Klimakatastrophen mit welchen Mitteln auslösen.

Wir werden Greta und deren kindliche Nachfolger vor laufenden Mainstream-Kameras allerorts darüber aufklären, wer die wahren Klimasünder sind. Wir halten unsere Transparente hoch, wo draufsteht, wer z.B. genau jährlich diese 10 Millionen Tonnen Aluminiumfeinstaub usw. in unsere Atmosphäre pustet! Und welche genauen Auswirkungen dies auf unsere menschliche Gesundheit hat! Seht euch die Krankheitslisten unten im Sendungstext an, da packt euch der blanke Schauer.

Ich fordere hiermit auch alle freien Aufklärer und Fachleute dazu auf, es uns gleichzutun. Wir fragten uns immer wieder, wie man am besten jene Leute aufklären kann, die noch nicht aufgeklärt sind. Dann ließen wir uns dazu hinreißen, irgendwelche kleine Briefkastenaktionen zu machen, wo wir unsere Traktate oder was auch immer reinwerfen. Quittiert werden solche Einsätze meist mit Protest der passiv-ahnungslosen Bevölkerung, die solches weder hören mag, noch irgendwelche diesbezüglichen Fragen gestellt hat.

Wenn wir aber alle zu diesen Demonstrationen gehen, Friday for Futures usw. und dort unsere Banner hochhalten, um die Schuldigen dieser Klimakrise mit Namen anzuprangern und gerechte Strafe für sie einzufordern, dann könnten wir die Wut dieser hoch interessierten Massen möglicherweise noch in letzter Minute auf die wahren Verursacher umlenken! Die wahren Verursacher müssen dringend öffentlich angeklagt werden!

Und seht ihr, damit würden wieder genau die gleichen Übeltäter getroffen, die auch hinter der Covid-Plandemie gestanden haben, die aber auch verantwortlich waren für die meisten Kriege der vergangenen Jahrzehnte, und auch der gegenwärtigen, aber auch für alle bewußt herbei manipulierten Finanzkrisen usw. Denn es sind immer ein und dieselben Eliten aus der Hochgrad-Freimaurerei, sprich dem Satanismus, die all diese gegenwärtigen Paniken und dergleichen schüren. Es sind immer dieselben, die all diese Weltkrisen verursachen, um aus denselben dann wieder unsägliche Profite und persönliche Machterweiterungen zu generieren.

Helft uns bitte mit, all diese Wetter- und Klima-zerstörenden Hintergrundmächte mit Namen aufzudecken, indem ihr Sendungen wie diese auch fleißig unter die "erweckten Klima-Kämpfer" in aller Welt verbreitet. Kommt mit uns mit zu den Klima-Demonstrationen und haltet eure selbst entworfenen Transparente in die Mainstream-Kameras.

Nicht nur Greta Thunberg und die mit ihr fanatisierte Jugend, sondern auch sämtliche besorgten Menschen dieser Welt sollen wissen, wer genau wie viele Millionen Tonnen welchen tödlichen Giftes in die Atmosphäre einfliegt, um uns betrogenen Weltbürgern dann die Schuld für all diese Umweltzerstörungen in die Schuhe zu schieben. Das Krasse hierbei ist, daß dieselben Weltverschwörer uns dann auch noch tüchtig mit allerlei Klima-Abgaben und Klima-Bußen abzocken.

Die international ausgerufenen Klimaziele im Verbund mit der Agenda 2030 verraten uns, daß insbesondere ihr geschürter Klimawahn zur Abzocke der größten Tribute aller Zeiten führen

wird, so wir diese Irrsinnigen nicht stoppen! Denn durch diese uns alle anklagende Grundhaltung verstecken sich diese Völkermörder auch noch geschickt hinter uns. Alles, was sie selber tun, dichten sie einfach uns an - das ist ihre uralte Strategie - eine Strategie des baren Teufels, nebenbei bemerkt.

Vergeßt bei alledem nie, daß all dies unverjährbare Schwerstverbrechen sind. Und weil sie durch ihre Mainstream-Medien alles decken und schönreden, und überdies durch ihre Internetplattformen zunehmend jede Offenlegung zensieren, müssen auch all diese ihre Vasallen als Mittäter entwaffnet und hinter Schloß und Riegel gebracht werden.

Auf unseren Bannern, die wir künftig zu Greta und Co. hintragen, soll auf einen Blick ersichtlich sein, wie viele HAARP-Anlagen es z.B. weltweit gibt und wer alles genau mit diesen Wetterwaffen unsere Ionosphäre hochkocht, um hier unten Kataklysmen (Wortbedeutung: eine sehr große, alles zerstörende Katastrophe) jeder Gattung auszulösen.

Die Weltbevölkerung muß diese Massenmörder offenlegen, anzeigen und alternativlos hinter Gitter bringen. Wenn sich bei all der vielen Aufdeckung aber auch weiterhin keine Justiz für die geschädigte Weltbevölkerung einsetzt, noch nicht mal irgendeine Rest-Justiz, zwingen sie die schutzlos gewordenen Völker dazu, sich neue Wächter und Richter zu erwählen, die zu ihrer Lebensverteidigung wieder da sind. Ja, dann hat sich Justitia durch ihre Dienstverweigerung selber disqualifiziert und die Welt dazu gezwungen, auch neue, unentgeltliche Gerichte ins Leben zu rufen und zu bevollmächtigen, denn: Die Neue Welt ist ohne Geld!

Ich bin Ivo Sasek, der seit 47 Jahren vor Gott steht.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 11. Februar 2024:

>>Bauern-Proteste: Frankreich in Flammen

Von Daniell Pföhringer

Sieg gegen Macron: Mit ihrer Belagerung von Paris haben die französischen Bauern die Regierung in die Knie gezwungen. COMPACT-TV war an vorderster Front dabei. Eine Reportage zwischen Feuer und Traktoren.

Ende Januar setzt sich im südfranzösischen Agen ein riesiger Konvoi in Bewegung, um den Protest aus der Provinz nach Paris, ins Machtzentrum der Nation, zu tragen. Innenminister Gérald Darmanin reagiert, indem er den Fahrzeugen ein Großaufgebot samt Polizeipanzern entgegenschickt.

Doch die Dampfwalze aus Traktoren bahnt sich unaufhaltsam ihren Weg, durchbricht mehrfach Absperrungen der Polizei. Ihr Ziel: Rungis im Süden von Paris. Der dortige Frischmarkt ist der größte weltweit. Auf einem Gelände größer als das Fürstentum Monaco werden täglich tausende Tonnen Fisch und Fleisch, Obst und Gemüse angeliefert. Die gesamte Metropolregion mit ihren über 12 Millionen Einwohnern und 25.000 Restaurants versorgt sich aus dieser Speisekammer mit Lebensmitteln.

Aus allen Ecken des Landes rollen Trecker-Konvois auf die Seine-Metropole zu: Die A6 bei Chilly-Mazarin ist in roten Feuerschein getaucht. Rauchschwaden vernebeln die Sicht. Wo sich normalerweise die Verkehrsmassen in Richtung Paris entlang wälzen, reiht sich in dieser Nacht Traktor an Traktor. Eine schier endlose Karawane. Am Straßenrand brennen Palettenstapel, Mauern aus Heu versperren die Fahrbahn - die gallischen Bauern haben sich zu einer Belagerungsarmee formiert.

Die umgedrehten Schilder ihrer Herkunftsorte haben die Fahrer wie Trophäen auf die Erntewerkzeuge ihrer Maschinen gespießt. Nun sind im Umkreis von 40 Kilometern alle wichtigen Zufahrtsstraßen nach Paris blockiert. Es ist ein Akt des Widerstandes in Zeiten größter Verzweiflung.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 11. Februar 2024 (x1.361/...):
>>Wegen Bauern-Demos: Politisch motivierter Brandanschlag auf Landwirtschafts-Betrieb

Im Erzgebirge brannte in der Nacht zum Sonntag ein Agrarbetrieb. An einer Scheunenwand fand die Polizei Drohungen gegen die Bauernproteste und die Warnung vor weiteren Bränden. Mehrere Fahrzeuge wurden zerstört, verletzt wurde niemand.

Von *Redaktion*

Im Erzgebirge ermittelt die Polizei wegen Brandstiftung, nachdem ein Agrarbetrieb in der Nacht zum Sonntag in Flammen aufgegangen war. Vorausgegangen war ein mutmaßlicher Brandanschlag auf den Betrieb zwischen 1 Uhr und 2.45 Uhr. Im sächsischen Oelsnitz fanden die Beamten eine Drohung an einer Scheunenwand, außerdem mußten ein Auto und ein Lastwagen mit Anhänger sowie ein Traktor und andere landwirtschaftliche Maschinen von der Feuerwehr gelöscht werden.

Laut Polizei war ein Schriftzug auf eine Scheunenwand des Betriebsgeländes gesprüht worden, der sich gegen die Bauernproteste richtete und androhte, es könnte zu weiteren Bränden in landwirtschaftlichen Betrieben kommen: "Schluß-Blockade, sonst brennt alles", war offenbar hastig an die Wand geschmiert wurde.

Einen Zusammenhang wollte die Polizei noch nicht eindeutig erkennen, ermittelt aber wegen Brandstiftung, Sachbeschädigung sowie Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten. Der bei dem Brand entstandene Schaden ist bislang unklar, verletzt wurde niemand. Die Feuerwehr war mit 83 Einsatzkräften vor Ort und mußte das Feuer mit mehreren Trupps unter schwerem Atemschutz bekämpfen. Nach einer Stunde konnte das Feuer gelöscht werden.<<

Das deutsche Multipolar-Magazin berichtete am 12. Februar 2024 (x1.363/...): **>>Landwirte und Mittelständler demonstrieren vor Medienhäusern in mehreren deutschen Städten**

Handwerker und Landwirte sowie deren Unterstützer haben in den vergangenen Tagen gemeinsam vor mehreren Medienhäusern und Druckereien protestiert. Zuletzt blockierte in der Nacht zu Sonnabend (10. Februar) eine Gruppe von etwa 120 Personen mit Traktoren, einem Sattelschlepper und weiteren Fahrzeugen die Druckerei von Axel Springer in Ahrensburg bei Hamburg und verhinderte damit stundenlang die Auslieferung mehrerer Tageszeitungen.

In der Nacht zum Donnerstag war die Druckerei der Nordsee-Zeitung in Bremerhaven für zwei Stunden blockiert worden, dort war auch Mist abgekippt worden. Eine Woche zuvor hatten Demonstranten in Hamburg das Auslieferungslager eines Pressegroßhändlers blockiert.

Weitere Proteste gab es in den vergangenen zwei Wochen beim Landesfunkhaus des NDR in Hannover, in Unterföhring bei München beim Bayerischen Rundfunk sowie in Kempten im Allgäu und im niedersächsischen Hameln jeweils vor dem Gebäude der lokalen Tageszeitung. Nach Angaben des Hamburger Abendblatts konnten am Sonnabend insgesamt 15.000 Abonnenten nicht beliefert werden. In der Druckerei werden auch die Bild, die Welt und die Süddeutsche Zeitung gedruckt. Im Bremerhaven kam die Zeitung laut Medienbericht trotz der Blockade pünktlich bei den Abonnenten an, am Morgen nach dem Protest war ein Gespräch zwischen dem Verleger und Demonstranten geplant.

Im Zuge des Protestes vor dem Landesfunkhaus in Hannover wurden vergangenen Montag drei Vertreter der Demonstranten von der Leitung des Landesfunkhauses Niedersachsen zum Dialog empfangen, bestätigte der Sender auf Nachfrage von Multipolar. In dem Gespräch wurden Forderungen nach Medienberichten thematisiert und über die Arbeit der Journalisten berichtet. In einem auf Youtube verbreiteten Video sagte Landwirt und Lohnunternehmer Günther Winkelmann aus dem Landkreis Uelzen über das Gespräch: "Das war erfolgreich und das war gut."

"Der Dialog mit unserem Publikum gehört zum Auftragskern des öffentlich-rechtlichen Rund-

funks", sagte der NDR auf Anfrage von Multipolar. Konkrete Inhalte der Berichterstattung seien nicht zugesichert worden, eine Liste der Landwirte mit Höfen, von denen berichtet werden sollte, werde entgegen genommen. "Aber wie auch in anderen Fällen treffen weiterhin stets Journalistinnen und Journalisten im NDR eine eigene Auswahl nach handwerklichen Kriterien."

Dies habe die Funkhausleitung den Landwirten deutlich gemacht, so eine Sprecherin. Im Gespräch mit Multipolar bewertet Landwirt Winkelmann die Aktion beim NDR auch rückblickend als positiv und verweist insbesondere auf die Veranstaltung, die vom Sender zugesagt wurde. Eine Spaltung der Bewegung, von der unter anderem in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung die Rede war, sieht er nicht. "Der Bauernverband steht weiter hinter uns."

Die Demonstranten halten die Berichterstattung über die Proteste nach eigenen Angaben für unausgewogen. Die Medien hingegen verweisen auf ihre Unabhängigkeit und sehen bei Aktionen wie in Hamburg die Pressefreiheit in Gefahr, heißt es vom Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger. "Wer mit der journalistischen Berichterstattung nicht zufrieden ist, kann Leserbriefe schreiben oder Postings in sozialen Netzwerken absetzen", sagte der DJV-Bundesvorsitzende Mika Beuster. Blockaden gegen die Auslieferung von Zeitungen des Axel Springer Verlags im Jahre 1968 waren von einigen Gerichten als berechtigte Demonstrationen gewertet worden.

Hinweis zum Urheberrecht: Multipolar-Meldungen können frei von anderen Portalen übernommen werden. Bedingung einer Übernahme ist die Nennung der Quelle und die Einbettung des Originallinks. Textliche Ergänzungen oder andere inhaltliche Veränderungen der Originalmeldung müssen durch einen separaten Hinweis an die Leserschaft kenntlich gemacht werden.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 12. Februar 2024: >>CO2:

Warum die Panikmache grundfalsch ist

CO2 Kohlenstoffdioxid

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich habe es satt, jeden Tag mit der Behauptung bombardiert zu werden, daß CO2 ein Schadstoff ist und daß ich als Verursacher dafür zahlen muß. Mit seinem Buch "Freispruch für CO2" bringt der frühere ZDF-Meteorologe Wolfgang Thüne das Kartenhaus der Klima-Ideologen zum Einsturz.

_ von Joseph Fournier

Ich bezweifle ernsthaft, daß der Durchschnittsbürger diese Sichtweise akzeptieren würde, wenn er wüßte, daß CO2 tatsächlich eine Voraussetzung für das Leben ist und daß die weltweite Nahrungsmittelproduktion in den kommenden Jahrzehnten um Billionen von Dollar zunehmen wird, wenn die CO2-Werte weiter steigen.

Die Vorhersage von Svante Arrhenius

Noch weniger würden CO2 als Schadstoff akzeptieren, wenn sie wüßten, daß Svante Arrhenius, der Nobelpreisträger und Vater der Treibhausgas-Hypothese, vor über einem Jahrhundert Folgendes voraussagte:

"Durch den Einfluß des zunehmenden Prozentsatzes von Kohlensäure (d.h. CO2) in der Atmosphäre können wir hoffen, Zeitalter mit gleichmäßigerem und besserem Klima zu genießen, besonders in den kälteren Regionen der Erde - Zeitalter, in denen die Erde viel reichhaltigere Ernten als jetzt hervorbringen wird, zum Nutzen der sich schnell vermehrenden Menschheit."

Mit anderen Worten: Der Vater der Treibhaus-Hypothese argumentierte, daß die Verwendung von Kohlenwasserstoffen durch die Menschheit und die steigenden CO2-Konzentrationen in der Troposphäre dem Planeten Erde zugute kommen würden. Welch eine Ironie!

Keine Angst vor dem Treibhaus-Effekt

Die Beispiele, die ich anführen werde, um zu zeigen, daß Arrhenius' Vorhersagen wahr

werden, sind 1) das expandierende Pflanzenreich, 2) die Beschleunigung der landwirtschaftlichen Produktivität und 3) die das Klima stabilisierenden Auswirkungen des steigenden CO₂-Gehaltes.

All diese Faktoren sind auf das zurückzuführen, was gemeinhin als CO₂-Düngungseffekt bezeichnet wird. Der CO₂-Düngungseffekt bei Pflanzen bezieht sich auf die Tatsache, daß sowohl die Photosyntheserate als auch die H₂O-Nutzungseffizienz im Gleichschritt mit der CO₂-Konzentration in der Umgebung steigen. Infolgedessen verbessert sich die Trockenheitsresistenz des Pflanzenreichs auf natürliche Weise, wenn die CO₂-Konzentration steigt, und die meisten Pflanzen produzieren mehr Blätter pro mm Niederschlag.

Aus diesem Grund wird in kommerziellen Gewächshäusern die CO₂-Konzentration künstlich um das Drei- bis Vierfache der atmosphärischen Konzentration erhöht. Fernerkundungsdaten von Satelliten haben gezeigt, daß die Ausdehnung des Pflanzenreichs von 1982 bis 2015 einer zusätzlichen Blattoberfläche von über 20 Millionen Quadratkilometern oder der doppelten Größe der Vereinigten Staaten entsprach.

Zahlreiche Studien haben gezeigt, daß die borealen Wälder in höheren Breitengraden und die halbtrockenen Wüstenökosysteme entlang der Roßbreiten den größten Nutzen für das Pflanzenreich gebracht haben. Die Blattfläche in der arktischen Region hat in dieser kurzen Zeitspanne um 25 bis 50 Prozent zugenommen hat: Daher sollte es nicht überraschen, daß die weltweite landwirtschaftliche Produktivität in Abhängigkeit von den steigenden CO₂-Konzentrationen in der Atmosphäre ebenfalls stetig zunimmt.

CO₂Science.org, eine sich für Klimarealismus einsetzende und gemeinnützige PR-Organisation, hat die umfangreiche Literatur über die positiven Auswirkungen des CO₂-Düungeeffekts auf die modernen landwirtschaftlichen Erträge hervorragend zusammengefaßt.

Großer Nutzen für die Nahrungsmittelproduktion

Die Beschleunigung der globalen landwirtschaftlichen Produktivität zwischen 2012 und 2050 aufgrund des prognostizierten Anstiegs der atmosphärischen CO₂-Konzentration wird auf einen zusätzlichen Wert von 10 Billionen Dollar (in Dollar 2006) in Form von steigenden Erträgen für 45 verschiedene Getreide-, Obst- und Gemüsesorten geschätzt.

Wenn man bedenkt, daß die derzeitigen atmosphärischen CO₂-Konzentrationen bei etwa 425 ppm liegen und daß die Sättigungsgrenze des CO₂-Düungeeffekts bei den meisten Pflanzenarten im Bereich von 1.100 bis 1.300 ppm liegt, kann man davon ausgehen, daß die Menschheit diesen Nutzen für die Nahrungsmittelproduktion erst ansatzweise realisiert hat.

Neben diesem kalorischen Nutzen der CO₂-Düngung gibt es auch den das Klima stabilisierenden Effekt, der durch die Anhäufung von Pflanzenbiomasse entsteht, wie z.B. eine verbesserte Speicherung der Bodenfeuchtigkeit, Wolkenbildung und eine höhere Wiederverwertungsrate von Niederschlägen.

Pflanzenwachstum begrenzt Erwärmung

Tatsächlich haben zahlreiche neuere Studien geschätzt, daß der natürliche kühlende Einfluß des Pflanzenreichs die Erwärmung seit den 1970er Jahren im globalen Durchschnitt um mehr als 0,5 °C begrenzt hat.

Umgekehrt haben zahlreiche Studien auch gezeigt, daß die Verdrängung natürlicher Landschaften durch städtische Infrastrukturen wie Parkplätze und Wolkenkratzer (auch bekannt als Urban Heat Island oder UHI) einen Erwärmungseffekt auf die Lufttemperaturen hat, der sowohl auf regionaler als auch auf globaler Ebene nachgewiesen werden kann.

In diesem Sinne ist UHI eine Form der anthropogenen globalen Erwärmung, und ironischerweise wirkt der CO₂-Düngungseffekt als Gegenmittel. Wenn also das nächste Mal jemand behauptet, CO₂ sei ein Schadstoff, dann erinnern Sie ihn daran, daß selbst der Vater der Hypothese vom verstärkten Treibhauseffekt die menschlichen CO₂-Emissionen als positiv für Mutter Erde betrachtet.

Begrünung der Städte vorantreiben

Erinnern Sie sich daran, daß die derzeitigen CO₂-Konzentrationen in der Atmosphäre drei- bis viermal niedriger sind als die Sättigungsgrenze, unter der die meisten Pflanzenarten gedeihen, und daß jeder Anstieg von den derzeitigen Werten bis zu dieser Grenze das terrestrische Pflanzenreich erweitert und damit allen davon abhängigen Lebensformen zugute kommt.

Abschließend läßt sich sagen, daß die kosteneffektivste Art, die vom Menschen verursachte globale Erwärmung auszugleichen, darin besteht, in die Begrünung unserer städtischen Ballungszentren zu investieren.

Dieser Beitrag erschien auf eike-klima-energie.eu. <<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28117" berichtete am 12. Februar 2024

(x1.359/...): >>> **Klima der Angst: "Wer hat ein Interesse an knapper Energie?"**

Interview mit Dr. Helmut Böttiger

Energieverknappung, Erderwärmung und CO₂-verursachter Klimawandel: die Menschen sind gefesselt in den Bann dieser Schlagzeilen. Woher kommt eigentlich die Angst vor CO₂? Be- finden wir uns tatsächlich an der Grenze des natürlichen Wachstums im Bereich Energie? Dr. Helmut Böttiger erläutert im Interview mit Kla.TV Hintergründe zur Hypothese der CO₂-Klimaerwärmung. Erfahren Sie, welche Rolle diese Kampagne zum Beispiel für die Hochfi- nanz und deren Pläne zur Globalherrschaft spielt ...

Dr. Helmut Böttiger, 1940 in Berlin geboren, verwitwet, Vater von zwei Kindern. Helmut Böttiger studierte nach seinem Wehrdienst Vergleichende Religionswissenschaft und Theolo- gie. 1969 folgte ein Studium in Pädagogik, 1973 studierte er Soziologie mit anschließender Promotion 1975. Ab 1970 arbeitete Dr. Böttiger als Lehrer an einer Gesamtschule, welche er 1973 verließ, um als Assistent im Fach Wirtschaftslehre an der PH Bielefeld zu arbeiten. Nach 1980 war er selbständiger Verlagsleiter und Autor von bislang 15 Buchveröffentlichun- gen sowie zahlreichen Aufsätzen und Zeitungsartikeln.

2015 sprach Dr. Böttiger bei der ersten Anti-Zensur-Konferenz in der Schweiz über das The- ma "Klimawandel - Gewißheit oder politische Machenschaft?". Von ihm veröffentlichte Bü- cher sind u.a. "Klimawandel - Gewißheit oder politische Machenschaft?", "Die größten Poli- tikirrtümer der heutigen Zeit", "Agenda 2030: Der Kompaß zu einer lebenswerten Welt?", "Energie der Zukunft: nuklear, fossil oder erneuerbar?", "Neue Energietechnologie für die Zukunft: Auf dem Weg zu einer neuen Zivilisation", "Wer hat Interesse an knapper Energie?" Sehen Sie im Folgenden das Interview mit Dr. Böttiger zu seinem 2023 erschienenen Buch: "Wer hat Interesse an knapper Energie?"

Kla.TV-Moderatorin

Herzlich willkommen bei Kla.TV, Herr Dr. Böttiger. Sie waren 2021 schon einmal bei uns. Heute machen wir Fortsetzung. Sie haben wieder ein neues Buch geschrieben. Das heißt: "Wer hat Interesse an knapper Energie?". Herzlich willkommen.

Das Thema Energieverknappung, Erderwärmung, CO₂-verursachter Klimawandel sind Schlagzeilen, die durch Politik und Medien der reinste Dauerbrenner sind. Wir zahlen in Deutschland seit 2021 sogar eine CO₂-Steuer, die jetzt, 2024, stark erhöht wurde. Und da würde ich gern auch mit der ersten Frage starten: Was hat es denn Ihrer Meinung nach mit diesem CO₂-verursachten Klimawandel auf sich? Oder auch: Für wie wissenschaftlich halten Sie diese These denn überhaupt?

Dr. Helmut Böttiger

Tja, die Medien und Politiker sagen ja immer, daß es wissenschaftlich erwiesen sei, aber es haben sich 44.000 Wissenschaftler in den USA eingetragen, die sagen, es sei wissenschaftlich nicht erwiesen. Und auch in jüngster Zeit haben noch einmal 1.600 Spezialisten gesagt, es gibt keinen Beweis, daß CO₂ das Klima erwärmt. Und es ist sehr erstaunlich, daß es trotzdem überall behauptet wird. Zum Beispiel Paul Crutzen, der Nobelpreisträger, hat auch gesagt, es

gibt bereits so viel CO₂ in der Luft, daß eine Zunahme von CO₂ sich nicht mehr auswirken kann auf das Klima! Und von daher meine ich, daß das mit der Wissenschaftlichkeit einfach nicht mehr stimmt. Ich kann Ihnen inhaltlich ein bißchen dazu sagen.

Das Leben auf der Erde ist abhängig von Kohlenstoff und vor allem von Sonnenenergie. Und wir hatten ursprünglich mal 92 % CO₂ in der Luft, wie die Venus, und die 92 % sind heruntergegangen auf 0,04 %. Das heißt: Auf 10.000 Luftmoleküle kommen ganze vier CO₂-Moleküle. Und CO₂ ist das Element, aus dem die Pflanzen sich und die Ernährung für die Tiere machen. Sie spalten das CO₂ und setzen Sauerstoff frei, also O₂, und dieser Sauerstoff, ohne den könnten wir nicht leben. Ursprünglich gab es den überhaupt nicht in der Atmosphäre. Vor 3 Milliarden Jahren etwa haben Blaualgen angefangen, CO₂ zu spalten und haben damals die Luft verpestet mit O₂, also Sauerstoff.

Und inzwischen ist dieses ganze CO₂ aus der Luft verschwunden, und der größte Teil davon ist im Meer mit dem Wasser in Verbindung gekommen, und daraus hat sich Kalk gebildet. Kalk ist wichtig für die Skelette der Tiere und Menschen. Und da ist eben ganz wichtig, daß wenn der CO₂-Gehalt der Atmosphäre unter 400 ppm, also unter 0,02, also auf die Hälfte nochmal zurückgeht, dann hört das Leben auf der Erde auf, denn ohne CO₂ können die Pflanzen nicht existieren. Man muß sich vorstellen: Um an ein Kohlenstoffmolekül zu kommen, muß die Pflanze 10.000 Luftmoleküle durchfiltern. Und wenn die auf zwei absinken - also dann bei 10.000 kriegt sie vier, und wenn sie auf zwei absinken, wenn sie nur noch zwei kriegt, dann kann sie das nicht mehr schaffen.

Wir hatten auch Zeiten um 1800 und ein bißchen was, wo wir 600 ppm, also 0,06 Anteile hatten in der Atmosphäre. Heute haben wir vier. Und ein zweiter Teil ist scheinbar noch wichtiger: Wasser im Meer hat das 60-fache an CO₂-Gehalt als die gesamte Atmosphäre. Das 60-fache! Und der zweite Punkt dabei ist: Wasser, wenn es kalt ist, kann mehr CO₂ speichern, als wenn es warm ist. 1 Liter kaltes Wasser kann 3,4 g CO₂ speichern. Wenn es auf 20°C erwärmt, kann es nur noch die Hälfte speichern.

Von daher kann man davon ausgehen, daß es umgekehrt ist als allgemein behauptet wird. Es wird erst wärmer, und dann wächst der CO₂-Gehalt in der Atmosphäre. Und das sind Sachen, die nicht berücksichtigt werden, weil in der ganzen Diskussion immer nur verglichen wird zwischen Anstieg von CO₂ und Anstieg der Wärme, und das wird über Modellrechnungen, die auch nicht überprüfbar sind, zurechtgebaut. Und davon wird abgeleitet, daß also CO₂ und Erwärmung gleichzeitig ansteigen. Solche Modelle können etwas erklären, aber sie können nichts beweisen.

Ein Beispiel: Hätte man im Mittelalter die Wiederankunft der Störche mit der Geburtenrate verglichen, hätte man beweisen können, daß der Storch die Kinder bringt. Und solche Analogieschlüsse sind einfach Unsinn.

Kla.TV-Moderatorin

Der Nobelpreisträger für Physik von 2022, Clauser, hat den CO₂-Klimawandel als schock-journalistische Pseudowissenschaft bezeichnet. Ein extrem starker Begriff "schock-journalistische Pseudowissenschaft". Trifft das Ihrer Meinung nach auf den Punkt?

Dr. Helmut Böttiger

Das trifft den Punkt ziemlich genau. Ich hatte vorhin schon erzählt, wie viele Wissenschaftler eigentlich dagegen sind. Jetzt neu 1.600 Spezialisten, die dem widersprechen, und 44.000. Die Tabelle kann man im Internet finden, und es ist im Buch zitiert - (also die Wissenschaftler) die auch dagegen angehen. Nur, die werden eben nicht erwähnt.

Kla.TV-Moderatorin

Ja, da wären wir auch bei meiner nächsten Frage: Das ist ja mittlerweile eine sehr große Menge an Wissenschaftlern, die sich zusammengeschlossen hat, die sich sehr klar gegen diese These aussprechen, und dennoch ist es der Dauerbrenner in den Medien. Wie sehen Sie denn

die Rolle der Medien in diesem Ganzen, in dieser These? Nennen wir es doch mal eine "These".

Dr. Helmut Böttiger

Ja, das ist sehr interessant, daß sich diese Medien organisiert haben. Es gibt eine Organisation, die heißt "Covering Climate Now". Das sind 460 Journalisten, also 460 Medienkonzerne von 57 Ländern, die sich zusammengeschlossen haben, daß sie Leute, die leugnen, daß CO₂ das Klima erwärmt, nicht abdrucken. Das muß man sich mal vorstellen. Da muß es Interessen geben, daß die Medien und die Journalisten das beschließen.

Kla.TV-Moderatorin

Es muß ja ein großes Interesse geben. 460 Medienkartelle aus 57 Ländern. Das ist ja eine verrückt große Zahl. Also wir sprechen von Kartellen. Wir sprechen nicht von einzelnen Medienstellen, sondern von Kartellen. Das ist wirklich verrückt.

Also, es gab ja 2009 einen Hackerangriff vor der 15. Klimakonferenz. Dort wurden sehr, sehr viele E-Mails freigeschaltet, öffentlich zugänglich gemacht, wo quasi gezeigt wurde, daß diese ganzen Daten zum Teil stark ausgemustert wurden. Also man hat einfach Meßstationen ausgemustert, die vielleicht gezeigt hätten: es gibt keinen CO₂-induzierten Klimawandel. Wie haben die Medien da reagiert? Wurde das aufgegriffen?

Dr. Helmut Böttiger

Das war so, es hieß, diese gehackten Daten stammen aus der Climatic Research Unit East Anglia Universität - ein Gremium des IPCC in der Community der Weltorganisation die hinter diesem Klimawandel standen. Und der Leiter, ein Phil Johnson, hat zugegeben, daß das tatsächlich aus dem Institut genommene Daten waren. Wobei, ich persönlich kann's nicht beweisen, ich glaube eher, daß das Angestellte mit Gewissen waren, die die Lüge bekämpfen wollten. Weil Johnson das zugegeben hatte, dann mußte auch de Boer, der damals die 5. Klimakonferenz, das war glaube ich 1997, der diese geleitet hat, der mußte auch zurücktreten. Und das ging kurz durch die Medien, so daß die 5. Klimakonferenz gescheitert ist.

Aber kurze Zeit später verschwand das wieder völlig aus der Mediendiskussion und die alte Leier ging weiter, daß CO₂ Klima erwärmt. Was die Daten dort gesagt haben, daß also Daten von Meßstationen, die nicht konform waren, gelöscht worden sind, daß Wissenschaftler, die also widersprochen haben, daß die nicht veröffentlicht wurden. Da hat man also leitenden Medien gesagt: "Den nicht, den dürft ihr nicht drucken!" Und das war natürlich schon ein Hammer.

Kla.TV-Moderatorin

Sie haben es eben schon angerissen, also diese These, daß CO₂ den Klimawandel verursacht, gibt es schon ziemlich lange. Ich würde gerne einmal die Geschichte anschauen. Wie kommt es überhaupt zu der These und wer macht diese These auch so glaubwürdig?

Dr. Helmut Böttiger

Also, zunächst angefangen hat es mit Arrhenius, der hat 1885 gehofft, daß durch CO₂ das Klima erwärmt wird angesichts der drohenden Eiszeit. Damals glaubte man, daß eine Eiszeit wiederkommen würde. Und Arrhenius sagte, das CO₂ kann wie ein Gasdach wirken, so daß es unten wärmer bleibt und wir nicht so einfrieren wie während der Eiszeit. Und die These von Arrhenius wurde dann widerlegt von dem Physiker, Wood hieß er, 1909. Aber später hat Callendar, ein Ingenieur, entdeckt (er hat private Messungen durchgeführt), daß es langsam wärmer wurde. Und zwar von 1880 bis in die zwanziger Jahre etwa um 0,3 Grad. Und er führte das auf die Industriegesellschaft zurück. Und einer, der das aufgegriffen hat, war ein Deutscher, Hermann Flohn, der für die Luftwaffe tätig war.

Er hat 1941 einen Artikel geschrieben: "Die Fähigkeit des Menschen als Klimafaktor." Und dieser Flohn ist dann hinterher vom IPCC (Weltklimarat), er war damals sehr jung, hofiert und honoriert worden und ist im IPCC mit seinen Thesen weiter vertreten. Dann wurde das

natürlich auch von allen möglichen Seiten unterstützt. Im Jahr 1952 hat auch Rockefeller diese Linie schon unterstützt, was aber weitgehend ohne große Auswirkungen blieb. Danach kam ein Ozeanforscher (der Name fällt mir jetzt nicht ein) der befürchtet hatte, daß möglicherweise, wenn es wärmer wird, der Ozean nicht so viel CO₂ aufnimmt wie vorher.

Dieser hat einen Brief an den US-Präsident Johnson geschrieben und hat gesagt, daß es da also Bedenklichkeiten gibt. Johnsons Berater war ein Lorenz Rockefeller, der Johnson dann eine Rede schrieb, woraufhin damals dann Umweltschutz allem voran betrieben werden muß wegen der Klimaerwärmung und wegen Radioaktivität in der Luft - Die Klimaerwärmung sollte unterdrückt werden. Daraufhin gab es in der Öffentlichkeit kaum Reaktionen, aber sein Nachfolger Richard Nixon, auch US-Präsident, der griff das auf. Nixon hatte zwei Gründe, das aufzugreifen.

Der erste Grund war: Nixon hat 1969 in seiner Amtsantrittsrede gesagt, daß Umweltschutz mit Klima und Atmosphäre das Hauptthema seien. Das war 1969. Daraufhin wurde auch von der NATO ein neues Führungsgremium eingerichtet, im Dezember 1969, ich weiß nicht mehr genau wie es heißt. Aber wichtig ist, Nixon hatte zwei Gründe, auf dieses Klimathema oder Umweltthema einzugehen. Der erste Grund war, daß die 68er-Revolution an den Universitäten herrschte, ausgelöst durch den Vietnamkrieg.

Und da ging es darum, daß man von diesem Thema auf ein anderes ablenkt. Und das Thema, was neu propagiert wurde, war der Umweltschutz. Und deswegen hat Nixon den "Tag der Erde" für 1970 angeregt. "Tag der Erde". Das wurde von den Medien sehr propagiert und die New York Times hat sich dann - der Artikel ist im November erschienen - ganz deutlich ausgesprochen, damit könne man tatsächlich diese Bewegung an den Universitäten umlenken. Wurde ganz ausdrücklich gesagt, daß das das Ziel war. Das war in der New York Times, die dann auch den "Tag der Erde" deswegen gelobt hat und das alles.

Aber das Hauptziel war eigentlich ein anderes von Nixon, und das ist vielleicht viel wichtiger. Den USA ist 1969 das Gold ausgegangen. Und Gold diente zur Deckung des Dollars, des Dollarwertes. Und die hatten nun kein Gold mehr. Und damit hat dann Nixon die Golddeckung aufgekündigt. Die Golddeckung des Dollars.

Und was trat an die Stelle? Das hatte Kissinger vorbereitet. An die Stelle trat der Ölpreis. Und zwar wurde jetzt Folgendes gemacht. Der Ölpreis wurde im Jahr 1973 anlässlich des Jom-Kippur-Kriegs vervierfacht. Angeblich hatten das die Ölscheichs gefordert. Das stimmte aber nicht. Der saudische Ölscheich hat dann in einer US-Zeitschrift 2001 gesagt, wir wurden genötigt von Kissinger und von dem US-Finanzminister damals.

Und das Ziel war, über den Ölpreis und, weil Öl nur noch verhandelt werden sollte, über Dollar. Das wurde damals festgelegt. Damit wurden die Ölscheichs auch geködert, daß sie da mitgemacht haben. Und mit dem Ölpreisanstieg wurden sie geködert, damit sie sich darauf eingelassen hatten. Und damit wurde sozusagen über den Ölpreis der Dollar abgesichert.

Nun war aber Folgendes: In der Zeit danach wurden ständig neue Ölquellen und Gasquellen entdeckt, so daß die Preise gesunken sind. Und wäre die OPEC eingetreten, um die Förderung von Öl und Gas zu drosseln, damit der Öl- und Gaspreis entsprechend hoch bleibt, zur Sicherung des Dollars. Aber das ging dann so stark, daß man das nicht mehr machen konnte. Und da kam man auf die Idee die Klimaerwärmung reinzubringen. Und daß die Ölindustrie da (auch) so konzentriert war, will ich kurz erklären. Das hat auch seinen Grund.

1880 gab es einen großen Wettkampf zwischen Rothschild und Emanuel Nobel. Das war ein Verwandter des Nobels, der dann den Nobelpreis gemacht hat. Er war ein Ölmagnat. Sie hatten vor allem Öl in Rußland, im Osten. Und im Westen waren es eben Rockefeller und andere, die das Öl im Westen kontrolliert haben. Und da gab es einen großen Konkurrenzkampf. Und 1882 hat sich dann Rockefeller, David Rockefeller, mit Rothschild getroffen in den USA und haben ausgemacht, so etwas darf nie wieder passieren.

Und seitdem haben die Konzerne, die weltweiten Konzerne, zusammengearbeitet. Und das war eben auch die Voraussetzung, um diese Ölpreiskontrollen durchzuführen. Aber weil ein Überangebot an Erdgas und Öl die Preise so gedrückt hat, daß man das auch mit OPEC nicht mehr abfedern konnte, wurde dann um 1980, vorher schon 1972, ein neues Problem in Gang gebracht.

Und das war dieses Buch "Grenzen des Wachstums", was überall verbreitet wurde, weltweit. Geschrieben wurde das im Auftrag der Rockefeller, nicht der Rockefeller Foundation, die hat Geld dazu gelegt, im Auftrag vom Club of Rome. Der Club of Rome war 1968 gegründet worden in der Villa Pelagio auf dem Krummer See, Eigentum von David Rockefeller, zusammen mit Alexander King und noch einem. Die hatten den Club of Rome gegründet.

Und der Club of Rome hat dann das Buch "Grenzen des Wachstums" herausgebracht, 1972. Und in diesem Buch stand drin, daß die Rohstoffe - Öl und Gas vor allem - aber auch andere, daß die knapp würden und man deshalb das beschränken müsse. Das war also im Vorab. Und weil diese Verknappung immer undurchführbarer wurde wegen der neu entdeckten Gas- und Ölfelder, ist man dann runtergefahren und hat das Klimathema wieder hochgeholt. Das war so um 1980 herum, da wurde das dann publik.

Und da gibt es ein schönes Zitat von Haber, Professor Haber, von "Bild der Wissenschaft". Der hat damals dann die Sache, sozusagen diesen Umwandelprozeß, wie man von der Knappheit und auch von der Klimakälte - bis 1974 hatte man erwartet, daß es eine Eiszeit gibt. Hat auch der CIA noch ... da gibt es eine Studie von CIA ... verschiedene Studien sind da abgedruckt in dem Buch. Das ist nicht vom CIA, das Buch, die drucken die ab.

Die haben gesagt - 1974 noch - es droht eine neue Eiszeit. Und das wurde dann runtergefahren und ab 1980 war die Eiszeit vergessen. Und da gibt es eben ein schönes Zitat von Haber, Professor Haber, Professor Heinz Haber hieß der Mann. Und der hat "Bild der Wissenschaft" herausgegeben und hatte eine Sendung, die in ARD am 6.12.1979, also vor 1980, kam. Und das will ich mal vorlesen:

"So sind Klimatologen heute der einhelligen Meinung, daß der natürliche Rhythmus einer irdischen Klimaschwankung zum Kalten hin Anfang des nächsten Jahrhunderts überrollt werden wird durch eine von Menschen verursachte Erwärmung unseres Planeten. Für diese Gefahr gibt es ziemlich bestürzende Prognosen. Wenn unsere Kernkraftgegner daher wieder auf die Kohle zurückgreifen wollen, werden sie unseren Enkeln keinen Gefallen tun. Für ihre Klimasorgen, die diese haben werden, würden sie bestimmt sehr gerne unsere Sorgen mit den Kernkraftwerken eintauschen."

Diese Geschichte ist damals auf allen ARD-Sendern gesendet worden. Und das war der Wandel, daß in Deutschland sozusagen die Klimaerwärmung publik wurde. Und der Hintergrund, wie gesagt, Absicherung des Dollars.

Kla.TV-Moderatorin

Gut, also Sie haben es ja auch schon angesprochen - das ist seit den 70ern eigentlich ein Riesenthema mit dieser ganzen Energie. Über die Energieknappheit hatten wir auch beim letzten Interview schon gesprochen.

Gut, wir leben auch in einer Zeit, wo wir einen immer höheren Energiebedarf haben. Sie haben in einem Ihrer Bücher Zahlen genannt: Ich meine, wir hatten 1945 ungefähr sechs Millionen Faß Erdöl pro Tag und sind jetzt angestiegen auf fast schon 90 Millionen Erdöl pro Tag. Der Energieverbrauch ist ja extrem. Irgendwoher muß die Energie ja kommen. Aber seit den 70ern wird uns erzählt, die Energie wird knapp, die Energie wird knapp. Aber es stimmt ja nicht. Also es scheint genug Energie da zu sein. Und Sie haben in Ihrem Buch ein ganz spannendes Kapitel, das heißt: "Wen stört eigentlich zu viel Energie?"

Dr. Helmut Böttiger

Ich will erst mal kurz zurückkommen, warum Energie nicht unbedingt knapp ist. Und ich hat-

te ja eingangs gesagt, daß das meiste CO₂ sozusagen im Meer verschwunden ist und im Meer abgesenkt worden ist in Kalk. Und dort, mit den Knochen der Fische und so, wird daraus Kalkgebirge. Und die Tektonik hat diese Kalkgebirge ja an die Oberfläche gebracht, die Alpen, der Jura. Aber die hat sie auch weitergebracht, wieder in die Erde hinein. Und wenn der Kalk in das Magma kommt - hoher Druck, hohe Temperatur - dann löst er sich auf. Und 2004 hat eine Forschergruppe in Indiana unter der Führung von - ich glaube er hieß Scott - die haben jetzt mal Kalk mit Bestandteilen des Magmas, also vor allem auch Eisen, diesen Temperaturen und diesem Druck ausgesetzt.

Und was kam heraus? Kohlenwasserstoffe wurden freigesetzt. Und das heißt, die Kohlenwasserstoffe, die aus der Erde herauskommen, nicht nur gebohrt, sondern die auch so durchsickern, das hat ein Thomas Gold in seinem Buch ganz gut beschrieben, wo überall, selbst durch Wasser, springt das raus, blubbert das raus. Und da, wo es nicht durchkommt, da sammeln sich dann Lagerstätten an. Da, wo die Oberfläche zu dicht ist. Und die werden dann auch nachgefüllt.

Das heißt, wenn das ausgepumpt wird, das Öl oder das Gas abgezapft, dann kommt es von unten wieder neu nach. Die füllen sich also wieder auf. Das heißt, die Knappheit ist nicht unbedingt real; wir haben nicht einen Verbrauch, sondern einen Gebrauch, der sich in den Zyklus hinein verwandelt. Wäre das nicht der Fall, würde dieses CO₂ nicht nachkommen, dann gäbe es auf der Erde schon kein Leben mehr. Weil wir dann diese 0,04 % nicht mehr hätten. Und das ist also ganz wichtig, das mit im Kopf zu haben.

Und jetzt die Frage: "Wer hat ein Interesse am hohen Ölpreis?", ist eigentlich sehr naheliegend. Wenn die Energie verknappt wird, kann man weniger produzieren. Und wenn man weniger auf den Markt bringt, kann man das Geld der Leute besser über die Preise abschöpfen. Vor allem in konzentrierten Industriebereichen. Auto, was sonst. Und das ist eigentlich das Motiv dahinter. Das setzt aber voraus, daß wir eine relativ hochkonzentrierte Wirtschaft haben. Wodurch ist die hochkonzentriert? Wir haben viele Konzerne und so weiter. Der eigentliche Konzentrador ist die Finanzwirtschaft. Weil die großen Bankbetriebe in der Hand auch von Erdölkonzernen sind.

Kla.TV-Moderatorin

Ja, das ist sehr spannend. Da würde ich gerne gleich noch eine Frage anschließen. Und zwar, Sie haben es vielleicht zum Teil schon beantwortet, aber ich würde trotzdem gerne noch mal darauf eingehen. Welchen Zweck verfolgt Ihrer Meinung nach diese ganze Kampagne, CO₂ würde das Klima erwärmen, wir hätten Energieverknappung? Welche Motive stecken Ihrer Meinung nach noch dahinter?

Dr. Helmut Böttiger

Ja, da sagen wir, die Voraussetzung ist, daß über die höheren Preise die Konzentration vor allem der Finanzwirtschaft zugenommen hat. Und die großen Finanziere, ich nenne sie immer "die Billionäre", also Rockefeller, Rothschild. Rothschild darf man nicht nennen, dann wird man Antisemit. Aber es gibt ja andere auch, die haben eigentlich ein Konzept, das hat drei Ebenen. Das erste ist, über die Finanzen die Wirtschaft zu kontrollieren. Das machen sie ohnehin schon weitgehend.

Aber sie wollen die Weltherrschaft einrichten, also eine Bürokratie in ihren Händen, die sozusagen die Weltpolitik gestaltet. Und Klimafragen, Umweltfragen - Klimafragen vor allem - kann man nicht in einem Land lösen, sondern dazu braucht man ein internationales Gremium. Das hat Rockefeller bereits 1952 angesprochen, wo er gesagt hat, wir müssen internationale Regierungen haben, anders können wir mit den Umweltfragen nicht umgehen. Mit anderen Worten - das ist veröffentlicht - finden Sie im Buch das Zitat.

Da geht's also darum, wirklich so eine Weltregierung einzurichten mit einer Bürokratie, die letzten Endes von den globalen Finanziers abhängig ist. Das ist das eine Ziel. Ein anderes

Ziel, und das ist vor allem auch das von Rockefeller seit 1952: Auf der Erde sind zu viel Menschen. Da gibt es auch eine Studie von Kissinger von 1974. Das ist der sogenannte Kissinger Report. Und da wird gesagt, das ist beschränkt auf 13 Länder noch, die bevölkerungsreich und unterentwickelt sind. Und in diesem geheimen Report, der also bis in die 90er Jahre geheim war, dann flog er auf, ihn haben irgendwelche Leute aufgedeckt.

In dem Report heißt es, daß man in 13 bevölkerungsreichen Ländern einmal dafür sorgen muß, daß es eine Bevölkerungsreduktion gibt oder auch kein Wachstum der Bevölkerung läuft. Warum? Wenn das Wachstum der Bevölkerung läuft, dann werden möglicherweise die Regierungen sich mehr für ihre Interessen als für unsere einsetzen. Und wir haben an diesen Ländern Interesse. Warum? Weil wir Rohstoffe brauchen. Wenn diese Länder sich entwickeln, dann verbrauchen sie die Rohstoffe selber. Also, wir müssen dafür sorgen, einmal die Bevölkerung niedrig halten und die Rohstoffe niedrig halten.

Das ist natürlich eine sehr dramatische Geschichte. Das ist heute nicht mehr auf 13 Entwicklungsländer beschränkt, sondern das ist inzwischen Weltpolitik. Und die Bevölkerungsreduktion, das ist ein ganz erklärtes Ziel der Rockefeller Foundation, der verschiedenen, die haben ja drei: Family Foundation, Rockefeller Brüder Foundation und die ursprüngliche Rockefeller Foundation. Die wollen das. Und das dritte Ziel ist eigentlich ... dafür gibt es natürlich keine Belege, aber das kann man sich überlegen ... Die Weltführung will natürlich die Macht erhalten und konzentrieren. Und wie kann man das?

Wir haben zurzeit eine Entwicklung, nachdem man also den Leuten immer mehr aufgeschwatzt hat, damit die Geschäfte laufen: Du brauchst ein größeres Auto, brauchst ein größeres Haus, neue Mode, möglichst jedes Vierteljahr eine neue Mode usw. Und das hat dazu geführt, daß viele, vor allem jüngere Leute, die gut verdienen, gesagt haben, das muß ich mir nicht antun, ich möchte eine Work-Life-Balance: weniger arbeiten, dafür mehr Bergsteigen oder reisen oder sonst was.

Oder Romane schreiben oder Musik machen und was weiß ich. Und das wurde auch bereits von einem Menschen, wo ich den Namen jetzt nicht im Kopf hab, der hat es auch schon in den 60er Jahren geschrieben, daß zu viel Freizeit eine Gefahr ist. Er hat das auf Kernenergie bezogen. Wir dürfen Kernenergie nicht entwickeln, weil uns das zu viel Freizeit gibt. Das wäre schädlich. Das ist im Buch zitiert, im Kopf ist es nicht mehr drin.

Aber diese, letzten Endes Bevölkerungsreduktion und Zeitreduktion ist, daß man dafür sorgen muß, daß die Leute durch den Verdienst ihres Lebensunterhalts möglichst so belastet sind, daß nur noch ein bißchen für Freizeit und Gaudi übrigbleibt. Und das führt eben über die Preiskontrolle und dazu, die Bürokratie neu auszurichten, weil, die neue Technologie erlaubt es, mit weniger Arbeitskraft die Leute zu versorgen. Das heißt, man muß auch Arbeitsplätze schaffen. Und das haben wir durch die Entfaltung der Bürokratie. Und das sind, glaube ich, die drei Ziele, die hinter dieser Klimageschichte stehen.

Kla.TV-Moderatorin

Wenn man das so hört, muß man auch irgendwo noch mal zu der Frage kommen, also auch wenn man die ganze technische Entwicklung unserer Menschengeschichte anschaut: Denken Sie, daß wir an einem Endpunkt gelandet sind? Sind wir irgendwo gesellschaftlich an einem Punkt, wo man sagen muß, es geht gar nicht mehr weiter?

Dr. Helmut Böttiger

Ja, es wird sogar zugegeben, die herrschenden Billionäre propagieren Bevölkerungsreduktion. Das hören Sie immer öfters. Das heißt, sie sagen, die Erde kann eine wachsende Bevölkerung nicht mehr ernähren mit unserer Technologie, das heißt, ohne Öl und Gas, ohne Kernenergie. Und da gibt es, ausgesprochen bei Nixon zum Beispiel, der forderte, und sein Berater, der Meuner: Kein CO₂ mehr zusätzlich und keine Kernenergie. Ausdrückliche Zitate, haben wir auch im Buch. Und das heißt aber, daß letzten Endes sich das nicht weiterentwickeln kann.

Und ich gehe davon aus, daß es eigentlich, wenn diese Thesen sich durchsetzen, zum Zusammenbruch der Gesellschaft kommt.

Heute deuten sich Weltkriege an, heute deuten sich Kollapse, des Dollars zum Beispiel, an usw. Das heißt, hier kann eine gesellschaftliche, wirkliche Krisensituation auftauchen, die nicht sicherstellt, daß die Klimabürokratie, die Weltherrschaft sozusagen, sich durchsetzen kann. Aber es kann auch heißen, daß es zum Untergang kommt, wenn es zum Weltkrieg mit Nuklearwaffen usw. kommt. Und ich meine aber, weil ich Optimist bin, daß wir an einem Durchbruch stehen. Das heißt, wir kommen zu einer Veränderung der Gesellschaftsstruktur. Und da sehe ich einige Voraussetzungen:

Eine ist, daß es eine Fusionstechnologie gibt, die schon ziemlich erfolgreich ist und kurz vor dem Durchbruch steht, die staatlich nicht gefördert wird, sondern privat von einem Bekannten von mir, Eric Lerner in den USA. Und es gibt in München einen Herrn Höss, der daran arbeitet. Das ist die Plasma-Fokus-Maschine. In einem Plasma fließen elektrische Ströme. Und das führt dazu, daß es Filamentation gibt, also Wirbelstrukturen. Und in dem Stellarator und Tokamaks, da muß das mit gewaltigen Magneten unterdrückt werden, sonst geht das Plasma an den Rand und macht die Maschinen kaputt.

Und die Plasma-Fokus-Maschine kann diese Wirbelstrukturen benutzen, um überhaupt den Fusionsprozeß auszulösen. Das heißt, innen ist eine Anode, außen ist eine Kathode. Bei einer Entladung entstehen eben die Plasmen, und es entstehen Magnetfelder, die werden nach vorne geschleudert, ziemlich schnell. Und wo das Ende ist, da verknoten sie sich. Und dieser Verknotungsprozeß erzeugt die Dichte und die Energie, die die Fusionsprozesse auslösen.

Und da kann man das steigern. Man braucht nicht mehr Tritium-Deuterium-Fusion, sondern kann Wasserstoff mit Bor verbinden. Und das Ergebnis ist dann ein Wasserstoff- und ein Bor-Kern, zusammen gibt es drei Helium-Kerne, die in einem Strahl wegfliegen. Und wenn man die durch eine Spule, wie etwa von einem Transformator, schickt, kann man direkt Strom erzeugen und muß nicht Wasser kochen, um dann irgendwelche Turbinen anzutreiben.

Und der zweite Vorteil: Dieses Gerät ist relativ klein und billig. Die sagen, das könnte so groß sein wie ein Kühlschrank. Kann ich nicht beweisen. Dazu braucht man außen natürlich noch große Kondensatoren. Weil auf der anderen Seite, wo diese Kerne wegfliegen, fliegen auf der anderen Seite die Elektronen weg. Und die können dann direkt auf eine Kondensatorplatte aufgeladen werden. Dann kann auch direkt der Strom fließen. Doppelt, von den Kernen her und durch die Kondensatorplatte.

Den Kondensator braucht man wieder zur Aufladung dieser Maschine. Das heißt, das wäre eine Energieerzeugung, das hat eine neue Qualität. Und das zweite wäre, daß man über die 3D-Druckerei auch die Produktion, die Güterproduktion, dezentralisieren kann. Das heißt, in einem Dorf oder in einer Kleinstadt könnte man sich Gabeln, Messer, Löffel und so weiter selber machen. Und das würde dazu führen, daß sich die Gesellschaft dezentralisiert.

Und ein drittes Element ist noch da: Die Veränderung der Landwirtschaft, daß man Landwirtschaft nicht großflächig anbauen muß, mit Düngemitteln den Boden kaputt macht, sondern die Zusammenarbeit der Pflanzen untereinander, die Kooperation verschiedener Pflanzen kann man ausnutzen. Das verbessert den Boden und erhöht die Erträge, allerdings auch die notwendige Arbeit, weil man eben keine großen Flächen, sondern kleine Flächen hat. Und so könnte es dann sein, daß in einer neuen Gesellschaft tatsächlich Work-Life-Balance durchgeführt werden kann.

Und ein Bürger würde dann etwas für die Kommune tun, als Verkehrshelfer oder ein anderer Helfer, Wasserinstallateur oder sonst wie. Er würde ein Drittel seiner Freizeit in die Landwirtschaft stecken, und er würde ein Drittel seiner Freizeit mit Leuten international über das Internet kommunizieren, sei es Musik machen oder sei es was erfinden oder sonst was. Und das wäre eine neue Gesellschaftsperspektive, die natürlich jetzt meine Phantasie ist, aber ich bin

zuversichtlich, daß wir dieser Gesellschaft, die auf einen Engpaß zuläuft, zu einem Durchbruch verhelfen in eine neue Gesellschaft. Und darüber möchte ich mich demnächst äußern.

Kla.TV-Moderatorin

Sie arbeiten an einem neuen Buch, das haben Sie uns schon verraten. Ja, vielen Dank. Das ist sehr, sehr spannend, also auch für die Zuschauer: Wer mehr erfahren möchte über dieses Thema: "Wer hat ein Interesse an knapper Energie?", kann natürlich in Ihr Buch reinschauen. Sie nennen sehr, sehr viele Namen. Es ist sehr komplex, aber auch sehr auf den Punkt gebracht. Und was wir uns auf jeden Fall merken, wenn wieder kommt: "Erwärmung des Klimas, CO2", merken wir uns: "schock-journalistische Pseudowissenschaft". Dieses Schlagwort nehmen wir mit. 2024 werden wir daran anhand dessen untersuchen.

Dr. Helmut Böttiger

40 Nobelpreisträger.

Kla.TV-Moderatorin

Genau. Vielen Dank, Herr Böttiger, für Ihre Zeit. Und wir wünschen Ihnen alles Gute und viel Erfolg mit Ihrem Buch.

Dr. Helmut Böttiger

Ich bedanke mich.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 13. Februar 2024 (x1.361/...):

>>Jubel über Bauern-Protest: Feuerwehrmann lehnt Belehrungs-Gespräch mit Berliner Innensenatorin ab

Mitte Januar jubelte ein Feuerwehrmann protestierenden Bauern zu. Die Folge war ein disziplinarrechtliches Verfahren gegen ihn. Innensenatorin Iris Spranger wollte sich nun mit dem Mann über die Normen und Werte sowie die Wirkung seiner Aktion auf den Berufsstand austauschen. Der Mann lehnte das Gespräch ab.

Jonas Aston

Ein Feuerwehrmann aus Wittenau, im Norden Berlins, begrüßte Mitte Januar überschwänglich vorbeifahrende Bauern in ihren Traktoren mit La-Ola-Wellen und Beifall. Die Bauern waren auf dem Weg zu der zentralen Kundgebung des Bauernprotests im Regierungsviertel vom 15. Januar. Ein Video, das den Mann zeigt, ging auf Social Media viral. Diese Begrüßung war für den Mann jedoch mit erheblichen Konsequenzen verbunden. Der Feuerwehrmann mußte ein Disziplinarverfahren über sich ergehen lassen. Zwischenzeitlich soll ein Mitarbeiter der Innenverwaltung darauf plädiert haben, strafrechtlich gegen den Mann vorzugehen.

Immerhin wurden sämtliche Verfahren nun abgeschlossen und disziplinarrechtliche Folgen ausgeschlossen. Berlins Innensenatorin Iris Spranger betonte schon im Vorfeld keine disziplinarrechtliche Verfolgung des Mannes anzustreben. Zugleich erklärte die SPD-Innensenatorin jedoch, mit dem Feuerwehrmann über "die Wirkung des Videos und die Auswirkung auf den Berufsstand" reden zu wollen. Als Konsequenz "angemessen" sei es, sich über Normen und Werte auszutauschen.

Am Freitagmorgen war Innensenatorin Iris Spranger (SPD) dann vor Ort in der Feuerwache Wittenau. Doch der Feuerwehrmann lehnte ein Gespräch mit der SPD-Politikerin ab. Gegenüber dem Tagesspiegel erklärte sie: "Ich habe gesagt, daß ich spontan vorbeikommen werde für ein Gespräch beim Kaffeetrinken. Daran habe ich mich gehalten". Der Mann wollte jedoch nach den Erfahrungen in den vergangenen Wochen nur unter Beisein des Personalrats und eines Anwalts mit Spranger sprechen. Das Gespräch war daraufhin geplatzt. Die Innensenatorin erklärte hierzu: "Das akzeptiere ich selbstverständlich, damit kann ich umgehen."<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 13. Februar 2024 (x1.360/...): **>>Für den wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands ist allein die Ampel verantwortlich!**

In einer aktuellen Analyse kommt eines der wichtigsten Wirtschaftsmedien der Welt, das ame-

rikanische Portal Bloomberg, zu dem Schluß, daß Deutschlands Tage als industrielle Supermacht "gezählt" seien. Hierzu erklärt die Fraktionsvorsitzende der AfD im Deutschen Bundestag, Alice Weidel:

"Die Ampel-Koalition fährt Deutschlands Wirtschaft gegen die Wand - das wird auch zunehmend dem Ausland bewußt. Verantwortlich für diesen beispiellosen Niedergang einer führenden Industrienation ist die rein ideologisch motivierte 'Transformationspolitik' der Bundesregierung. Die Grundpfeiler des deutschen Industriearriffs, warnt Bloomberg, seien 'wie Dominosteine umgefallen'. Der von mehreren Nachkriegsgenerationen hart erarbeitete Wohlstand wird in kürzester Zeit verspielt, der Standort Deutschland rutscht immer weiter ab.

Um unser Land aus der Rezession zu holen und die dramatische Deindustrialisierung zu stoppen, ist eine Senkung der Energiepreise dringend notwendig. Bürger und Unternehmen müssen schnellstmöglich entlastet werden, indem die Strom- und die Energiesteuer auf ein Minimum gesenkt, sowie die Luftverkehr- und Grundsteuer, die CO₂-Abgabe und der Solidaritätszuschlag ersatzlos gestrichen werden. Jeder Tag, den die Ampel weiter dilettiert und eine Kurskorrektur verweigert, schadet Deutschland. Es muß jetzt umgehend gehandelt werden, sonst droht ein Substanzverlust, der nicht wieder auszugleichen ist."<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 08/24" berichtete am 16. Februar 2024 (x1.387/...): >>>Wirtschaft in Grün

In fast allen Rankings zeigt der wirtschaftliche Weg Deutschlands nach unten

Ulrich van Suntum

Helmut Schmidt hatte es geahnt: "Wer die Grünen wählt, wird sich später einmal bitterste Vorwürfe machen", kommentierte er die Gründung der Partei vor vierzig Jahren. Wie recht er damit hatte, mußte er nicht mehr miterleben.

Nach nicht einmal der Hälfte der Ampel-Legislaturperiode liegt die deutsche Wirtschaft am Boden. Auf 0,3 Prozent senkte die OECD ihre Wachstumsprognose 2024, halb soviel wie im Euroraum insgesamt. Von allen Industrieländern schneidet nur Argentinien (!) noch schlechter ab. Und auch im kommenden Jahr soll es nur wenig besser werden. Deutschland wird weiterhin der Bremsklotz für Europas Wirtschaft sein.

Was für ein Abstieg der einstigen Vorzeigewirtschaft und Konjunkturlokomotive. Und der kommt nicht von ungefähr. Denn die selbsternannte "Fortschrittskoalition" ließ nichts aus, was der hiesigen Wirtschaft schaden könnte. Schon allein der Atomausstieg in einer Zeit extremer Energieknappheit war ein Schildbürgerstreich, über den man im Ausland nur den Kopf schüttelte.

Selbst die EU hat inzwischen die Kernenergie als klimafreundlich und kostengünstig anerkannt. Aber während diese in Frankreich, Polen, Schweden, Tschechien und Großbritannien eine regelrechte Renaissance erlebt, blieben die deutschen Grünen stur bei ihrer "Nein danke-Ideologie". Das war aber bei weitem nicht alles.

Es mußten auch noch das Bürgergeld eingeführt und der Mindestlohn erhöht werden, letzteres sogar an der dafür zuständigen Kommission vorbei. Per Dekret wurde 2020 eine gesetzliche Untergrenze von 12 Euro pro Stunde für immerhin ein gutes Fünftel aller Arbeitsverhältnisse festgelegt. Auf den ersten Blick gut für die Beschäftigten, aber ein weiterer Kostenfaktor für die ohnehin gebeutelten Unternehmen.

Vor allem kleine Handels- und Gastronomiebetriebe haben inzwischen ihre Öffnungszeiten stark reduziert oder ganz aufgegeben. Sie finden einfach keine Leute mehr oder können sie nicht bezahlen, zumal auch die Abgabenlasten unter der Ampel in nie zuvor gekannte Höhen gestiegen sind.

Zugleich reißt der Zuwandererzustrom nach Deutschland nicht ab. Im Jahr 2022 kamen sage und schreibe 2,7 Millionen Neuankömmlinge ins Land, darunter gut eine Million aus der Ukraine. Zumindest letztere sind zwar meist ausgebildet und auch kulturell gut integrierbar.

Trotzdem finden sie anders als in anderen Ländern kaum in den Arbeitsmarkt, sondern beziehen lieber Bürgergeld.

Erst recht gilt dies für "geflüchtete" Nordafrikaner und Araber, die oft sogar Analphabeten sind.

Selbst von den Neuankömmlingen der ersten Welle aus den Jahren 2015/16 ist bisher nur gut die Hälfte in einem Job, und von diesen arbeiten wiederum nur zwei Drittel Vollzeit.

Insgesamt liegt die Arbeitslosenquote der erwerbsfähigen Flüchtlinge bei 30 Prozent und damit etwa fünfmal so hoch wie insgesamt. Das verursacht neben den kulturellen Problemen immense Kosten. Und auch längerfristig wird der Sozialstaat durch die Zuwanderung nicht entlastet, anders als die Ampel es uns glauben machen will. Vielmehr wird die ohnehin bestehende Nachhaltigkeitslücke in den Sozialsystemen nach Berechnungen des Freiburger Finanzwissenschaftlers Bernd Raffelhüschen durch die Zuwanderung nochmals um 5,8 Billionen auf insgesamt 19,2 Billionen Euro erhöht.

Trotzdem erzählen die Berliner Regierungspolitiker nach wie vor ihre Ammenmärchen: Die Zuwanderer werden unsere Renten bezahlen, Sonne und Wind schicken keine Rechnung, Elektroautos sind emissionsfrei und so weiter und so fort. Das Schlimmste daran ist, daß zumindest die Grünen den Unsinn tatsächlich glauben.

Zwar hat inzwischen selbst Wirtschaftsminister Robert Habeck eingeräumt, daß die deutsche Wirtschaft nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Aber seine Rezepte sind untauglich, denn er will noch mehr von der vergifteten grünen Medizin: Milliardensubventionen für "grüne" Energien und für Produkte wie Computerchips, bei denen Deutschland anderen Ländern aus Fernost hoffnungslos unterlegen ist. Das ist herausgeworfenes Geld, das alle Bürger zahlen müssen. Habeck schaufelt gleichsam wertvolles Wasser in die Wüste und merkt gar nicht, daß er dadurch nur die wenigen noch blühenden Oasen trockenlegt.

Was statt dessen wirklich geschehen müßte, steht in einer aktuellen Studie des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung. Im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen haben die Mannheimer Forscher zum neunten Mal ihren international vergleichenden Index zur Standortattraktivität erstellt. Deutschland ist darin gegenüber 2020 um weitere vier Plätze abgerutscht und liegt inzwischen nur noch auf dem 18. Platz unter 21 Vergleichsländern. Das paßt zu anderen Standortstudien, etwa dem aktuellen Ranking des IMD World Competitiveness Center in Lausanne. Dort ist Deutschland auf Platz 22 gefallen.

Eine der größten Schwächen sehen die ZEW-Forscher bei der Steuerbelastung der Unternehmen. Sie ist hierzulande von allen Vergleichsländern am höchsten, mit Ausnahme von Japan. Weitere Negativposten sind die hohen Arbeitskosten bei zugleich schwacher Produktivität und hohen Energiepreisen. Und nicht zuletzt auch die "lähmenden Regulierungslasten", die das alles noch überwuchern.

Besonders erschreckend aber ist, daß das rohstoffarme Deutschland selbst bei Bildung und Humankapital nicht mehr punkten kann. Dabei war gerade das immer unsere große Stärke. Auch hier spielt die Zuwanderung eine zentrale, aber keine gute Rolle, wie das ZEW befindet. Denn es kommen nicht nur zu viele Unqualifizierte, der hohe Migrantenteil in den Schulen hemmt auch die Bildungschancen der einheimischen Kinder. Gut sind wir nur noch bei den Finanzierungskosten, laut ZEW nicht zuletzt wegen der deutschen Schuldenbremse. Aber bekanntlich arbeitet die Ampel bereits hart daran, auch diese noch abzuschaffen.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum war Wirtschaftsweiser der Bundesregierung und lehrte an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 08/24" berichtete am 16. Februar 2024 (x1.387/...): >>Wo ist der Weltuntergang?

Volker Kempf

Wo ist in den vergangenen Wochen der Weltuntergang gewesen? Es kann doch nicht sein, daß

2023 als das wärmste Jahr seit den Klimaaufzeichnungen ausgerufen wird und es damit dann gewesen sein soll. Aber es gab offenbar wichtigere Ereignisse: Die Bauernproteste zeugten von Widerstandsgeist. Dann die regierungsfreundlichen Kundgebungen "gegen Rechts" mit Parolen wie "Nie wieder ist jetzt", die einen drohenden Rückfall in finstere Zeiten befürchteten, wenn die Ampel-Regierung nicht mehr sein sollte.

Dann noch Fasnacht, als sei nichts geschehen, außer daß Karl Lauterbach mit Narrenkappe durch die Medienwelt gereicht wurde. Das "Hohe Grobgünstige Narrengericht zu Stocken" am Bodensee habe den SPD-Gesundheitsminister zur Zahlung von 240 Litern Wein verurteilt; ihm wurde zugute gehalten, selbst gerne ein Glas Rotwein am Abend zu trinken. Böse Zungen behaupteten, es müsse mehr sein, bei seiner Politik. Ist die Wirklichkeit vielleicht doch nur im Rausch zu ertragen, wie das die tollen Tage versprochen?

Um eine Sensation zu verkaufen, werden "Nebensächlichkeiten" einfach weggekürzt.

Aber dann doch wieder ein Zeichen der Normalität: Es geht die Meldung um, wir hätten den wärmsten Januar seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Uns könne nur noch eine radikale Reduktion des CO₂-Ausstoßes vor einer weiteren Temperaturerhöhung schützen. Daß der vorherrschenden Theorie nach das CO₂ nur etwa die Hälfte des menschengemachten Klimawandels ausmachen soll, das wird in den Massenmedien nicht mehr kommuniziert.

Um eine Sensation zu verkaufen, ist das offenbar eine Nebensächlichkeit, die man verkürzen kann. Oder reicht es der Logik nach, halbe Sachen zu machen, um die Klimaapokalypse aufzuhalten? Das wäre neu. Die Klimakatastrophe wird immer wieder zur Nebensache, solange es nicht spektakuläre Bilder dazu gibt, mit denen man sie unterlegen kann. Verkauft wird in der Medienwelt dann so lange anderes, wofür immer wieder eine sprichwörtliche Sau durch das Dorf gejagt wird. So viel steht mit Blick auf die Wirklichkeit fest.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 16. Februar 2024 (x1.361/...):
>>"**Aus Klimasicht wollen wir das" - Leibniz-Volkswirt begrüßt Abwanderung deutscher Unternehmen**

Der Chef-Ökonom des prominenten Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, Reint Gropp, begrüßt die Verlagerung energieintensiver Produktion aus Deutschland, um die Klimaziele zu erreichen. Die drohende Arbeitslosigkeit sieht er nicht als Problem an, schließlich herrsche in Deutschland aktuell Fachkräftemangel.

Willi Weißfuß

Immer mehr Unternehmen verlagern ihre Produktion ins Ausland. Sei es das Traditionsunternehmen Miele, das angekündigt hat, 700 Stellen in Gütersloh abzubauen und nach Polen zu verlagern oder der Autozulieferer ZF Friedrichshafen, der in Deutschland Stellen abbaut und diese in den USA und in Indien wieder aufbaut. Während ZF die Verlagerung der Arbeitsplätze damit begründet, daß außerhalb Europas weiter auf den Verbrennermotor gesetzt wird, war für Miele der Grund nach Polen zu gehen, daß es in Polen billige Energie und weniger Bürokratie als in Deutschland gibt.

An Entscheidungen wie diesen hängt immer auch die Existenz der Arbeiter und der Wohlstand ganzer Regionen. Schuld an diesen Entscheidungen sind Vorgaben der Politik, die die Unternehmen dazu nötigt, Deutschland zu verlassen, insbesondere die von der Bundesregierung vorangetriebenen Maßnahmen zum Klimaschutz. Dadurch scheint der Industriestandort Deutschland zu einem Klimamaßnahmenflüchtling zu werden. Eine Entwicklung, die eigentlich besorgniserregend sein sollte.

Der Volkswirt und Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, Reint Gropp, sieht in der Abwanderung deutscher Unternehmen und Arbeitsplätze hingegen kein Problem, im Gegenteil. Im Interview mit ntv schockierte Gropp damit, daß er diese Entwicklung gutheiße. "Aus Klimasicht wollen wir das", sagte Gropp über die Verlagerung der Produktion ins Ausland und das Zurückfahren der Produktion beim deutschen Chemieriesen

BASF. Gropp, der unter anderem in verschiedenen Positionen für den IWF und die EZB tätig war, geht in dem Interview sogar weiter und sagt, daß sich die Abwanderung der energieintensiven Industrie nicht wirklich verhindern lassen kann, "wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen."

Daß CO2 kein Gas ist, was sich an Ländergrenzen hält und eine Abwanderung der energieintensiven Produktion den CO2-Ausstoß nur verlagert, ist Gropp dabei bewußt. Er fordert deswegen einen Klima-Zoll, "damit es keinen Anreiz gibt, dreckig in China zu produzieren und in Europa zu verkaufen." Sorge, daß sich der Arbeiter, der gerade entlassen wurde, weil sein Unternehmen lieber im billigen China statt im teuren Deutschland produziert, die Produkte aus China aufgrund des Klima-Zolls nicht mehr leisten können, macht sich Gropp nicht. Aus seiner Sicht finden die Arbeitslosen sehr schnell einen neuen Arbeitgeber. Er verweist dabei auf den aktuellen Fachkräftemangel, der sich durch den Renteneintritt geburtenstarker Jahrgänge in den nächsten Jahren noch verschärft.

Die Zukunft Deutschlands sieht Gropp dennoch in der Industrie, nur ohne Massenproduktion. Als Beispiel führt Gropp dafür Apple an. Der Konzern von iPhone und Co. hat in seiner Zentrale in Cupertino 25.000 Angestellte, die sich um Entwicklung und Marketing kümmern. Ein fragwürdiger Vergleich, wohl kaum werden schließlich die Arbeiter in Industrie-Unternehmen wie Unternehmen wie BASF oder Miele auf Marketingabteilung à la Apple umstellen, zumal auch in Zukunft Waschmaschinen und Co. in Deutschland konsumiert werden.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 16. Februar 2024:
>>"**Lieber tot als Sklave!**" - Bauern gegen Unterdrücker

Von Daniell Pföhringer

Mit dem Widerstandsgeist der Nordfriesen mußte nicht nur Robert Habeck Bekanntschaft machen. "Lewer duad üs Slav!" ziert ihre traditionelle Flagge - und ist ihnen Leitspruch bis heute. ...

Anfang Januar wurde Robert Habeck von einem ganz besonderen Empfangskomitee begrüßt: Der Bundeswirtschaftsminister hatte gerade mit seiner Frau einen Bekannten auf der Hallig Hooge besucht, doch als seine Fähre in Schlüttsiel an der nordfriesischen Westküste angelegt hatte, drängte sich ein Pulk aufgebrachter Bauern nach vorn.

Etwa 1.000 Landwirte aus der Region hatten vom Aufenthaltsort des Grünen-Politikers Wind bekommen und wollten ihm nun die Meinung geigen. Die überforderte Polizei versprühte Pfefferspray, was die Menge nur noch wütender machte. Am Ende drehte die Fähre wieder ab und fuhr zurück aufs Meer. Für die Sicherheit des Wirtschaftsministers könne man sonst nicht mehr garantieren, hieß es. Doch Augenzeugen sind sich jedoch einig: Die Bauern waren nicht auf Gewalt aus - Habeck wäre kein Haar gekrümmt worden.

Pidder Lüng und der Amtmann

Der grüne Kinderbuchautor war sichtlich erstaunt über den Widerstandsgeist der nordfriesischen Bauern. Dabei hätte er als Schleswig-Holsteiner doch wissen müssen, daß dies an der Westküste Tradition hat. Es war schließlich der Tetenbüller Bauer Wilhelm Hamkens, der mit seinem Mitstreiter Claus Heim aus Dithmarschen die Landvolkbewegung Ende der 1920er Jahre anführte - und schon der Wahlspruch der Nordfriesen sagt ganz klar, was Sache ist: "Lewer duad üs Slav!" Auf Hochdeutsch: "Lieber tot als Sklave!".

Fahnen mit diesem Motto zierten zahlreiche Traktoren bei den großen Bauernprotesten Anfang des Jahres. Doch woher stammt der Spruch? Laut Lokalhistorikern ist "Lewer duad üs Slav!" seit alters her der Kampfprud der Nordfriesen gegen ihre Unterdrücker, die im Mittelalter vor allem über die nördliche Grenze einfielen.

Ein Fischer aus Hörnum auf Sylt soll die Worte gerufen und den dänischen Amtmann Henning Pogwisch im Grünkohl erstickt haben. Detlev von Liliencron hat ihn in seiner Ballade "Pidder Lüng" (1892) verewigt. In dem Gedicht weigert sich dieser, den Zehnten, also eine

steuerähnliche Abgabe von zehn Prozent, an den Amtmann zu zahlen. Er begründet das mit der alten Freiheit von solchen Zahlungen.

In Liliencrons Ballade droht Pogwisch zu Beginn: "Und kann ich die Abgaben der Fischer nicht fassen, / Sollen sie Nasen und Ohren lassen, / Und ich höhn ihrem Wort:/ Lewwer duad üs Slaav!" Als er dem widerspenstigen Pidder dann wütend in den Grünkohltopf spuckt, packt der Fischer ihn und drückt seinen Kopf in den "glühheißen Brei", bis er erstickt ist. Die Söldner des Amtmanns töten daraufhin den Fischer und viele andere: "In den Dünen, im Dorf rasen Messer und Mord."

Verpflichtung und Auftrag bis heute

Doch auch die Westfriesen mußten sich fremder Zwingherren erwehren. Von ihnen stammt der ähnliche Leitspruch "Lieber tot als unfrei!", mit dem sie ihren Sieg über den Grafen Wilhelm IV. von Holland im Jahr 1345 unterstrichen. Ab 1844 tauchen die vier Worte im Kampf gegen den dänischen Alleinherrschaftsanspruch im Herzogtum Schleswig wieder auf.

In unserer Februar-Ausgabe mit dem Titelthema "Bauern, Bonzen und Blockaden" lesen Sie über die widerständigen Bauern aus dem hohen Norden:

"Die Nordfriesen sind bei den aktuellen Blockaden ein wichtiger Faktor. Am 4. Januar verdarben sie Wirtschaftsminister Robert Habeck seinen Fährflug auf eine Hallig. Die große Blockade vor dem Brandenburger Tor am darauffolgenden Sonntag wurde von Frerk Arfsten organisiert. An seinem niegel-nagelneuen Traktor hatte er die gold-rot-blaue Fahne mit dem zitierten Spruch angebracht, denn er ist selbst Nordfries, wurde auf der Insel Föhr geboren. Mittlerweile lebt er in Havelberg/Sachsen-Anhalt und ist Vorsitzender der Freien Bauern, einer frischen Konkurrenzorganisation zum Deutschen Bauernverband."

Man sieht daran: Für aufrechte Nordfriesen ist "Lewer duad üs Slav!" nicht nur eine historische Reminiszenz, sondern Verpflichtung und Auftrag bis heute. ...<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 16. Februar 2024 (x1.360/...): >>>**Von der Ampel ignoriert und mit dem Rücken zur Wand: Deutschlands Bauern demonstrieren weiter**

Aus den Nachrichtenspalten werden sie herausgehalten, aber auf den Straßen sind sie weiterhin präsent: Deutschlands Landwirte, Fuhrunternehmer, Handwerker und viele weitere demonstrieren - genauso wie ihre europäischen Kollegen - weiter gegen die Zerstörung ihrer Existenz. Mahnwachen, Fahrzeugkorsos und Blockaden von Verkehrswegen und Zentrallagern der Supermarktketten sind an der Tagesordnung.

Der geneigte Staatspropaganda-Konsument bemerkt davon kaum etwas, er bekommt nur den verordneten Beifall für die Regierungsdemos zu sehen. Und auch die Ampel selbst hat sich mittlerweile so weit von der Realität entfernt, daß sie die Folgen ihres Treibens überhaupt nicht mehr überblickt.

Spätestens jetzt, nachdem trotz allen Widerstandes die volle Steuerbelastung für den Mittelstand mit CO2-Abgaben, Agrardiesel-Abschaffung oder Lkw-Maut durchgepeitscht wurde, sollte klar sein: Den etablierten Parteien ist die arbeitende Bevölkerung schlichtweg egal. Die Steuerzahler werden so lange ausgepreßt, bis nichts mehr übrig ist und sie ins Bürgergeld rutschen. Wo das dann herkommen soll - so weit denkt man nicht.

Es gibt nur noch eine Möglichkeit, das Ruder herumzureißen, und das sind Neuwahlen - und die müssen die Betroffenen weiterhin einfordern, auch wenn die Staatspropaganda sie dabei ignoriert.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 19. Februar 2024 (x1.361/...): >>>**Wärmepumpen floppen in 2023 - Anteil von Öl- und Gasheizungen steigt sogar**

Das selbsterklärte Ziel der Bundesregierung, die Wärmepumpe als maßgebliche Heizung in deutschen Haushalten zu etablieren, scheitert. Dies zeigen Zahlen des Bundesverbandes der Deutschen Heizungsindustrie.

Henry Albrecht

Die Bundesregierung bleibt ihrem Ziel, die Wärmepumpe als Standardheizung zu etablieren, weiterhin fern. Die der WELT vorliegenden Heizungsabsatzzahlen für 2023 zeigen, daß Öl- und Gasheizungen nach wie vor die Bestseller sind und sogar noch weiter zulegen. Die Entwicklung im Bereich der Wärmepumpe geht nur stockend voran. Die staatlich geförderte ökologische Wärmewende erfährt einen Rückschlag.

Insbesondere fällt in den Daten des Bundesverbandes der Deutschen Heizungsindustrie auf, daß nach einem Rückgang im Jahr 2022 der Absatz von Gasheizungen im vergangenen Jahr stark anstieg und einen Rekordwert von 790.500 verkauften Kesseln erreichte - ein Plus von 32 Prozent. Sogar der Absatz der als umweltschädlich betrachteten Ölheizungen verdoppelte sich im Vergleich zum Vorjahr auf 112.500.

Im vergangenen Jahr griffen die Kunden vermehrt zu bewährter Technik: Während im Jahr 2022 noch 66 Prozent der nachgefragten Heizungen auf Erdgas oder Heizöl setzten, stieg dieser Anteil im Jahr 2023 sogar auf 70 Prozent der verkauften Wärmeerzeuger, die größtenteils mit fossilen Energien betrieben werden. Die politisch geförderte Wärmepumpe verzeichnete zwar einen deutlichen Absatzsprung um 51 Prozent auf 356.000 Stück. Dennoch bleibt dies weit hinter der von der Bundesregierung angestrebten Marke von 500.000 Verkäufen pro Jahr zurück.

Auch der geplante Neubau befindet sich in einer prekären Lage, paradoxerweise auch aufgrund der kostspieligen Umweltauflagen. Dies wirkt sich ebenfalls negativ auf die Aussichten für den Verkauf von Wärmepumpen und Systemkomponenten aus, die besonders im Neubausektor ihre Vorteile entfalten könnten. Viele Immobilienbesitzer scheinen abwarten zu wollen, um die Perspektiven der kommunalen Wärmeplanung zu sehen, die gesetzlich bis Ende 2026 in größeren und bis Ende 2028 in kleineren Städten und Gemeinden abgeschlossen sein muß.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 20. Februar 2024 (x1.361/...):
>>Klimawandel - Grüne wollen Fahrräder in Wäldern verbieten - Waldbesitzern drohen drastische Einschränkungen

Mit einer Neuerung des Bundeswaldgesetzes könnten die Grünen das Fahrradfahren in Wäldern kriminalisieren und auch das Wandern erschweren. Grundbesitzer müssen außerdem mit weitreichenden Einschränkungen bei der Waldbewirtschaftung rechnen - ein privates Gutachten entpuppt die Neuerungspläne als verfassungswidrig.

Wim Lukowsky

Mit einer Reformierung des Bundeswaldgesetzes könnte das Bundeslandwirtschaftsministerium unter Federführung von Cem Özdemir (Grüne) das Spazierengehen oder Fahrradfahren in Deutschlands Wäldern künftig einschränken, möglicherweise sogar kriminalisieren. Die Waldbewirtschaftung könnte stark reguliert werden - gegen den Klimawandel. Einige Forst- und Mountainbikeinitiativen fürchten daher zahlreiche Einschränkungen beim Umgang mit den eigenen Waldflächen oder der simplen Freizeitgestaltung in der Natur. Außerdem soll der Umgang mit dem Wald weiter bürokratisiert werden.

Nachdem Inhalte der zurückgehaltenen Novelle des Waldgesetzes Ende 2023 durchgestochen wurden, zeigten sich einige Landwirtschaftsverbände empört und fürchten einschneidende Änderungen des Betretungsrechts. "Das Reiten, Fahren mit Kutschen sowie das Fahren mit betriebserlaubnisfreien Fahrrädern ist nur auf Straßen und dafür geeigneten Wegen zulässig", heißt es in Paragraph 29. Damit wird das Fahrradfahren und auch das Reiten auf nicht befestigten oder inoffiziellen Wegen untersagt. Viele Reiter und Mountainbiker nutzen aber kleine Trampelpfade durch den Wald. Solche Erschließungen wären damit künftig illegal.

Das wird im Gesetzesentwurf anschließend konkretisiert: "Keine geeigneten Wege sind Feinerschließungslinien, wie Rückegassen, Zugänge zu forstlichen und jagdlichen Infrastrukturen,

Wildwechsel und Pirschpfade." Jeder Fahrradfahrer dürfte die Verlockung kennen, schmale und unberührte Wege durch den Wald zu befahren oder zu erschließen. Die Natur bleibt dabei meist unberührt, auch sogenannte Trails für das Befahren mit dem Mountainbike gehen meist nachhaltig mit dem umgebenden Wald um.

Bislang keine Verbote - auch Navigation soll eingeschränkt werden

Manche Mountainbiker betreiben tatsächlich illegalen Streckenbau. Hier hat sich aber gezeigt: Es braucht Gespräche mit den Grundbesitzern und Kommunen. Eine Bedrohung für die Umwelt sind das Mountainbiking und Reiten grundsätzlich aber nicht. Im 1975 verabschiedeten Bundeswaldgesetz gab es daher zwar eine Aufforderung, auf Wegen zu bleiben, jedoch wurden diese Wege nicht weiter definiert: "Das Radfahren, das Fahren mit Krankenfahrstühlen und das Reiten im Walde ist nur auf Straßen und Wegen gestattet." Gäbe es umweltschädliche Probleme mit der aktuellen Gesetzeslage, dann wären Waldbestände und das Tierwohl längst durch Radfahrer bedroht, immerhin befahren Menschen die Wälder schon seit mehreren Jahrzehnten mit dem Rad.

In Zeiten der Urbanisierung und ideologisierten Angst vor dem Klimawandel scheint die Reformierung des Gesetzes die Menschen aber eher aus den Wäldern verbannen zu wollen. Genau das könnte durch die Novelle des Bundeswaldgesetzes passieren, weil zusätzlich zu den Betretungsregelungen auch ein "Komoot-Paragraph" eingeführt werden könnte.

Unter Paragraph 33 wird festgehalten, daß digitale Aufzeichnungen, etwa in Google Maps oder der beliebten Navigations-Applikation Komoot, erst nach Rücksprache mit dem Waldbesitzer oder den zuständigen Behörden erlaubt sei. Dabei sind Wochenendwanderer oder Radreisende oftmals auf die Navigationen über kleine Abkürzungen und Wege angewiesen. Seltenst kommt es hier zur Beschädigung der Umwelt, im Gegenteil: Die Nutzer solcher Navigationsmöglichkeiten wie Komoot sind meist umweltbewußt, nehmen vorgefundenen Müll sogar mit, um ihn später zu entsorgen.

Eigenes Gutachten: Gesetzesentwurf ist verfassungswidrig

Neben dem Betretungsrecht soll auch der Umgang von Waldeigentümern mit dem Wald reformiert werden. Bei der Anpflanzung müßte auf "überwiegend heimische Baumarten" zurückgegriffen werden, außerdem sei eine nachhaltige Waldbewirtschaftung und eine "natürlichen Anpassung des Waldes an den Klimawandel" vonnöten. Weil es sich dabei nicht nur um eine massive Verschärfung des Waldgesetzes handelt, sondern auch nichtheimische Baumarten ausgeschlossen werden, die vielleicht aber eigentlich für deutsche Standorte sehr geeignet wären, haben die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände (AGDW) sowie die Familienbetriebe Land und Forst (FLF) ein privates Gutachten in Auftrag gegeben.

Das im Januar veröffentlichte Papier verurteilt die mögliche Gesetzesänderung und bezeichnet sie sogar als verfassungswidrig. Die Änderungen sehen eine Umkehrung der Nutzfunktion des Waldes, wie sie heute besteht, hin zu einem umfassenden Waldschutz im Namen der Klima- und Biodiversitätskrise vor.

Dieser Paradigmenwechsel soll durch das Waldgesetz derartig massiv umgesetzt werden, daß er gegen zentrale Grundrechte verstoße. Denn wer gegen die Maßnahme verstoße, muß hohe Geldstrafen oder sogar Freiheitsentzug befürchten, zum Beispiel wenn man gegen "die Stille des Waldes" verstößt, wie in Paragraph 4 festgehalten wird.

Das Gutachten bemängelt zudem die Fülle an neuen Paragraphen: Waren es 1975 noch 48, sollen es laut Entwurf 86 Paragraphen werden. Das könnte vor allem bei den zuständigen Behörden zu erhöhter Bürokratie führen. Außerdem wird in dem Gutachten kritisiert, daß die Gesetzesnovelle an keiner Stelle den Beweis erbringt, daß die aktuellen Statuten unzureichend wären.

Man müsse auch bedenken, daß die momentan vorherrschende föderalistische Ordnung umgangen werde, der Bund sich mit dem neuen Waldgesetz also weitreichende Eingriffsmächti-

gungen zusprechen könnte. Obwohl zahlreiche Verbände, Landwirte und Sportler den Gesetzesentwurf kritisch beäugen, möchte die Ampelregierung die Reformierung Anfang 2025 vollstrecken.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 24. Februar 2024:

>>**Wutwelle: Bauern gegen Grüne**

Von *Sven Eggers*

Erst Biberach, jetzt Bamberg: Wütende Bauern stoppen die Grünen. Traktoren werden zum Symbol des Widerstandes. ...

Grüne Politik treibt immer mehr bäuerliche Höfe in Deutschland in die Existenznot. Die Wut über Gängelungen und Regelwahn, Besteuerungen und Verteuerungen wächst und wächst. Unlängst verhinderten zornige Bauern mit ihren Traktoren die Aschermittwochs-Veranstaltung der Grünen in Biberach. Die hohe Politik gab sich entsetzt.

Sogar Innenministerin Nancy Faeser, die nie auf die Idee käme, sich von linksextremen Gewalttätern zu distanzieren, schaltete sich ein: "Wenn eine politische Veranstaltung wegen Ge-
pöbel und Gewalt abgesagt werden muß, dann ist eine rote Linie überschritten."

Bei handfesten Gewaltakten gegen AfD-Veranstaltungen war ihr eine solche Abgrenzung nie über die Lippen gekommen. Faesers Doppelmoral ist grenzenlos; ein Rätsel, wie sie den Blick in den morgendlichen Spiegel bewältigt!

Nun aber haben Bauern mit Traktoren abermals für Aufsehen gesorgt. Im fränkischen Hirschaid bei Bamberg demonstrierten sie gegen die Jahreshauptversammlung des Grünen-Kreisverbandes Bamberg-Land. Parteimitglieder hätten "extreme Angst" gehabt. Deswegen sei die Versammlung abgebrochen worden, jammerten Parteitags-Teilnehmer.

Die protestierenden Bauern sollen, oh Schreck, sogar gegen die Scheiben des Veranstaltungsraumes geklopft haben. Doch nicht einmal dies wollte die Polizei bestätigen, sondern sprach von einem friedlichen Protest, an dem sich etwa 300 Personen und 60 Traktoren beteiligt hatten.

Der Vorsitzende der Bamberger Grünen wirkte anschließend reichlich blaß um die Nase: "Als wir das Gemeindehaus verließen, sind wir unter Polizeischutz durch die Menge der Protestierenden, die uns mit Beleidigungen angeschrien haben."

Nach seiner Einschätzung sei die Polizei mit zu wenigen Einsatzkräften vor Ort gewesen, weshalb er mehrere Notrufe abgesetzt hätte.

Katharina Schulze, Grünen-Fraktionschefin im bayerischen Landtag und sonst immer gerne ganz vorne dabei, wenn es gilt, zu Protesten gegen AfD-Versammlungen aufzustacheln, sieht nun die Demokratie in Gefahr: Meinungs- und Versammlungsfreiheit gehörten zum Kern der Demokratie, "aber so eine Störaktion wie in Hirschaid ist absolut inakzeptabel". Mitglieder einen "eingeschüchtert" worden. "Das ist ein weiteres Warnsignal für alle Menschen in unserem Land. Es ist wichtig, daß dieser Vorfall nun von höchster Stelle aufgearbeitet wird", so Schulze.

Das Gejammer ist groß, doch die Bauernproteste gehen weiter. Unser Heft dazu: "Bauern, Bonzen und Blockaden".<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtete am 29. Februar 2024 (x1.365/...):

>>**Die respektloseste Debatte des Jahres: Jetzt wollen sie Opa aus dem Haus werfen, weil er Wohnraum blockiert ...**

Viel zu viel Platz, Opa muß raus.

Birgit Kelle

Noch vor vier Wochen war Remigration das Unwort der Nation, jetzt ist die Umsiedlung größerer deutscher Bevölkerungsteile selbst bei der Süddeutschen Zeitung plötzlich salonfähig.

Nur, daß man bei den Kollegen in München nicht eingewanderte Straftäter ins Ausland, sondern Oma und Opa aus ihrem Eigenheim vertreiben will, das sie vorher mit versteuertem Einkommen abbezahlt haben. Es sei höchste Zeit für ein paar Umzüge, heißt es bei der SZ und

hält Statistiken bereit, wonach skandalöser Weise ältere Menschen oft alleine auf zu vielen Quadratmetern, mit zu vielen Zimmern - oder gar in einem Einfamilienhaus leben. Das wiederum ist asozial gegenüber jungen Familien, die diesen Wohnraum viel dringender brauchen und außerdem schädlich für das Klima, wenn das alles auch noch beheizt wird.

Ja genau, was beanspruchen diese alten Leute auch so viel Platz für sich allein, wo doch so viele junge Menschen auf Wohnungssuche sind, in engen Verhältnissen hausen und diese schönen Eigenheime doch viel dringender brauchen als so eine alte Witwe mit ihrem Rollator? Ganz zu schweigen davon, mit wie vielen Ehefrauen und Kindern der arme Geflüchtete Mohammed untergebracht werden könnte, würden diese störrischen Alten endlich einsehen, daß es asozial ist, in ihrem Häuschen zu bleiben, anstatt in ein praktisches Zwei-Raum-Altenheim-Silo umzuziehen.

Nun ist der Slogan "Wir haben Platz" zwar ein geflügeltes Wort jeder Antirassismus-Demo, um jeden Weltbürger zum dauerhaften Wohnsitz nach Deutschland einzuladen. So viel Platz scheint dann allerdings doch nicht da zu sein, jedenfalls nicht im Warmen, wenn der Wohnraum nicht einmal für jene reicht, die frei nach Angela Merkel "schon länger da sind". Es muß also Platz geschaffen werden und als Erstes sollen Oma und Opa aus dem Weg geräumt werden.

Das Rentner-Bashing hat Tradition

Nun hat das Rentner-Bashing im medial linksorientierten und umweltbewegten Teil der Medienlandschaft inzwischen eine lange Tradition. Bereits im Jahr 2020 erfreute der WDR-Kinderchor auf Kosten der Zwangsgebührenzahler das alternde Publikum von ARD und ZDF mit dem adretten eingesungenen Lied "Oma ist 'ne alte Umweltsau", bei dem Oma im Liedtext nicht nur im Hühnerstall Motorrad fuhr, sondern auch als Umweltsau zehnmal im Jahr auf Kreuzfahrt ging, Discounterbilligfleisch verzehrte und mit ihrem SUV die armen Opas samt Rollatoren überfuhr. Ha ha, lustig.

Der alte weiße Mann hat ja bekanntlich sowieso Schuld am Klimawandel und der Ressourcenverschwendung der Erde, jetzt ist aber auch seine Frau mit am Pranger, wenn sie als Witwe ihr Eigenheim beheizt, wo doch drei Kubikmeter warme Atemluft auch reichen würden, um sie am Leben zu erhalten.

So respektlos und dreist, wie man bei der Süddeutschen Zeitung die junge Generation auf die Alten hetzt, habe ich es aber noch nie medial formuliert gefunden, gleichzeitig scheint das Thema "die Alten verbrauchen zu viele Ressourcen und auch zu viel Wohnraum" in der watebauschgeputerten Klimaretter-Generation Z ein echter Dauerbrenner.

Bereits vor einer ganzen Weile berichteten mir Bekannte von der Ansprache ihrer eigenen Kinder, die nach Rückkehr von einem entsprechend progressiven Seminar in der Hauptstadt den eigenen Eltern wortreich erklärten, warum es moralisch nicht mehr lange vertretbar sei, daß sie in dem hübschen Architektenhaus, in dem sie ihre Kinder großzogen, noch lange wohnen bleiben, schließlich sei das aus Klimagründen eine unglaubliche Verschwendung von Energiekosten und eine unfaire Beanspruchung von Wohnraum.

Merke: Das Elternhaus ist klasse, solange man selbst dort mit eigenem Zimmer, Garten und Pool groß werden darf. Man läßt sich auch von Oma und Opa zu allen Feiertagen gerne ein paar Scheine zustecken, den Führerschein finanzieren oder gleich das Studium, um dann dieselben Menschen, die mit harter Arbeit, vernünftigem Wirtschaften und Verantwortungsbewußtsein für ihre Nachkommen ein abbezahltes Eigenheim als Alterssicherung geschaffen haben, mit moralisch erhobenem Zeigefinger als Umweltsünder und Sozialschmarotzer aus genau diesem Haus zu vertreiben.

Der renitente Alte ist der neue soziale Gefährder

Die Redakteure der Süddeutschen schlagen nun genau in dieselbe Kerbe und machen auch gleich das ganz große Faß auf. Wir lesen, daß Rentner so viel Wohnraum für sich beanspru-

chen, sei eine gesamtgesellschaftliche Katastrophe und werfe außerdem die ethisch-moralische Frage auf:

"Darf eine Bevölkerungsgruppe so leben, wie sie will, auch wenn sie damit einer anderen schadet?" Aber auch, was der Staat tun dürfe, um dieses Ungleichverhältnis zu ändern? Der Rentner als Sozialschädling, gegen den der Staat doch vorgehen muß.

Wo kommen wir denn da hin, wenn alle leben, wie sie wollen oder gar, wo sie wollen? Wieso haben die überhaupt Immobilienbesitz und teilen das nicht sozial auf? Wieso verzichten die Rentner nicht? Wenig überraschend kommt man dann zum Ergebnis, ich zitiere nochmal: "Da schadet eine Bevölkerungsgruppe der anderen ganz massiv. In ihrer Entfaltung, in ihrer Entwicklung, im Zusammenleben.

Die radikal einfache Lösung: Opa muß umziehen." Dazu hat man sich bei der Süddeutschen auch ein paar Anreize ausgedacht, wie man den Widerstand renitenter Alter brechen kann, indem man etwa eine "Alleinwohnsteuer" einführt für jene, die es wagen auf zu vielen Quadratmetern alleine zu wohnen, anstatt sich nur in ihrem staatlich genehmigten Planquadrat zu bewegen.

Nun bin ich ja nur Laie in Sachen nationaler Wohnraumplanung. Aber wäre es nicht ein ganz revolutionärer Gedanke, angesichts von Wohnungsnot einfach Wohnungen und Häuser zu bauen, anstatt Menschen aus großen Wohnungen in (nicht existente) kleine Wohnungen zu vertreiben und sie als Zugabe auch noch für die Schaffung von Immobilieneigentum zu beleidigen?

Stattdessen wird der Rentner, der an seinem wohlverdienten Lebensabend einfach nur friedlich in seinem selbstgebauten, selbst bezahlten Haus leben und nicht umziehen will, zum Sozialschädling erklärt. Auch so kann man Menschen stigmatisieren und enteignen, indem man sie zu gesellschaftlichen Gefährdern macht, wenn sie ihre einzige Alterssicherung und ihre selbst geschaffene Lebensleistung auch wirklich nutzen.

Dieselbe Generation, der man gerade ihr Eigenheim vorwirft, wird zudem von der Generation ihrer Enkelkinder permanent dafür beschimpft, daß sie vorhat, ihnen ein Vermögen oder das Haus zu vererben, weil in ihrer Denkschule auch das Weiterreichen von Familienvermögen ein asozialer Vorteil ist, der nur die Schere zwischen Arm und Reich vergrößere.

Was man im intellektuell niederschweligen Teil mancher Redaktionen und Seminare offenbar noch nicht verstanden hat ist, daß eine Gesellschaft, in der es sich nicht mehr lohnt, Immobilien und sonstige Vermögenswerte anzustreben, weil man im Alter sowieso durch Steuern dafür abgestraft oder alternativ zum Umzug in eine Altersabstellkammer genötigt wird, nicht etwa zu mehr Gerechtigkeit zwischen der jungen und alten Generation führt, sondern dazu, daß niemand mehr in Immobilien als Alterssicherung investiert und die Wohnungsnot in ein paar Jahrzehnten noch größer wäre.

Schöner sterben

Jetzt fehlt nur noch der Artikel, in dem schon mal moralisch unterfüttert die Frage gestellt wird, ob es nicht überhaupt asozial ist, als alter, nutzloser Mensch den Jungen, der Solidargemeinschaft und den Krankenkassen immer noch auf der Tasche zu liegen, anstatt direkt in einen Sarg umzuziehen. Die Berechnungen der Krankenkassen liegen doch längst vor, daß ein Mensch im letzten Drittel seines Lebens mehr kostet, als sein gesamtes Leben zuvor und angesichts der fehlenden Pflegeplätze und Krankenhausbetten ist eine Triage zugunsten von jungen produktiven Menschen doch nun wirklich einen Gedanken wert, oder nicht?

Bestimmt kann irgendein Ökoinstitut noch die CO₂-Menge ausrechnen, die so ein alter Mensch pro Jahr ausstößt, vor allem wenn er dazu noch SUV fährt, Fleisch ißt und auf Kreuzfahrtschiffen flaniert. Unverantwortlich, diese alten Umweltsäue.

Es fehlt also nur noch eine auf Ideologie getrimmte Legalisierung der Sterbehilfe, damit das sozialverträgliche Frühableben auch umgesetzt werden kann, wenn man die einsamen alten

Witwen überzeugt hat, daß es doch auch für sie kein Leben mehr ist, so allein in einem trostlosen Zimmer der Altenpflegeanlage. Nennen wir es einfach ein Schöner-Sterben-Gesetz, das klingt ja auch besser als "Die Oma muß weg."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 29. Februar 2024 (x1.362/...): >>**Deutschland: Industrie fährt Produktion herunter**

Rot-Grüne Politik und die Folgen: Die deutsche Industrie hat zum Jahresende einen deutlichen Produktionsrückgang verzeichnet. Besonders betroffen: Chemiebranche. Jüngstes Opfer: Thyssen-Krupp plant Verkleinerung der Stahlsparte, 5.000 Jobs weg.

Die deutschen Unternehmen haben ihre Produktion im Dezember überraschend stark heruntergefahren. Industrie, Bau und Energieversorger stellten zusammen 1,6 Prozent weniger her als im Vormonat, wie das Statistische Bundesamt mitteilte.

Das ist nicht nur der vierte Rückgang in Folge, sondern zugleich der stärkste seit März 2023. Besonders die Chemiebranche drosselte ihre Produktion herunter: Hier gab es ein kräftiges Minus von 7,6 Prozent. Damit sank die Produktion in der chemischen Industrie 2023 insgesamt auf den niedrigsten Wert seit 1995.

Die energieintensiven Industriezweige, zu denen neben der Chemie unter anderem die Bereiche Glas, Glaswaren und Keramik sowie Metallherzeugung und -bearbeitung gehören, stellten im Dezember 5,8 Prozent weniger her als im Vormonat.

Thyssen-Krupp plant Verkleinerung der Stahlsparte – 5.000 Jobs weg

Der Industriekonzern Thyssen-Krupp bereitet drastische Veränderungen für seine Stahltochter vor. Der Vorstand von Thyssen-Krupp Steel arbeitet an einem Konzept für die künftige Aufstellung der Einheit mit 27.000 Beschäftigten.

Es soll Mitte April vorgelegt werden. Der Plan sieht eine Schließung von mindestens einem Hochofen und zwei Walzwerken am Standort in Duisburg vor, wie das Handelsblatt aus Unternehmenskreisen erfahren hat.

Die Planungen beinhalten derzeit einen Rückbau auf etwa acht bis neun Millionen Tonnen Produktionskapazität, berichteten mehrere mit dem Thema vertraute Personen. Firmenintern läuft das Programm unter dem Namen "Stream".

Mit den Einschnitten könnten nach diesen Plänen mindestens 5.000 Arbeitsplätze überflüssig werden, hieß es von Insidern. Der Konzern wollte sich auf Anfrage nicht zu dem Vorgang äußern.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 6. März 2024 (x1.361/...): >>**Grüner Beutezug - das System Deutsche Umwelthilfe**

3 Millionen Euro durch Abmahnungen, 1,5 Millionen Euro von dubiosen Geldgebern: Die Deutsche Umwelthilfe hat das Abkassieren im Namen des Klimas zum Geschäftsmodell gemacht. Ein Ende des Geldsegens ist nicht in Sicht.

Jonas Aston

Anderthalb Millionen Euro: Die Herkunft von Spenden in dieser Höhe verschweigt die Deutsche Umwelthilfe (DUH). Auf Apollo-News-Anfrage möchte der Verein nicht ausschließen, daß diese Zuwendungen von Unternehmen kommen, die von der Arbeit der (rechtlich gemeinnützigen) Umwelthilfe direkt wirtschaftlich profitieren. "Ob irgend jemand Sonstiges von unserer Arbeit profitiert oder nicht, können wir nicht beurteilen", so die Deutsche Umwelthilfe. Auf Anfrage erklärte man lediglich, daß die Gelder weder von Unternehmen aus der Energie- noch aus der Automobilbranche stammten. "Es profitieren Natur, Umwelt und Verbraucher" von der Arbeit der Umwelthilfe heißt es abstrakt.

Warum die Deutsche Umwelthilfe Spendengelder in Millionenhöhe nicht angibt, bleibt dubios. Gegenüber Table Media räumte man ein damit gegen gesetzliche Verpflichtungen verstoßen zu haben. Ausgewiesen wird von der DUH lediglich, ob es sich bei dem Spender um eine juristische oder natürliche Person bzw. Institution handelt. Gegenüber Table Media erklärte

die DUH man sei "nicht dazu berechtigt", die Herkunft der Spendengelder offenzulegen, da die Geber anonym bleiben wollten.

Schon seit 1975 existiert die Deutsche Umwelthilfe. Wirklich relevant wurde sie aber erst in den 2000er Jahren. Der Aufstieg der Organisation ist eng mit dem Wirken der Grünen verknüpft. 2004 wurde der Verein auf Betreiben des damaligen Bundesumweltministers Jürgen Trittin als gemeinnützig anerkannt. Seitdem kann sie steuerbegünstigt Spenden kassieren und ist zudem klageberechtigt.

Die Organisation finanziert sich zu einem großen Teil über Spendengelder. Im Jahr 2021 erhielt die Deutsche Umwelthilfe Spenden und Schenkungen in Höhe von rund fünf Millionen Euro. Ein anderer wesentlicher Teil ihrer Einnahmen stammt aus Abmahnwellen, mit denen vor allem mittelständische Autohäuser überzogen werden. 5 der rund 100 Vereinsmitarbeiter sind einzig und allein dafür zuständig das Internet nach abmahnbaren Unternehmen zu durchforsten. Für die Organisation ist dieses Vorgehen äußerst lukrativ. Im Jahresbericht 2023 der Deutschen Umwelthilfe wurde vermerkt, daß im Jahr 2022 genau 3.123.317 Euro durch die "Ökologische Marktüberwachung" eingenommen wurden.

Die Umwelthilfe produziert Skandale am laufenden Band

Das Finanzgebaren des Vereins sorgt bereits seit Jahren für Fassungslosigkeit. So unterstützte etwa Toyota die Deutsche Umwelthilfe von 1998 bis 2019. Brisant hieran ist, daß die Deutsche Umwelthilfe eine massive Klagewelle gegen die Hersteller von Diesel-Fahrzeugen losgetreten hatte, da deren Fahrzeuge Grenzwerte überschritten haben sollen. Diesel-betriebene Wagen werden jedoch insbesondere von deutschen Automobilkonzernen hergestellt. Toyota produziert hingegen ganz überwiegend Benziner. Im Gegensatz zur deutschen Konkurrenz wurden sie kaum durch die Klagen der DUH beeinträchtigt.

Erst vor rund einem Monat wurde bekannt, daß die Deutsche Umwelthilfe für eine Millionen-summe mit der Gas-Lobby zusammenarbeiten wollte. Im Jahr 2016 bot man eine auf drei Jahre angelegte Kampagne für fossiles Gas als Brennstoff in Autos an. Erdgas Info gehörte zu dem Verein Erdgas Mobil, der sich inzwischen in Zukunft Gas umbenannt. Der Verein bezeichnet sich selbst als die "Stimme der Gas- und Wasserstoffwirtschaft". Der Verband wird insgesamt von rund 130 Unternehmen der Branche getragen.

Nach Dokumenten, die Table Media vorliegen, sollte die Kampagne "Saubere Luft durch saubere Antriebe" genannt werden. 2,1 Millionen Euro wollte die Deutsche Umwelthilfe hiermit einstreichen. Der Lobbyverband Erdgas Info lehnte das Angebot schlußendlich jedoch ab.

Dem Angebot der Umweltschutzorganisation sollen persönliche Verhandlungen vorausgegangen sein. Auf Seiten der DUH wurden diese von Geschäftsführer Jürgen Resch geführt. Resch ist - ebenso wie DUH-Co-Geschäftsführer Sascha Müller-Kenner - Grünen-Mitglied. Nach Recherchen des Spiegels von 2007 ist Resch zudem Inhaber der schwarzen Lufthansa Vielflieger-Karte, welche nur an Personen ausgegeben wird, die besonders viele Flugmeilen zurücklegen. Gerade einmal 3000 Personen sollen über diese Karte verfügen.

DUH-Vorsitzender wirft Automobilindustrie "tausendfachen Totschlag" vor

Das hindert Resch aber nicht daran, heftig gegen die Automobilindustrie zu wettern. Die Luftverschmutzung durch Stickoxide bezeichnete er als "tausendfachen Totschlag". Zudem wirft er der Automobilbranche vor, eine "kriminell agierende Industrie" zu sein, "die seit Jahren nicht belangt wird".

Bezüglich der Luftgrenzwerte hat Resch erst kürzlich wieder nachgelegt. Ab dem Jahr 2030 sind neue Grenzwerte für spezifische Luftschadstoffe geplant. Hierauf haben sich kürzlich der Rat der Europäischen Union, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission geeinigt. Da die EU von den Vorschlägen der WHO abwich und die Luftgrenzwerte weniger stark verschärft werden sollen, kritisierte Resch das Gesetzesvorhaben scharf.

Demnach sei "die Gesundheit der EU-Bürgerinnen und -Bürger bei den Verhandlungen dem

Diktat der Industrieinteressen zum Opfer gefallen". Außerdem nehme die Bundesregierung mit dieser Einigung "hunderttausende vorzeitige Todesfälle in Kauf". Doch auch schon die bis 2030 vorgeschriebenen Grenzwerte werden aktuell an den meisten Meßstationen deutlich überschritten. Ab 2030 könnte also wieder eine massive Klagewelle durch die DUH und die Ausrufung von Fahrverboten auf bestimmten Strecken anstehen.

2018 wurde etwa aus Reihen der CDU gefordert, der Deutschen Umwelthilfe die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Passiert ist jedoch bis heute nichts. Für die Organisation hätte der Entzug einschneidende Folgen. Zum einen könnten Spenden an die DUH nicht mehr steuerlich abgesetzt werden. Zum anderen würde man die Klagefähigkeit verlieren. Auch auf diese Weise würden hohe Einnahmen wegfallen. Doch passiert ist seitdem nichts. Im Gegenteil: Die Ampel arbeitet fleißig an der weiteren Privilegierung der DUH.

Ampel lockert Transparenzvorschriften für Umweltverbände

2022 trat ein bundesweites Lobbyregister in Kraft. Seitdem sind Organisationen und Verbände - unter gewissen Bedingungen - verpflichtet auszuweisen, aus welcher Herkunft sie Spendengelder erhielten. Über Jahre kämpften allen voran die SPD und die Grünen für die Einführung dieses Lobbyregisters. Noch in der Großen Koalition wurde dieses dann nach einem Aktien-Skandal um Phillip Amthor (CDU) auf den Weg gebracht. Die Ampel hat inzwischen eine Reform des entsprechenden Gesetzes auf den Weg gebracht.

In der Reform sind viele Verschärfungen enthalten. Beispielsweise wird nun verlangt, daß offengelegt wird, ob ein Lobbyist maßgeblich an der Formulierung eines Gesetzes beteiligt war. Des Weiteren wird die Möglichkeit, Finanzangaben zu verweigern, abgeschafft. Allerdings gibt es Ausnahmen: Kirchen und Gewerkschaften sind auch weiterhin nicht verpflichtet, sich im Lobbyregister einzutragen. Hierfür soll sich insbesondere das Kanzleramt und das SPD-geführte Innenministerium eingesetzt haben.

Außerdem dürften ausgerechnet Organisationen und Verbände die beiden Parteien inhaltlich nahe stehen, von den Transparenzregelungen künftig großzügig ausgenommen werden. So sollen Großspenden erst dann angegeben werden müssen, wenn die Zuwendung 10.000 Euro und zehn Prozent der gesamten Spendenaufkommens in einem Jahr übersteigt. Profitieren dürften hiervon insbesondere Umweltorganisationen wie Greenpeace oder auch die Deutsche Umwelthilfe.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 9. März 2024: >>>**Polit-Sensation in Brüssel: Das Verbrenner-Verbot der EU steht vor dem Aus - Riesen-Blamage für von der Leyen!**

Die schon jetzt beste Nachricht des Jahres wird von den Mainstream-Medien noch weitgehend totgeschwiegen: Das von der EU beschlossene Verbrenner-Verbot ab dem Jahr 2035 steht vor dem Aus! Zugleich stehen von der Leyen & Co., "Grüne" und die von der E-Auto-Lobby getriebenen Autobosse vor einem einzigen Trümmerhaufen ihres Elektro-Wahns, nachdem Hunderttausende Arbeitsplätze gefährdet und zum Teil schon vernichtet wurden!

Paukenschlag in Brüssel: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) muß das von ihr vehement betriebene Verbrenner-Verbot wohl rückgängig machen! Der Grund: E-Autos haben laut einer neuen EU-Studie eine deutlich schlechtere CO2-Bilanz als Benziner und Diesel. Das hat massive Folgen für BMW, Mercedes, VW und Co. und die einseitig auf Elektromobilität fixierte Antriebsstrategie der Konzerne.

Für das Verbrenner-Verbot zeichnet sich schon jetzt ab, daß es sang- und klanglos beerdigt werden dürfte. Darauf deutet, wie in die österreichische "Kronen-Zeitung" berichtet, eine Gesetzesinitiative der Europäischen Kommission selbst hin. Dabei handelt es sich um einen Vorschlag zur einheitlichen Erfassung von Treibhausgasemissionen. Der haben die Ausschüsse für Umwelt sowie für Transport des Europäischen Parlaments bereits zugestimmt. Jetzt geht die Initiative ins Plenum.

CO2-Schleuder E-Auto

Mit dem Vorschlag würden bei der Treibhausgasbilanz von E-Autos auch die zu deren Herstellung erzeugten Emissionen berücksichtigt werden müssen - also zum Beispiel wieviel Kohlestrom bei der energie-intensiven Produktion von Stromern verbraucht wird. Und da sieht es unter Strich schmutzig aus, sehr schmutzig sogar: von wegen null Gramm CO2!

Die "Kronen-Zeitung" veröffentlichte dazu ein Referenzdatenblatt, demzufolge E-Autos bei der Gesamtbetrachtung ihrer Emissionswerte signifikant schlechter abschneiden als Benziner und Diesel.

"Technologieoffenheit" lautet jetzt die Devise

Offenbar hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) bereits den Rückzug angetreten - auch wenn die Aufhebung des Verbrenner-Verbots offiziell noch nicht bestätigt wird. Die Kommission nennt jetzt "Technologieoffenheit" als neues Ziel. "So soll sichergestellt werden, daß es Offenheit für Technologien und Wahlmöglichkeiten gibt", zitiert die "Kronen-Zeitung" aus den EU-Papieren. In der Übersetzung bedeutet das nicht mehr und nicht weniger als den de facto Ausstieg aus dem Verbrenner-Ausstieg!

Dämpfer auch für Wasserstoff

FAZIT: Die Front für das Verbrenner-Aus ab 2035 bröckelt heftigst - in der EU werden die Zweifel lauter, ob der Elektroantrieb wirklich die einzige "klimafreundliche" Lösung ist. Und: Auch der Hype um das Wasserstoff-Auto stellt sich unter ökologischen Gesichtspunkten als großer Schwindel heraus. Polit-Blogger Alexander Raue faßt alle Einzelheiten dieser sensationellen Polit-Wende zusammen - von wegen der Verbrenner ist tot, lang lebe der Verbrenner!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 12. März 2024: >>**Nächster Rohrkrepierer: Unterirdisch CO2 speichern**

Von *Hilde*

Wirtschafts- und Umweltminister Robert Habeck (Grüne) will das Kohlenstoffdioxidspeicherungsgesetz dahingehend ändern, daß eine CO2-Speicherung im Meeresgrund der deutschen Nordseeküste möglich ist. Keine gute Idee. ...

Bis jetzt ist die CO2-Speicherung verboten und nur in geringem Umfang zu Forschungszwecken erlaubt. Die porösen Sandsteinformationen der Nordsee würden sich dafür anbieten. Meereschutzgebiete sollen ausgenommen sein. Die Speicherung an Land soll weiterhin verboten bleiben.

Industriell hergestelltes CO2, das aus der Zementindustrie oder aus der Müllverbrennung stammt, soll in einem Carbon-Management Verfahren (CCS= Carbon Capture and Storage) aufgefangen, transportiert und dann unterirdisch verpreßt werden in einer Tiefe von 800 bis 1.000 Metern.

Auch wenn die Norweger das Verfahren schon einige Zeit anwenden, denn sie lagern im Sleipnerfeld in der Nordsee jährlich 1 Million Tonnen CO2 ein, bildet sich bereits Widerstand im eigenen Lager.

Neben zustimmenden Kommentaren von Ottmar Edenhofer (Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung), der Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger und des Branchenverbandes Zukunft Gas, die einen schnellen Ausbau des Verfahrens fordern, gab es Kritik von Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner der Deutschen Umwelthilfe (DUH) der das Vorhaben als überflüssig und teuer bezeichnete.

Greenpeace-Energieexperte Karsten Smid sagte, Habecks Pläne seien teuer, nicht nachhaltig undbürdeten künftigen Generationen weitere Ewigkeitslasten auf. Befürchtet werde, daß das Treibhausgas aus den Lagerstätten entweichen und den Organismen im Meer schaden könnte, so daß Todeszonen entstehen könnten.

Das Umweltamt moniert den großen Energieaufwand

Was stimmt nun? Das Verfahren ist umstritten, da nicht ausreichend geprüft wurde, ob und unter welchen Umständen das Gas aus dem Meeresboden entweichen könnte. Dann würden auf einmal große Mengen CO₂ ins Wasser und in die Atmosphäre gelangen mit negativen Folgen für alle Lebewesen.

Zudem ist das Verfahren aufwendig und teuer, denn es muß ein umfangreiches Netz von Gas-Pipelines kreuz und quer durchs Land gebaut werden, das könnte schätzungsweise 10 Jahre dauern. Die Kosten werden sich dann voraussichtlich im dreistelligen Euro-Milliardenbereich bewegen.

Bis dahin muß das Gas in großen Kesselwagen zur Küste transportiert werden. Habeck will die Pipelines privatisieren. Es dürfte klar sein, daß der Clan der Habeckschen Ökomillionäre daß in dieses Geschäft einsteigen wird und neue Abhängigkeiten geschaffen werden.

Die einfachste Lösung mit dem derzeit geringsten Aufwand wäre aber der Bezug des russischen Erdgases, denn Gazprom hatte zugesagt, das CO₂ katalytisch vor der Lieferung als festes Kohlenstoffpulver abscheiden zu wollen, daß dann entweder gelagert oder weiterverarbeitet werden kann.

Ein besseres Gas als das russische gibt es nicht, da ökologisch sauber, trotzdem wurde es von den Grünen diffamiert und aus politischen Gründen mit dem roten Stopp-Label versehen. Das gehört aber auf das US-Fracking-Gas geklebt.

Es ist unverantwortlich, Deutschland von dieser guten und sauberen Energiequelle abzuschneiden. Eine Reparatur von Nordstream 1 und 2 würde sich lohnen, der Plan Habecks nicht, der kostet nur viel Geld.

Das ökologisch einwandfreie Russengas sollte Deutschland nicht mehr erhalten. Dafür sorgte die USA. In COMPACT Edition "Seymour Hersh: Der Nordsee-Krimi" deckt Investigativ-Legende Seymour Hersh die Hintergründe der Pipeline-Sprengung auf.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28447" berichtete am 12. März 2024 (x1.359/...): >>>Klimapolitik - der Todesstoß für die Landwirtschaft

- ein Kommentar von Ernst Wolff

Auf der UN-Klimakonferenz wurden die Weichen gestellt, auch die Emissionen aus dem Agrarsektor in die Klimaziele einzubinden. Kurz darauf forderte die WHO die Regierungen auf, gegen die Landwirtschaft vorzugehen. Gerade die Tierhaltung sei klimaschädlich, weshalb man den Verzehr von Fleisch und Milchprodukten stark einschränken müsse! Der Finanzexperte Ernst Wolff erklärt, welche Interessen tatsächlich dahinterstehen.

Auf der 28. UN-Klimakonferenz vom 30. November bis 13. Dezember 2023 in Dubai wurden erstmalig die Weichen dafür gestellt, den Lebensmittelsektor und die Landwirtschaft beim Klimaschutz stärker zu berücksichtigen. Mehr als 130 Staaten unterzeichneten dabei eine Erklärung, wonach jetzt auch die Emissionen aus dem Agrarsektor in die Klimaziele eingebunden werden sollen. Dies betrifft vor allem die landwirtschaftliche Tierhaltung.

Ende 2023 forderte dann die WHO die weltweiten Regierungen dazu auf, gegen die Landwirtschaft und die Lebensmittelproduktion vorzugehen! Laut dem Generaldirektor der WHO, Dr. Tedros, schädige unser Nahrungsmittelsystem die Gesundheit der Menschen und des Planeten und trage zu 30 % der Treibhausgase bei. Deshalb sei ein Umbau unerlässlich. Da vor allem die Tierhaltung als besonders klimaschädlich eingestuft wird, forderte Tedros die Regierungschefs der Welt auf, in ihren Staaten den Verzehr von Fleisch und Milchprodukten stark einzuschränken! Stattdessen soll die Ernährung auf pflanzliche Produkte und im Labor angebaute "Mahlzeiten" wie Laborfleisch und insektenbasierte Lebensmittel umgestellt werden.

Das Ganze wird vorangetrieben, obwohl bekannt ist, daß u.a. der US-Wissenschaftler Dr. Frank Mitloehner, Professor und Luftqualitätsexperte an der Universität von Kalifornien, sowie wissenschaftliche Untersuchungen der Universität Oxford belegt haben, daß Methan aus

der Viehhaltung in einem immerwährenden Kreislauf bleibt.

Dem Argument, daß die Tierhaltung zur Bekämpfung des Klimawandels abgebaut werden müsse, ist damit jegliche Grundlage entzogen. Es wird ebenfalls ignoriert, daß sich in der sogenannten "Dubliner Erklärung" im Jahr 2022 650 Wissenschaftler aus aller Welt auf Basis von 1.000 wissenschaftlichen Arbeiten eindeutig zur Nutztierhaltung positioniert haben. Sie kamen zu dem Ergebnis, daß die Nutztierhaltung eine wesentliche Rolle in einem nachhaltigen Ernährungssystem hat. Sie sei viel zu wertvoll für die Gesellschaft, als daß sie das Opfer von Fanatismus werden dürfe.

Doch diese äußerst gewichtigen Stimmen werden offensichtlich nicht gehört, geschweige denn bei diesen derart folgenschweren Weichenstellungen berücksichtigt. Die Tierhaltung stellt die Haupteinkommensquelle vieler Landwirte dar. Demnach verbirgt sich hinter der geplanten Ernährungsumstellung langfristig nichts anderes als die Zerstörung der Landwirtschaft, wie wir sie heute kennen.

Ernst Wolff, der bekannte Finanz- und Wirtschaftsexperte enthüllt in der nachfolgenden Sendung, daß genau dies der Plan ist. Bei seinen Ausführungen wird deutlich, daß dahinter wieder das große Geld steckt, das jetzt mittels UNO, der WHO und den ihr gefügigen Regierungen zum Angriff auf die Landwirtschaft übergeht.

Dabei geht es nicht um die Rettung des Planeten oder der Umwelt. Es geht auch nicht nur um gigantische Profite für einige Superreiche, es geht um viel mehr! Henry Kissinger faßte die Strategie des Globalstrategen David Rockefeller folgendermaßen zusammen: "Wenn man das Öl kontrolliert, kontrolliert man ganze Nationen; wenn man die Nahrung kontrolliert, kontrolliert man die Menschen; wenn man das Geld kontrolliert, kontrolliert man die ganze Welt."

Werden Lebensmittel immer mehr in Fabriken erzeugt und nicht mehr von den Landwirten, so rückt dieses zweite Ziel Rockefellers für die Globalstrategen in greifbare Nähe. Es geht um die Kontrolle über uns alle durch Nahrungsmittel und dies nicht nur auf Kosten von Hunderttausenden von Landwirten, denen die Lebensgrundlage entzogen wird. Es geht um unsere Zukunft!

(Geplant: Das Ende der Landwirtschaft | Ernst Wolff Aktuell [youtube.com/watch?v=_zxXdSRF8Mk](https://www.youtube.com/watch?v=_zxXdSRF8Mk)) (Ernst Wolff:)

Hallo - Ernst Wolff hier. Wir erleben zurzeit einen weltweiten Umbruch von historischem Ausmaß im Finanzsystem, in der Arbeitswelt und in der Landwirtschaft. Im Finanzsystem arbeiten aktuell mehr als 130 Zentralbanken an der Einführung von digitalem Zentralbankgeld. Wir alle sollen in absehbarer Zeit nur noch ein einziges Konto haben, und zwar bei der Zentralbank. In der Arbeitswelt stehen wir aufgrund der Entwicklung der Künstlichen Intelligenz vor einer möglicherweise noch größeren Veränderung. Algorithmen und Arbeitsroboter, KI-gesteuerte Drohnen und 3D-Drucker werden branchenübergreifend unzählige Arbeiten übernehmen, die bisher von Menschen erledigt wurden.

Am dramatischsten aber sind die Auswirkungen auf die Landwirtschaft. Hier eröffnen sich aufgrund des technologischen Fortschritts Möglichkeiten, die es bis vor kurzem nur in Science-Fiction-Romanen gegeben hat. Vor allem zwei Trends stehen dabei im Mittelpunkt: Vertical Farming und Laborfleisch. Beim Vertical Farming werden Pflanzen nicht mehr im Freien gezogen, sondern in geschlossenen Hallen oder Containern. Sie werden dort in Regalen gestapelt und unter Kunstlicht bestrahlt. Luftfeuchtigkeit, Wärme und Belüftung werden von Computern gesteuert.

Die Wurzeln der Pflanzen wachsen auf Schaumstoffplatten in Behältern oder Rohren, durch die mit Nährstoffen angereichertes Wasser fließt. Das Ganze findet unter absolut sterilen Bedingungen statt. Die Pflanzen kommen weder mit Sonne noch mit Erde, Regen oder Wind und auch nicht mit Insekten, Keimen oder Bakterien in Kontakt. Selbst der Tageslichtrhythmus wird zur Optimierung der Ernte künstlich gesteuert.

Der zweite Trend betrifft künstliches, durch Zellkulturen im Labor erzeugtes Fleisch. Der Öffentlichkeit bekannt wurde dieses Fleisch im August 2013, als an der Universität Maastricht der erste zellkultivierte Hamburger vorgestellt wurde. Dessen Herstellung kostete damals noch mehr als 250.000 Euro. Mittlerweile liegen die Herstellungskosten bei etwa 10 Dollar pro Hamburger, bei fallender Tendenz. Das heißt, Laborfleisch wird in Kürze auf dem Markt mit richtigem Fleisch konkurrieren und es in absehbarer Zeit preislich sogar unterbieten können.

Sowohl die künstliche Aufzucht von Pflanzen als auch die künstliche Herstellung von Fleisch haben Großinvestoren aus aller Welt angelockt, die hier ein Milliardengeschäft wittern. Und das nicht zu Unrecht.

Beim Vertical Farming braucht man keine Felder mehr, keine Landmaschinen, kaum noch Personal. Man spart Wasser, Insektizide und Pestizide, ist wetterunabhängig und kann, wenn man die Fabriken oder Container in der Nähe von Ballungszentren platziert, auf einen großen Teil der Logistik verzichten. Mehr Kosten gibt es nur bei der Energie. Es ist daher sicherlich kein Zufall, daß die größte bisher entstandene Fabrik dieser Art im vergangenen Jahr in Dubai eröffnet wurde, wo Energie bekanntlicherweise kaum etwas kostet.

Was das Laborfleisch angeht, so sind die Einsparungen noch wesentlich gewaltiger. Man braucht keine Tiere mehr, kein Futter, keine Weiden, keine Tierärzte, keine Tiertransporter, keine Schlachthöfe und man spart immens beim Personal. Zudem spart man das Kostspieligste überhaupt, nämlich Zeit. Während ein Mastbulle 18 bis 20 Monate bis zur Schlachtreife braucht, braucht Laborfleisch nur drei bis acht Wochen, bis es abpackfertig verkauft werden kann.

Die Zukunftsvision der Großinvestoren, zu denen unter anderem Vermögensverwalter wie BlackRock, Vanguard und State Street sowie Ultra-Reiche wie Bill Gates, Google-Gründer Sergey Brin oder Richard Branson gehören, sieht in etwa so aus: Irgendwann soll es ein weltumspannendes Netz von 3D-Druckern geben, in denen dieses Fleisch hergestellt wird. Diese 3D-Drucker werden dann von Lizenznehmern betrieben, die für jedes Stück Laborfleisch eine Gebühr an die Lizenzgeber zahlen müssen. Kein Wunder also, daß in den vergangenen Jahren hunderte Millionen in die Entwicklung von Kunstfleisch und Kunstpflanzen geflossen sind. Alleine 2021 waren es beim Laborfleisch 1,9 Milliarden Dollar.

Und die Politik zieht mit. Die EU zum Beispiel hat vor etwas mehr als drei Monaten 1,8 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um die mögliche Kostensenkung bei der Herstellung von kultiviertem Fleisch weiter zu erforschen. Außerdem hat sie gerade das erste Zulassungsverfahren für Laborfleisch gestartet.

Das alles verheißt für die Landwirtschaft nichts Gutes. Sollten sich diese beiden Trends durchsetzen, so wäre das nicht mehr und nicht weniger als das Ende der Landwirtschaft, so wie wir sie kennen.

Aber - und jetzt wird's entscheidend - funktionieren kann das Ganze nur, wenn die Menschen mitmachen. Das heißt, wenn die Mehrheit der Konsumenten Kunstgemüse und Kunstfleisch akzeptiert. Das aber ist zumindest aktuell nicht der Fall. Was also tun? Ganz einfach. Man nehme die Ideologie vom Klimawandel und der uns allen drohenden Wetterapokalypse, jage den Menschen Angst und Schrecken ein und präsentiere ihnen Kunstgemüse und Kunstfleisch wegen des geringen Wasserverbrauchs, des niedrigen Methanausstoßes, der Verminderung von CO₂-Emissionen als Lösung.

Genau das ist die Situation, in der wir uns aktuell befinden. Wir alle werden von den Medien, der Politik und der Wissenschaft durch ständige Horrormeldungen über das Klima massiv unter Druck gesetzt, um diese strukturelle Veränderung der Landwirtschaft als vermeintliche Rettung der Welt vor dem Klimawandel hinzunehmen.

Wie absurd das Ganze ist, zeigt unter anderem auch, daß zu der am World Economic Forum

gegründeten Allianz von Konzernen, die sich global als Klimaführer zusammengetan haben, folgende Unternehmen finden: Allianz, AXA, Bank of America, Barclays, Deutsche Bank und Mastercard. Dazu Carlsberg, Coca-Cola, Nestlé, Syngenta und Unilever. Ebenso wie die Pharma-Riesen AstraZeneca, Novartis und als Krönung des Ganzen ausgerechnet der Glyphosat-Hersteller Bayer.

Es ist wirklich höchste Zeit zu erkennen, welches Spiel hier gespielt wird. Es geht weder um die Rettung des Planeten, noch um die Verbesserung der Umwelt, die eigentlich dringend nötig wäre. Es geht um Profit zugunsten einer winzigen Minderheit. Und das auf Kosten nicht nur von Hunderttausenden von Landwirten, denen die Lebensgrundlage entzogen wird, sondern auf Kosten der Zukunft und der Lebensqualität von uns, unseren Kindern und allen weiteren Generationen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 14. März 2024 (x1.362/...):

>>**Autoexperte sorgt sich um Zukunft des Standorts Deutschland**

Der Autoexperte Ferdinand Dudenhöffer sorgt sich um die Zukunft des Standorts Deutschland. "Die Autoindustrie hat Milliarden in die Entwicklung der Elektromobilität gesteckt, sieht jetzt aber, daß in der Berliner Politik viele Pläne und Förderungen zu deren Ausbau wieder fallengelassen werden", sagte Dudenhöffer der Mediengruppe Bayern. "Damit droht der Branche der Heimatmarkt verloren zu gehen." Der Experte sieht zudem politische Versäumnisse in der Mobilitätswende in Zusammenhang mit der finanziellen Unterstützung für die von Rußland angegriffene Ukraine.

"Deutschland und die EU nutzen derzeit alle Mittel, um die Ukraine im Krieg gegen Rußland zu unterstützen. Die Mobilitätswende, über die so viel gesprochen worden ist, aber gerät in den Hintergrund", so Dudenhöffer. Er erwartet für E-Autos in Europa in den nächsten drei oder vier Jahren eine "relativ schwache" Entwicklung. Die bessere Kostenposition habe China, "aber auch die großen deutschen Autobauer, die dort produzieren".

In China "wird man das E-Auto weiterentwickeln, dort wird seine neue Heimat sein", prognostiziert Dudenhöffer. "Wer in China erfolgreich ist, wird das auch in der Welt sein. Die Arbeitsplätze werden damit zunehmend in China angesiedelt sein und von Europa weggehen." Zugleich werde man einen Dumping-Preiswettbewerb in Europa erleben, und in diesem hätten Chinas Autobauer mit ihren billigen E-Auto-Kleinwagen die besten Chancen. "Wenn nun die EU Zölle darauf erheben will, ist das eine Katastrophe und wird einen Wirtschaftskrieg zum Schaden der deutschen Branche auslösen."<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtete am 14. März 2024 (x1.365/...):

>>**Zwangssanierung, Solar-Pflicht, Verbot fossiler Heizungen: So irre ist die neue EU-Gebäude-Richtlinie**

Die neue EU-Gebäude-Richtlinie hält für Hausbesitzer unangenehme Überraschungen durch die Hintertür bereit.

Janina Lionello

Am Dienstag hat das EU-Parlament die Gebäuderichtlinie verabschiedet, Bauministerin Klara Geywitz (SPD) muß sie nun für Deutschland in nationales Recht gießen. Obwohl Geywitz betonte, man habe Zwangssanierungen für Wohngebäude abgewendet, bedeutet die Gebäuderichtlinie für viele Hausbesitzer in der Praxis eben genau das. Außerdem werden Solaranlagen zur Pflicht auf öffentlichen Gebäuden, fossile Heizungen sind ab 2040 in ganz Europa verboten.

"Wir haben den Sanierungszwang für Ein- und Mehrfamilienhäuser beendet", zitierte das Bundesbauministerium am Dienstag Ministerin Klara Geywitz, nachdem die Gebäudeeffizienzrichtlinie EPBD verabschiedet war.

Richtig ist zwar: Die explizite "Sanierungspflicht" ist nur für Nicht-Wohngebäude, also Schulen, Büros, Krankenhäuser etc. vorgeschrieben. (Bis 2030 müssen hier 16 Prozent des aktuel-

len Energieverbrauchs eingespart werden, 26 Prozent sollen es dann bis 2033 sein.)

Was Geywitz allerdings nicht benennt: Es gibt zahlreiche Vorgaben, die Besitzer von Ein- und Mehrfamilienhäusern eben doch zur Sanierung zwingen werden. Nicht direkt, aber durch die Hintertür.

Bereits bestehende Wohngebäude müssen bis 2033 in Summe 22 Prozent weniger Energie verbrauchen. Geywitz verkauft das als Erfolg, da einzelne Hausbesitzer auf diese Weise theoretisch ausgenommen werden können. Allerdings muß die Einsparung zu 55 Prozent an alten Gebäuden vorgenommen werden, was bedeutet, daß Deutschland und die anderen Staaten bei der Umsetzung in nationales Recht nicht darum herumkommen werden, auch unpopuläre Sanierungspflichten festzusetzen.

"Altersvorsorge von Millionen Bürgern wurde vernichtet"

Der Vorsitzende des Verbands Haus & Grund, Kai Warnecke, warnt davor, daß viele Eigentümer das nicht stemmen können. Selbst bei vorsichtigen Schätzungen sei bei älteren Gebäuden mit Sanierungskosten in sechsstelliger Höhe zu rechnen. "Die Altersvorsorge von Millionen Bürgerinnen und Bürgern wurde vernichtet".

Durchschnittlich 58.000 Euro Dämm-Kosten pro Gebäude

Laut der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen entsprechen 15 Prozent der ineffizientesten Gebäude in Deutschland etwa 2,4 Millionen Wohngebäuden. Wenn man diese Bauten auch nur teilweise modernisiere, um eine höhere Effizienzklasse zu erreichen, fielen hier Investitionskosten von jährlich mindestens 17,2 Milliarden Euro bis 2030 an. Das entspricht einem Gesamtaufwand von knapp 140 Milliarden Euro. Bei 2,4 Millionen Gebäuden seien dies etwa 58.000 Euro pro Gebäude.

Zeit zur Umsetzung wird knapp

Ein weiteres Problem: Die Zeit für die geforderten Sanierungen dürfte am Ende knapp werden, denn daß das deutsche Gesetz noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird, scheint unwahrscheinlich. Auf der Seite des Ministeriums heißt es: "Wichtig ist jetzt, daß das Verfahren zur Novellierung der EPBD auf EU-Ebene abgeschlossen wird. Dazu bedarf es nach dem Beschluß des Europäischen Parlaments noch die Zustimmung des Rates. Dann erst stehen die konkreten Formulierungen fest und die Frist zur Umsetzung von grundsätzlich zwei Jahren beginnt zu laufen."

Würde das Gesetz im Jahr 2026 verabschiedet, blieben für die 16 Prozent Energie-Einsparung an Nicht-Wohngebäuden gerade einmal vier Jahre Zeit. Eine extrem geringe Zeitspanne im Bau, wo Fachkräfte ohnehin knapp sind.

An dieser Stelle finden Sie einen externen Inhalt von Twitter, der den Artikel ergänzt und von der Redaktion empfohlen wird. Sie können ihn sich mit einem Klick anzeigen lassen und wieder ausblenden.

Externer Inhalt

Ich bin damit einverstanden, daß mir externe Inhalte angezeigt werden. Damit können personenbezogene Daten an Drittplattformen übermittelt werden. Mehr dazu in unserer Datenschutzerklärung.

Das Aus für Öl- und Gasheizungen

Ein weiterer Hammer: Bis 2040 sollen fossile Heizungen komplett verschwinden. Das bedeutet nicht weniger, als daß alle Gas- und Ölheizungen europaweit herausgerissen werden müssen.

Haus & Grund-Chef Warnecke warnt vor einem massiven Wertverlust von Immobilien durch diese Maßnahme: "Wir haben schon beim sogenannten Heizungsgesetz gesehen, daß Gebäude, die über fossil betriebene Heizungen verfügen, deutlich an Wert verlieren. Die Bundesregierung sollte also ihre Fehler nicht wiederholen und dieses Mal mit Bedacht vorgehen, um massive Wertverluste zu vermeiden. Immerhin bilden Immobilien das Gros der Vermögen

privater Haushalte."

Solaranlagen werden zur Pflicht

Außerdem wird auf allen öffentlichen Bestandsgebäuden mit mehr als 2000 Quadratmetern schrittweise eine Solaranlagenpflicht eingeführt. Ab 2027 müssen dann auf Schulen, Krankenhäusern und Altenheimen, die ohnehin oft marode und in finanziell schlechter Situation sind, Solarpanels angebracht werden.

Der Verband Haus & Grund nennt die europaweite Solaranlagenpflicht "ein typisches Beispiel für wenig durchdachte Zwangsmaßnahmen der Brüsseler Bürokratie im Rahmen ihres 'Green Deals'."

Präsident Kai Warnecke: "Sie unterstellt, daß die Wirtschaftlichkeit dieser Maßnahme sowohl in Apulien als auch in Lappland identisch ist. Europa droht mit solchen Bestimmungen immer mehr in die dirigistische Planwirtschaft abzugleiten, anstatt jedem Mitgliedsland selbst zu überlassen, die für sich optimalen Lösungen zu finden."

Außerdem ist vorgesehen: Alle Neubauten sollen ab 2030 zu 100 Prozent emissionsfrei sein. Dann dürfen nur noch Gebäude gebaut werden, die vor Ort keine Treibhausgase aus fossilen Brennstoffen ausstoßen, so daß europaweit im Prinzip nur die Wärmepumpe bleibt, wenn keine Fernwärme anliegt.

Lindner warnt vor Richtlinie

Bundesfinanzminister Christian Lindner hatte die Richtlinie bereits im vergangenen September scharf kritisiert. "Diese Richtlinie halte ich für enorm gefährlich - nicht nur hinsichtlich des Gebots der ökonomischen Vernunft, wonach wir an der Stelle Geld einsetzen sollten, wo es den besten Effekt für das Klima in Verbindung mit unserer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit hat, sondern auch hinsichtlich des sozialen Friedens, weil Menschen den Eindruck gewinnen könnten, die Politik erschwert es ihnen, in den eigenen vier Wänden zu leben und das bezahlen zu können", sagte der FDP-Politiker damals dem Nachrichtenportal Politico.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 12/24" berichtete am 15. März 2024 (x1.387/...): >>Von nun an geht's bergab

Elektroautos: Der Boom gerät zumindest in Deutschland ins Stocken / Doch erst die grüne Produktion der Batterie macht die E-Mobilität wirklich klimafreundlich

Christian Schreiber

Es ist ein Kampf der Systeme. Chinesische Elektroautos gegen die konventionelle europäische Verbrennerindustrie. Die althergebrachten und in 100 Jahren entwickelten Benziner und Dieselfahrzeuge mit ihren großen Reichweiten gegen die neuen elektrischen Stadtflitzer aus Ostasien - und den Opportunisten Tesla.

China war dabei nicht untätig, die Wünsche und Vorstellungen der potentiellen Konsumenten in Europa vorzuformen. Das Feld zu beackern, bevor man es bestellt. Der Wunsch der Europäer, den CO₂-Ausstoß massiv zu senken, kommt dabei zupass. Schließlich ließen sich E-Autos gänzlich ohne Kohlendioxidausstoß betreiben, wenn sie mit Sonnen- oder Windstrom "getankt" werden. Als Bonus gibt es in jedem Fall keine lästigen Abgase in der Stadt.

Elektroautos starten mit schwerem "klimapolitischem" Rucksack

Ein riesiger Markt ist da, den der chinesische Konzern BYD dominiert. Der meistverkaufte Hybrid BYD Song wurde im Vorjahr 627.731 mal an den Kunden gebracht - jedes zehnte der über 6,3 Millionen E-Autos im "Reich der Mitte" war ein Song. Knapp jedes fünfte der 26 Millionen neuverkauften Autos in China war damit zumindest teilelektrisch.

In Gesamteuropa wurden 2023 rund zwei Millionen E-Autos und 3,4 Millionen Hybrid-Modelle zugelassen. Denen steht noch eine Übermacht an 4,6 Millionen Benzinern und 1,5 Millionen Dieseln gegenüber. Marktführer in Europa bleibt 2023 der Volkswagen-Konzern, der mit rund 2,75 Millionen verkauften Autos auf einen Marktanteil von 26,1 Prozent kommt. Chinas oft billigere und aus Peking hochsubventionierte E-Autos drängen nun auf den euro-

päischen Markt.

Zusätzlich macht den Platzhirschen noch die Brüsseler Kommission Auflagen, die E-Autos gegen Verbrenner stark bevorteilen. Die Front für das geplante Verbrenner-Aus ab 2035 beginnt zu bröckeln, da in der EU Zweifel aufkommen, ob der Elektroantrieb tatsächlich die alleinige Lösung für das Klimaproblem darstellt. Was würde das für Autofahrer bedeuten?

Wann wird Autofahren also vollelektrisch und "grün"? Dieser Frage geht eine aktuelle Ökobilanz-Studie des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) nach, der sich dafür die verschiedenen Antriebsarten angeschaut hat.

Die VDI-Analyse hat dabei den Umwelteinfluß von verschiedenen Pkw-Antriebskonzepten am Beispiel von Kompaktklassefahrzeugen im Jahr 2021 verglichen. Elektro-Antriebe, Hybridantriebe in unterschiedlichen Ausgestaltungsformen und rein verbrennungsmotorische Konzepte wurden analysiert und verglichen. Der Treibhausgas-Emissionsvergleich erfolgte unter Berücksichtigung der Fahrzeugproduktion und der Nutzung der Fahrzeuge bis zum Jahr 2035 mit einer Referenzlaufzeit von 200.000 Kilometer sowie der entsprechenden Netto-Stromerzeugung in diesem Zeitraum.

Hier zeigt sich: E-Autos dieser Fahrzeugklasse sind ab einer Laufleistung von 90.000 Kilometern klimafreundlicher als solche mit konventionellen Antrieben. In der Langzeitbetrachtung, die die VDI-Ingenieure in Zusammenarbeit mit dem Karlsruhe Institute of Technology (KIT) durchgeführt haben, schneiden bei einer Fahrzeug-Laufleistung von 200.000 Kilometern E-Auto und Hybrid-Fahrzeuge in ihrer Klimabilanz am besten ab, gefolgt von Diesel- und Benzin-PKW, die mit fossilen Kraftstoffen betankt werden.

Dabei starten die E-Autos mit einem "klimapolitischen" Rucksack, wie es die Autoren bezeichnen. Denn die Herstellung der Batterie ist bislang mit einem hohen Treibhausgas-Ausstoß verbunden. Rund die Hälfte der CO₂-Emissionen entfällt bei der Herstellung des E-Mobils demnach auf den Antrieb. Die Rohstoff-Gewinnung für die Batterie sei sehr intensiv, betont der VDI in seiner Studie und belegt dies mit Zahlen.

Die freigesetzten Treibhausgase beim Bau eines Elektroautos mit einer Akkukapazität von 82 kWh entsprechen demnach 10,12 Tonnen CO₂. Bei einem Verbrenner mit Benzin sind es lediglich 1,12 Tonnen CO₂. "Um die Treibhausgas-Emissionen, die bei der Batterieproduktion entstehen, so gering wie möglich zu halten, muß die Batterieproduktion für E-Fahrzeuge mit regenerativer Energie erfolgen", folgern die Autoren daraus. Der Strommix Chinas ist aber mit über 531 Gramm pro Kilowattstunde stärker CO₂ belastet als der Deutschlands mit 434 Gramm pro Kilowattstunde.

Die Antriebsherstellung für Elektroautos müsse zwingend mit regenerativer elektrischer Energie erfolgen, um Emissionen bei der Produktion gering zu halten. Die Studie zeige zudem, daß die THG-Emissionen von batterieelektrischen Fahrzeugen entscheidend durch die Produktion der Batterien bestimmt werde, wobei es nicht nur auf die Größe der Batterie, sondern auch auf den Herstellungsort ankomme.

Während in China noch häufig fossile Energieträger beim Bau der Batterie verwendet würden, sei der Anteil regenerativer Energien in Europa höher. "Dort, wo vor allem regenerative Energien genutzt werden, sinken die Produktions-Emissionen der Batterien. Und dadurch kommt auch der Punkt, ab dem das elektrische Fahrzeug weniger emittiert als ein vergleichbarer Verbrenner, immer früher", sagt Johannes Buberger, Professor für Elektrische Energieerzeugung an der Universität der Bundeswehr München.

Eine Batterieproduktion in Deutschland und europäischen Ländern mit hohem erneuerbaren Energieanteil Sorge neben einer europäischen Wertschöpfung für eine bessere CO₂-Bilanz der Autos, heißt es in der Studie weiter. Neben China weisen aber auch Produktionsstandorte in Europa mit einem starken fossilen Energieanteil bei der Produktion hohe THG-Emissionen auf. Um das Autofahren endgültig grün zu machen, muß demnach die Batterie-Herstellung

nachhaltiger und vor allem vor Ort stattfinden.

Joachim Damasky, Vorsitzender der VDI-Gesellschaft Fahrzeug- und Verkehrstechnik fordert, daß vor allem das Recycling der Rohstoffe Lithium, Nickel und Kobalt besser werden müsse: "Hier muß noch einiges passieren in Deutschland. Um bei einer klimafreundlicheren Mobilität voranzukommen, muß man beim Ausbau der Ökoenergien und beim Aufbau einer weniger klimaschädlichen Batterieproduktion vorankommen. Erst die grüne Produktion der Batterie und ihrer Vormaterialien reduziert den ökologischen Fußabdruck und macht die E-Mobilität wirklich klimafreundlich."

Neben den Batterie-Antrieben kommt nach Einschätzung der VDI-Autoren auch E-Fuels eine steigende Bedeutung zu. "Wir leben in einer Zeit der Transformation. In dieser sind E-Fuels ein wichtiger Technologiebaustein für eine klimaneutrale Mobilität der Zukunft", heißt es in der Studie. Zur Erreichung der europäischen Klimaziele im Verkehrssektor sei die Nutzung von klimaneutralen Kraftstoffen für die Bestandsflotte unabdingbar. Hierfür müßten umgehend die regulatorischen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit die Industrie in eine entsprechende Skalierung der nachhaltigen Kraftstofferzeugung investieren könne.

Deutsche Autobauer kritisieren Berliner und Brüsseler Politik

Gemeint ist hier vor allem der Wasserstoff-Antrieb. Eine kürzlich veröffentlichte Prognose des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung rechnet allerdings für das Jahr 2045 mit Preisen, die den Einsatz als Kraftstoff im Straßen- und Schienenverkehr unwirtschaftlich machen. Wasserstoff galt zuvor als bester Weg zwischen Verbrennungsmotor und dem E-Auto.

Dennoch: Infolge des abrupten Endes der Förderung von Elektrofahrzeugen privater Halter im Dezember vergangenen Jahres stehe der deutsche Markt für Elektro-Pkw merklich unter Druck, so der Verband der Automobilindustrie (VDA). Diesem zufolge gingen im Februar die Neuzulassungen von Elektro-Pkw um fünf Prozent auf ein Volumen von 42.070 Einheiten zurück, trotz eines bereits schwachen Volumens im Vorjahresmonat.

Im Januar dieses Jahres habe es im Vergleich mit dem Januar 2023 noch ein kräftiges Plus gegeben, das jedoch auf die Änderung bei der Förderung von E-Pkw zurückzuführen sei: Infolge der Änderung bei der Förderung von Elektro-Pkw zum Jahreswechsel 2022/2023 sei es im vierten Quartal 2022 zu vorgezogenen Neuzulassungen gekommen, so die Autobauer.

Angesichts dieser Zahlen setzte sich VDA-Geschäftsführerin Hildegard Müller in einem Interview mit dem Ostfriesischen Kurier für die Elektromobilität ein und erklärte: "Deutschland ist die europäische Herzkammer der E-Autoproduktion und zweitwichtigster E-Standort weltweit. Bei uns werden die Autos der Zukunft gebaut, und das für die ganze Welt. Und wir wollen, daß das so bleibt." Daß es derzeit durch geringer gewordene Nachfrage zu Schwierigkeiten komme, daran seien nicht die Hersteller schuld.

"Im zurückliegenden Jahr sind wir in vielen wichtigen Punkten nicht entscheidend weitergekommen: weder bei wettbewerbsfähigen Energiepreisen, bei einem wettbewerbsfähigen Steuersystem oder auch beim Thema Bürokratieabbau. Rohstoff- und Energiepartnerschaften wurden kaum geschlossen, bei Freihandelsabkommen geht es praktisch nicht voran", kritisiert die VDA-Chefin. Der Handlungsbedarf sei groß, daß Deutschland und ganz Europa ein attraktiver Standort für die Automobilindustrie bleibe. "Nur fehlt es in der Politik in Berlin und Brüssel an Einigkeit, Entschlossenheit und Strategie. Und stellenweise bleibt es bei Ankündigungen statt konkreter Umsetzung", bemängelt Müller.

Das Ziel der Bundesregierung, bis 2030 auf deutschen Straßen 15 Millionen E-Autos zu zählen, dürfte vermutlich nicht erreicht werden. Dieses Scheitern sei aber auf die Politik und nicht etwa auf die Hersteller zurückzuführen, betonte Müller und kritisierte: "Allein die deutschen Hersteller werden bis zum Jahr 2030 deutlich mehr als 15 Millionen E-Autos produzieren. In welchen Märkten sie abgesetzt und wo sie gebaut werden, hängt von den jeweiligen

Rahmenbedingungen ab - und hier läuft tatsächlich in Deutschland einiges falsch."<<
Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtete am 17. März 2024 (x1.365/...):
>>**CO2-Steuer-Hammer droht: Benzinpreise könnten um 62 Cent steigen!**

Diego Faßnacht

Seit dem Jahr 2021 gibt es in Deutschland die CO₂-Steuer. Sie soll bezwecken, daß die Deutschen weniger CO₂ ausstoßen, so daß die "Klimaziele" erreicht werden. Energiepreise sind davon stark betroffen, aber auch die Inflation dürfte sich insgesamt durch diese Form der Besteuerung erhöht haben und weiter erhöhen.

Insgesamt sind beispielsweise die Benzinpreise bereits um 12,7 bis 14,2 Cent pro Liter gestiegen. Das kostet jeden Autofahrer bereits jetzt eine dreistellige Summe pro Jahr zusätzlich und es könnte noch viel mehr werden!

CO₂-Preis könnte sich mehr als versechsfachen

Bisher ergeben sich die Preissteigerungen aus national festgesetzten CO₂-Preisen. In Deutschland beträgt der CO₂-Preis derzeit 45 Euro pro Tonne. Im Jahre 2027 sollen die CO₂-Preissysteme in den europäischen Emissionshandel überführt werden. Dies könnte zum Ergebnis haben, daß der CO₂-Preis auf 250 bis 300 Euro pro Tonne steigen könnte. Zu diesem Ergebnis kommt jedenfalls Prof. Dr. Sebastian Dullien, der dies der SPD-Bundestagsfraktion im Februar vorgerechnet hat, die Präsentation liegt NIUS vor.

Er rechnet vor, daß ein Anstieg des CO₂-Preises um 200 Euro pro Tonne den Benzinpreis um 55 Cent erhöhen würde, den Diesel-Preis um 62 Cent und den Preis für Erdgas um 5 Cent. Sollte der CO₂-Preis sogar um 250 Euro pro Tonne steigen, wie von ihm als Möglichkeit dargestellt, wären die Steigerungen noch drastischer. Für das Jahr 2035 geht er sogar von einem CO₂-Preis von 340 Euro pro Tonne aus.

Inflation dürfte stark anziehen

Wenig überraschend stellt Prof. Dr. Dullien in seiner Präsentation fest, daß insbesondere die deutsche Mittelschicht und die Landbevölkerung zu den Verlierern dieser Entwicklung gehören würden.

Insgesamt dürfte sich die Inflation bei einem Anstieg der CO₂-Preise um 200 Euro pro Tonne um über 3,5 Prozentpunkte erhöhen. Bei einem stärkeren Anstieg wäre die Inflationswirkung entsprechend noch stärker.

Wohlstandssteigerung für andere Länder

Kritische Beobachter fragen, welchen Zweck diese massiven Steuererhöhungen - abgesehen von mehr Geld in der Staatskasse - haben würden. Klar ist, daß der weltweite CO₂-Ausstoß durch die CO₂-Bepreisung kaum reduziert werden dürfte.

Der Grund dafür ist glasklar. Reduzieren die Deutschen - in Folge höherer CO₂-Steuern - ihren CO₂-Ausstoß und ihren Wohlstand, dann verbrauchen sie weniger Öl, Gas und Kohle. Doch an diesem Punkt hören die Vertreter der radikalen Klimapolitik auf zu denken.

Eine geringere nationale oder europäische Nachfrage nach Öl, Gas und Kohle führt nur dazu, daß diese Rohstoffe auf dem Weltmarkt günstiger werden. Werden Öl, Gas und Kohle jedoch günstiger, werden sie von anderen Ländern gerne zur Wohlstandssteigerung angenommen.

Keinerlei Wirkung auf den CO₂-Ausstoß weltweit!

Genauso wie die deutsche Deindustrialisierung nicht dazu führt, daß weniger weltweit produziert wird, führt die CO₂-Steuer nicht dazu, daß weltweit weniger CO₂ ausgestoßen wird. Die Produktion und der Ausstoß von CO₂ werden nur in andere Weltregionen verlagert.

Was so einfach zu verstehen wäre, wird von Vertretern der radikalen Klimapolitik schlicht geleugnet. Es sind simpelste ökonomische Zusammenhänge, die ausgeblendet werden.

Wenn Sie also in Zukunft bald 2,60 Euro an der Zapfsäule für einen Liter Benzin bezahlen, freuen Sie sich! Sie ermöglichen, daß in anderen Teilen der Welt das Benzin nicht mehr 95 Cent, sondern 80 Cent kostet. Jemanden anderen machen Sie glücklich.

Nur glauben Sie niemals, daß diese Art von Politik irgend etwas mit Klimaschutz zu tun hat.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 17. März 2024 (x1.361/...):

>>**Kaum Nachfrage nach Elektroautos - Hertz-Chef schmeißt hin**

Autovermieter Hertz wechselt seinen Chef aus, nachdem dieser auf unrentable Elektroautos gesetzt hatte. Jetzt verkauft Hertz Teile seiner Elektroautoflotte und steckt das Geld teilweise in Verbrenner.

Von Redaktion

Autovermieter Hertz wechselt seinen Chef aus. Stephen Scherr ist zurückgetreten und wird am ersten April von Gil West ersetzt. Das berichtet dpa. Scherr hat bei Hertz den Ausbau der Elektroauto-Flotte vorangetrieben und kurz nach seinem Amtsantritt vor gut zwei Jahren 240.000 Elektroautos bestellt, zusätzlich zu den bereits 100.000 in Auftrag gegebenen E-Autos aus dem Jahr 2021. Doch der Plan ging nach hinten los. Anfang des Jahres verkündete Hertz, daß man ein Drittel seiner Elektroautos verkaufen werde. Allein in den USA sind 20.000 E-Autos von dieser Entscheidung betroffen. Die Erlöse aus dem Verkauf sollen teilweise in neue Verbrennerautos gesteckt werden.

Wegen dieser Maßnahme muß Hertz eine Abschreibung in Höhe von 245 Millionen Dollar in Kauf nehmen. Aufgrund des Umstiegs auf Verbrenner wird dennoch mit einer Steigerung des operativen Gewinns gerechnet. Grund für diese Richtungsentscheidung ist, daß die Kundennachfrage nach E-Autos geringer ist als nach Verbrennerautos und die Reparaturkosten im Vergleich doppelt so hoch sind. Erschwerend kam hinzu, daß durch mehrfache Preissenkungen von Tesla bei Neuwagen der Wiederverkaufswert der Elektroautos stark gesunken ist.

Autovermieter Sixt mit ähnlichen Erfahrungen

Auch der Münchner Autovermieter Sixt hatte im November vergangenen Jahres bekannt gegeben, sich von seinen Elektroautos der Marke Tesla zu trennen. Sixt merkte in dem Kontext an, daß die Nachfrage nach Elektromobilität "klar unter dem Level von Verbrennern" liege. Auch die in Relation zu Verbrennern höheren Reparaturkosten hatten Sixt in der Entscheidung bestärkt, hieß es damals.

Trotz massiver politischer Unterstützung scheinen sich die E-Autos am Markt nach wie vor nicht durchzusetzen. Sowohl in den USA als auch in Deutschland bleiben Verbrenner beliebter. Der Elektro-Auto-Hype steuert langsam auf sein Ende zu.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 17. März 2024 (x1.361/...):

>>**USA: Immer mehr Widerstand gegen das Windrad**

In den USA regt sich Widerstand gegen die Klimapolitik Joe Bidens. Immer mehr US-Bezirksregierungen lehnen Wind- und Solarprojekte ab. Die Energiewende des Demokraten-Politikers scheint zu scheitern.

Jerome Wnuk

Ein kürzlich veröffentlichten Bericht der amerikanischen Zeitung USA Today, welchen nun die renommierte britische Tageszeitung The Telegraph aufgegriffen hat, zeigt einen zunehmenden Widerstand von Lokalregierungen in den Vereinigten Staaten gegen die Errichtung von Wind- und Solarindustrieanlagen. Die harte Realität: Der Großteil der US-amerikanischen Bezirksregierungen hat Windkraft-Projekte abgelehnt. Ein Trend gegen Windkraft, der sich in vielen Ländern abzeichnet.

Schon zu seinem Amtsantritt hatte Präsident Joe Biden große Ziele bezüglich der Klimaneutralität der USA ausgerufen - bis 2035 soll der amerikanische Strom zu 100 Prozent aus sauberer Energie stammen, hatte er damals angekündigt. Bis spätestens 2050 will Biden die CO₂-Emissionen der Vereinigten Staaten auf netto null drücken. Zudem soll der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase im Vergleich zu 2005 bis 2030 halbiert werden.

Diese großen Ziele sind stark abhängig vom Ausbau großer Solar- und Windkraftanlagen. Vor

allem Windenergie müßte zur Erreichung dieser Ziele in den USA massiv vorangebracht werden. Hier aber liegt das Problem: Laut USA Today haben viel mehr Bezirksregierungen solche Projekte abgelehnt als genehmigt.

Doppelt so viele Ablehnungen wie Genehmigungen

Die Ursachen für den Widerstand sind vielfältig: Lauter Lärm von Windturbinen, das massive Vogel- und Fledermaussterben, Landverlust für landwirtschaftliche Nutzung, visuelle Beeinträchtigungen sowie potentielle Auswirkungen auf lokale Wind- und Wettermuster sind nur einige, wenn auch die am häufigsten genannten Ablehnungsgründe.

Mit zunehmender Aufklärung über die negativen Konsequenzen der Windkraft wächst dieser Widerstand momentan weiter an, berichtet USA Today. Die amerikanische Bevölkerung würde zunehmend erkennen, daß staatliche Institutionen es versäumt haben, wirksame Regulierungsstrukturen zu schaffen, die eine rechtzeitige Stilllegung und Sanierung dieser Standorte vorschreibt, so der Bericht weiter. So gebe es immer mehr Ablehnung gegenüber den Energiewende-Projekten.

Und das spielt für die Planung eine relevante Rolle: Der Schutz der Rechte aller Beteiligten an industriellen Entwicklungen, wie etwa dem Ausbau klimafreundlicher Energiequellen, ist ein wesentlicher Bestandteil des US-amerikanischen Rechtssystems. Dies schließt noch stärker als in Deutschland die lokalen Gemeinden, ihre Unternehmen, die Infrastruktur, archäologische Stätten sowie Umweltbelange mit ein.

Es sind Argumente gegen den Ausbau der Erneuerbaren Energien, die nicht nur in den USA Zustimmung erhalten. Auch in Frankreich und Brasilien wurden zuletzt immer mehr Stimmen, vor allem von Bauern und kleinen, ländlichen Gemeinden, laut, die sich vehement gegen den Bau neuer Anlagen stellten. Ein zu starker Eingriff in die Natur und das Wohlbefinden der Anwohner wird immer wieder als Argument gegen einen Ausbau angebracht - Positionen, die in der deutschen Energiepolitik bisher keinen Anklang finden.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 18. März 2024 (x1.362/...):

>>Temperatur und Klima: gelogen wie falsch abgelesen

In der anhaltenden Diskussion um Klimadaten nimmt die Genauigkeit von Temperaturmessungen einen zentralen Platz ein.

von *Meinrad Müller*

Die jüngste Aussage des staatlichen Deutschen Wetterdienstes, daß das Jahr 2023 mit einem Jahresmittel von 10,6 Grad das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen im Jahr 1881 sein wird, hat unter Meteorologen Kritik hervorgerufen, die grundsätzliche Fragen zur Methodik und Vergleichbarkeit der Daten aufwirft.

Im Zentrum der Kritik steht die deutliche Veränderung der Anzahl und der Standorte der Meßstationen im Laufe der Jahre. Während 1881 die Temperaturdaten von 152 Meßstationen erfaßt wurden, basieren die heutigen Aufzeichnungen auf den Daten von 486 Stationen. Von den ursprünglichen Meßstationen sind heute nur noch 12 aktiv (BT-Drs. 20/10268). Das bedeutet, daß die Daten von 140 Stationen aus dem Jahr 1881 heute nicht mehr erfaßt werden.

Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion, Frage und Antwort der Regierung (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/102/2010268.pdf>):

Diese Überlegungen führen zu einer wichtigen Erkenntnis über den Umgang mit historischen Klimadaten und deren Interpretation. Es ist von entscheidender Bedeutung, die Methoden und Annahmen, die solchen Aussagen zugrunde liegen, transparent zu machen, um eine fundierte Debatte darüber zu ermöglichen, ob es überhaupt einen signifikanten Klimawandel gibt.

Die Bedeutung von Klimadaten erfordert eine Diskussion, die auf soliden und nachvollziehbaren Fakten beruht. Eine offene Auseinandersetzung mit den methodischen Herausforderungen und den Grenzen unserer Meßdaten ist unabdingbar.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 20. März 2024 (x1.361/...):
>>"Voll pflanzlich": Keine tierischen Produkte: Rewe eröffnet erste ausschließlich vegane Filiale

In Berlin soll die erste rein vegane Filiale von Rewe im Frühjahr eröffnet werden - obwohl drei Rewe-Filialen in der Nähe sind. Unter dem Namen "Voll pflanzlich" übernimmt das Unternehmen den Standort des Herstellers Veganz, der seine Filiale Ende 2023 schloß.

Von *Redaktion*

Fleisch wird zunehmend seltener im Kühlregal. Eine neue Rewe-Filiale soll sogar weder Fleisch noch Eier, Milch oder andere tierische Produkte anbieten. In Berlin-Friedrichshain soll in den nächsten Wochen die erste "Voll pflanzlich-Filiale" von Rewe eröffnen. Im Eingangsbereich wird der Schriftzug "Voll pflanzlich, voll gut" aufgehängt werden, berichtet Supermarktblog.

Wo bis vor kurzem noch der Hersteller "Veganz" seine Filiale hatte, möchte Rewe seine pflanzliche Alternativfiliale noch im Frühjahr eröffnen. "Veganz" hatte seine Pforten im Dezember geschlossen, den Standort aber an einen Nachbetreiber verkauft.

Rewe sprang also sofort ein, um die Marktlücke zu schließen. Ein Unternehmenssprecher bestätigte gegenüber t-online die Eröffnungspläne, sprach aber von einem "Test", bei dem Rewe "erstmal zu 100 Prozent auf pflanzliche Lebensmittel" setzte. Dabei befinden sich im Umkreis der Warschauer Brücke, wo die neue Filiale entstehen soll, bereits drei Rewe-Standorte, die nicht weiter als 1.000 Meter voneinander entfernt sind.

Weil Rewe bereits über 1.400 vegane Produkte in seinen 3.700 Filialen verkauft, erscheint ein rein pflanzliches Angebot übertrieben. Der Markt könnte viele Kunden anlocken, die zuvor beispielsweise die "Veganz-Filiale" besuchten. Ob das Marktformat rentabel ist, ist fraglich. Laut einer Forsa-Umfrage aus 2023 ernähren sich zwölf Prozent der in Deutschland lebenden Menschen vegetarisch, nur drei Prozent davon leben vegan.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 20. März 2024 (x1.360/...): **>>Gesundheitsausschuß: Die Aufklärung über Schäden einer veganen Ernährung wird verweigert**

Im heutigen Gesundheitsausschuß wurde der Antrag AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag "Warnung vor veganer Ernährung bei Risikogruppen" (20/9798) vorgestellt und eine Anhörung beantragt. Die Anhörung wurde abgelehnt.

Der Antrag fordert die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, daß die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung explizit und eindrücklich vor den Gefahren veganer Ernährung warnt, die ohne zusätzliche Einnahme von Ergänzungspräparaten besonders für Risikogruppen wie Schwangere, stillende Mütter, Kinder und Jugendliche zu schweren Gesundheitsschäden führen kann. Bei ausschließlich veganer Ernährung sind die Folgen gravierend.

Durch einen Mangel an wichtigen Nährstoffen, insbesondere an Proteinen und Fettsäuren, an Eisen, Jod und Vitamin B12 können verzögertes Wachstum, Gehirnschäden und Blutarmut entstehen.

Die AfD-Bundestagsabgeordnete und Mitglied im Gesundheitsausschuß, Christina Baum, teilt dazu mit:

"Wir verurteilen die Ablehnung der Anhörung unseres Antrags durch die Ampelkoalition auf das Schärfste, denn diese basiert lediglich auf ideologischen Gründen. Es besteht erneut keinerlei Bereitschaft, sich mit Argumenten von Kritikern auseinanderzusetzen. Dabei hat unser Antrag eine hohe Aktualität durch die neuen Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung erhalten, die eine tendenziöse Entwicklung hin zu einer vegetarischen/veganen Ernährung präferieren.

Risikogruppen (Schwangere, Stillende, Säuglinge, Kinder und Jugendliche) werden überhaupt nicht berücksichtigt. Eine woke Zeitgeist-Ideologie wird erneut über die Gesundheit unserer

Bevölkerung gestellt. Daß eine vegane Ernährung ohne die Einnahme von Zusatzpräparaten generell, aber insbesondere bei Risikogruppen, eine ernstzunehmende Gefahr darstellt, ist den meisten Menschen nicht bekannt und nicht bewußt.

Deshalb ist eine umfassende Aufklärung zu den Gefahren einer veganen Ernährung dringend geboten. Ein Gesundheitsausschuß, der sich mit diesen Risiken nicht auseinandersetzen möchte, handelt unverantwortlich."<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28524" berichtete am 20. März 2024 (x1.359/...): >>Im Mainstream durchgesickert: Klimawandel durch Wetterwaffen

Die Ursachen für Hitze, langanhaltende Brände und andere Wetterkatastrophen scheinen klar: der menschengemachte Klimawandel und damit auch der hohe CO₂-Ausstoß. Doch ausgerechnet in den Hauptmedien sickern verdächtige Hinweise auf andere, kaum bekannte Ursachen durch. Nachgeforscht und berichtet wird hier jedoch nicht - ein Grund mehr für Kla.TV, um den Blick hinter den Zaun zu werfen und die wenig bekannten Ursachen für Klimaveränderungen ins Visier zu nehmen. ...

Hitzewellen, Trockenheit, langanhaltende Brände, Erdbeben, Tornados, Tsunamis und viele andere Wetter-Katastrophen quälen die Menschheit zunehmend.

Haben wir es mit einem "menschengemachten Klimawandel" zu tun? Während die Medien nicht müde werden, dem einfachen Bürger die Schuld dafür zuzuschieben, sickern immer mehr Hinweise auf eine gezielte Wettermanipulation durch.

Die Rede ist von wetterverändernden Technologien, die von Menschen gesteuert werden und dringend ins öffentliche Bewußtsein gerückt werden müssen.

Im Folgenden greift Kla.TV Hinweise aus den Leitmedien auf, die eindeutig belegen, daß die Erforschung und Anwendung von Klimawaffen real sind und eine lange Geschichte haben.

1. Am 14.3.2019 sagte die Schweizer Umweltministerin Simonetta Sommaruga in einem Interview am Rande der 4. Umweltversammlung der Vereinten Nationen Folgendes: "Ja, die Schweiz hat versucht, das Thema Geo-Engineering, also das Versprühen von Partikeln in die Atmosphäre, daß das mal auf den Tisch kommt, daß man die Informationen sammelt, daß man Chancen und Risiken anschaut ... Das sind Versuche, die man macht, ohne überhaupt die Auswirkungen zu kennen. Das Thema ist zu wichtig und allenfalls auch problematisch, als daß wir da einfach wegschauen können."

2. Bereits am 14. Januar 2009 machte Diplom-Meteorologe Gunther Tiersch bei der Ansage des Wetterberichtes im deutschen ZDF einige irritierende Bemerkungen. Er beschrieb das Wetter auf der angezeigten Karte wie folgt: "Und dann haben wir hier noch etwas, was wir nicht als Schnee oder Regen identifizieren können, hier im Westen diese Schlangenlinien, das haben wahrscheinlich am Nachmittag über der Nordsee ein paar Flugzeuge, Militärflugzeuge rausgebracht, in etwa 5-6 Kilometern Höhe. Hat mit Wetter so nichts zu tun ..."

Kurze Zeit später interviewte das ZDF aufgrund zahlreicher Zuschauerfragen zu diesem Wetterbericht den Fachmann Karsten Brandt vom Wetterdienst. Hier die stark gekürzte Fassung im Originalwortlaut. Moderator: "Ein Phänomen, das Karsten Brandt vom Wetterdienst 'Donnerwetter' gut kennt. Bereits 2005 waren den Meteorologen erstmals solche merkwürdigen Geisterwolken aufgefallen.

Auch Kriegsschiffe tarnen sich mit solch künstlichen Wolken. Düppel, also künstliche Wolken, mit denen z.B. Radargeräte gestört werden, wurden bereits im 2. Weltkrieg entwickelt ... Für die enorm großen Geisterwolken aus Richtung holländischer Küste müssen immer wieder tonnenweise der Substanz über der Bundesrepublik niedergehen."

Meteorologe Karsten Brandt: "Wir richten Umweltzonen und Ähnliches ein und anscheinend gilt die Umweltzone in vier, fünf Kilometern Höhe über der Nordsee nicht und über Deutschland nicht. Da spielt es keine Rolle, was da ausgebracht wird. Find ich unglaublich!" ... Moderator: "Auch wenn diese Wolken nicht von der Bundeswehr stammen, daß sich niemand ver-

antwortlich fühlt für Stoffe, die regelmäßig über Deutschland absinken und die eigentlich verboten sind, halten die Meteorologen schlichtweg für absurd." Fazit der Moderatorin: "Absurd ist ja noch 'ne nette Umschreibung – hier wird die Bevölkerung getäuscht!"

3. Sehr ausführliche Aussagen zum Thema Wettermanipulation durch Militärs machte der deutsche Physiker und Fernsehmoderator Joachim Bublath in einer Dokumentation für das ZDF. Darin geht er auf Wettermanipulationen durch das Militär mittels riesiger Antennenanlagen und die Erzeugung künstlicher Wolken ein. Auch hier ein Ausschnitt im Originalwortlaut. Joachim Bublath: "Es gibt den Verdacht, daß die starken Sender und die großen Antennenanlagen von HAARP auch für diese militärischen Versuche benutzt werden. Gakona/Alaska: Fernab von jeglicher Zivilisation betreiben die amerikanischen Militärs hier eine Anlage zur Manipulation der Ionosphäre.

Der Name des geheimnisvollen Projekts ist HAARP. Ein riesiger Antennenwald kann Radiowellen in die Ionosphäre abstrahlen ... Mit den Radiowellen versucht man, die Ionosphäre zu verändern. Die Radiowellen pumpen Energie in diese Schicht aus elektrisch geladenen Teilchen. Die Ionosphäre wird aufgeladen, dehnt sich an diesen Stellen aus und zeigt Störungen. Eine Möglichkeit, dem militärischen Gegner Schwierigkeiten zu bereiten ..."

Weiterhin berichtet Bublath über eine ähnliche Anlage in der Nähe von Tromsø in Norwegen. Dann folgt ein Abschnitt der BBC, die über die Erzeugung von künstlichen Wolken durch die NASA berichtet. Kurzes Zwischenfazit: Das ZDF berichtete bereits vor über zehn Jahren über militärische Operationen zur Wettermanipulation.

4. Der spanische Fernsehsender "La 8 Zamora TV" interviewte am 19.10.2017 Josefina Fraile von "Asociacion Tierra SOS-Tenible" unter der Überschrift: "Geoengineering – Pakt der Verschwiegenheit". Hier hören Sie einige Ausschnitte dazu. Am Anfang geht es um ein Verbot von sogenannten Klimawaffen. Josefina Fraile bezieht sich darin auf die ENMOD-Konvention ("Konvention über das Verbot von militärischem oder jedem anderen feindlichen Gebrauch von umweltverändernden Technologien").

Dies ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der von den Vereinten Nationen (UNO) als Resolution 31/72 bereits 1976 verabschiedet wurde. Ausdrücklich erwähnt werden Eingriffe, die Folgendes bewirken: - Erdbeben oder Veränderungen der Erdkruste - Tsunamis - Wetterphänomene wie Zyklone, Tornados, Wolkenbildung, Niederschlag / Regen - Störung der ökologischen Balance einer Region - Beeinflussung der Meeresströmungen usw.

Josefina Fraile: "Man hat ein Abkommen getroffen, daß die Klimawaffe für kriegerische Auseinandersetzungen nicht benutzt werden darf. Doch tatsächlich wird sie immer noch benutzt. Was kann man und was macht man mit dieser Waffe? Mit dieser Waffe kann man Regen erzeugen, Stürme, Wolken, Blitze, Gewitter an jedem Ort der Welt. Oder das Gegenteil: Man kann Regenfronten auflösen, Hagel und Schneefall stoppen und auch selbstverständlich Dürre entstehen lassen."

Diese durchgesickerten Beispiele aus den Massenmedien stellen lediglich einen kleinen Teil der Belege für die Existenz und Anwendung von wetterverändernden Technologien dar. Auf deren enormen Einfluß wies der ehemalige US-Präsident Lyndon B. Johnson bereits 1962 auf einer Konferenz hin mit den Worten: "Wer das Wetter kontrolliert, der kontrolliert die Welt." Ein offizielles US Air Force-Dokument von 1996 trägt den Titel "Das Wetter als Kräfteverstärker", und der Untertitel lautet "Wir besitzen das Wetter bis 2025". ...<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtete am 22. März 2024 (x1.365/...): >>>**Panik in Deutschlands Schlüsselindustrie: Zehntausende verlieren ihre Jobs, weil die Regierung auf E-Autos setzt**

7.000 Stellen will Bosch jetzt abbauen, dagegen protestierten laut Gewerkschaften in dieser Woche bundesweit 25.000 enttäuschte Mitarbeiter.

Alexander Moehnle

"Halt die Gosch, ich schaff bei Bosch!" Ein Schlachtruf der stolzen Bosch-Mitarbeiter, den in der Region Stuttgart wohl fast jeder kennt.

Wer bei Bosch arbeitet, der bekam die besten Kredite, weil die Arbeitsplätze beim weltweit größten Automobilzulieferer immer als sicher galten. Fast so sicher wie Fort Knox, wo die USA ihre Goldreserven lagern. Das allerdings ist jetzt vorbei. 7.000 Stellen will Bosch jetzt abbauen, dagegen protestierten laut Gewerkschaften in dieser Woche bundesweit 25.000 enttäuschte Mitarbeiter.

Die Hälfte aller Jobs soll in Deutschland wegfallen, allein am Traditionssitz in Feuerbach sind 1.500 Stellen betroffen. Und der einst für seine sozialen Standards gefeierte Technologiekonzern versucht erst gar nicht, die Lage zu beschönigen: Die wirtschaftliche Situation sei schlechter als erwartet, generell fehle es an Nachfrage nach "bestimmten Technologien", erklärt Personalvorstand Stefan Grosch und gemeint ist damit wohl fast alles, was mit Elektroautos zu tun hat. Und das vor allem in Europa.

Denn in China, wo Bosch aktuell knapp eine Milliarde Euro investiert, sieht der schwäbische Technologiekonzern wohl künftig den eigentlichen Wachstumsmarkt. Und ein sicheres Geschäft. Anders als in der EU, wo ab 2035 nur noch Autos verkauft werden dürfen, die kein CO₂ ausstoßen. In China ist das wohl erst ab 2065 der Fall, wenn überhaupt.

Das Autoland Deutschland verliert dramatisch an Boden

Da Bosch bis heute knapp die Hälfte des Umsatzes mit Verbrenner-Technologie verdient, dürfte der Zulieferer demnächst wohl noch viel mehr Kapazitäten dorthin verlagern, wo die Politik weniger strenge Klimaziele im Auge hat. Ein Trend, der sich auch bei anderen Automobilzulieferern bereits abzeichnet und sich weiter zuspitzen wird: So haben Zulieferer von ZF bis Continental nur in den letzten beiden Monaten mehr als 12.000 Arbeitsplätze in Deutschland gestrichen und bis 2030, so prognostiziert es Automobilexperte Frank Schwöpe von der FHM Hannover, werde es hierzulande nur noch 200.000 Beschäftigte in der Zulieferer-Industrie geben. Also ein Viertel weniger.

Denn ob Verbrenner oder Elektro-Auto, das bisherige Autoland Deutschland werde wie in den letzten Jahren immer mehr Boden verlieren. Noch 2016 wurden in Deutschland 5,7 Millionen Autos produziert, im letzten Jahr waren es nur noch 4,1 Millionen. Ein dramatischer Einbruch, der sich in den nächsten Jahren stabil fortsetzen wird, denn sowohl die Bundesregierung als auch die EU halten eisern am Kurs der Transformation und ihrem Kampf gegen das Auto fest.

Denn eines zeigt sich schon jetzt auch am Beispiel von Bosch: Mit Batteriefertigung oder Antriebssträngen für Elektro-Autos lassen sich wegfallende Arbeitsplätze rund um den Verbrenner nicht kompensieren. Das wissen und ahnen jetzt auch DIE Manager, die vor kurzem noch wie die grünen Vordenker alles auf "grüne Technologien" gesetzt haben.

"Den Zeitpunkt des letzten Verbrenners kennen wir nicht"

So etwa Mercedes-Benz-Chef Ola Källenius, der den Konzern mit dem Stern streng und möglichst schnell auf Transformation trimmen wollte und nun hart zurückruderte, daß Mercedes auch über das EU-Verbot hinaus Verbrenner anbieten wolle, jedenfalls solange es dafür weltweit eine Nachfrage gebe. "Den Zeitpunkt des letzten Verbrenners kennen wir nicht", gab der Finne jetzt fast kleinlaut zu verstehen, nachdem die jüngsten Absatzzahlen der Stern-Fahrzeuge mit Elektroantrieb eher kläglich ausfielen: von insgesamt mehr als zwei Millionen verkauften Fahrzeugen waren 2023 nur 240.668 vollelektrisch betrieben, was einem Anteil von nur 12 Prozent entspricht.

Ähnlich schlechte Vollelektro-Absätze schlagen auch bei den anderen deutschen Marken zu Buche und nach Auslaufen der staatlichen Elektro-Prämien sagen einige Händler vor Ort sogar, daß sie seither kein einziges Akku-Auto mehr verkauft hätten. Die Kunden hätten schlicht das Interesse verloren, fürchteten einen miserablen Wiederverkaufswert und Komforteinbu-

ßen, die nun mal ein Verbrenner gegenüber Elektro noch immer auszeichnet: ist der Tank leer, reicht ein kurzer Stopp an der Zapfsäule, und weiteren 500 bis 1000 Kilometer Fahrt am Stück steht nichts im Weg. Und das bei vollem Einsatz von Heizung oder Klimaanlage.

Der Traum der E-Auto-Wende, er scheint ausgeträumt

Das gerne in Hochglanzprospekten gefeierte Transformationsmärchen, das unterm Strich der deutschen Autoindustrie womöglich sogar noch mehr Arbeitsplätze beschern könnte, das scheint jetzt jedenfalls harsch ausgeträumt. Und entpuppt sich jetzt insbesondere für die Arbeitnehmer hierzulande - wie jetzt bei Bosch - zum blanken Albtraum: denn die Konzerne fliehen bereits jetzt massenhaft vor den immer strengeren EU-Regularien und auch weiter explodierenden Energiekosten, und wir alle werden am Ende statt Autos aus Wolfsburg oder Dingolfing Autos Made in China kaufen. Ein Albtraum, an dem gerade auch die deutschen Industriemanager mit ihrer hingebungsvollen Haltung zur Transformation in den letzten Jahren ihren Anteil haben.

Das langsame Erwachen, wie auch jetzt beim Bosch-Chef Stefan Hartung, kommt wohl aber zu spät. "Wir können den Kunden das Verbrenner-Aus nicht aufzwingen", sagte der Bosch-Chef jetzt in einem Podcast, während die komplett verunsicherte deutsche Autoindustrie noch immer nach einem schlüssigen Konzept sucht. Alles auf Elektro? Verbrenner weiter entwickeln, vielleicht sind E-Fuels die Lösung? Oder doch Hybride? Oder Fahrzeuge betrieben mit grünem Wasserstoff, was dann aber wirklich reinste Zukunftsmusik wäre?

Während die deutsche Ampel-Regierung trotz des bereits begonnenen Desasters weiter eisern am Elektro-Plan festhält, erscheinen übrigens auch die Gewerkschaften mehr als planlos: Unter der Woche sollen ihre Mitglieder zu Tausenden gegen den Stellenabbau bei den Automobilzulieferern protestieren, am Wochenende dann bei den Gegen-Rechts-Demos für die Ampel mitlaufen.

Also für die Regierung, die Deutschlands wichtigste Industrie mit ihrer strikten Anti-Verbrenner-Politik in den Abgrund führt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 25. März 2024: >>**Klima-Urteil: Rechtsbeugung in Karlsruhe?**

Von *Sven Reuth*

Das sogenannte Klimaschutz-Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2021, das vor fast genau drei Jahren erging, ist eine der Ursachen für die derzeitige rasende Talfahrt der deutschen Volkswirtschaft. Der Richter Detlev Plath hat nun recherchiert, daß vermutlich ein hessischer Grünen-Politiker maßgeblichen Einfluß auf das Urteil genommen hat. Mit seinem Buch "Freispruch für CO2" bringt der frühere ZDF-Meteorologe Wolfgang Thüne das Kartenhaus der Klima-Ideologen zum Einsturz. ...

Muß man die Verfassung bald nicht nur vor dem Verfassungsschutz, sondern auch vor dem Bundesverfassungsgericht schützen? Diese ernste Frage stellt sich angesichts diverser Karlsruher Volten immer drängender. Insbesondere die höchst fragwürdige Corona-Politik der Bundesregierung wurde von den höchsten Richtern Deutschlands nur noch durchgewunken, aber gar nicht mehr ernsthaft überprüft.

Karlsruhe als illegitime Nebenregierung

Ein Dammbbruch war auch das sogenannte Klimaschutz-Urteil, das am 24. März 2021 vor fast genau drei Jahren erging. In dem Urteil monieren die Verfassungsrichter das angebliche Fehlen ausreichend detaillierter Vorgaben zur Emissionsminderung in dem 2019 erlassenen Klimaschutzgesetz des Bundes.

Damit mußten sich die Karlsruher Richter die Rolle einer demokratisch nicht legitimierten Nebenregierung an, die sich in Details der Umweltgesetzgebung einmischt. Man kann es nur noch als absurd bezeichnen: Während das Verfassungsgericht sich einerseits außerstande sah, die Grundrechte der Bürger im Zuge der Corona-Pandemie wirksam zu schützen, griff es an

anderen Stellen mit großer Regelungswut in Bereiche ein, die eigentlich dem Parlament oder der Regierung unterliegen.

Der Rechtsanwalt Gerhard Strate bezeichnete in einem Cicero-Artikel aus dem Jahr 2021 den Richterspruch als "lautlose Bombe, deren verheerende Auswirkungen uns noch viele Jahre begleiten werden". Damit lag er wohl genau richtig. Der Richter Detlev Plath legte nun in einem Artikel für das Magazin Tichys Einblick nach und stellt sogar die These in den Raum, daß es sich bei dem umstrittenen Karlsruher Urteil zum sogenannten Klimaschutz sogar möglicherweise um einen Fall von Rechtsbeugung handeln könnte.

Bruch mit zahlreichen Rechtsprinzipien

Zunächst kritisiert Plath, daß das Urteil ein in negativer Hinsicht herausragender Sonderfall in der Geschichte der Rechtsprechung des höchsten deutschen Gerichts sei. Er bemerkt dazu:

"Im Rahmen dieses Beschlusses brach das Bundesverfassungsgericht mit wesentlichen Teilen seiner gesamten bisherigen Rechtsprechung, u.a. mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, und stellte, was eine Ungeheuerlichkeit ist, die Grundrechte quasi unter einen Klimavorbehalt nach Art. 20a Grundgesetz, daß also die Grundrechte der heute Lebenden zum Schutz des Klimas eingeschränkt werden dürften."

Unverhältnismäßig sei es beispielsweise, daß Deutschland nur für zwei Prozent der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich sei, die Regierung aber für das Ziel der Senkung der nationalen CO₂-Emissionen ohne mit der Wimper zu zucken die nationale Energie- und die Automobilwirtschaft auf dem Altar des sogenannten Klimaschutzes opfere.

Welche Rolle spielte Bastian Bergerhoff?

Weiter merkt Plath kritisch an, daß mit dem Urteil neue Rechtsinstitute geschaffen wurden, so die Möglichkeit, mit Verfassungsbeschwerden unmittelbar gegen ein Gesetz klagen zu können oder die Berücksichtigung von Rechten noch gar nicht geborener Personen.

Das Bundesverfassungsgericht, so Plath, habe beim Erlaß dieses Urteils mit zahlreichen fundamentalen Rechtsprinzipien gebrochen und es stelle sich die Frage, wieso dies geschehen sei. Plath macht darauf aufmerksam, daß die für das damalige Verfahren zuständige Richterin Gabriele Britz als Berichterstatteerin maßgeblichen Einfluß auf das Urteil genommen habe. Dabei habe die mittlerweile beim Bundesverfassungsgericht ausgeschiedene Britz lauth Plath aber "sorgsam verheimlicht", daß sie mit dem hessischen Grünen-Politiker Bastian Bergerhoff verheiratet ist, der als "graue Eminenz" und "heimlicher Herrscher" (Frankfurter Rundschau) der Grünen in Frankfurt gilt.

Man müsse vermuten, daß Bergerhoff, seit 2021 Kämmerer sowie Dezernent für Finanzen, Beteiligungen und Personal der Stadt Frankfurt am Main, entscheidenden Einfluß auf das Urteil genommen habe. Entscheidende Eckpunkte des Urteils tauchten nämlich schon vier Monate vor dessen Verkündung in einem von Bergerhoff verfaßten Positionspapier mit dem Titel "2021 - ein Jahr des Wandels" auf.

"Sehr einseitige naturwissenschaftliche Bewertung"

Die skandalösen Vorgänge rund um das Klimaschutz-Urteil des Bundesverfassungsgerichts zeigen: Gerade Deutschland sollte sehr vorsichtig sein, wenn es anderen EU-Ländern angeblich bestehende Defizite auf dem Feld der Gewaltenteilung vorwirft.

Weiter stellt Plath im Rückblick auf das damalige Urteil fest:

"Sehr einseitig war auch die naturwissenschaftliche Bewertung der aktuell zu beobachtenden Klima-Erwärmung. In dem Beschluß heißt es, die derzeit zu beobachtende Erderwärmung beruhe nach 'nahezu einhelliger' wissenschaftlicher Ansicht im Wesentlichen auf der durch anthropogene Emissionen hervorgerufenen Veränderung des Stoffhaushaltes der Atmosphäre. Es drohe eine Klimakatastrophe. Diese Aussage war einseitig und falsch. Es ist in der Wissenschaft durchaus umstritten, ob die jetzige Erderwärmung allein durch das menschengemachte CO₂ verursacht wird, oder ob das nur zu einem geringen Anteil der Fall ist und die jetzige

Erwärmung auch andere, natürliche Ursachen hat."

Solche kritischen Stimmen zahlreicher Naturwissenschaftler zu den gängigen Treibhaus-Effekt-Theorien werden in Deutschland leider aber schon lange verschwiegen.

COMPACT beteiligt sich allerdings nicht an diesem Schweigekartell. Mit seinem Buch "Freispruch für CO2" bringt der frühere ZDF-Meteorologe Wolfgang Thüne das Kartenhaus der Klima-Ideologen zum Einsturz.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 29. März 2024 (x1.361/...):
>>Gewinneinbruch um 92 Prozent: Vegan-Strategie der Rügenwalder Mühle geht nicht auf

Die Rügenwalder Mühle hat kürzlich den Jahresabschlußbericht für 2022 veröffentlicht. Demnach sind die Gewinne des Konzerns deutlich eingebrochen. Nun steht die Rügenwalder Mühle vor dem Verkauf. Viele führen die Krise des Unternehmens auf die zunehmende Fokussierung auf vegetarische und vegane Produkte zurück.

Jonas Aston

Der Fleischkonzern Rügenwalder Mühle befindet sich in einer schweren Krise. Aus dem kürzlich veröffentlichten Jahresabschlußbericht von 2022 geht hervor, daß das Betriebsergebnis des Unternehmens um 90 Prozent auf 1 Millionen Euro und das Jahresergebnis um 92 Prozent auf 690.000 Euro geschrumpft ist. Als Gründe benennt der Konzern gegenüber lebensmittelzeitung.de, daß man Probleme mit Lieferketten und der Verfügbarkeit von Rohstoffen habe. Doch auch die allgemeinen Kostensteigerungen und die Kaufzurückhaltung der Kunden habe dem Unternehmen zugesetzt.

Nun steht die Rügenwalder Mühle sogar vor dem Verkauf. Bereits seit vergangenem Jahr wird die Übernahme durch den Nahrungsmittelkonzern Pfeifer & Langen vorbereitet. Nun hat die Europäische Union grünes Licht gegeben. Zu Pfeifer & Langen gehören Marken wie Diamant Zucker, funny-frisch und Chio Chips. Im Fleisch- und Wurstwarenssektor ist der Konzern bisher nicht größer in Erscheinung getreten. Konkrete Zahlen für die Übernahme wurden bisher nicht genannt. Pfeifer & Langen soll jedoch zugesagt haben, keine Mitarbeiter zu entlassen und das aktuelle Management beizubehalten.

Immerhin konnte die Rügenwalder Mühle dem letzten Jahreswirtschaftsbericht zufolge beim Umsatz leicht zulegen. Dieser stieg um 5,3 Prozent auf 277,6 Millionen Euro. Dies ist jedoch nicht einem höheren Absatz, sondern schlicht höheren Verkaufspreisen geschuldet. Der Absatz liegt ähnlich wie im Vorjahr bei rund 34.700 Tonnen. Da die Gewinne jedoch deutlich zurückgegangen sind, muß konstatiert werden, daß die Rügenwalder Mühle deutlich ineffizienter gewirtschaftet hat. Das Management hat offenbar die Sorge umgetrieben, sich nicht mehr aus eigener Kraft finanzieren zu können.

Die Krise der Rügenwalder Mühle führen viele dabei nicht nur auf äußere Faktoren, sondern vor allem auf die Unternehmensstrategie zurück. Die Rügenwalder Mühle setzt zunehmend auf die Herstellung von vegetarischen und veganen Produkten. Ihr (einstmaliges)Kerngeschäft - die Herstellung von Fleischwaren - werde hingegen zunehmend vernachlässigt.

Erst kürzlich teilte der Konzern mit, daß der Klassiker "Schinken Spicker" nicht mehr produziert wird. Stattdessen wird nun nur noch die vegane Alternative des Produkts angeboten. Laut dem Geschäftsführer Michael Hähnel sei dies Teil einer langfristigen Entwicklung. "Diesen Kurs wollen wir weiter aktiv fortsetzen" so Hähnel. Man wollte auch mit Werbesprüchen wie "Gendern ist wie Wurst ohne Fleisch: Fortschrittlich" punkten. Das gelang offensichtlich nicht.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 30. März 2024 (x1.362/...):
>>Klima - Der Film (Die kalte Wahrheit)

"Klima", ein Film, der den Klimaalarm und die dunklen Kräfte hinter dem angeblichen Klimakonsens entlarvt. Ansehen, runterladen, verbreiten - bevor der die Dokumentation zensiert

wird!

Climate - The Movie steht online kostenlos zur Verfügung. Sie finden den Film z.B. auf Rumble und Odysee. Vielleicht auch noch auf YouTube. Das Werk stößt erwartbar auf Gegenwind, dazu gehören Versuche, dort interviewte Wissenschaftler zu diskreditieren. Oder z.B. ein Aufruf von einem Prof. Eliot Jacobson, das Video zwecks Löschung massenhaft zu melden. Autor und Produzent Martin Durkin: "In der Hölle ist eine eigene Ecke all den glatten, eigennützigen, rückgratlosen Wissenschaftlern vorbehalten, die sich zusammentun, um andere Wissenschaftler zu zensieren."

Inhalt:

"Climate The Movie" verspricht, was der Titel sagt: die kalte Wahrheit präsentieren. Er gibt einen guten Überblick darüber, wie es dazu kam, daß der Klimawandel den aktuellen politischen Diskurs beherrscht. Es kommen eine Reihe prominenter Wissenschaftler, Physiker, Klimatologen und Patrick Moore, der Gründer von Greenpeace, zu Wort, die es gewagt haben, den vorherrschenden Konsens, daß die Wissenschaft feststeht, zu bestreiten.

In dem Dokumentarfilm werden die vier anderen, zuverlässigeren Meßmethoden für Temperaturveränderungen (ländliche Oberflächenstationen, Ozeanpegel, Satellitenmessungen und atmosphärische Ballons) genauestens beschrieben, um zu zeigen, daß alle IPCC-Berichte und -Modelle größtenteils auf Standorten beruhen, die im Laufe der Zeit durch die Verstädterung überflutet wurden und daher durch den städtischen Wärmeinseleffekt verzerrt werden.

Die vier Methoden bestätigen nur einen leichten Temperaturanstieg, und dies wird neben den langfristigen historischen Aufzeichnungen, die Jahrhunderte zurückreichen, und den Baumring- und Eiskernuntersuchungen, die Jahrtausende zurückreichen, berichtet, um zu zeigen, daß es schon einmal wärmer war, als es noch keine industrielle Produktion gab, die dafür verantwortlich war.

Schließlich wurden viele aktuelle Medienmythen und Obsessionen entlarvt, darunter die Tatsache, daß es keine Zunahme von Wirbelstürmen und Stürmen gibt, daß die täglichen Temperaturen in den 1930er Jahren heißer waren als in jüngster Zeit und daß es heute deutlich weniger Waldbrände gibt als in den 20er und 30er Jahren.

Die Art und Weise, wie prominente Wissenschaftler, Umweltschützer, Politiker und die Medien die Wahrheit verzerren und verdrehen, um die Massen zu manipulieren, damit sie alle Einschränkungen des Lebensstils und die eskalierenden Kosten der Durchsetzung von Netto-Nullenergie akzeptieren, wird auf dramatische Weise dargelegt.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28593" berichtete am 1. April 2024 (x1.366/...): >>>**Klima-Konsens unter der Lupe**

Allerorts wird von offizieller Seite verkündet, daß in der Wissenschaft zu 97 % Einigkeit zum menschengemachten Klimawandel herrsche. Ursache: der CO₂-Anstieg. Als Beleg dient die sogenannte Cook-Studie. Ausgerechnet unter den zitierten Wissenschaftlern löste diese jedoch einen Sturm der Entrüstung aus! Unwissenschaftlich, nicht korrekt, irreführend, manipulativ seien ihre Arbeiten eingeordnet worden!

Am 1. März gingen wieder viele Menschen aus Sorge um das Klima auf die Straße. Die Ursache für zunehmende Dürren, langanhaltende Hitze, Überschwemmungen, Baumsterben, Artensterben usw. sehen viele in der Erderwärmung durch zu hohen CO₂-Ausstoß. Andere Ursachen werden weitgehend ausgeklammert. Sie seien unwissenschaftlich. Die Wissenschaft sei sich zu 97 % einig zum CO₂-verursachten Klimawandel. Doch woher kommt diese Zahl? Im Folgenden sehen Sie die gekürzte Fassung der Sendung: "97 % Einigkeit unter Wissenschaftlern zum menschengemachten Klimawandel - Fakt oder Fake?"

1. Die Analyse der wissenschaftlichen Arbeiten zum menschengemachten Klimawandel - von John Cook et al. - unter der Lupe

Es handelt sich um die Arbeit "Quantifying the consensus on anthropogenic global warming

in the scientific literature" (Quantifizierung des Konsenses über die anthropogene globale Erwärmung in der wissenschaftlichen Literatur) von dem Kognitionspsychologen John Cook aus dem Jahr 2013, eine sogenannte Metaanalyse (statistische Auswertung einer großen Sammlung von Einzelstudien).

Cook und seine Mitarbeiter haben darin 11.944 Studien zum Thema Klima und Umwelt aus den Jahren 1991 bis 2011 daraufhin untersucht, ob die Autoren dem Menschen die Schuld am Klimawandel geben, oder nicht. Und als Ergebnis hat Cook präsentiert, daß sich 97 % der Studien und Arbeiten einig wären, daß der Mensch an allem schuld sei. Die Wahrheit aber ist: Es sind ganze 0,54 Prozent der Arbeiten der Meinung, daß der Mensch auch nur zu mindestens 50 Prozent am Klimawandel schuld ist!

Wie kann nun John Cook im Ergebnis zu einem Anteil von etwa 97 % Zustimmung kommen? Schließlich hat er selbst doch in der Zusammenfassung seiner Analyse, dem sogenannten "Abstract", geschrieben, daß von allen untersuchten Studien 66,4 % gar keine Stellungnahme zur These des menschengemachten Klimawandels enthielten!

Bei genauer Analyse seiner Studie stellt man fest: Schon die Einteilung, die Cook vorgenommen hatte, war manipulativ! Anhand der Frage, ob darin Stellungnahmen zur These des menschengemachten Klimawandels abgegeben wurden, sortierten Cook und seine Mitarbeiter die knapp 12.000 Arbeiten in sieben Kategorien ein.

Kategorie 1 lautete, der Mensch sei zu über 50 Prozent für den Klimawandel verantwortlich. Kategorie 2 machte zwar den Menschen verantwortlich, legte sich aber nicht darauf fest, wie stark der Mensch das Klima beeinflusst.

Kategorie 3 machte den Menschen wenigstens ein bißchen verantwortlich.

Kategorie 4 äußerte sich nicht zum menschlichen Einfluß auf das Klima.

Kategorie 5 sprach sich eher gegen den menschlichen Einfluß aus.

Kategorie 6 sprach sich etwas deutlicher gegen den menschlichen Einfluß aus.

Kategorie 7 sprach sich gegen den menschlichen Einfluß aus und sagte, der menschliche Einfluß liege bei weniger als 50 Prozent.

Man sieht also, daß es eigentlich nur drei Kategorien geben dürfte: Kategorie A: Der Mensch ist zu über 50 Prozent verantwortlich, Kategorie B: Keine Angabe über den menschlichen Einfluß, Kategorie C: Der Mensch ist zu weniger als 50 Prozent verantwortlich. Wenn sich aus einer Arbeit nicht ableiten läßt, ob der menschliche Einfluß bei über oder unter 50 Prozent liegt, dann trifft diese Studie keine klare Aussage und gehört eigentlich in die Kategorie "keine Angabe". Da die übrigen 4 Kategorien ohne klare Prozentangaben sind, kann man hier alle Arbeiten mit unklaren Aussagen nach Belieben einsortieren, was der Manipulation Tür und Tor öffnet.

Kommen wir nun zu den Ergebnissen und zu den mathematischen Tricks, die aus 0,54 Prozent am Ende 97 Prozent gemacht haben.

Hier sind die Rohdaten der Cook-Studie - die übrigens in Cooks Metaanalyse gar nicht enthalten sind, man muß sie sich erst mühsam zusammensuchen:

Kategorie 1: 64 Arbeiten, also 0,54 %

Kategorie 2: 922 Arbeiten, also 7,72 %

Kategorie 3: 2.910 Arbeiten, also 24,36 %

Kategorie 4: 7.970 Arbeiten, also 66,73 %

Kategorie 5: 54 Arbeiten, also 0,45 %

Kategorie 6: 15 Arbeiten, also 0,13 %

Kategorie 7: 9 Arbeiten, also 0,08 %

Cook ließ nun einfach alle Studien unter den Tisch fallen, die keine Stellungnahme enthielten - und das waren 7.970 von insgesamt 11.944, also zwei Drittel aller Arbeiten! Cook hat also in Wahrheit nur ein Drittel aller Daten verarbeitet!

Aber auch dann sind ja immer noch nur 64 von 3.974 übrig gebliebenen Untersuchungen der Meinung, der Mensch sei zu über 50 Prozent für den Klimawandel verantwortlich.

Nun faßte Cook auch noch die Kategorien 1, 2 und 3 zu EINER zusammen und nannte diese "Zustimmung", obwohl sie aus unterschiedlichen Graden der Zustimmung bestanden - von "Ja, über 50 % Anteil" über "Ja, ohne Mengenangabe" bis zu einem "implizierten, stillschweigenden, Ja".

Das wären dann 3.896 Arbeiten insgesamt, die dem Menschen die Schuld geben. Und die 78 Arbeiten, die man in die Kategorien 5 bis 7 einsortiert hat, bestreiten das - das ist dann aber insgesamt nur ein verschwindend geringer Prozentsatz.

Und so kommt man auf 3.896 Arbeiten mit Zustimmung - aus den insgesamt noch übrigen 3.974 Arbeiten - und das ergibt dann 97 Prozent. Dabei enthielten ursprünglich nur ganze 64 Studien eine ausdrückliche Zustimmung zur These vom menschengemachten Klimawandel, und das waren 0,54 %.

2. Sturm der Entrüstung in der wissenschaftlichen Gemeinschaft

Angesichts solch dreister Zahlenmanipulationen brach in der wissenschaftlichen Gemeinschaft ein Sturm der Entrüstung los. Die Webseite Climatecite.com sammelte ganze 97 Artikel, Medienberichte und Blogbeiträge, die vernichtende Kritik an Cooks Analyse übten. Zitat: "Im Folgenden finden Sie eine Liste von 97 Artikeln, die Cooks (schlecht konzipierte, schlecht gestaltete und schlecht ausgeführte) 97-Prozent "Konsens-Studie" widerlegen. Die Tatsache, daß irgend jemand weiterhin solch fundiert entlarvten Unsinn wie Cooks Studie hervorbringt, ist eine Peinlichkeit für die Wissenschaft."

Wer sich in diese Diskussionen der Wissenschaftler vertiefen möchte, findet den Link dazu am Ende der Sendung, ebenso zu allen anderen genannten Quellen. Nachfolgend nur einige wenige Beispiele der kritischen Artikel:

Bereits am 21. Mai 2013, also 8 Tage nach Veröffentlichung von Cooks Analyse, erschien auf der Seite PopularTechnology.net ein Artikel mit Stellungnahmen einiger Wissenschaftler, deren Studien in Cooks Analyse verwendet wurden. Sie erklären, daß ihre Arbeiten in falsche Kategorien eingestuft worden seien. Hier zwei Beispiele:

Der Geograf Dr. Craig D. Idso, Vorsitzender des Center for the Study of Carbon Dioxide and Global Change schreibt: "Es wäre falsch zu behaupten, unser Papier sei eine Befürwortung der CO₂-induzierten globalen Erwärmung."

Dr. Nils-Axel Morner, emeritierter Professor für Paläogeophysik und Geodynamik an der Universität Stockholm, antwortet auf die Frage: "Ist dies eine genaue Darstellung Ihrer Arbeit?" - "Sicherlich nicht korrekt und sicherlich irreführend."

Der Wissenschaftsblogger Anthony Watts berichtete über die oben genannte Studie von Dr. Legates, der Cooks Arbeit wie folgt kommentierte: "Es ist erstaunlich, daß irgendein Journal eine Studie veröffentlichen konnte, in der ein Konsens von 97 % behauptet wird, wenn der eigenen Analyse des Autors zufolge der wirkliche Konsens weniger als 1 % betragen hat."

Der niederländische Professor für Klimaökonomie Richard Tol, ehemaliger Mitarbeiter und dann Kritiker des IPCC - dem Weltklimarat - kritisiert Cooks Arbeit ebenfalls heftig und hebt hervor, daß schon durch die Auswahl der Suchbegriffe wichtige wissenschaftliche Arbeiten nicht erfaßt worden seien.

Zudem findet es Tol nicht nachvollziehbar, daß von 122 Beiträgen, die er selbst im von Cook et al. untersuchten Zeitraum veröffentlicht hat, nur 10 ausgewählt wurden. 5 von diesen 10 ausgewählten Arbeiten wurden außerdem auch noch falsch klassifiziert - natürlich als Beiträge, die den menschengemachten Klimawandel stützen, nicht als solche, die ihn in Frage stellen, was die Beiträge von Tol aber tatsächlich tun.

Warum ist Cook so einflußreich?

Nun - einerseits betreibt er aggressives Marketing und kennt sich mit Suchmaschinen-

Optimierung aus.

Auch die Tatsache, daß Präsident Barack Obama von den zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten ausgerechnet Cooks Studie in einem Tweet zitierte, und zwar nur einen Tag nach Veröffentlichung, spricht für sich. Obama twitterte am 16. Mai 2013: "Siebenundneunzig Prozent der Wissenschaftler sind sich einig: #Klimawandel ist real, menschengemacht und gefährlich."

Dabei spielte er sozusagen "Stille Post", und hat wichtige Informationen einfach weggelassen: Aus den "97 % der Wissenschaftler, die überhaupt eine Stellungnahme abgeben", wurden - bei Obama - pauschal "97 % ALLER Wissenschaftler". Wir erinnern uns: Eigentlich hatten nur 33,6 % der von Cook untersuchten Studien überhaupt eine Stellungnahme zum menschengemachten Klimawandel abgegeben.

Wenn man nun die übrigen 66,4 % wegläßt, und diese 33,6 % als 100 % derer, die eine Stellungnahme abgaben, setzt, dann waren von diesen wiederum 97 % sich einig, daß der Klimawandel wahrscheinlich mehr oder weniger menschengemacht ist. (oder "menschengemacht sein könnte"?)

Aus "teilweise menschengemacht" wird pauschal "menschengemacht" - das klingt dann wie "zu 100 % menschengemacht". Und war von einer Gefahr in Cooks Studie überhaupt nicht die Rede, das hat Obama dazu erfunden!

Es entsteht der Eindruck, als ob Cook und seine Mitarbeiter mit allen Mitteln versucht haben, ein bestimmtes, vorgegebenes Ergebnis zu erzielen. Und in der Tat gab es schon im März 2012 - also noch vor dem Erscheinen von Cooks Metaanalyse - umfangreiche Pläne für das Marketing durch:

- Pressemitteilungen
- Mainstreammedien
- Klimakommunikatoren
- Blogger
- Klimaorganisationen
- Google
- Youtube-Videos und mehr

Wie kann man schon Marketing planen, während die Arbeit noch läuft? Auch die Tatsache, daß Cook seinen Klimaaktivisten-Blog schon seit 2007 betrieb, spricht dafür, daß das Ergebnis seiner Studie von vorneherein feststand. Er schrieb in seinem Forum ganz unverblümt: "Wir schlagen die Konsens-Trommel oft und regelmäßig."

Nun stellt sich die Frage: Wer hat ein Interesse daran, die Konsens-Trommel oft und regelmäßig zu schlagen? Soll dies vielleicht von anderen Gründen für die offensichtlichen Umweltprobleme ablenken? Sollte das CO₂ nicht das Problem sein - was dann?

Wenn Ihnen wirklich die Wiederherstellung unserer Umwelt am Herzen liegt, klammern Sie keine Thesen aus, prüfen Sie offen und vorurteilsfrei auch die Stimmen zahlreicher anderer Wissenschaftler, die sich gegen CO₂ als Hauptursache des Klimawandels aussprechen. In der Langversion dieser Sendung finden Sie dazu wichtige Petitionen sprich Stimmvereinigungen tausender Klimawissenschaftler.

In weiterführenden KLA.TV-Dokumentationen erhalten Sie Einblick in andere mögliche Ursachen für Umweltzerstörung und katastrophale Wetterlagen. So verfügt beispielsweise das Militär schon lange über wenig publizierte Technologien zur Wetterbeeinflussung. Von 2005 bis 2008 gab es im öffentlichen deutschen Fernsehen dazu bereits kritische Veröffentlichungen. Diese sind in unserer Zeit so kaum noch denkbar. Sehen Sie dazu folgende Sendung: (Bitte einblenden: www.kla.tv/23225 Wird das Wetter verrückt gespielt?)

Warum verschweigen Politik und Medien folgende Fakten?

1. Nato-Treibstoffe in unseren Flugzeugen sind schlecht fürs Klima. Darin wurden Alumini-

um, Barium, Beryllium, Blei, Kadmium, Chrom, Kobalt, Eisen, Kupfer, Molybdän, Natrium, Nickel, Strontium, Titanium, Vanadium, Zink und Zinn und deren Oxide nachgewiesen.

2. Es gibt keine Wettermanipulation? Die UNO hat 1978 ein UN-Abkommen zum Verbot der kriegerischen Nutzung von Wettermanipulationen und umweltverändernden Technik beschlossen.

3. Es existieren an die 1.000 Patente für Technologien zur Wettermanipulation - diese reichen bis ins Jahr 1892 zurück.

4. Mammutbäume in Kalifornien sind bis zu 3.000 Jahre alt und sterben jetzt plötzlich ab.

5. Schon 1947-1978 wurden 110 Wettermanipulationsprogramme im Kongress der USA vorgebracht und abgesegnet.

6. U.S. Air Force Dokument aus 1996 besagt "Wir besitzen das Wetter bis 2025". In diesem Dokument wird erklärt wie man dem 'Feind' durch Wetterbeeinflussung schaden und dem 'Freund' helfen kann.

7. Im US-Patent 4686605 wird genau beschrieben, wie man mit HAARP-Waffen auch Hitze oder Waldbrände erzeugen kann!

8. Militärische HAARP-Anlagen weltweit können jederzeit Erdbeben, Dürren, Stürme und Überschwemmungen auslösen, und zusammen mit Millionen Tonnen Nano-Cocktails sogar ganze Tsunamis.

Nie gehört? Lassen Sie sich nicht von gewichtigen Umweltzerstörern aus dem militärischen Bereich ablenken! Forschen Sie selber nach, wer die eigentlichen Umweltzerstörer und die großen Profiteure der Klimakrise sind! Nur wenn die Menschen das Gesamtbild sehen, läßt sich unsere Umwelt auf effektive Weise schützen! ...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 3. April 2024 (x1.376/...): >>**Mega-Flop E-Auto: 10 Mrd. Euro Steuergelder für ein Jahrhundert-Desaster verbrannt!**

Es wird immer offensichtlicher: Die E-Auto-Strategie der Bundesregierung ist auf ganzer Linie gescheitert! Zehn Milliarden Euro Fördermittel (Steuergelder) wurden dafür in acht Jahren verschleudert, wie aus der Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine AfD-Anfrage zur Elektro-Mobilität hervorgeht.

Die magere Stromer-Bilanz: Das Statistik-Portal "Statista" weist in Deutschland aktuell 1,4 Millionen zugelassene Elektroautos aus. Wenn die Bundesregierung also ihre bis 2030 vollmundig definierten Ziele erreichen will, muß sie in weniger als sechs Jahren mehr als 13 Millionen E-Autos auf die Straße bringen - und dies ab jetzt ohne staatliche Förderung.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Leif-Erik Holm, bilanziert: "Die Antwort der Bundesregierung zeigt die ganze Kopflosigkeit der E-Auto-Strategie. Hier wurde entgegen der Marktrealität ideologiegetrieben die E-Mobilität gefördert." Trotz Milliarden Euro Förderprämien habe die Bundesregierung das angestrebte Ziel an Neuzulassungen verfehlt. "Wie das nun ohne Förderprogramme klappen soll, ist schleierhaft", resümiert der AfD-Wirtschaftsexperte.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28652" berichtete am 3. April 2024 (x1.366/...): >>**Der "Great Lebensmittel-Reset" bedroht alle Menschen!**

Der Great Reset betrifft nicht nur die Industrie, sondern auch den Lebensmittelbereich. Mit extremen Folgen für unsere Lebensmittelversorgung und unseren Wohlstand. Die EU-weite Zulassung von Insekten in Lebensmitteln war dabei nur ein Dominostein. Einige wenige weltweit agierende Institutionen versuchen uns mit falschen Angaben in eine immer größere Abhängigkeit zu bringen. Höchste Zeit, diese globale Verschwörung aufzudecken.

Möchte eine Regierung oder Lobbyorganisation etwas an den bestehenden Regeln und Gesetzen ändern, begründet sie dies häufig mit dem "Klimawandel" und der angeblich nötigen CO2-Reduktion - vor allem, wenn davon auszugehen ist, daß es sonst Widerstand in der Bevölkerung gibt. - Über den Schwindel mit manipulierten Daten und gleichgeschalteten Aussa-

gen haben wir schon vielfach berichtet. Die Behauptungen der Vereinten Nationen in Bezug auf den menschengemachten Klimawandel sind auch umfassend widerlegt, wie z.B. durch die World Climate Declaration der Climate Intelligence Foundation (Clintel).

Deren fundiert begründete Erklärung, daß es keinen Klimanotstand gibt, haben 1.500 der weltweit führenden Klimawissenschaftler und Fachleute in über 30 Ländern unterzeichnet. - Massiv wirken sich hingegen die vielfältigen Wettermanipulationen aus. Diese sind aber auch nicht von der breiten Masse der Bevölkerung verursacht, sondern von einigen wenigen Superreichen und den Regierungen. Lange als Verschwörungstheorie diffamiert, lassen sich jedoch die Fakten nicht mehr leugnen. Hintergründe darüber offenbaren zum Beispiel der Vortrag von Dr. Philipp Zeller über Wetter-Manipulationen und die Doku "Geheimwaffe Wettermanipulation". -

Auch das Totschlagargument CO₂ ist mehr als grotesk, insbesondere wenn es um Ernährung und Umwelt geht. Dieses lebensnotwendige Gas läßt nämlich Pflanzen besser gedeihen, weshalb viele Landwirte ihre Gewächshäuser extra damit begasen. - Bereits bei einem nur um 0,03-Prozentpunkte erhöhten CO₂-Wert steigen die Erträge je nach Pflanze zwischen 40 % und 80 %. Zudem werden die Pflanzen widerstandsfähiger gegen Schädlinge und benötigen weniger Wasser, sodaß sie auch in trockeneren Gebieten angebaut werden können. Dort, wo der CO₂-Gehalt in der Luft steigt, gehen auch die Wüsten zurück.

In Anbetracht dieser Fakten - sowohl durch die zusätzlichen Erträge von Lebensmitteln als auch für die Umwelt durch die Begrünung von Wüsten - wundert die Forderung nach einer CO₂-Reduktion sehr.

Ausgerechnet diejenigen, die angeblich an unserem Wohlergehen interessiert sind und die globalen Ernährungsprobleme lösen möchten, bringen CO₂ in Verruf. Kann es wirklich sein, daß diesen reichen und mächtigen Organisationen und Multimilliardären die Wichtigkeit von CO₂ für das Pflanzenwachstum und damit der bestehende Widerspruch in ihrer offiziellen Agenda nicht bekannt ist? Mehr als unwahrscheinlich! Höchste Zeit, die wahren Absichten und Interessen einiger dieser Akteure aufzudecken.

1. Das Weltwirtschaftsforum WEF

Bei einer Podiumsdiskussion des WEF wurde in Verbindung mit Landwirtschaft und Energieerzeugung ganz offen von "Ökozid" - also Umweltmord - gesprochen. Jojo Mehta, Geschäftsführerin von Stop Ecocide International, will mit dieser Organisation dafür sorgen, daß die Arbeit der Landwirtschafts- und Energie-Branche "rechtlich als schweres Verbrechen" anerkannt werde. Ähnlich dem Völkermord soll dieser "Umweltmord" vor dem Internationalen Strafgerichtshof geahndet werden.

Solche Forderungen, die natürliche Lebensmittelversorgung abzuschaffen, sind beim WEF nicht neu. Seit Jahren propagieren Vertreter des WEF einen Plan zur Umgestaltung der globalen Lebensmittel- und Agrarindustrie sowie der menschlichen Ernährung. Mit gentechnisch veränderten Organismen, im Labor hergestellten Produkten und Insekten als Nahrungsbestandteil sollen Hunger und Krankheiten verringert und der Klimawandel eingedämmt werden.

Dazu veröffentlicht das WEF schon seit Jahren entsprechende Absichtserklärungen und Artikel. Im November 2016 wurden die "8 Prognosen für die Welt im Jahr 2030" veröffentlicht. Die bekannteste Aussage davon ist: "Du wirst nichts besitzen und Du wirst glücklich sein." Mit einer der Vorhersagen postulierte das WEF auch, daß wir viel weniger Fleisch essen werden und dies zum Wohle der Umwelt und unserer Gesundheit kein Grundnahrungsmittel mehr sein soll. -

Damit diese Agenda funktionieren kann, müssen alternative Proteinquellen her. Auserkoren wurden dafür Insekten, mit deren Proteinen auch synthetisches Fleisch hergestellt werden kann. In der Folge sollen jetzt kontinuierlich Insekten als Nahrungsmittel "gesellschaftsfähig"

gemacht werden:

- Januar 2021: "Insekten könnten bald auf den Speisekarten der europäischen Restaurants auftauchen"
- Juli 2021: "Warum wir den Insekten die Rolle zugestehen müssen, die sie in unserem Lebensmittelsystem verdienen"
- Februar 2022: "5 Gründe, warum der Verzehr von Insekten den Klimawandel eindämmen könnte" ... und: inzwischen sind in der EU einige Insekten und Insektenprodukte in Lebensmitteln zugelassen. Darüber und die damit verbundenen Risiken haben wir in der Akte "Insekten in Lebensmitteln" berichtet.

Abgesehen vom jährlichen WEF-Meeting, bei dem sich in Davos Wirtschaftsführer, Politiker und Medienvertreter treffen, wird das WEF in der Öffentlichkeit nur selten wahrgenommen und deshalb meist unterschätzt. Der enorme Einfluß resultiert daher, daß die größten Akteure in den Bereichen Datenerfassung, Telekommunikation, Finanzen, Lebensmittelindustrie, Pharma und Biotechnologie zu den Partnerorganisationen des WEF gehören.

In vielen Regierungen dieser Welt und leitenden Funktionen großer Konzerne sitzen zudem die Absolventen des Global Young Leader-Programms des WEF. Politiker wie der deutsche Landwirtschaftsminister Cem Özdemir, Außenministerin Annalena Baerbock oder der französische Präsident Emmanuel Macron; Konzernchefs wie Marc Zuckerberg von Meta/Facebook, Jack Ma von Alibaba, Jeff Bezos von Amazon, Elon Musk von X vormals Twitter, Tesla und SpaceX oder Bill Gates von Microsoft und der Bill and Melinda Gates Foundation, Meinungsbildende Journalisten wie Mathias Döpfner von Axel Springer, Sandra Maischberger oder CNN-Medizinanalystin Leana Wen; Promis wie der Schauspieler Leonardo DiCaprio oder Ivanka Trump, die Tochter von Ex-US-Präsident Donald Trump, sowie viele andere einflußreiche Personen. –

Durch dieses Netzwerk ist eine hochgradige Abstimmung und schnelle Umsetzung von Maßnahmen mit flankierender, medialer Stimmungsmache möglich. Was zu einer stetig zunehmenden Globalisierung führt und sowohl die Verbraucher als auch viele kleine Unternehmen immer mehr von multinationalen Konzernen abhängig macht.

2. Das EAT-Forum

Das EAT-Forum ist nach eigenen Angaben eine "wissenschaftsbasierte globale Plattform für die Transformation des Lebensmittelsystems". Unter anderem unterstützt es das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) bei der Erstellung neuer Ernährungsrichtlinien und bei Initiativen zur nachhaltigen Entwicklung.

Die Zusammenarbeit umfaßt eine Vielzahl an Firmen und Organisationen. EAT hat somit großen Einfluß auf viele Länder und Unternehmen. Bereits im Juni 2016 - also vor der Insekten-Zulassung durch die EU - durfte Kees Aarts, Gründer und CEO des Insektenproduktunternehmens Protix, beim "EAT Stockholm Food Forum" über die "Vorteile der Verwendung von Insekten als Proteinquelle" referieren.

Laut Frédéric Leroy, Professor für Lebensmittelwissenschaft und Biotechnologie an der Universität Brüssel, arbeitet das EAT-Netzwerk eng mit einigen der größten Fleischimitatoren zusammen, deren Ziel es ist, gesunde und nahrhafte Lebensmittel durch gentechnisch veränderte Laborkreationen zu ersetzen. Dazu sollen auch die Vorschriften für gentechnisch veränderte Lebensmittel entsprechend angepaßt werden, um z.B. die Möglichkeiten des Gen-Editing noch besser nutzen zu können. Den Einfluß des EAT-Forums verdeutlichen auch dessen strategische Partnerschaften, von denen wir nachfolgend vier kurz skizzieren.

Strategische Partner vom EAT-Forum:

- Nestlé, der weltgrößte Nahrungsmittelkonzern und das größte Industrieunternehmen der Schweiz, mit 275.000 Mitarbeitern weltweit, 300 Milliarden Euro Börsenwert und 94 Milliarden Euro Umsatz. Neben der Vielzahl von Produkten ist Nestlé vor allem wegen seiner Skan-

dale bekannt: Kinderarbeit, Menschenhandel, Zwangsarbeit, unerlaubte Preisabsprachen, die rücksichtslose Zerstörung des Regenwalds und die hemmungslose Ausbeutung der Trinkwasserressourcen, um dies als Flaschenwasser zu verkaufen. - Nestlé läßt fast nichts aus, um Profit zu machen.

- Danone, einer der großen international tätigen Nahrungsmittelkonzerne mit über 100.000 Mitarbeitern, ist ebenfalls für seine rücksichtslose Vorgehensweise bekannt. Versucht unter anderem, mit aggressiven Methoden Mütter vom Stillen abzuhalten, um seine Ersatzprodukte verkaufen zu können. Das Wasser für sein Produkt "Volvic" fördert Danone im Sommer auch bei extremer Wasserknappheit, wenn die regionalen Bürger und Bauern wegen des Wassernotstandes strenge Wassersparauflagen einhalten müssen.

- die Compass Group PLC, das mit 550.000 Mitarbeitern größte weltweit tätige Catering-Unternehmen, verkauft jährlich 5,5 Milliarden Mahlzeiten an private Unternehmen, Krankenhäuser, Altenheime und Schulen in 35 Ländern.

- Novo Nordisk A/S, ein dänisches Pharma-Unternehmen, das mit 59.000 Mitarbeitern weltweit im Bereich Diabetes und Blutgerinnungs-Medikamenten, sowie Hormontherapien tätig ist und 23,7 Milliarden Euro Umsatz erzielt. Eine Produktpalette, die insbesondere bei ernährungsbedingten Krankheiten und daraus resultierenden Problemen benötigt wird und lebenslang Folgeumsätze verspricht.

Bei solchen strategischen Partnern ist nicht zu erwarten, daß bei EAT die Belange von Kleinbauern und regionalen Lebensmittelunternehmen auch nur ansatzweise berücksichtigt werden. Es ist vielmehr davon auszugehen, daß die weitere globale Konzentration skrupellos vorangetrieben wird.

3. World Business Council for Sustainable Development (WBCSD)

Der "Weltwirtschaftsrat für Nachhaltige Entwicklung" ist eine von Vorständen multinationaler Unternehmen geführte Organisation, die deren Unternehmensinteressen auf der internationalen politischen Bühne vertritt. Bereits 2003 galt das WBCSD laut Weltbank als eines der einflußreichsten Foren für Unternehmen. Auch weitere Umfragen ergaben, daß das WBCSD nach der EU die wichtigste Institution ist und eine Hauptrolle bei der Einführung nachhaltiger Entwicklungspolitik spielt.

In deren Vision 2050: "Time to Transform" nennt das WBCSD seinen Schlüssel für die Zukunft: "Unternehmensinnovationen helfen eine Reihe von neuen, gesunden und nachhaltigen Proteinquellen zu entwickeln und zu skalieren, darunter solche, die auf Pflanzen, Insekten, Pilzen, aquatischen Organismen und im Labor gezüchtetem Fleisch basieren".

4. FreSH

FRéSH ist eine 2017 vom EAT-Forum und dem WBCSD ins Leben gerufene Initiative und steht für "Food Reform for Sustainability and Health" zu deutsch "Lebensmittelreform für Nachhaltigkeit und Gesundheit". FRéSH soll die Umgestaltung des Lebensmittelsystems vorantreiben und eine Reihe von Geschäftslösungen für den Wandel der Branche schaffen. Einer der Ansatzpunkte ist die Ernährungsumstellung zu angeblich nachhaltigem und für Verbraucher, Erzeuger, Landwirte und Unternehmen attraktivem Protein.

An diesem Projekt sind mehr als 30 Unternehmen beteiligt, die weltweit zu den jeweils größten und führenden Unternehmen ihrer Branchen gehören. Wie zum Beispiel die Lebensmittelkonzerne Nestlé, Danone, Kellogg's, PepsiCo, sowie Unilever, der Pharmakonzern BAYER, zu dem auch der Spritzmittelhersteller Monsanto gehört, der Chemiekonzern BASF mit den Geschäftsfeldern Spritzmittel, Biotechnologie und Gentherapie, der Agrartechnologiekonzern Syngenta, ein Spezialist für Saatgut und Pflanzenschutzmittel, der Handelskonzern Cargill mit Schwerpunkt Lebens- und Futtermittel und die Bühler AG, ein Komplettanbieter von Technologielösungen für die Produktion und Verarbeitung von Proteinen in Fleisch- und Fischersatzprodukten, der auch komplette Insektenanlagen baut. –

Die FreSH-Initiative vereint multinationale Konzerne, von denen viele um so besser verdienen, je schlechter die natürlichen Wachstumsbedingungen werden - wie zum Beispiel aufgrund eines geringeren CO₂-Gehalts. Denn dann sind deren Produkte und Dienstleistungen besonders gefragt und damit teuer. Die Interessenvertretung dieser Großkonzerne, von denen einige schon wiederholt durch Umweltskandale aufgefallen sind, wird mit Sicherheit nicht aktiv, um kleinbäuerliche, regionale Strukturen zu fördern oder gar den Schwindel, um das CO₂ aufzudecken.

Denn die Vorstände dieser Konzerne sind ihren Aktionären verpflichtet - und die wollen eine größtmögliche Rendite sehen. Mit ihren Werbekampagnen haben diese Konzerne auch deutlich mehr Einfluß auf die Mainstream-Medien und somit auch deren Berichterstattung als der örtliche Bauer, der höchstens alle paar Jahre per Kleinanzeige einen gebrauchten Schlepper verkauft.

Die heimtückische Vorgehensweise

Es gibt noch einige weitere Institutionen und Initiativen, die unsere Ernährungsgewohnheiten verändern möchten, wie zum Beispiel die Rockefeller Foundation oder Bill Gates, der von künstlicher Muttermilch über synthetisches Fleisch bis hin zu großen Ackerlandflächen in alles investiert, was Rendite bringt. Auf eine ausführliche Darstellung deren Machenschaften verzichten wir an dieser Stelle, da das Prinzip ähnlich wie bei den bereits dargestellten Organisationen ist. Etwas völlig Natürliches soll unter einer fadenscheinigen Begründung verboten und durch patentierbare, künstliche und genmanipulierte Laborprodukte ersetzt werden - mit der Folge, daß einige wenige Konzerne immer mehr Einfluß auf die Nahrungsmittelversorgung haben.

Das vergrößert deren Macht und sie werden immer reicher, die Bevölkerung zunehmend abhängiger und ärmer. - Die in diesem perfiden Spiel geforderte Reduktion von Fleisch ist eine Voraussetzung für die Umstellung auf das für Konzerne lukrative Insektenprotein. Das ist aber nicht nur gesundheitlich problematisch, Fleischersatzprodukte sind auch bei weitem nicht die Lösung, als die sie uns präsentiert werden. Ganz im Gegenteil, wie die Sendung "Frankensteins Buffet - der große Schwindel über Fleischersatzprodukte" sehr anschaulich zeigt. -

Weniger Fleisch aus Massentierhaltung wäre sicher wünschenswert, aber die Bestrebungen der multinationalen Konzerne und globalen Organisationen treffen vor allem die kleinen Bauernhöfe. Für diese bedeutet eine Reduktion oder gar die Abschaffung der Tiere, daß weniger Mist anfällt und dann mehr Kunstdünger gekauft werden muß.

Genau das Gegenteil von ökologischem Wirtschaften. Nutznießer sind wiederum die großen Agrarkonzerne, von den kleinen ökologisch arbeitenden Bauern werden aus Kostengründen immer mehr aufgeben müssen. Ohne deren regionale Lebensmittelversorgung sind alle Menschen von den multinationalen Konzernen abhängig.

Fazit

Da weltweit wider jeglicher Logik das CO₂ verteufelt und die mit großen gesundheitlichen Risiken behafteten Insekten als Lösung propagiert werden, ist von einer globalen Verschwörung von einigen Reichen und Mächtigen in Zusammenarbeit mit multinationalen Konzernen auszugehen. Was der Grund dafür sein dürfte, daß jeder mit einer anderen Meinung als Verschwörungstheoretiker diffamiert wird - und zwar von den Verschwörungspraktikern! - Lassen sich die Menschen nicht weiter mit der CO₂-Lüge in Angst und Schrecken halten, fällt das gesamte Kartenhaus dieser globalen Verschwörung zusammen.

Nicht nur bezüglich Insekten in Lebensmitteln, auch in vielen anderen Bereichen wie der Energie- und Verkehrspolitik, den geplanten 15-Minuten-Städten oder dem geplanten Aus von Öl- und Gasheizungen, um nur ein paar wenige zu nennen. -

Wollen wir Verbraucher nicht in die komplette Abhängigkeit geraten, müssen wir jetzt unseren Great Reset einleiten und entschieden NEIN sagen. NEIN zu hochverarbeiteten oder in-

sektenhaltigen Nahrungsmitteln, hin zu wirklich nachhaltigen und regionalen landwirtschaftlichen Produkten. Dann entstehen viele Probleme erst gar nicht, deren Lösung uns von den Lobbyorganisationen der Konzerne teuer verkauft werden.

Wie sagte einst Henry Kissinger: "Wer das Öl kontrolliert, kontrolliert die Nationen; wer die Lebensmittel kontrolliert, kontrolliert die Menschen." - Laßt uns ihnen die Kontrolle entziehen! Dabei kommt es auf jeden von uns an! Nur wer die Risiken kennt, kann diese vermeiden. Helfen Sie bitte mit, die hier entlarvten Machenschaften bekannt zu machen. Motivieren Sie ihre Freunde und Bekannte, ihr Einkaufsverhalten zu überdenken. Nur gemeinsam können wir weitere globale Fehlentwicklungen verhindern. Viel Erfolg bei Ihrem Mitwirken!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 16. April 2024 (x1.376/...): >>Elektroauto fackelt Einfamilienhaus ab - halbe Million Euro Schaden!

So etwas möchte niemand erleben: Mitten in der Nacht wacht ein Eigenheimbesitzer im baden-württembergischen Oberboihingen (Kreis Esslingen) von ungewohnter Hitzeentwicklung auf, hört das Feuer an der Fassade knistern, weckt seinen Sohn und flüchtet aus seinem Haus, das komplett abbrennt.

Der Brandstifter hat vier Räder: Ein E-Auto vom Typ Audi Q5 Hybrid, das aus noch ungeklärten Gründen in Flammen aufgegangen ist. Das Feuer griff vom Autostellplatz auf die Holzfasade des Wohnhauses und die Photovoltaikanlage auf dem Dach über. Den Schaden an dem erst vor zwölf Jahren errichteten Haus schätzt die Polizei auf mindestens 500.000 Euro.

Die Feuerwehr war machtlos: Die riesigen Akkupakete eines E-Autos sind nicht nur brandgefährlich, sondern mit herkömmlichen Mitteln kaum zu löschen, wenn sie denn einmal in Flammen stehen. Oft hilft nur, das ganze Fahrzeug in einem Wasserbecken zu versenken, um den Akku-Brand zu löschen. Photovoltaikanlagen stellen die Feuerwehren ebenfalls immer wieder vor beträchtliche Probleme beim Löschen.

Auch ohne Brandkatastrophen-Horror haben E-Auto-Besitzer auf Dauer vielfach wenig Freude am ökologisch korrekten fahrbaren Untersatz. Die begrenzte Haltbarkeit der Antriebsakkus läßt die Gebrauchtwagenpreise für E-Mobile in den Keller rauschen und treibt die Wartungsausgaben in die Höhe - und das bei ohnehin deutlich höheren Anschaffungskosten als beim Verbrenner.

Wegen des hohen Aufwands sind auch die Werkstattkosten und Mechanikerstunden deutlich teurer. Kein Wunder also, daß der Absatz der politisch erwünschten Fahrzeuge regelrecht einbricht und auch die Autovermieter sich beeilen, ihre Elektro-Flotten schnellstmöglich wieder loszuwerden.<<

Das Mitglie­dermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 19. April 2024 (x1.367/...): >>Ahrtalkatastrophe: Bittere Enttäuschung für Opfer, Hinterbliebene und Geschädigte!

Anläßlich der nicht stattfindenden Klageerhebung der Staatsanwaltschaft Koblenz gegen den ehemaligen Landrat des Landkreises Ahrweiler Jürgen Pföhler (CDU) in Verbindung mit seiner Rolle während der Ahrtalkatastrophe äußert sich Dr. Jan Bollinger, Fraktionsvorsitzender und Obmann der AfD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz im Untersuchungsausschuß "Flutkatastrophe", wie folgt:

"Die Entscheidung der Staatsanwaltschaft zur Einstellung des Verfahrens ist ein Schlag ins Gesicht für alle Opfer, Hinterbliebenen und Geschädigten. Politisches Versagen bleibt ungestraft, wenn man nur erklärt, daß die Konsequenzen des Nichthandelns unvorhersehbar waren. Wer gesetzliche Auflagen nicht erfüllt und dadurch die Einrichtung eines wirksamen Katastrophenschutzsystems versäumt, kann sich im Katastrophenfall mangels geeigneter Vorbereitung mit der Unvorhersehbarkeit der Ereignisse entlasten. Ein fatales Signal.

Die Argumentation der Staatsanwaltschaft, ein Hauptverfahren dürfe nur bei hinreichender Wahrscheinlichkeit einer Verurteilung vorgenommen werden, ist natürlich vom Prinzip her

richtig. Die zu Grunde liegende Annahme der angeblichen Unvorhersehbarkeit der Katastrophe und ihres Ausmaßes teilen wir angesichts mehrerer historischer Hochwässer mit teils noch höheren Abflusssmengen als 2021 nicht."

Dr. Bollinger weiter: "Bereits während der Sitzungen im Untersuchungsausschuß hat sich abgezeichnet, daß sich alle auf politischer Ebene Beteiligten mit der Begründung absoluter Unvorhersehbarkeit der Ereignisse aus der Verantwortung ziehen würden. Diese Sprachregelung rettet nun auch den ehemaligen CDU-Landrat, obwohl grundlegende Versäumnisse beim Hochwasserschutz bis hin auf die Ebene der Landesregierung von mehreren Stellen, siehe Gutachter, attestiert worden sind. Die Einstellung des Verfahrens gegen die Beschuldigten entlastet zwar jene, bewahrt aber auch die Landesregierung vor einer weiteren Beleuchtung ihrer Untätigkeit."

Dr. Bollinger abschließend: "Auf Grundlage der Vernehmungen und Gutachten des Untersuchungsausschusses sehen wir eine gravierende Verantwortung für den Verlauf der Flutkatastrophe bei der Landesregierung. Die Landesregierung hat bei der Einrichtung und der Durchsetzung eines wirksamen Hochwasserrisikomanagements, der Finanzierung und Organisation des Katastrophenschutzes und der Warnung und Unterstützung der kommunalen Entscheidungsträger im Vorfeld und während der Flutkatastrophe katastrophal versagt.

Spätestens, als sich das Unglück anbahnte, hätte jedoch der Landrat vor Ort als gesamtverantwortlicher Einsatzleiter für den Landkreis Ahrweiler tätig werden müssen. Er hätte seine Aufgabe ernst nehmen und als Mittelsmann zwischen seinem Zuständigkeitsbereich und den Landesinstitutionen fungieren müssen. Um den zahlreichen Opfern, den Verletzten und Geschädigten ordentlich Rechnung zu tragen, hätte ich ein rechtsstaatliches Verfahren begrüßt, denn hier wäre weitere Aufklärung möglich gewesen. Auch hätte ich mir durch das Verfahren gegen den Landrat neue Erkenntnisse in Bezug auf das Versagen der Landesregierung erhofft."<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28816" berichtete am 19. April 2024 (x1.366/...): >>>**Nahrung als Waffe**

Den Landwirten und den traditionellen Nahrungsmitteln wird durch die UN-Agenda 2030 von UNO, WHO und WEF der Kampf angesagt. Wasser soll in Zukunft nur noch mit einem elektronischen Geld-Code von der Zentralbank gekauft werden können. Nutztiere sollen auf Gentechnik basierende Impfungen erhalten. Nahrungsmitteln sollen schädliche Substanzen zugeführt werden. Informieren Sie sich mit der Sendung: "Nahrung als Waffe".

Derzeit sind die Proteste der deutschen, aber auch europäischen Bauern, in aller Munde.

UNO, WHO und WEF haben den Bauern sowie den traditionellen Nahrungsmitteln den Krieg angesagt. Durch ihre Agenda 2030, werden auch die Landwirte im Besonderen angegangen:

Ziel 2 der Agenda 2030 sieht angeblich vor: Den Hunger zu beenden, Ernährungssicherheit und eine verbesserte Ernährung zu erreichen sowie eine nachhaltige Landwirtschaft zu fördern. Zu beobachten ist jedoch, daß die natürliche, kleinbäuerliche Landwirtschaft zerstört wird, während gleichzeitig multinationale Konzerne durch eine industrielle Landwirtschaft sowie durch Gentechnik und Agrochemie immer mehr die weltweite Nahrungsmittelproduktion kontrollieren.

Ein Abriß des Essays "Nahrung als Waffe", des unabhängigen deutschen Autoren und Journalisten Tom-Oliver Regenauer zeigt auf, wie die Existenzgrundlage "Nahrung" schon in der Geschichte, und genauso auch heute als Waffe gegen die Menschheit eingesetzt wird:

Im Dezember 1974 verfaßte Henry Kissinger ein geheimes Strategiepapier für den "Nationalen Sicherheitsrat" der Vereinigten Staaten. Die von Kissinger skizzierte Strategie wurde im Jahr 1975 offizielle politische Leitlinie von Präsident Gerald Ford:

"... das Bevölkerungswachstum wird ernsthafte Auswirkungen auf den Bedarf an Nahrungsmitteln haben", liest man da. Daher müsse die Nahrungsmittelhilfe für die Entwicklungsländer

möglicherweise an obligatorische Sterilisationsprogramme oder Bevölkerungsreduktionsquoten geknüpft werden, folgert Kissinger. Dieser Gedankengang führt den in Diensten des einflußreichen Rockefeller-Clans stehenden Geostrategen wiederum zu der amoralischen Erkenntnis, daß Lebensmittel in solch einem Szenario zu einem wirksamen "Instrument nationaler Macht" avancieren. Er erklärt Nahrungsmittel zur Waffe. Dies ist allerdings kein neuer Gedanke.

Beispiele der vergangenen Geschichte:

Schon vor 3.000 Jahren belagerten die Griechen Troja, um es auszuhungern.

In Irland starben etwa eine Million Menschen, also zwölf Prozent der irischen Bevölkerung, infolge der großen Hungersnot 1845-1849. Primäre Auslöser waren nicht Mißernten oder eine neuartige Kartoffelfäule, sondern die von Hochfinanz und einzelnen Interessengruppen korrumpierte Politik der damaligen britischen Regierung.

Auf die Kappe der britischen Kolonialmacht ging auch der Tod von bis zu vier Millionen Indern während der Hungersnot in Bengalen im Jahre 1943. Im zweiten Weltkrieg starb während der 500 Tage andauernden Belagerung Leningrads über eine Million Menschen.

Auch Josef Stalin nutzte seine Macht, um mittels Nahrungsmittelverknappung die "Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik" in die Knie zu zwingen. Die von manchen als Genozid gewertete Hungersnot in den 1930er-Jahren, kostete drei bis vier Millionen Menschen das Leben. Kannibalismus war keine Seltenheit.

Unter Mao Zedong verhungerten zwischen 1958 und 1962 mindestens 24 Millionen Menschen. Seine Devise lautete: "Es ist besser, die Hälfte der Menschen sterben zu lassen, damit die andere Hälfte sich satt essen kann."

Aktuelle Entwicklungen:

In Anbetracht dieser Historie wäre es geradezu naiv anzunehmen, daß Nahrungsmittel im 21. Jahrhundert nicht als Waffe eingesetzt werden. Allerdings nicht mit Belagerung oder Vernichtung der gegnerischen Flotte, sondern mit Disruption, künstlicher Verknappung, Verunreinigung mit Giftstoffen, biotechnischen Zusätzen, genmanipulierten Rohstoffen etc.

Durch die Corona-Lockdowns und Ernteaufschläge im Ukrainekrieg entstanden massive Lieferengpässe und Versorgungslücken, vieles wurde sehr teuer, Familienbetriebe und Kleinunternehmen gingen bankrott.

Landwirte geraten aufgrund der "Green Economy", der Null-CO2-Agenda so unter Druck, daß sie den Auflagen und steigenden Kosten nicht nachkommen können und in ihrer Verzweiflung auf die Straße gehen. Marc Rutte (niederländischer Ministerpräsident) fuhr gegen die Bauernaufstände sogar militärisches Gerät auf!

Die ganze Nahrungsmittelindustrie soll transformiert werden, natürliche Zusatzstoffe zunehmend durch künstliche ersetzt werden. Prominentestes Beispiel dabei - Fleisch aus dem Labor. Seit vielen Jahren legen vor allem Bill Gates, mittlerweile größter Grundbesitzer der USA, und Google Ventures (eine Risikokapitalgesellschaft) viel Elan auf diesem Gebiet an den Tag. Gleichzeitig investiert Gates viel Geld in die Erforschung und Veränderung des "Mikrobioms", einem komplexen Ökosystem, daß unter dem Sammelbegriff "Darmflora" maßgeblich die Verdauungsprozesse steuert und vor allem im ersten Lebensjahr eines Kindes großen Einfluß auf dessen geistige und körperliche Entwicklung nimmt.

Damit will Gates - der konstant seine Bedenken hinsichtlich "Überbevölkerung" artikuliert - man höre! - Kindern in Entwicklungsländern helfen!!! Noch mulmiger darf einem in Anbetracht der Tatsache zumute sein, daß Nahrungsmittel in naher Zukunft mit mRNA- oder RNA-Zusatz ausgeliefert werden. Big-Pharma-Profiteure wie Bill Gates kündigen seit langem an, die experimentellen wie schädlichen Substanzen über Nahrungsmittel verteilen zu wollen, um diese so auch jenen Personen zuzuführen, die sich der COVID-Injektion verweigerten.

Unternehmen wie Bayer und BioNTech arbeiten seit über sechs Jahren an mRNA-Impfungen

für Nutzvieh. Der Wissenschaftler und Miterfinder der künstlich erzeugten mRNA-Technologie, Robert W. Malone, wies in diesem Zusammenhang darauf hin: Das Risiko für den Endverbraucher ist möglicherweise noch größer als bei den COVID-Injektionen. Die auf Gentechnik basierenden Impfungen sind also entgegen aller anderslautenden Fakten-Checks bereits im Einsatz. Sie laufen lediglich unter anderen Labels.

Zu alledem sollen in Zukunft genetisch veränderte Sporen (Bioengineered Spores) für die Kontrolle globaler Lieferketten sorgen. Mikroben werden als Überwachungsgeräte (Tracking Devices) benutzt. Dieser "DNA-Barcode", ist weder durch Hitze oder Kälte noch durch Waschen und Häckseln der Ware zu vernichten.

All diese Entwicklungen auf dem Gebiet der Nahrung machen aus dem menschlichen Organismus ein Schlachtfeld! Denn Nahrung kann und wird als Waffe benutzt werden. Ein Herrschaftsinstrument einzelner weniger im Hintergrund! Offensichtlich ist auch die EU ein Handlanger jener Herrschenden, denn sie engagiert sich für die "Regulierung" privater Nutztierhaltung und möchte den Eigenanbau von Nahrungsmitteln zusehends erschweren.

Angesichts der genannten Entwicklungen muß diese von langer Hand geplante Reduktion der Menschheit, ans Licht der Öffentlichkeit gerissen werden. Streuen Sie, liebe Zuschauer, auch diese Sendung so breit wie möglich! ...<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 21. April 2024 (x1.369/...):

>>**Die Fakten zu CO2**

Mehr CO2 ist nicht die Ursache, sondern die Folge der Erderwärmung. Ob das schädlich ist, ist völlig unbewiesen. Ursache für den CO2-Anstieg in der Luft sind höhere Meerestemperaturen, die im Wasser gelöstes CO2 freigeben.

von Prof. Dr. Ing. *Hans-Günter Appel*

Würde das Gas sich am Boden ansammeln, wäre Deutschland mit 85 cm CO2 bedeckt. Alles Leben würde in dieser Schicht ersticken. Zum Glück verteilt sich das CO2 durch Wind und Diffusion in der Atmosphäre weit unter die kritische Grenze von 5 Prozent, ab der deutliche Vergiftungserscheinungen auftreten.

Wenn das CO2 aus fossilen Brennstoffen aller Länder gleichmäßig auf der Oberfläche der Erde verteilt würde, ergäbe das immer noch eine Schicht von 8 cm pro Jahr. Verteilt in der Erdatmosphäre wäre das ein Zuwachs von etwa 10 ppm (parts per million) oder 0,001 Prozent.

Die Meere haben 50-mal mehr CO2 als die Atmosphäre

In den Meeren ist über 50-mal mehr CO2 gelöst als in der Luft. Die gelösten Gase im Meer und in der Luft stehen im Gleichgewicht. Sie haben den gleichen Partialdruck. Das heißt, wenn der CO2-Gehalt in der Luft durch Nutzung fossiler Brennstoffe steigt, wird bis auf 2 % das emittierte CO2 in den Meeren gelöst. Der Zuwachs an CO2 in der Luft liegt damit bei 0,2 ppm/Jahr. Das sind 2 CO2-Moleküle / 10.000.000 Luftmoleküle. Eine winzige Menge.

Die Nutzung fossiler Brennstoffe erhöht die CO2-Konzentration im System Wasser - Luft nur geringfügig. Dem stehen Verluste gegenüber. Der Pflanzenwuchs braucht viel CO2 aus der Luft und für Wasserpflanzen auch aus dem Wasser. Die meisten Pflanzen verwesen und geben dann das CO2 wieder frei.

Ein Teil wird aber von Erde bedeckt und bleibt als Torf, Kohle, Erdöl und Erdgas im Boden. Kalzium bindet CO2 zu Kalkstein und entzieht dem Wasser-Luft-System dauerhaft CO2 als Muscheln, Knochen und Korallen. CO2 wurde im Laufe der Erdgeschichte durch diese Depositionen in der Erde ständig weiter verringert. Ob die derzeitige Nutzung der fossilen Brennstoffe und das Brennen von Kalkstein diesen Prozeß stoppt oder gar umkehrt, ist offen.

Konzentration von Gasen im Wasser

Die Löslichkeit von Gasen im Wasser fällt mit steigender Temperatur. Mit anderen Worten, durch höhere Wassertemperaturen steigt der Partialdruck des in den Meeren gelösten CO2

über den Partialdruck in der Atmosphäre. CO₂ entweicht, bis die Partialdrücke wieder gleich sind. Maßgeblich für den Anstieg des CO₂ in der Atmosphäre dürften daher gestiegene Meerestemperaturen sein.

Mindestgehalt von CO₂ in der Luft für den Pflanzenwuchs?

CO₂ und Wasser sind die Grundstoffe für den Pflanzenwuchs. CO₂ wird über die Blätter aus der Luft gefischt. Das ist mühsam, denn es gibt nur 1 CO₂-Molekül unter 2500 Luftmolekülen. Einige Pflanzenfamilien haben durch diesen geringen Gehalt Wachstumseinbußen. Es muß gefragt werden, warum die Weltklimaretter bisher keine Angaben über den CO₂-Mindestgehalt in der Luft zur ausreichenden Ernährung von Mensch und Tier gemacht haben?

Fossile Brennstoffe sind nicht schädlich

Nach den genannten Daten führt die Verbrennung von Kohle, Erdgas und Erdöl zu keiner nennenswerten Änderung des CO₂-Anteils im System Meere - Atmosphäre der Erde. Der Einfluß der Menschen auf die Geo-Physik ist zu winzig. Ursache für den deutlichen CO₂-Anstieg in der Luft in den letzten 200 Jahren dürften weitgehend höhere Meerestemperaturen sein, die im Wasser gelöstes CO₂ freigeben. Politik und Forschung sollten sich verstärkt den Ursachen der Meererwärmung zuwenden, statt CO₂-Emissionen aus fossilen Brennstoffen zu verteuern. Denn dies ist ein Irrweg.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 22. April 2024: >>**Blamierte Klima-Chaoten: Schneechaos in Deutschland**

Von *Sven Reuth*

Es ist ein Wetter wie aus der Tiefkühltruhe und Deutschland bibbert im Dauerfrost. Die Frage ist nur: Wie machen die Staatsmeteorologen daraus den wärmsten April seit 125.000 Jahren?

...

Starke Schneefälle haben in den vergangenen Tagen zu teilweise chaotischen Verhältnissen in ganz Deutschland gesorgt - und das im letzten Monatsdrittel des April. Bei Kassel in Nordhessen war nach Angaben der Polizei die Autobahn 7 in Fahrtrichtung Norden gestern Vormittag aufgrund festgefahrener und liegengebliebener Fahrzeuge voll gesperrt.

Außerdem waren in der Region mehrere Bundes- und Landstraßen wegen umgestürzter Bäume blockiert. Bei einer Massenkarambolage bei Schneeglätte auf der Autobahn 70 in Oberfranken wurden am Samstag rund 20 Menschen verletzt. Mehr als 20 Fahrzeuge, darunter Autos und ein Fernbus, waren einer Polizeisprecherin zufolge am Samstagmorgen an dem Unfall beteiligt.

Schneechaos in Ostwestfalen

Die Alpen und die deutschen Mittelgebirge färben sich derweil wieder weiß. Teilweise wurden erhebliche Neuschneemengen gemessen. Spitzenreiter ist eine Wetterstation im oberbayerischen Kreuth-Glashütte (Landkreis Miesbach), wo 26 Zentimeter registriert wurden. Immerhin 16 Zentimeter in Bad Brambach-Hohendorf im Vogtlandkreis in Sachsen, in Bad Hindelang im Allgäu und in Borgentreich im Osten von Nordrhein-Westfalen.

Für die Station Borgentreich in der Warburger Börde, die seit 1979 besteht, sei dies der bislang höchste gemessene Wert für einen Apriltag, wie der Deutsche Wetterdienst mitteilte. Auch in niedrigeren Lagen wurden teilweise also kräftige Schneefälle gemessen. Gerade in Ostwestfalen fiel so viel Schnee, daß zahlreiche Bäume unter der Last zusammenklappten.

"Wir bekommen den Höllensommer des Jahrtausends"

In höheren Lagen in den deutschen Alpen kamen noch weit höhere Schneemengen zusammen. Am oberbayerischen Spitzingsee, der schon auf einer Höhe von knapp 1.100 Metern liegt, fielen an zwei Tagen 70 Zentimeter Neuschnee. Solche Zahlen sind ein Graus für die Klima-Apokalyptiker. Der Forensiker Mark Benecke, Vorsitzender von Die Partei in Nordrhein-Westfalen, der in den letzten Jahren auf zahlreichen Demonstrationen der Klima-Apokalyptiker von Extinction Rebellion sprach, erklärte beispielsweise erst noch vor einigen

Wochen in einem auf Youtube verbreiteten Video zu den weiteren Wetteraussichten für das laufende Jahr:

"Ich kann Ihnen aus den Erfahrungen der letzten Jahre mit fast völliger Sicherheit ... sagen, daß wir den Höllensommer des Jahrhunderts und Jahrtausends kriegen werden."

Wieso ein Forensiker und Biologe wie Benecke sich überhaupt zu solchen Vorhersagen hinreißen läßt, bleibt völlig unklar. Immer geht es darum, neue apokalyptische Szenarien und neue Hitzerekorde zu beschwören, um damit am Ende die Einführung eines dystopisch anmutenden Klima-Kommunismus begründen zu können. Teilweise übertreiben die Klima-Apokalyptiker aber so stark, daß man sie beim besten Willen nicht mehr Ernst nehmen kann.

Klima-Schabernack einer EU-Behörde

So rief der EU-Klimadienst Copernicus im vergangenen November das Jahr 2023 zum wärmsten seit 125.000 Jahren aus. Offenbar beteiligen sich auch Teile der Klimaforschung beim Wettbewerb um die üppigsten Fördergelder an einem fragwürdigen Rennen um die schaurigsten Klimaprognosen und -aussagen. Man fragt sich, wann die Ära der gnadenlosen Klima-Apokalyptik vorüber sein wird - und einem rationaleren Blick auf die Probleme weicht.

Mit seinem Buch "Freispruch für CO2" bringt der frühere ZDF-Meteorologe Wolfgang Thüne das Kartenhaus der Klima-Ideologen zum Einsturz.<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtete am 25. April 2024 (x1.372/...):

>>Ethikrat-Chefin Alena Buyx flüstert der Regierung den Klima-Sozialismus ein

Felix Perrefort

Der Ethikrat fordert in einer Stellungnahme "eine sozial-ökologische Transformation, die mit hohen investiven, materiellen wie immateriellen Kosten verbunden ist." Nötig sei eine "umfassende Transformation auf individueller wie gesellschaftlicher Ebene", die auch die "geltende Wirtschaftsordnung" betrifft. Innerhalb unserer "Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung" seien die Voraussetzungen für die Bekämpfung des Klimawandels "zu einem guten Teil nicht erfüllt".

NIUS zeigt anhand dieser Stellungnahme das Programm des Ethikrats auf: Er verlangt einen Klima-Ordnungsstaat, der die freie Marktwirtschaft und westliches Konsumverhalten niederhält. Demokratie und Freiheit sollen dem Klima-Dogmatismus weichen.

In einer fast 130 Seiten langen Stellungnahme mit dem Namen "Klimagerechtigkeit" schreibt der Ethikrat: "Wenn die eigene Freiheitsausübung in ungerechter Weise in die Freiheit und das Wohlergehen anderer, auch zukünftiger Generationen eingreift, beispielsweise durch klimaschädlichen Konsum, kann staatlich mit Freiheitseinschränkungen interveniert werden." Diese Worte sind nicht weniger als das Bekenntnis des Ethikrats zu einem harten Klima-Ordnungsstaat.

Dieses Gremium ist per Gesetz in die staatliche Struktur der Bundesrepublik eingelassen. Seine Forderungen haben - ob es einem gefällt oder nicht - politisches Gewicht.

"Prozesse demokratischer Meinungsbildung" sollen umgebaut werden

Der Ethikrat erhebt in seiner Stellungnahme zur Klimagerechtigkeit radikale Forderungen, die den Wesenskern der 1949 ausgerufenen Bundesrepublik Deutschland betreffen. Dies ist nicht auf die leichte Schulter zu nehmen: Der Ethikrat hat politische Macht. Wir haben erlebt, wie der Ethikrat mit den radikalsten Forderungen die Corona-Politik der Bundesregierung entscheidend prägte. Nur wenige Beispiele: Alena Buyx warb dafür, "flächendeckend 2G" einzuführen, womit der Ausschluß von Millionen Menschen aus dem öffentlichen Leben gemeint ist.

Sie riet der Bundesregierung, die Corona-Maßnahmen "schrittweise hoch zu eskalieren". In einem "Brandbrief" forderte Ethikrat-Mitglied Wolfram Henn in der Corona-Hochphase, daß Menschen, die eine Corona-Impfung ablehnten, auf Notfallmaßnahmen im Krankheitsfall zu verzichten hätten. Man muß sich die Brutalität dieser Propaganda vergegenwärtigen: Der

Ethikrat forderte faktisch Menschen dazu auf, für eine angeblich falsche Impfentscheidung freiwillig in den Tod zu gehen.

Auch mit Desinformation fiel Alena Buyx während der Corona-Zeit auf. Bei Markus Lanz behauptete sie einmal, daß die mRNA-Impfstoffe im Körper "nach zwei Wochen überhaupt nicht mehr nachzuweisen" sind. Das ist nachweislich falsch. Auf Anfrage von NIUS, wie sich Alena Buyx zu ihrer Falschbehauptung verhalte, antwortete der Ethikrat nicht. An einer ernsthaften Aufarbeitung der Corona-Zeit ist er offenkundig nicht interessiert.

Dieselben Akteure fordern nun den wirtschaftspolitischen Radikal-Umbau der Bundesrepublik. Wieder sollen radikale Maßnahmen erlassen werden. Es ist zu befürchten, daß der Ethikrat damit nicht auf taube Ohren in der Politik stößt.

Die "Klimagerechtigkeit-Stellungnahme" wurde auf der Bundespressekonferenz vorgestellt. Armin Grunwald und Kerstin Schlögl-Flierl sind ebenfalls Mitglieder des Ethikrats.

Es klingt unglaublich, ist aber so: Der bürgerlich wirkende Ethikrat fordert eine linksextreme Transformation der Bundesrepublik. ...

Ideologen muß man einfach beim Wort nehmen, um zu wissen, woran man bei ihnen ist. Man muß ihnen schlicht zuhören, um ihre Absichten zu erkennen. Es gilt, ernst zu nehmen, was sie wörtlich sagen, außerdem muß man zwischen den Zeilen lesen.

Der Ethikrat nutzt nicht das Wort "Klima-Sozialismus" und er bestreitet, daß die Klimamaßnahmen "technokratisch oder gar ökodiktatorisch durchzusetzen" seien. Doch folgt auf diese Distanzierung eine Relativierung, die skeptisch machen und beunruhigen sollte. Er schreibt: "Forderungen, demokratische Freiheiten und Prozesse außer Kraft zu setzen, um die für emissionsärmeres Handeln erforderlichen Maßnahmen technokratisch oder gar ökodiktatorisch durchzusetzen, sind entschieden abzulehnen."

Allerdings erwächst eine Verantwortung auf allen genannten Ebenen, über die Weiterentwicklung gegenwärtiger Institutionen und Prozesse demokratischer Meinungsbildung angesichts der Herausforderungen des Klimawandels nachzudenken."

Zwischen den Zeilen ist die wahre Absicht des Ethikrats erkennbar, die darin besteht, die Klima-Maßnahmen sehr wohl technokratisch und ökodiktatorisch durchzusetzen.

"Grundlegende Transformation" der Wirtschaftsordnung

Wer A sagt, muß auch B sagen. Der Ethikrat behauptet: Klimamaßnahmen "technokratisch oder gar ökodiktatorisch durchzusetzen", sei abzulehnen. "Allerdings" müsse über die "Weiterentwicklung gegenwärtiger Institutionen und Prozesse demokratischer Meinungsbildung" nachgedacht werden. Sinngemäß schreibt der Ethikrat: Ich habe ja nichts gegen Demokratie und Freiheit, aber beides muß eingeschränkt werden, sonst sind wir dem Klimawandel hilflos ausgeliefert.

Die Ethikrat-Regierungsberater haben ein gefährliches Programm: Mit der "Weiterentwicklung" der "Prozesse demokratischer Meinungsbildung" ist die Veränderung und der Umbau des freiheitlich-demokratischen Staates gemeint. In akademischem Jargon erwägt der Ethikrat technokratische und ökodiktatorische Politik, um eine Reduzierung der CO₂-Emissionen zu erreichen.

Der Grund dafür ist ganz einfach: Auf demokratische Weise wird die Bevölkerung klimaradikaler Politik niemals zustimmen. Die Bürger wollen nicht die vom Ethikrat geforderte "sozial-ökologische Transformation, die mit hohen investiven, materiellen wie immateriellen Kosten verbunden ist."

Sie würden "eine umfassende Transformation auf individueller wie gesellschaftlicher Ebene" zurückweisen. Sie befürworten nicht, daß die Regierung aus Klimagründen Hand an die demokratisch-freiheitliche Grundstruktur der Bundesrepublik legt. Sie wollen die "geltende Wirtschaftsordnung" beibehalten und nicht durch einen autoritären Klimastaat ersetzen, der ihnen zum Beispiel ihre Urlaubsreisen nimmt.

Noch einmal: Es geht hier wirklich um das politisch-ökonomische Grundgerüst der Bundesrepublik. Die Wirtschaftsordnung soll grundlegend transformiert werden. ...

Es ist alter Wein in neuen Schläuchen: Alte Linke hätten vom Sozialismus gesprochen, neue Linke sprechen von einer "grundlegenden Transformation" unserer Wirtschaftsordnung.

Dabei soll aber keine "Vergesellschaftung der Produktionsmittel" (Marx) vollzogen werden, sondern ein ordnungspolitischer Staat massiv ins wirtschaftliche Geschehen eingreifen. Der Ethikrat sagt es offen: "Zusätzlich sollten ordnungspolitische Instrumente wie eine überproportionale Bepreisung besonders klimaschädlicher Produkte oder Dienstleistungen in Betracht gezogen werden, um sie auch für finanzstarke Personen unattraktiver zu machen."

Man muß es im Original gelesen haben, um zu glauben, was die Regierungsberater ganz offen fordern.

Das bedeutet im Klartext: Der Staat soll für die gewöhnliche Bevölkerung das Leben noch teurer machen, als es aufgrund von Inflation und hoher Abgabenlast ohnehin schon ist. Noch einmal die schon anfangs zitierte Drohung bezüglich von Freiheitseinschränkungen: "Wenn die eigene Freiheitsausübung in ungerechter Weise in die Freiheit und das Wohlergehen anderer, auch zukünftiger Generationen eingreift, beispielsweise durch klimaschädlichen Konsum, kann staatlich mit Freiheitseinschränkungen interveniert werden."

Wohlstand und Freiheit sollen dem Klima-Dogmatismus geopfert werden

Nun wissen wir, was damit gemeint ist: Die "Ausweitung und Intensivierung der CO2-Bepreisung auf Produkte und Dienstleistungen", die laut Ethikrat dem Klima schaden. Vor diesem Hintergrund wird auch verständlich, warum eine "Weiterentwicklung" der demokratischen Meinungsbildung gefordert wird: Weil es für das geforderte Abschaffungsprogramm von Wohlstand und Freiheit keine demokratischen Mehrheiten geben wird, muß die demokratische Meinungsbildung sabotiert werden.

Der Ethikrat will die klimapolitische Meinungsbildung so beeinflussen, daß "sachlich kaum fundierten Zweifeln" - an den grundsätzlichen Prämissen und Behauptungen des Ethikrats - "nicht zu viel Aufmerksamkeit gewidmet werden" soll. Das Programm des Ethikrats erinnert an Putins "gelenkte Demokratie" und das berühmt-berüchtigte Zitat von Walter Ulbricht, DDR-Staatsanführer und Sozialismus-Aufbauer: "Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben."

Der Ethikrat geht davon aus, daß die Rahmenbedingungen der Bundesrepublik Teil des Problems und nicht etwa der Lösung seien. Darum solle die Regierung diese Rahmenbedingungen so gestalten, daß am Ende das apodiktisch behauptete Horrorszenario einer Klimakatastrophe ordnungspolitisch bekämpft werden könne. Die Politik sei zudem gefordert, so der Ethikrat, "die Rahmenbedingungen für das Handeln von Individuen und Organisationen, z.B. Unternehmen, ... umzugestalten". Sie soll also die Bundesregierung so umbauen, daß die politischen Ziele des Klima-Dogmatismus erreicht werden.

Das "Klimagerechtigkeits-Programm" des Ethikrats läuft auf Folgendes hinaus: Ein Klima-Ordnungsstaat soll die freiheitlich-demokratische Bundesrepublik ablösen. Die Bundesregierung wird von linksextremen Ethikern beraten, denen man mit guten Gründen Verfassungsfeindlichkeit vorwerfen kann. Sie wirken im Auftritt bürgerlich, aber ihr Programm ist autoritär und wirtschaftsfeindlich. Wohlstand und Freiheit sollen dem Klima-Dogmatismus geopfert werden. <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 27. April 2024 (x1.377/...): >>>Klima-Lügen: Rekord-Schneehöhe auf dem Säntis

Von Sven Reuth

Soll das der Effekt der allseits beschworenen Erderwärmung sein? Auf einem der bekanntesten Berge der Alpen wurde nun eine neue Rekord-Schneemenge gemessen. Jetzt ist es höchste Zeit, mit einem der größten Schwindel-Narrative aufzuräumen: dem von dem "Klimakil-

ler" Kohlendioxid. In seinem Werk "Freispruch für CO2" zeigt Meteorologe Wolfgang Thüne mit einer klaren naturwissenschaftlichen Beweisführung, warum das nicht stimmt. ...

Er ist zwar nicht der höchste, aber doch einer der bekanntesten Berge der Alpen. Der 2.501 Meter hohe Säntis gilt als Hausberg des Bodensees und ist teilweise auch vom Schwarzwald und der Schwäbischen Alp aus sichtbar. Nun wurde dort die höchste Schneemenge seit einem Vierteljahrhundert gemessen.

Fast sieben Meter Schnee

6,90 Meter hat die Säntis-Wetterstation auf 2.226 Metern Höhe am Donnerstag gemessen. Dem Schweizer Fernsehsender TVO sagte Christoph Marty vom Lawinendienst SLF, das letzte Mal, daß es vergleichbare Schneehöhen zu dieser Jahreszeit gegeben habe, sei im Winter 1999 gewesen, also vor 25 Jahren. Videos vom Säntisgipfel zeigen, daß sich durch Schneeverwehungen stellenweise sogar zwölf Meter Schnee angesammelt haben.

Aus dem Lager der Klima-Alarmisten wird nun der Ruf erschallen, daß es sich ja um ein Wetter- und kein Klimaereignis handelt. Merkwürdig nur, daß dann umgekehrt jedes Starkregenereignis wie die Ahrtal-Flut oder jede Dürreperiode als Begründung für eine noch umfassendere und noch totalitäre Klimapolitik herhalten muß.

"Wir bekommen den Höllensommer des Jahrtausends"

Und im Lager der Klima-Apokalyptiker legt man derzeit sogar noch eher eine Schippe drauf. Der Forensiker Mark Benecke, Vorsitzender von Die Partei in Nordrhein-Westfalen, der in den letzten Jahren auf zahlreichen Demonstrationen der Klima-Apokalyptiker von Extinction Rebellion sprach, erklärte beispielsweise erst noch vor einigen Wochen in einem auf Youtube verbreiteten Video zu den weiteren Wetteraussichten für das laufende Jahr:

"Ich kann Ihnen aus den Erfahrungen der letzten Jahre mit fast völliger Sicherheit ... sagen, daß wir den Höllensommer des Jahrhunderts und Jahrtausends kriegen werden."

Wieso ein Forensiker und Biologe wie Benecke sich überhaupt zu solchen Vorhersagen hinreißen läßt, bleibt völlig unklar. Immer geht es darum, neue apokalyptische Szenarien und neue Hitzerekorde zu beschwören, um damit am Ende die Einführung eines dystopisch anmutenden Klima-Kommunismus begründen zu können.

Teilweise übertreiben die Klima-Apokalyptiker aber so stark, daß man sie beim besten Willen nicht mehr Ernst nehmen kann.

Klima-Schabernack einer EU-Behörde

So rief der EU-Klimadienst Copernicus im vergangenen November das Jahr 2023 zum wärmsten seit 125.000 Jahren aus. Offenbar beteiligen sich auch Teile der Klimaforschung beim Wettbewerb um die üppigsten Fördergelder an einem fragwürdigen Rennen um die schaurigsten Klimaprognosen und -aussagen. Man fragt sich, wann die Ära der gnadenlosen Klima-Apokalyptik vorüber sein wird - und einem rationaleren Blick auf die Probleme weicht.

Auch die Copernicus-Meteorologen sollten vielleicht mal einen Blick auf den Säntis werfen und sich dann mal die Frage stellen, warum hier sieben Meter Schnee liegen, wenn in Europa angeblich das heißeste Klima seit 125.000 Jahren herrscht. Doch dafür fehlt den Copernicus-Leuten die wohl wichtigste Tugend jedes Wissenschaftlers: Nämlich die Bereitschaft, auch für absolut sicher gehaltene eigene Erkenntnisse in Frage zu stellen.

Jetzt ist es höchste Zeit, mit einem der größten Schwindel-Narrative aufzuräumen: dem von dem "Klimakiller" Kohlendioxid. In seinem Werk "Freispruch für CO2" zeigt Meteorologe Wolfgang Thüne mit einer klaren naturwissenschaftlichen Beweisführung, warum das nicht stimmt.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 29. April 2024 (x1.369/...):

>>Der Irrsinn mit den CO2-Zertifikaten

Die Regierung plant, Abgaben auf CO2-Emissionen bis auf 300 Euro pro Tonne CO2 zu steigern. Tatsächlich profitiert davon nicht das Klima sondern dubiose Spekulanten machen damit

Milliarden-Gewinne.

von Prof. Dr. Ing. *Hans-Günter Appel*

CO₂-Emissionen aus dem Verbrennen von Kohle, Erdgas und Erdöl mit Abgaben zu belasten, halten Bundesregierung und viele Politiker für den optimalen Weg, das Verwenden fossiler Brennstoffe zu verringern und abzuschaffen. So glauben sie, das Klima schützen zu können. Doch welches Klima, definieren sie nicht. Der Wirtschaftliche Beirat der Bundesregierung mit Professorin Veronika Grimm an der Spitze unterstützt die CO₂-Abgabenbelastung, schönfärberisch "Bepreisung" genannt, als zur "Energiewende" wirksamen Weg.

Kohle, Erdgas und Erdöl sind nicht ersetzbar

Eine Abgabenbelastung würde das Verwenden solcher Güter wirksam verringern, die ersetzbar sind; die Sinnhaftigkeit einer solchen Maßnahme sei hier nicht betrachtet. Doch Kohle, Erdgas und Erdöl sind als Energieträger und Chemierohstoffe nicht ersetzbar. Ersatzstoffe aus Wasser und CO₂ mit Hilfe von Wind- und Solarstrom herzustellen, wie von den Grünen gefordert, ist unbezahlbar und würde die Umwelt mit flächendeckenden Anlagen zerstören.

Für ein stabiles Stromnetz sind Großkraftwerke mit ihren rotierenden Massen erforderlich, die Strom mit fossilen Energierohstoffen erzeugen. In dieses Netz kann dann auch noch Fakepower (Wind- und Solarstrom) eingespeist werden. Selbst dann, wenn wetterabhängige Fakepower im Überfluß erzeugt wird, müssen diese Großkraftwerke weiterlaufen, um einen Zusammenbruch des Stromnetzes zu verhindern.

Wollen wir auf viele Produkte, ein stabiles Stromnetz und Arbeit bringende Industrie nicht verzichten, müssen wir Kohle, Erdgas und Erdöl weiterhin nutzen. Dies scheint den "Wirtschaftsweisen" nicht klar zu sein. Es fehlen wohl physikalische Grundkenntnisse.

Windige CO₂-Zertifikate

Mit immer teureren CO₂-Zertifikaten wird die Kreativität, sich mit solchen Zertifikate von CO₂-Abgaben zu befreien, größer. Besitzer von Elektro-Autos können Jahr für Jahr Zertifikate im Wert von mehreren 100 Euro beantragen, da ihr Fahrzeug angeblich emissionsfrei fährt. Die fossilen Brennstoffe zur Herstellung des Autos und der Batterie, die höher sind als für ein gleichwertiges Verbrenner-Auto, werden nicht eingerechnet.

Tesla verdient viel Geld mit CO₂-Zertifikaten. Wie funktioniert das? Die Regierung hat die erlaubten CO₂-Emissionen für neue Autos begrenzt. Die Autos eines Herstellers dürfen im Mittel diesen Grenzwert nicht überschreiten. Sonst sind Strafge­lder fällig. Kleine Autos mit geringen CO₂-Emissionen können den Grenzwert drücken. Noch günstiger sind E-Autos, die als emissionsfrei gelten. Daher bauen fast alle Hersteller E-Autos, um den Grenzwert zu erreichen. Die Autos werden in vielen Fällen mit Verlust vertrieben. Das ist billiger als die Strafkosten.

Tesla erwirbt mit seinen "emissionsfreien" Autos Zertifikate für erlaubten, aber nicht getätigten Emissionen. Mit diesen Zertifikaten hat Tesla im letzten Jahr fast 2 Milliarden Dollar verdient. Hauptkäufer waren General Motors und Chrysler-Fiat, die zu einem erheblichen Teil SUVs und Trucks mit starken Verbrenner-Motoren bauen. Die Käufer dieser Autos bezahlen letztlich die "Gewinne" von Tesla.

Mit dem Kauf von CO₂-Zertifikaten mutieren viele Firmen zu "grün", ohne die Produktion oder das Produkt zu ändern. Gesetzlich ist das zulässig. TÜV-Organisationen zertifizieren solche Betriebe. Dazu gehört auch der Vertrieb von "grünem" Strom, der als mit Zertifikaten grüngefärbter Kraftwerkstrom geliefert wird.

Millionäre und Milliardäre durch Zertifikate

Elon Musk kassiert mit den Tesla-Zertifikaten fast zwei Milliarden Dollar im Jahr. Al Gore, der ehemalige Vizepräsident der USA, hat mit Umweltprojekten viele CO₂-Zertifikate generiert und ist damit vielfacher Millionär geworden. Viele weniger bekannte Profiteure verdienen mit Zertifikaten Millionen. Praktisch wird es, wenn ein Unternehmen für Zertifikate brin-

gende Umweltprojekte auch die Zertifizierung vornimmt. Dann können leicht Zertifikate ohne Leistung in Umlauf gebracht werden.

Eine große Rolle für das Gewinnen von Zertifikaten spielt Wald. Es gibt Zertifikate, wenn Bäume nicht gefällt werden oder neue Bäume gepflanzt werden. Das Öl-Emirat Katar hat sich die Verfügungsgewalt über große Waldflächen in Afrika erkaufte, um ein großer Player im Zertifikatehandel zu werden.

Zertifikate zerstören Wirtschaft und Wohlstand

Die Abgaben auf CO₂-Emissionen verteuern die Energie und erhöhen die Verwaltungskosten von Staat und Wirtschaft. Zertifikate, die für die Einsparung von CO₂-Emissionen erteilt werden, bereichern die Profiteure auch dann, wenn die Einsparung nur auf dem Papier steht. Die Abgabenbelastung von CO₂ ist eine wesentliche Ursache für den Anstieg der Energiekosten und den Niedergang unserer Wirtschaft. Sie muß ersatzlos beendet werden. Das ist eine der 6 Forderungen vom Stromverbraucherschutz NAEB für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung.

1. Solar-, Wind-, Biogas-Strom stoppen und EEG beenden.
2. Nord-Stream reparieren, weiterhin Erdgas- statt Wasserstoff (H₂).
3. Kohle-Strom- Kraftwerke reaktivieren, keine CO₂-Langzeitspeicherung.
4. CO₂-Steuer beenden, Klima-Schutzgesetz aussetzen, Klima-Fonds auflösen.
5. Kein Heizungsverbot, kein Wärmepumpenzwang, Wärmeschutzverordnung von 1995 statt Dämmwahn.
6. Kein Verbrenner-Verbot, ohne E- / Bio-Fuels, keine Subvention für Elektro-Mobilität.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 29. April 2024 (x1.376/...): >>**Immer mehr Wissenschaftler machen Front gegen den Klimaschwindel: "CO₂ ist der teuerste Betrug der Geschichte!"**

Mal ist es "für die Jahreszeit zu warm", dann wieder ist es "für die Jahreszeit zu kalt". Eines ist immer im Staatsfunk: "Klimawandel!" Dabei widersprechen immer mehr angesehene Wissenschaftler dem ideologischen CO₂-Schwindel.

Wird auch langsam Zeit: Der Deutsche Wetterdienst kündigt für die kommenden Tage zunehmend wärmere Luftmassen an, die zu uns kommen sollen. Ein lausiger, aber ganz normaler April geht zu Ende, der seinem Motto ("macht was er will") vollauf gerecht wurde.

Dennoch halten die öffentlich-rechtlichen Wetter-Propheten unbeirrt am Klimaschwindel fest, obwohl immer mehr ernstzunehmende Wissenschaftler dem ideologischen Narrativ vom angeblich menschengemachten Klimawandel widersprechen. Der Deutschland-Kurier dokumentiert zehn wichtige Stimmen.

- John F. Clauser, Nobelpreis für Physik (2023), Experimentalphysiker an der University of California; Doktorarbeit an der Universität Columbia (New York, zählt zu den zehn besten Universitäten weltweit). Er sagt klipp und klar: "Es gibt keine Klimakrise!"

John F. Clauser

- Richard Siegmund Lindzen, emeritierter Professor für Meteorologie am Massachusetts Institute of Technology (MIT) in Cambridge; vorher University of Chicago und Harvard University (Master of Science). Er vergleicht den organisierten Klimaschwindel mit der Mafia, sagt: "Die Deutschen werden sehr wütend sein, wenn sie merken, daß sie belogen wurden!"

Richard Lindzen

- William Happer, emeritierter Professor für Atomphysik an der Princeton University (New Jersey), viertälteste Universität der USA. Bis 2019 war er Seniorendirektor des Nationalen Sicherheitsrats im Kabinett von Donald Trump; Doktorabschluß an der Princeton University. Die CO₂-Verteufelung vergleicht er mit der "Dämonisierung der Juden unter Hitler"

William Happer - Quelle: Von Gage Skidmore, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=66615483>

- Cliff Mass, Professor für Atmosphärenwissenschaften an der University of Washington (Seattle); sein Spezialgebiet sind numerische Wetter- und Klimavorhersagen; Doktor der Physik ebenfalls an der Universität Washington. Er sagt etwas vollkommen Unbestrittenes: "In der Erdgeschichte hat es immer wieder Warmphasen gegeben."

Cliff Mass - Quelle: By Mayor McGinn - Mayor Rain Watch Snow Watch 02, CC BY 2.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=80962297>

- John K. Dagsvik, pensionierter Wirtschaftswissenschaftler (Universität Oslo) und Experte der "Zentralen Statistikbehörde Norwegens" (SSB). Seine auf statistischen Erhebungen beruhende These lautet: "CO₂ ist zu schwach, um Temperatur zu beeinflussen."

John K. Dagsvik

- Edwin Berry, Atmosphärenphysiker und zertifizierter beratender Meteorologe aus dem US-Bundesstaat Montana, Doktor der Physik (Universität von Nevada). Er bringt es auf den Punkt: "CO₂ ist der teuerste Betrug der Geschichte!"

Edwin Berry

- John Christy, Professor für Atmosphärenwissenschaften und Klimatologe an der University of Alabama in Huntsville, Spezialist für die Auswertung von Satellitenbeobachtungen der Atmosphäre; Doktorabschluß an der University of Illinois. Zitat: "Wenn wir uns das Klima und seine Geschichte anschauen, dann sehen wir: Alles, was das Klima heute macht, hat es schon einmal gegeben."

John Christy

- Willie Soon, Astrophysiker (Harvard Smithsonian Center for Astrophysics); Promotion an der University of Southern California. Seine These: Maßgeblich die Sonne beeinflusst das Klima. Er sagt: "Es gibt eine sehr klare beweiskräftige Grundlage für die Aussage, die man machen kann: Ein wärmeres Klima ist im Allgemeinen besser für das Wohlergehen des Planeten, insbesondere für den Menschen und die Pflanzenwelt."

Willie Soon

- Horst-Joachim Lüdecke, Physiker für Strömungsmechanik und emeritierter Professor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes; Promotion an der Universität Heidelberg. Er hält die Klima-Hysterie für baren Unsinn - allein schon deshalb, weil ein "Klimajahr" 30 Wetterjahren entspreche. Sein Fazit: "Das vom Menschen ausgestoßene CO₂ hat kaum Auswirkungen auf das Klima. Der ganze Hype um Klimaschutz ist völlig unnötig."

Horst-Joachim Lüdecke - Quelle: Von SwissJournalist2 - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=30118928>

- Steven Elliot Koonin, Kernphysiker (New York University), von 2009 bis 2011 Staatssekretär der Obama-Administration im US-Energieministerium, Promotion am Massachusetts Institute of Technology. Er resümiert: "Menschliche Einflüsse sind physikalisch gering im Vergleich zum Klima-System als Ganzes."

Steven Elliot Koonin

Was diese zehn Wissenschaftler von den angeblich zu "99 Prozent einigen wissenschaftlichen Arbeiten bezüglich des menschengemachten Klimawandels" unterscheidet: Sie hängen nicht an staatlichen Tröpfen und werden nicht vom UN-Weltklimarat (IPCC) bezahlt; sie lassen sich auch nicht von milliardenschweren Öko-Sozialisten mit ihren diversen NGO's aushalten!<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 1. Mai 2024 (x1.369/...):

>>**Göring-Eckardt verlangt Klimageld-Auszahlung ab 2025**

Bundestags-Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Grüne) dringt darauf, mit der Auszahlung des geplanten Klimageldes 2025 zu beginnen. Sie hoffe sehr, daß das Klimageld noch in dieser Legislaturperiode komme, sagte sie den Zeitungen der Funke-Mediengruppe.

"Der Auszahlungsmechanismus für das Klimageld muß Anfang kommenden Jahres stehen.

Das ist die Voraussetzung, daß das Geld auch fließen kann." Göring-Eckardt sieht vor allem den liberalen Finanzminister in der Pflicht.

"Wenn Christian Lindner die Leute egal sind, die auf den sozialen Ausgleich angewiesen sind, dann hat er ein Problem. Er ist nämlich Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland und nicht Finanzminister der FDP." Die Ampel-Koalition will mit dem Klimageld soziale Härten beim Klimaschutz abfedern und zudem den Anreiz für Verbraucher erhöhen, klimaschädliches Kohlendioxid einzusparen. Geplant ist, daß jeder Bürger pro Jahr einen Pauschalbetrag erhält.

Dafür soll unter Federführung des Finanzministeriums erstmals ein System aufgebaut werden, mit dessen Hilfe der Staat jedem Bürger direkt Geld aufs Konto überweisen kann. Während sich Lindners Haus zuletzt zuversichtlich gezeigt hatte, daß diese Arbeiten Anfang 2025 abgeschlossen sein werden, ist unklar, ob der Bund im kommenden Jahr überhaupt den finanziellen Spielraum für die Auszahlung des Klimageldes haben wird.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 4. Mai 2024 (x1.377/...):

>>**Der Klimawandel ist normal und natürlich**

Die NASA behauptet, daß "die Erde sich in einem noch nie dagewesenen Tempo erwärmt" und daß "menschliche Aktivitäten die Hauptursache sind". Lesen Sie die Gegenthese dazu: Mit seinem Buch "Freispruch für CO₂" bringt der frühere ZDF-Meteorologe Wolfgang Thüne das Kartenhaus der Klima-Ideologen zum Einsturz. ...

_ von *Frits Byron Soepyan*

Andere schlagen vor, Billionen von Dollar auszugeben, um das Klima zu kontrollieren. Aber sind wir Menschen für den Klimawandel verantwortlich? Und was können wir dagegen tun?

Verschwiegener Effekt der Sonnenflecken

Patrick Moore sagt in seinem Artikel "Fake Invisible Catastrophes and Threats of Doom": "Das Klima des Planeten Erde hat sich seit der Entstehung der Erde ständig verändert, manchmal relativ schnell, manchmal sehr langsam, aber immer sicher. Die Hoffnung auf ein 'perfektes, stabiles Klima' ist genauso vergeblich wie die Hoffnung, daß das Wetter an jedem Tag des Jahres für immer gleich und angenehm sein wird."

Mit anderen Worten: Der Klimawandel ist normal und natürlich, und man kann vergessen, ihn zu kontrollieren.

Einen großen Einfluß auf das Wetter und das Klima haben zum Beispiel die Sonnenzyklen, die vom Magnetfeld der Sonne in Zeiträumen von acht bis 14 Jahren angetrieben werden.

Die Milankovitch-Zyklen

Sie setzen unterschiedliche Mengen an Energie frei und erzeugen dunkle Sonnenflecken auf der Sonnenoberfläche. Die Auswirkungen der Sonnenzyklen auf die Erde sind unterschiedlich: Einige Regionen erwärmen sich um mehr als 1 ° C, während andere abkühlen.

Klimaveränderungen entstehen durch Schwankungen in der Wechselwirkung der Sonnenenergie mit der Ozonschicht der Erde, die den Ozongehalt und die Stratosphärentemperaturen beeinflussen. Diese wiederum beeinflussen die Geschwindigkeit der West-Ost-Windströme und die Stabilität des Polarwirbels. Ob der Polarwirbel stabil und nahe der Arktis bleibt oder sich nach Süden ausbreitet bestimmt, ob die Winter in den mittleren Breiten der Nordhalbkugel streng oder mild sind.

Zusätzlich zu den Sonnenzyklen gibt es drei Milankovitch-Zyklen, die zwischen 26.000 und 100.000 Jahren dauern. Dazu gehört auch die Exzentrizität oder Form der elliptischen Umlaufbahn der Erde um die Sonne. Kleine Schwankungen in der Form der Umlaufbahn beeinflussen die Länge der Jahreszeiten. Wenn die Umlaufbahn zum Beispiel eher oval als kreisförmig ist, sind die Sommer auf der Nordhalbkugel länger als die Winter und die Frühlingsmonate länger als die Herbstmonate.

Präzession und Schiefe der Erdachse

Zu den Milankovitch-Zyklen gehört auch die Schiefe, d. h. der Winkel, um den die Erdachse geneigt ist. Die Neigung ist der Grund, warum es Jahreszeiten gibt, und je größer die Neigung der Erde ist, desto extremer sind die Jahreszeiten. Größere Neigungswinkel können das Schmelzen und den Rückzug von Gletschern und Eisschilden verursachen, da jede Hemisphäre im Sommer mehr und im Winter weniger Sonneneinstrahlung erhält.

Schließlich wackelt die rotierende Erde wie ein Spielzeugkreisel leicht um ihre Achse. Dieser dritte Milankovitch-Zyklus ist als Präzession bekannt und bewirkt, daß die jahreszeitlichen Kontraste auf der einen Hemisphäre stärker und auf der anderen weniger stark ausgeprägt sind. Auf dem Weg vom Weltraum zur Erde beeinflussen auch Meeres- und Windströmungen das Klima.

Die Nordatlantische Oszillation

Unter normalen Bedingungen wehen beispielsweise im Pazifischen Ozean die Passatwinde von Osten nach Westen entlang des Äquators und treiben das warme Oberflächenwasser von Südamerika nach Asien. Während El Nino schwächen sich die Passatwinde ab, und das warme Wasser kehrt seine Richtung um und bewegt sich ostwärts zur amerikanischen Westküste. Zu anderen Zeiten, während La Nina, werden die Passatwinde stärker als sonst, und mehr warmes Wasser wird in Richtung Asien geblasen. In den Vereinigten Staaten und Kanada führen diese Phänomene dazu, daß einige Regionen wärmer, kälter, feuchter oder trockener werden als üblich.

Neben El Nino und La Nina gibt es auch die Nordatlantische Oszillation, die durch niedrigen Luftdruck im Nordatlantik in der Nähe von Grönland und Island (bekannt als subpolares Tief oder Islandtief) und hohen Luftdruck im zentralen Nordatlantik (bekannt als subtropisches Hoch oder Azorenhoch) verursacht wird. Der Luftdruckgegensatz zwischen diesen Regionen beeinflußt das Klima im Osten der Vereinigten Staaten und Kanadas sowie in Europa und wirkt sich sowohl auf die Temperaturen als auch auf die Niederschläge aus.

In ähnlicher Weise sind die Hadley-Zellen der Grund dafür, daß es auf der Erde äquatoriale Regenwälder gibt, die im Norden und Süden von Wüsten begrenzt werden. Da die Sonne die Erde am Äquator am stärksten erwärmt, ist die Luft auf beiden Seiten des Äquators kühler und dichter. Daher strömt kühle Luft in Richtung Äquator, während die warme, weniger dichte Äquatorluft aufsteigt und abkühlt, wobei sie Feuchtigkeit in Form von Regen abgibt und eine üppige Vegetation hervorbringt. Die aufsteigende, trockenere Luft erreicht die Stratosphäre und strömt nach Norden und Süden, um sich in Regionen niederzulassen, die durch den Mangel an atmosphärischer Feuchtigkeit trocken geworden sind.

Diese und andere Phänomene, die unser Klima beeinflussen, entziehen sich der Kontrolle des Menschen.

Dieser Beitrag erschien auf eike-klima-energie.eu.

Mit seinem Buch "Freispruch für CO2" bringt der frühere ZDF-Meteorologe Wolfgang Thüne das Kartenhaus der Klima-Ideologen zum Einsturz.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.12.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x363/79) = Geheime Mächte. Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30, Seite 79.

x363	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Geheime Mächte</u> . Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30. Werder (Havel) 2021.
------	--

Internet

x1.350	https://www.kla.tv - Februar 2024
x1.351	https://afdkompakt.de/ - Februar 2024
x1.352	https://apollo-news.net/ - Februar 2024
x1.355	https://fassadenkratzer.wordpress.com - Februar 2024
x1.359	https://www.kla.tv - März 2024
x1.360	https://afdkompakt.de/ - März 2024
x1.361	https://apollo-news.net/ - März 2024
x1.362	https://www.mmnews.de/ März 2024
x1.365	https://www.nius.de/ - März 2024
x1.366	https://www.kla.tv - Mai 2024
x1.367	https://afdkompakt.de/ - Mai 2024
x1.369	https://www.mmnews.de/ Mai 2024
x1.372	https://www.nius.de/ - Mai 2024
x1.376	https://deutschlandkurier.de – Mai 2024
x1.377	https://www.compact-online.de – Mai 2024
x1.387	https://jungefreiheit.de/archiv/ - Juli 2024